Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen von „A"

Verlag der Täglichen Rundschau,
Berlin.

Friedrich der Vorläufige, die Ziet und die Anderen

Die Weimarer Nationalverſammlung

1919 – Februar / Auguſt – 1919

Von

„A"

31.—40. Tauſend

Verlag der Täglichen Rundſchau / Berlin

1920

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1919 by Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin

Druck
der Spamerschen
Buchdruckerei in Leipzig

Inhalt

			Seite
2.	9.	1919 Ein Nachwort zuvor	7
5.	2.	„ Der Einzug der Gäste	12
6.	2.	„ Der Eindruck der ersten Sitzung	15
7.	2.	„ Die Wahl ins Parlaments-Präsidium	18
8.	2.	„ Das deutsche Konklave	22
10.	2.	„ Annahme des Notgesetzes	27
11.	2.	„ Friedrich der Vorläufige	29
12.	2.	„ Ebert an die Presse	32
13.	2.	„ Unsere Sprecher	34
14.	2.	„ Sprüche zum Konkurs	40
15.	2.	„ Wie der Hase läuft	43
17.	2.	„ Aus Erzbergers Diktatheft	46
18.	2.	„ Gretchens Reinigung	47
19.	2.	„ „Wir“	51
20.	2.	„ Neuorientierung	55
21.	2.	„ Gewalt	59
24.	2.	„ Ein Monolog	62
25.	2.	„ Reichswehr	65
27.	2.	„ Entmatelt	68
28.	2.	„ Volksredner und Staatsmänner	70
1.	3.	„ Wir treiben!	75
3.	3.	„ Verfassung und Auflösung	77
4.	3.	„ Sozialismus Asiaticus	81
5.	3.	„ Polen hat gesiegt	83
8.	3.	„ Hugenberg zur Sozialisierung	86
13.	3.	„ Eröffnung des Preußenhauses	88
14.	3.	„ Hoffmanns Erzählungen	91
15.	3.	„ Die Filiale von Weimar	93
17.	3.	„ Nutzloses Gerede	96
19.	3.	„ Unsere Staatsgewalt	98

			Seite
20.	3.	1919	Noch „vorläufig“, aber „gesetzlich“ 100
21.	3.	„	Los von Preußen! 102
22.	3.	„	Preußens Schwächung 105
25.	3.	„	Anzapfungen 107
26.	3.	„	Scheidemann gegen Ludendorff 110
27.	3.	„	Der feine Ton 113
28.	3.	„	Es war einmal 117
29.	3.	„	Die Angst 119
9.	4.	„	Milliarden hin, Milliarden her 122
10.	4.	„	Die Psyche des Parlaments 124
11.	4.	„	Krisengerüchte und Kleinigkeiten 127
12.	4.	„	Mitgegangen, mitgefangen 129
14.	4.	„	Regierung und Ernährung 132
15.	4.	„	Das Friedensfest 135
7.	5.	„	Etatdebatte am Versaillestag 138
8.	5.	„	Der Widerhall im Landtage 140
12.	5.	„	Fichte zu Füßen 142
23.	5.	„	Heine und Haenisch 146
28.	5.	„	Die Landesverräter 150
30.	5.	„	Unter dem neuen System 152
19.	6.	„	Die Feigheit schwillt 155
20.	6.	„	Unsere Zugrunderichter 157
21.	6.	„	Am Ende 159
22.	6.	„	O Deutschland, tief in Schanden! 163
23.	6.	„	Unter dem Fronvogt 167
24.	6.	„	Schwankende Gestalten 170
25.	6.	„	Nachklänge zu Weimar 173
26.	6.	„	Voll Vertrauen und Ängsten 175
27.	6.	„	Experimente 176
1.	7.	„	Zu neuer Arbeit 179
2.	7.	„	Schwarz-Rot-Gold 182
3.	7.	„	Vaterländische und Partei-Taktik 186
4.	7.	„	Reichstag, Reichspräsident 188
5.	7.	„	Wichtiges und Nichtiges 192
7.	7.	„	Vor halbleeren Bänken 195
8.	7.	„	Der „kleine“ Aderlaß 197
9.	7.	„	Das Urteil hat Rechtskraft 200
10.	7.	„	Richter Lynch 204
11.	7.	„	Grundrechte 206
12.	7.	„	Weimar—Berlin 209

			Seite
14.	7.	1919	Der Schrei nach Rente 211
15.	7.	„	Der Tag der Ziet 214
16.	7.	„	Immer noch mehr Grundrechte 219
17.	7.	„	Vielrednerei 222
18.	7.	„	Die verschacherte Jugend 225
19.	7.	„	Die Verabschiedung der Königstreuen 228
21.	7.	„	Bis zum Räteparagraphen 231
22.	7.	„	Erst die Schande, dann die Angst 234
23.	7.	„	Programmreden 237
24.	7.	„	Interpellationen 241
25.	7.	„	Der Reichsschaumschläger 244
26.	7.	„	Niedriger hängen! 248
28.	7.	„	Kampf 251
29.	7.	„	Nach dem Sturm 256
30.	7.	„	Paragraphengalopp 260
31.	7.	„	Der Abschluß 263
1.	8.	„	Verfassung und Beamtenstand 267
2.	8.	„	Wie lange noch? 270
7.	8.	„	Die zweite Kriegsabgabe 273
8.	8.	„	Die große Unordnung 276
9.	8.	„	Reichsdraht 278
11.	8.	„	Wucherbodensteuer und Rauchnotopfer 281
12.	8.	„	Hypnose 284
13.	8.	„	Nur keine Millionäre! 289
14.	8.	„	Versickernde Debatten 292
15.	8.	„	Das Gespenst 294
16.	8.	„	Auf der Suche 297
17.	8.	„	Frauen im Parlament 300
18.	8.	„	Abhalfterung 304
19.	8.	„	Gesetzgebungs-Hypertrophie 307
20.	8.	„	Auf dem Wege zur Verlumpung 309
21.	8.	„	Der Eid 315
22.	8.	„	Mit weißer Weste 319

Ein Nachwort zuvor

Berlin, 2. September

„Ich bin ein Idiot! Ein vollkommener Idiot! Das muß jeder ſagen, der das lieſt!“

Er ächzt, er knüllt ſein Zeitungsblatt zuſammen, er ſinkt vernichtet in den Klubſeſſel. Ein Glück, daß wenigſtens dieſe Seſſel, aus dem Berliner Reichstag herübergebracht, hier im Foyer in Weimar ſtehen. Der Parlamentarier hält darin kurz vor Beginn der Nachmittagsſitzung ſein Schläfchen. Der Preſſevertreter kommt in ihnen auf ſeine beſten Gedanken. Beſonders wenn Mutter Pollin, die Theaterwirtin, oder Lotte, ihre roſig dralle Nichte, ein Schälchen „echten Mokka“ danebengeſtellt hat. Aber man erlebt auch manchen Zuſammenbruch in dieſen Seſſeln. Hierher wankt der Abgekämpfte aus dem Parkett oder von der Bühne, der Abgeordnete oder der Regierungsmann.

Genau ſo tut es unſer Kollege, der gerade ſeinen angeblichen Idiotismus ausgeſtöhnt hat. Er hatte ſeiner Zeitung durch den Draht ſo wunderbar ſchöne Dinge übermittelt, aber der Drahtfehlerteufel zwickte entſcheidende Stellen ab, ſchüttelte ein paar Ungereimtheiten dazu, machte aus Erhebendem Lächerliches und aus Klarem einen großen Miſt.

Wir alle haben darunter gelitten. Ich, dank unſeren guten Telephonſtenographen, noch am wenigſten. Aber auch ich.

Ich ſchleudere am ſpäten Abend meine Sätze wie die Speere. Jeder haftet zitternd mitten im Schwarzen. Da

hat jedes Komma und jeder Gedankenſtrich ſeinen Sinn, da iſt es weſentlich, ob ich in Jamben behaglichen Erzählens ſchwimme oder in Anapäſten dramatiſchen Erlebens mich überſtürze, da iſt alles mit zuſammengebiſſenen Zähnen ſcharf gepackt. Am nächſten Morgen bringt die Luftpoſt die Zeitung aus Berlin. Ich leſe mit Genugtuung mich ſelbſt. Die Aufnahme und Übertragung iſt wieder einmal vortrefflich. Da, beim letzten Abſatz, wird mir plötzlich ſchwarz vor den Augen: ich hatte doch von „Lebensintereſſen“ der Nation geſchrieben und nun ſteht da „Nebenintereſſen“; aus „epiſcher“ Ruhe iſt „ethiſche“ geworden, aus dem „vorurteilsloſen“ Herrn v. Graefe ein „urteilsloſer“; und die deutſchen Bundesſtaaten haben nicht auf „eigene Geſandten“ verzichtet, ſondern auf — „eigene Gedanken“. Fallet über mich, ihr Hügel, bedecket mich, ihr Berge!

Nun erſcheinen die Stimmungsbilder hier in Buchform ohne alle die Zufallsfehler. Sie ſind aufs neue durchgeſehen, die abgeſtoßenen Stellen poliert. Was ich für die Tägliche Rundſchau, wenn der Redaktionsſchluß drängte, manchmal im letzten Augenblick auf die Hälfte zuſammenſtreichen mußte, iſt hier wieder ganz. Dazu kommen einige wegen Verſpätung überhaupt nicht gedruckte Aufſätze und zur Ergänzung einige Momentaufnahmen aus dem Preußenparlament. Ein Stück Zeitgeſchichte unſeres ſchier verlorenen Volkes wird feſtgehalten, ehe es entrollt; feſtgehalten, ſo wie es in heißen Stunden geſehen wurde, feſtgenagelt im Wortlaut auch mancher Satz, nach dem man ſpäter ſuchen wird.

Perſönlich denkt jeder von uns Großſtädtern gern an Weimar zurück, auch wenn er wie ich als ſteinerner Gaſt daſaß, in dem Leid des deutſchen Vaterlandes verſtummt.

Man empfand doch als Bürger eines Gemeinweſens, war nicht mehr nur ein Sandkorn unter drei Millionen zuſammengeſchaufelter Berliner. Man kannte ſchließlich

jedermann, nicht nur die Parlamentshabitués in den Rängen des Theaters, die zumeiſt zur Damenwelt Weimars gehörten, man kannte die „G. Z. am Mittag“, die vor dem Gange zur Nationalverſammlung allmittäglich pünktlich in der Schillerſtraße auftauchte, man kannte ſämtliche Tapetenentwürfe einer anderen jungen Dame, der Tochter aus dem hochbegabten Cheruskerhauſe, man wußte im Fürſtenkeller oder im Goldenen Adler, in dem ſchon Goethe ſaß, in dem Erbprinzen oder dem Elefanten, deſſen Wirt einſt Hermann und Dorothea nahen ſah, ſo gut Beſcheid wie in der unvergeßlichen Steinhöhle des Künſtlervereins, dieſem alten Refektorium mit den gebräunten hohen Säulen, dem Urväterhausrat, dem Rieſenkamin, dem alla Campagna Romana friſierten Vorgarten und allen ſeinen lieben Mitgliedern und Gäſten, die gegen 2 Uhr morgens zwar nicht die ſoziale Frage zu löſen verſuchten, aber ſophokleiſche Bruchſtücke oder Annchen von Tharau deklamierten oder zum ſiebzehnten Male ſich die Geſchichte vom Scheich der Senuſſi und der Schiffstreppe erzählen ließen. Man kannte faſt jede alte Dame aus der zerſprengten Hofgeſellſchaft Weimars, da man jedermann jeden Tag traf, unausweichlich in der kleinen Stadt, man unterſchied ſchließlich ſogar die einzelnen „Parkſchlangen“, die paarweis geführten Mädchenpenſionate, die an der Ilm ſo üppig ringeln, man wußte beſſer als ſelbſt die Weimaraner die Stellen, wo ſich etwas hamſtern ließ, Himbeerſaft oder Stiefel oder Kalbskeulen oder Gummiband, man war heimiſch in jedem verträumten Patrizierhauſe, man trieb Genealogie an den vermorſchten Grabſteinen des alten Kirchhofs. Man bedauerte nur eines. Man bedauerte die Galeerenſklaven der Politik: ſich ſelber und vor allem die Abgeordneten der Nationalverſammlung.

Für unſere aufreibende Arbeit fanden wir Preſſevertreter, nachdem die anfänglichen Schwierigkeiten überwunden waren,

hervorragendes Verſtändnis und unermüdliche Unterſtützung durch die himmliſchen Scharen oben hinter dem 2. Rang, die zumeiſt aus Berlin dorthin kommandierten Fernſprechgehilfinnen unter ihrem Vorſtand, dem jungen Telegraphenſekretär Stahl.

Nach allen Richtungen der Windroſe haben hier ihre Chroniſtenpflicht 76 Zeitungsleute zu erfüllen, ungerechnet diejenigen, die nur mit behäbiger Briefpoſt arbeiten. An Trommelfeuertagen bringen ſie es zuſammen bis auf mehr als 4000 Ferngeſpräche. Wie in der Befehlszentrale eines Kriegsſchiffes ziehen ſich hier die Kabelwürſte an den Wänden entlang. Die Damen haben alle Hände voll zu tun. Ein kleiner liebenswürdiger Rotkopf kommandiert. „Für Ullſtein Zelle 14 frei!“ „Herr von Wangenheim, Düſſeldorf iſt da!“ „Hirſch ſoll geſtrichen werden!“ „Rundſchau, bitte, kommt in 2 Minuten!“ Türen klappen auf und zu, Apparate knacken, klingeln, ſchnurren, unerzogene Sprecher reklamieren grob; aber mit ſtets gleichbleibender Freundlichkeit ſchweben und huſchen die Fernſprechgehilfinnen umher, ſuchen die Zeitungsmenſchen auf der Tribüne, in der Wandelhalle, im Flur, im Leſezimmer auf, holen ſie heran und „verbinden“ ſie ohn' Ermatten.

In der haſtigen Arbeit iſt man kaum zu ruhigem Umblick gekommen. Man ſtand im Kampfe. Jetzt ſieht man auf das Schlachtfeld zurück. Aus jenem Getümmel haftet am meiſten das Bild des niedergebrochenen Parlamentariers. Niedergebrochen waren zum Schluß faſt alle. Die moderne Geſetzgebungsmaſchine ruiniert Nerven und — Intellekt.

Das ſind die mildernden Umſtände, die unſeren Parlamentariern zugebilligt werden müſſen: das Parlament iſt die große Verdummungsanſtalt.

Vormittags hat das Mitglied der Nationalverſammlung Ausſchußſitzung, nachmittags Plenarſitzung, abends Fraktions-

ſitzung. Der Geplagte hört täglich 14 bis 16 Stunden andere oder ſich ſelber reden. Und was für ein Zeug manchmal! Zum Studieren kommt er gar nicht. Nur eine von den Fraktionen für ihre Mitglieder ſcharf durchgeführte Arbeitsteilung ermöglicht überhaupt die Fortführung der Geſchäfte. So kommt es, daß einer über Kalipreiſe Beſcheid weiß, ein anderer über die Zigarettenbanderole, ein dritter über Moorkultur, auch wenn er beruflich dieſen Dingen ganz fernſteht. Aber einen Überblick hat niemand. Jeder gewöhnliche Zeitungsleſer weiß von Tagespolitik mehr als der Abgeordnete; denn der lieſt nichts. So wird er von jeder „Enthüllung“ zunächſt glatt erſchlagen. Hat er ein Leben voll reicher Erfahrung hinter ſich, ſo mag er daraus ſchöpfen, — ſolange noch etwas da iſt. Auch das geht einmal zu Ende. Im Laufe von fünf Jahren aber vertrottelt auch der Klügſte rettungslos, wenn er das Parlament nicht eifrig — ſchwänzt.

Nun werden aber nicht einmal immer die Klügſten gewählt. Manchmal die Geriſſenſten. Oft aber auch nur die Maulaufreißer. Und zuweilen gar nur irgendwelche lokalen Parteihonoratioren ohne jede hervorſtechende Eigenſchaft.

Man ſchämt ſich, wenn man verſucht, ſich die Elite der Nation ſo vorzuſtellen, wie ſie da ſitzt. Es iſt nicht die Elite. Es iſt, allerdings mit einigen glänzenden Ausnahmen, eine Herde der Mittelmäßigen, über der die Peitſche des Parteitreibers knallt. Wenn man jetzt wieder die Sitzungen in Weimar, von der erſten bis zur letzten, Revue paſſieren läßt, ſo fröſtelt es einen; wie iſt es nur möglich, daß das Volk der Dichter und Denker ſich die heutige parlamentariſche Regierung mit ihrer Plattheit und Feigheit und ihrem leichtfertigen Verwirtſchaften aller nationalen Güter gefallen läßt!

Über dem Reichstagsgebäude in Berlin, in das die Nationalverſammlung jetzt einzieht, ſteht die Inſchrift: „Dem deutſchen

Volke.“ Wir könnten uns aber kaum verteidigen, wenn ein Fremder käme und ſagte, richtiger hieße es: „Der Frechheit und Ignoranz.“

Der Einzug der Gäſte

Weimar, 5. Februar

Die Frau Abgeordnete hat das Wort. Und ſie behält es von Berlin bis Weimar. Sie ſitzt mir gegenüber, und neben mir ihre Sekretärin, eine elegante, junge Kriegswitwe aus gutem Hauſe. In allen Parteien, ſcheint es, treten die Damen vom Reichsneubau ſo zu zweit auf, wenn ſie es ſich nur irgend leiſten können. Die Sekretärin iſt nicht etwa zum Zuhaken der Bluſe da. Auch nicht nur zum Schreiben. Sondern ſie beſorgt, ſichtet, ordnet den Stoff für die Reden und die ſonſtige Geiſtesarbeit ihrer Erwählten. Kurz nach Halle legt die Frau Abgeordnete eine Frühſtückspauſe ein. Und die Sekretärin fängt ſofort an zu ſtudieren und anzuſtreichen. Die Sache wird ernſt genommen. Die Witzblätter werden enttäuſcht ſein ...

Da die Reichsleitung ſich für „gute und ſchnelle Verbindung zwiſchen Berlin und Weimar“ verbürgt hat, haben wir zweieinhalb Stunden Verſpätung. Die Droſchkenkutſcher haben lange auf uns warten müſſen und laſſen ſich die Wartezeit bezahlen; mit zwanzig Mark für eine Fahrt in die Stadt ſchlagen ſie es heraus. Weimar iſt ja ein alter Thing- und Verſammlungsort, und jedermann hier weiß, daß die Herkommenden Geld mitbringen. Man wird es ihnen ſchon in Scheffeln abnehmen, bis man ſelber unter der Preisſteigerung leidet. Ganz geheuer iſt den Ilm-Athenern freilich ſchon heute nicht, und die

Familien, die in der Nähe des Nationaltheaters wohnen, möchten für die nächſten Wochen am liebſten verreiſen, weil allerlei wilde Gerüchte erzählen, die Nationalverſammlung werde „geſprengt“ werden und dabei könnten auch die umliegenden Häuſer in die Luft fliegen. Man ſieht die Einquartierung, ſoweit man ſelber an ihr beteiligt iſt, gern. Auch wenn „nur“ die Höchſtpreiſe bezahlt werden, ſtehen ſich die Vermieter nicht ſchlecht. Außerdem ſoll jeder, der einen Regierungsbeamten, einen Abgeordneten, einen Preſſevertreter beherbergt, reichlich Kohlen erhalten, und das iſt augenblicklich eine ſehr erſehnte Sache. Nur ſind noch nicht genug Kohlen da. Ein Kohlenzug iſt vom Arbeiter- und Soldatenrat Eiſenach abgefangen worden, ein anderer anderswo. Je näher man Weimar kommt, deſto enger wird das Netz dieſer Raubritter und Zollerheber. Die Hohenzollern ſind bei uns abgeſchafft; und die Zuſtände bei uns ähneln nachgerade auch ganz denen, die wir vor den Zeiten der „Faulen Grete“, die den damaligen Schnapphähnen das Handwerk legte, gehabt haben.

In Weimar ſelbſt jedoch braucht man keine Angſt zu haben, denn da iſt — Berliner Schutzmannſchaft eingezogen. Wir haben ſo viel über den Polizeiſtaat geſchimpft. Jetzt hält er aber den Revolutionsſtaat über Waſſer. Ohne die Kräfte des „alten Syſtems“ wäre das „neue Syſtem“ ſchon zuſammengebrochen. Auch Soldaten — vom Landesjägerkorps, mit ſchwarzweißroten Kokarden und ſonſtigen Abzeichen — ſieht man in beruhigender Menge. Ich glaube an keinerlei Gefahr in Weimar, dem ſtillen Reſidenzſtädtchen und Penſionopel, das kaum Fabrikvolk hat. Es wird ganz friedlich ſein.

Nur ſehr unbequem. Es fehlen nicht nur die Berliner Räume für Beratung und Arbeit, für Parteien und Preſſe. Es erweiſt ſich nicht nur das Poſt- und Fernſprechweſen als

ganz unzulänglich, da vorerſt nur wenige Drahtleitungen zur Verfügung ſtehen und die wenigen immer wieder von den Großgeſchäften Ullſtein und Moſſe durch allerlei Schieberkünſte belegt werden. Sondern es ſind auch keine „Vorgänge“ da, auf die jeder gewiſſenhafte Parlamentsredner zurückgreifen möchte, keine ſtaatsrechtliche Bücherei, keine Bände mit ſtenographiſchen Reichstagsberichten. Die großherzogliche Bibliothek enthält im weſentlichen nur Germaniſtik. Die Abgeordneten werden zumeiſt aus der Tiefe ihres Gemütes ſchöpfen müſſen, beſonders wenn ſie keinen Sekretär haben. Und auch die Sekretäre ſollen, wie Fama behauptet, vor allem auf das Mitbringen von Goethe-Literatur bedacht geweſen ſein. Die Grippe in Weimar iſt im Erlöſchen. Aber die Zitatenſeuche kommt ſicher.

Der Herr Geheimrat v. Goethe wird von Hinz und Kunz als Nothelfer benützt werden. Aber auch eine Fülle von lebenden Exzellenzen drängt ſich in ſeiner Muſenſtadt, eine Fülle von Miniſterkollegen. Ihr Dienſtalter ſtuft ſich von rechts nach links ganz regelmäßig ab: von den ganz alten, den Delbrück und Poſadowsky, über die Preuß und Erzberger hinweg, die aus der kurzen Prinz-Max-Ära ſtammen, bis zu dem reichlichen Dutzend ganz junger, die die äußerſte Linke geſtellt hat. Die vielen engliſchen und amerikaniſchen Preſſevertreter, die in Weimar eingetroffen ſind, finden ſich in dieſer Exzellenzen-Fülle noch nicht ganz zurecht. Der lebhafte kleine Italiener, der ſchon vor 1914 jahrelang in Berlin als Berichterſtatter des römiſchen „Avanti“ wirkte, muß ihnen Beſcheid geben.

Dieſe Herren der Welt machen ſteinerne Geſichter. Sie ſind zur Tagung eines „Eingeborenen-Parlaments“ gekommen; ob das in Weimar oder Pretoria oder Kalkutta iſt, das iſt ihnen gleichgültig. Sie brauchen es zur Unterſchrift unter den Frieden, den ſie diktieren. Im übrigen iſt ihnen

unſer Staatsneubau Hekuba. Ihre Preſſe wird uns nicht um den Hals fallen, auch wenn wir noch demokratiſcher werden, als es zu unſerer Schwächung von ihnen verlangt wurde.

Der Eindruck der erſten Sitzung

Weimar, 6. Februar

Die geſittete regierende Sozialdemokratie legt vorläufig Wert darauf, nicht unter die Bilderſtürmer zu geraten, ſondern ſoliden, ſtaatserhaltenden Eindruck zu machen. Der Präſidentenſtuhl trägt nach wie vor den Reichsadler und die Kaiſerkrone, und für Dörchläuchting Ebert iſt eine Ehrenkompagnie in Paradeuniform vor dem Theater aufgebaut. Ganze Treibhäuſer ſind für den Blumenſchmuck der Eſtrade ausgeräumt. Wenn Herr Ebert Sattler geblieben wäre, hätte es bei ſeinem fünfzigjährigen Handwerksjubiläum nicht ſchöner ſein können.

Aber auch kaum banaler. Satt und ſelbſtzufrieden erzählt der Gefeierte, ein wie heruntergewirtſchaftetes Geſchäft er eigentlich übernommen habe. Wehrlos gemacht habe uns nicht die Revolution, ſondern der Waffenſtillſtand, der von der „kaiſerlichen“ Regierung des Prinzen Max eingeleitet ſei; als ob Herr Ebert nicht genau wüßte, daß erſt die Revolutionsregierung unverlangt das Heer vorzeitig aufgelöſt und daß Scheidemann ſchon ſeit Jahren den Vernichtungsfrieden vorbereitet hat! Und ſaß dieſer Mann etwa nicht in der „kaiſerlichen“ Regierung des Prinzen Max? Die heutige republikaniſche Regierung war ſchon im Oktober 1918 allmächtig, aber gerade ſie wagt kein heißes „Lever dot as

Slawi" Der während des ganzen Krieges reklamierte Herr Erzberger, der trotzdem, rosig und wohlgenährt, in bewährter Taktlosigkeit als einziger von allen Abgeordneten mit dem Eisernen Kreuz am weißschwarzen Bande auf der Brust erschienen ist, wird weiter alle vernichtenden Bedingungen unterschreiben. Die regierenden Spießbürger haben eben immer noch Angst vor der eigenen Courage. Sie haben ja nicht einmal die Revolution gewollt, behaupten sie, sondern seien ganz wider Willen plötzlich Konkursverwalter des Reiches geworden. Die Firma, die er übernommen habe und die er sanieren werde, war, wie Meister Ebert erzählt, schauderhaft verkracht: „Alle Scheuern, alle Lager leer, der Kredit erschüttert, die Moral tief gesunken." Er wird nicht einmal rot dabei, während er das von seinem Manuskript abliest. Wer bestiehlt denn unsere Lager, — ist das nicht erst seit der Revolution Mode? Oder ist das Sinken unserer Valuta gerade in den letzten Monaten nicht zum Stürzen geworden? Und kann jemand behaupten, daß die Moral in Deutschland seit dem vorigen November sich besonders gehoben habe? Über alle diese Dinge läßt sich kaum streiten, aber die Sozialdemokraten müssen eben, um die eigene Schuld zu verhüllen, das frühere Regime anpöbeln, sofort in der ersten Sitzung der Nationalversammlung. Die Revolution, sagen sie, je nun, die kam über Nacht und schwemmte sie nach oben; nun ringen sie nach Worten.

Selbstverständlich paßt in dieses spießbürgerliche Idyll kein leidenschaftlicher Aufschrei. Die nationale Wärme, zu der Ebert in einzelnen Sätzen sich versteigt, kommt nicht mit dem Blutstrom aus dem Herzen, sondern aus einer Thermosflasche. Er warnt die Entente davor, uns vor die Frage „Hunger oder Entehrung" zu stellen. Aber die Behauptung, daß die jetzigen Machthaber die Entbehrung der Entehrung vorziehen würden, klingt nicht ganz glaubhaft.

Selbſtverſtändlich muß Herr Ebert auch Goethe zitieren und entgleiſt dabei, wie immer. Den ſchönen antirevolutionären Spruch aus Goethes „Hermann und Dorothea“ wider die Menſchen ſchwankenden Sinnes in ſchwankenden Zeiten ſetzt er der ſtaatserhaltenden Sozialdemokratie als Helmzier aufs Haupt und ruft pathetiſch, der Geiſt von Weimar, der Geiſt der großen Dichter und Philoſophen müſſe uns wieder erfüllen. Ganz wie vor hundert Jahren jene brave Berliner Metzgersfrau, die bei einem Goethebeſuch in Weimar von dieſem gefragt wurde, ob ſie etwas von ihm kenne, ihm antwortete: „Großer Goethe, wer ſollte Ihnen nich kennen: Feſtjemauert in die Erde ...“ Das iſt der Geiſt von Eberts Geiſt, nicht Geiſt von Weimar, den man beſchwören möchte.

Nicht Geiſtreichelei iſt nötig, ſondern Mannhaftigkeit. Ebert hat nicht den Mut, auch ſein Verſchulden an der Revolution zu geſtehen, ſondern belaſtet die Monarchie allein, die — niemals wiederkehren werde. Dieſe Verbeugung vor Wilſon erregt den ſtürmiſchen Widerſpruch der nationalen Minderheit. Ein Staatsmann ſollte niemals „Niemals“ ſagen. Allgemeine Zuſtimmung dagegen finden die Begrüßung Deutſch-Öſterreichs und der Aufruf zum Wiederaufbau durch Arbeit.

Das Zentrum hat ſeinen Platz links genommen, ſo daß die Deutſche Volkspartei jetzt rechts, Streſemann neben Delbrück, Rießer neben Roeſicke zu ſitzen kommen. Dieſe Zuſammenballung der Nationalen kann man vielleicht als Ouverture deuten. Die vom Auswärtigen Amt eingeführten amerikaniſchen und engliſchen Preſſevertreter ſind auf ihren Plätzen im zweiten Range mit der heutigen Sitzung im übrigen zufrieden und beſchweren ſich nur, daß auf der erſten Reihe die deutſchen Preſſevertreter und nicht ſie placiert ſind. Sie ſind ſehr anſpruchsvoll und behandeln die jetzige deutſche Regierung en canaille. Nach England aber wird noch kein Deutſcher gelaſſen. Wir ſind klein, ganz klein geworden.

Die Wahl ins Parlaments-Präſidium

Weimar, 7. Februar

Zwiſchen „Lachen“ und „Heiterkeit“ iſt im Sprachgebrauch der Parlamente ein gewaltiger Unterſchied. Wir erleben heute beides im neuen Hauſe. Das Lachen iſt etwas gezwungenes, iſt die Oppoſition der Verlegenheit. Es ſoll höhnende Ablehnung bedeuten. So wird auf der äußerſten Linken bei der Verleſung einer Depeſche gelacht, in der ein Kapitän Bender-Neubabelsberg die Abſetzung aller Arbeiter- und Soldatenräte und die Wahl Hindenburgs zum Reichspräſidenten empfiehlt. Die Heiterkeit dagegen, die befreiende, zwerchfellerſchütternde, iſt eine einfache Reflexbewegung gegenüber unfreiwilliger Komik. Sie wirft heute jeden Widerſtand vor ſich nieder und erfaßt unterſchiedslos ſämtliche Parteien, als eine zweite Depeſche, von einem Herrn Eugen Müller-Stockholm, zum Reichspräſidenten den „von Freund und Feind gleich hochgeachteten weitblickenden Walther Rathenau“ vorſchlägt. Dann faßt man ſich wieder mühſam. Beſonders auf den Regierungsbänken im Bühnenraum werden den Geſichtern erneut die Falten des ehrbaren Ernſtes angezwängt. Man ſchämt ſich. Man iſt ſo gewöhnlich geweſen. Sowas ſchickt ſich doch nicht.

Emporkömmlinge ſind ein dankbares Objekt für Witzblätter. Erſtürbe einem in dieſer Elendszeit nicht jedes Scherzwort auf der Zunge, ſo läge es nahe, die politiſchen Kriegsgewinnler von heute, die regierenden Sozialdemokraten, in ihrem ängſtlichen Ringen um den guten Ton und das vornehme Gehaben abzumalen. In der Nationalverſammlung ſitzen nicht weniger als 19 ſozialdemokratiſche Exzellenzen. Dieſe funkelnagelneuen Miniſter, Staatsſekretäre, Geſandten, die nun im Geh-

rock paradieren, eine Perle in den Selbſtbinder ſtecken und die Goldkapſeluhr verdächtig oft ziehen, ſind im Grunde bedauernswert. Mit ihrem Regierungslatein ſind ſie längſt zu Ende, das graue Elend grinſt ihnen überall in Deutſchland entgegen, und ſie haben alle zuſammen im Lande noch nicht ſo viel Autorität wie früher ein einziger königlicher Gendarm.

Auch die ſozialdemokratiſchen Unterſtaatsſekretäre und Vortragenden Räte, auch die Arbeiterräte, Soldatenräte und ſonſtigen Räte und Unräte wiſſen, daß die Revolution uns in den Sumpf gekarrt hat. Wer den Karren herausziehen ſoll, davon iſt noch gar nicht die Rede. Wer aber die Verantwortung für das Steckenbleiben zu tragen haben wird, das will man feſtlegen: die regierenden roten Parvenüs haben ein dringendes Intereſſe daran, daß das Bürgertum ſich an der Regierung und an der Parlamentsleitung beteiligt und dadurch ihnen ſelber die moraliſche Entlaſtung vor den Wählern erteilt. Geſtern und heute iſt unabläſſig darüber zwiſchen den Parteien verhandelt worden. Innerhalb der Fraktionen ſelbſt, die ja zum Teil eine ganz andere Zuſammenſetzung haben als im vergangenen Reichstage, brodeln die Anſichten darüber widereinander; die Neulinge und die Alten, die Draufgänger und die Bedächtigen reden ſich gegenſeitig heiß. Es geht um die Frage, ob die bürgerlichen Parteien mitmachen und ſich zwei Plätze im Präſidium geben laſſen oder den geſamten Vorſitz in der Nationalverſammlung und dementſprechend auch ſämtliche Miniſterpoſten der demokratiſch-ſozialdemokratiſchen Mehrheit zuſchieben ſollen. Und damit die Verantwortung. Und damit auch die Folgen der grenzenloſen Enttäuſchung und Wut, die über kurz oder lang im Volke aufflammen werden!

Unter den Sozialdemokraten iſt beſonders Scheidemann, der ſich im übrigen ſchon ſeit Wochen ſehr zurückhält, um ſeine Ausſichten auf den Poſten des republikaniſchen Reichsver-

weſers nicht zu verderben, eifrig und gefliſſentlich bemüht, den drei bürgerlichen Parteien das Mitrepräſentieren zu empfehlen. Die Sozialdemokratie denke gar nicht an ein einſeitiges Parteiregiment, ſie wolle auch den Deutſchnationalen ihrer Stärke entſprechend den dritten Vizepräſidenten zubilligen. Es ſteckt geradezu Nervoſität in dieſem dringlichen Zureden. Der Sozialdemokratie wird in ihrer Gottähnlichkeit bange, ſie krampft die Finger nach Unterſtützung aus dem anderen Lager. In ihrem eigenen hat ſie ſchon Schwierigkeiten bei der Beſtimmung eines erſten Präſidenten für die Nationalverſammlung: nacheinander haben Hildenbrand, Bauer, Loebe und, wenn das Gewiſper recht hat, noch andere rote Parteigrößen abgelehnt, bis dann Dr. David, der Ideologe der Partei, ſich in die Breſche ſtellte.

Dr. David wird gegen 22 weiße Zettel der Unabhängigen vom ganzen Hauſe gewählt. Seine Antrittsrede iſt ein ſozialdemokratiſcher Leitartikel. Bisher vermieden die Präſidenten es ſtets, parteipolitiſch ſich einzuführen. David wie Pfannkuch — dieſer Alterspräſident hat geſtern ausdrücklich als Sozialiſt wie Moſes das gelobte Land begrüßt — dachten anders. Nun gut. Wir ſind ja vieles gewöhnt geworden und wundern uns auch nicht mehr darüber, daß über dem Regierungsſitz im Weimarer Schloß immer noch ein rotes Parteiläppchen, die alte Seeräuberflagge, das Panier der Geſetzloſigkeit, ſtatt der Reichsfahne hängt. Aber David findet doch wenigſtens herzenswarme Töne über das Selbſtbeſtimmungsrecht des Volkes in Elſaß-Lothringen und über „kraftvolle Geltendmachung der deutſchen Lebensrechte nach außen“, und brauſender Widerhall im Hauſe lohnt ihm das Wort. Haben ſeine Lebenswege ihn auch zur Internationale geführt, ſo ſtammt er doch nicht umſonſt aus einem Hauſe, aus dem ein Bruder, der evangeliſcher Pfarrer iſt, dem nationalen Verein deutſcher Studenten angehört hat. Dem Präſi-

denten Dr. David bringen auch die bürgerlichen Parteien trotz seines sozialdemokratischen Leitartikels Vertrauen entgegen.

In dem Augenblick, in dem nun der alte Rauschebart Gröber vom Zentrum das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, weiß man, was die Glocke geschlagen hat. Die bürgerlichen Parteien *wollen* durch Beteiligung an der Leitung „die Kontrolle nicht verlieren" und *werden* dadurch Mitträger der Verantwortung für alles Unheil, das — seit dem 9. November ganz zwangsläufig — noch über uns kommt. Die regierende Sozialdemokratie hat ihren ersten großen Sieg erfochten. In keinem anderen parlamentarisch regierten Staate würde man ihr so auf die Leimrute kriechen.

Die Sozialdemokraten atmen auf: man sieht lächelnde Gesichter. Und auch Herr Matthias Erzberger kann frohgemut in die Zukunft blicken, denn diese Abstimmung sichert ihm sein Staatssekretariat. Das Amt ist gerettet. Fiele der Mantel, müßte der Herzog nach, so aber kann Erzberger sich weiter in die Toga hüllen und den Ausverkauf Deutschlands fortsetzen. Die bürgerlichen Parteien sind „regierungsfähig" geworden. Aber majorisiert werden sie doch. Sie können nichts Gutes schaffen, sie können nichts Böses verhindern. Sie können nur Sündenbock werden und das kommende Volksgericht über die Revolution schon im Entstehen — schwächen.

Unsere Parteien haben ihr Blut erneuert. Daß ein freisinniger, eine Zeitlang sogar amtsentsetzter Pfarrer wie Dr. Traub und eine führende Frauenrechtlerin wie Dr. Käte Schirmacher von der äußersten Rechten als Kandidaten aufgestellt und gewählt werden, wäre früher undenkbar gewesen. Ähnliche Wunder finden wir überall. Aber das viele neue Blut hat uns, scheint es, doch nicht den notwendigen *einen* großen Führer der bürgerlichen Opposition geschenkt. Der Fraktionspartikularismus bucht erfreut seinen kleinen Gewinn.

Fehrenbach und Haußmann und Dietrich nehmen ihre Ämter als neugewählte Vizepräſidenten an. Nun können ſie an „großen Tagen“ über Karten für die Präſidialloge im Reichstage verfügen. Lieb' Vaterland, magſt ruhig ſein.

Die Taktiker unſerer bürgerlichen Fraktionen wiſſen noch nicht, daß ſie dazu da ſind, um die Oppoſition zum Siege über eine Regierung zu führen, die unſer Vaterland ruiniert. Sie ſind auf dem beſten Wege dazu, dieſe Regierung zu retten, während das Reich zugrunde geht.

Das deutſche Konklave

Weimar, 8. Februar

Alle früheren Sünden ſeien der Regierung vergeben, meint ein Spötter, denn die Nationalverſammlung beginne ja, wie man beim Namensaufruf höre, mit einem — großen Ablaß. Auf den Demokraten Dr. Bruno Ablaß folgt dann im Verzeichnis die „Unabhängige“ Frau Lore Agnes. Der erſte von einer Frau an der Spitze gezeichnete Antrag, der überhaupt bei der Nationalverſammlung eingelaufen iſt, ſtammt von ihr und lautet: „Die Deutſche Nationalverſammlung iſt ſofort von Weimar nach Berlin zu verlegen.“ Es fehlt nicht viel, und ſämtliche Preſſevertreter in Weimar ſchicken der Unabhängigen Agnes Blumenſträuße ins Haus, denn die Arbeit vollzieht ſich hier vorläufig unter ſo erſchwerenden Umſtänden, daß man ſich ſobald als möglich nach Berlin zurückwünſcht. Eilbriefe gehen zwei Tage, dringende Depeſchen langſamer als ein Perſonenzug. An den Fernſprecher gar gelangt man nur, wenn man mit einem ganzen Belagerungsheer ihn tagsüber berennt.

Die Presse ist also nahezu lahmgelegt. Auch die Abgeordneten, die Herren „M. d. R.“, seufzen unter allerlei Unannehmlichkeiten bei den beengten Verhältnissen im Weimarer Musenstall. Es fehlt ihnen vor allen Dingen die Berliner Reichstagsbücherei. Überdies haben sie nicht einmal Schreibgelegenheit auf ihren Plätzen, es sei denn, daß sie die Knie als Unterlage benutzen. Sie müssen schon in das „eigens“ eingerichtete Schreibzimmer gehen, den bisherigen — Ankleideraum der Chordamen. Alles Duftige ist daraus freilich verschwunden. Aber man kann dort seine Hände in Unschuld waschen: vier Riesenbecken an der Wand spenden warmes und kaltes Wasser.

Es ist alles behelfsmäßig, alles unzulänglich, aber trotzdem sind diejenigen Parlamentarier, denen es auf ernsthafte Arbeit ankommt, mit Weimar gar nicht unzufrieden. Das System der Kasernierung der Abgeordneten bewährt sich nämlich trefflich zur Förderung der Arbeit. Die Deutsche Volkspartei ist im Hotel Mende, die Deutschnationale im Hotel Erbprinz untergebracht, in anderen Gasthöfen und im Volkshause wohnen und tagen die übrigen Fraktionen, und die Führer haben ihre Leute vom ersten Frühstück bis zum Nachtmahl in der Hand. Die Sitzungen sind vollzählig besucht. Und die Neuen werden schnell bekannt und lernen die Erprobten schnell kennen. Ablenkung gibt es wenig. „Zu Ehren der Nationalversammlung“ sind natürlich einige Kabarette eröffnet worden, und eine gute, alte Weinstube hat es riskiert, sich 10 000 Austern kommen zu lassen, aber so leicht entfernt sich niemand aus seinem behaglichen Gasthof in die Winterkälte, um irgendwo „Betrieb“ zu machen. Das kommt also der Arbeit zugute. In Berlin pflegte doch gut die Hälfte aller „M. d. R.“ in der Großstadt unterzutauchen und den Fraktionssitzungen fernzubleiben.

Ebenso kann die Arbeit im Plenum hier schneller vor sich

gehen. Der Abg. Dr. Streſemann und andere Parteiführer, die anfangs vielleicht mit leiſem Grauen an Weimar dachten, ſagen es offen heraus: in Berlin würde man lange nicht ſo prompt die vorläufige Reichsverfaſſung unter Dach und Fach bringen wie vorausſichtlich hier. Man iſt in Weimar ganz ungeſtört. Mit der Eiſenbahn kommt niemand ohne beſonderen Ausweis her, und auch ſämtliche Landſtraßen ſind in weitem Umkreis abgeſperrt. Selbſt der Bauer, der zu Markte fährt, braucht einen Paß. Wie bei der Papſtwahl die Kardinäle in Rom zum Konklave eingemauert werden, ſo ſind hier die Abgeordneten in Klauſur, bis ſie den Grund zum Reichsneubau gelegt haben.

In Berlin würde die Demonſtrationsfreiheit, die die Republik uns gebracht hat, dauernd zu Aufzügen vor dem Reichstag führen. Man müßte ſtändig Abordnungen empfangen. Und wenn das ſouveräne Volk „ſeine Vertreter ſehen will“, dann müſſen ſie ſich eben ſehen laſſen. Der Weimaraner dagegen ſagt ſeelenruhig: „Mir ſin nich neichierich, mir blei'm ze Hauſe!“ — und ſogar die für das Publikum offenſtehenden Hinterſitze in den drei Rängen ſind bisher noch an keinem Tage ganz beſetzt geweſen. Welch ein Maſſenanſturm dagegen an „großen Tagen“ in Berlin! Weder der Reichstagsdirektor, noch die Abgeordneten können ſich dort der Leute erwehren, die unter allen Umſtänden Weltgeſchichte miterleben möchten.

Und nicht zuletzt: Das Weimarer Landestheater iſt blitzſauber, der Berliner Reichstag aber heute, nach den verſchiedenen Tagungen von allerlei „Räten“, nach den Schießereien des Januar, nach der Einquartierung der republikaniſchen Schutzwehr — gelinde geſagt, der Reinigung dringend bedürftig. Nach Monaten vielleicht erſt iſt er brauchbar wie ehedem. Und ſo muß denn auch die Preſſe, die am härteſten die Ungunſt der Umſtände in Weimar empfindet, um der

geſetzgeberiſchen Arbeit willen ſich darein fügen und auf einen Fackelzug zu Ehren von Frau Lore Agnes verzichten. Zumal es noch nicht ganz heraus iſt, ob die Unabhängigen vielleicht nur die Unabhängigkeit der Nationalverſammlung zur Strecke bringen wollen; in Weimar ſtehen die Maſchinengewehre mit dem Rücken zum Parlament, in Berlin wünſchen manche Leute es umgekehrt.

Es iſt erſchütternd, mit welcher Inbrunſt die Nationalverſammlung aus allen deutſchen Gauen andepeſchiert wird. Ganz wie einſt die Paulskirche; und ganz wie damals ſpreizt ſich das Wohlbehagen der Abgeordneten bei der Verleſung. Wie bei uns immer, ſo läßt es ſich auch hier manch unbekannter Gernegroß eine Depeſche koſten, um mit einem banalen Gruß und ſeinem Namen in dem ſtenographiſchen Bericht verewigt zu werden. Aber es kommen auch Hilferufe von bedrängten Volksgenoſſen, aus Poſen, aus Deutſchböhmen, aus Tirol. Wieder regt ſich die alte deutſche Hoffnung auf Reden und Majoritätsbeſchlüſſe, die uns ſchon einmal bitter enttäuſcht haben, bis ſchließlich Blut und Eiſen uns half.

Ein kleines Satyrſpiel leitet dann zur Tagesordnung über. Der Unabhängige Geyer verpetzt beim Präſidenten den Mehrheitsſozialiſten Fiſcher, weil dieſer bei der geſtrigen Schriftführerwahl an einem Stimmzettel etwas abgeriſſen habe. Die erſten Proben von Lungenkraft der Unabhängigen. „Mißbrauch des Amtes! Grobe Ungehörigkeit!“ ſchreit Haaſe als Chef der Claque. Unter den Schlußrufen des Hauſes wird die Lappalie begraben.

Und nun erleben wir die eigentliche Eröffnung des deutſchen Konklave durch ein halbſtündiges, nicht ungeſchicktes Kolleg des Handelshochſchulprofeſſors Preuß, derzeitigen Staatsſekretärs des Innern. Er hebt mit den Worten Gagerns aus der Paulskirche an: „Wir ſollen ſchaffen eine Verfaſſung!“ Dieſer Satzbau liegt ihm beſonders, dem Herrn Preuß. Im

übrigen ist er als Redner nicht sehr wirkungsvoll, so sorgfältig stilisiert auch alles ist; man denkt immer, es tue ihm irgend etwas weh, so verzieht er seine Hängelippe beim Sprechen. Der Vortrag ist nicht gerade hinreißend. Ein älterer deutscher Volksparteiler, seines Zeichens auch Professor, nickt mit dem Kopfe vornüber; auf die linke Schulter des mütterlich stillhaltenden Fräuleins Behm sinkt das müde Haupt eines Deutschnationalen. Auch bei Preuß' Fraktionsgenossen, den Demokraten, schwanken die Köpfe. Es wird so wunderlich traumhaft, und der Redner vermeidet es, irgendwo anzustoßen, damit niemand auffährt. Er sagt, 1849 sei die Einigung an dynastischen Widerständen gescheitert, nun seien die Dynastien weggefegt, aber partikularistische Widerstände erhöben sich gegen die Zentralisierung. Es sei vorläufig ein Kompromiß über ein Notgesetz von neun Paragraphen unter Ausschluß der Entscheidung über wichtige Zuständigkeitsfragen beschlossen worden. Das müsse schnell, sehr schnell angenommen werden, damit wir verhandlungsfähig würden. Seine umfangreiche eigene Verfassungsarbeit, einschließlich der Zersplitterung Preußens, hat Preuß also wirklich vorerst begraben müssen. Ein mattes „Deutschland über alles" soll diesem Solisten einen guten Abgang verschaffen. Aber Chor und Orchester fallen nicht jubelnd ein. Man reibt sich die Augen und erfährt, daß die Sitzung zu Ende sei.

Dann wird in der großen Halle des Landestheaters weiter für die Weltgeschichte gearbeitet, indem man sich vor dem Photographen aufstellt. Gruppenbild der regierenden sozialdemokratischen Partei. Massenwirkung. Der bescheidene Scheidemann hat sich versteckt, wird aber von den Damen der Partei unter Hallo herbeigezerrt. „Bitte, bitte, für die amerikanische Presse!" sagt der Photograph. Und aus den Reihen der Aufgebauten antwortet das ehrfürchtige Gemurmel: amerikanische Presse, amerikanische Presse ...

Annahme des Notgesetzes

Weimar, 10. Februar

Die sogenannte vorläufige Reichsgewalt ist in den Sattel gesetzt worden, wenn auch vorerst nur auf dem Papier. In allen drei Lesungen ist das Notgesetz angenommen, das die Satzungen für den neuen Verein der deutschen Wahlberechtigten enthält, den wir an Stelle des alten Reiches bekommen haben. Das Reichsschwert ist zerbrochen, nachdem die Reichskrone dahingerollt war, und eine Reichsgewalt ist überhaupt nicht mehr da; in Weimar verteilt man den Ornat, und anderswo wird noch scharf geschossen. Das ist die wahre Lage. Daran ändert auch das halbe Pfund Fett nichts, das die Amerikaner jedem Deutschen versprechen, wenn wir es doppelt bezahlen und außerdem unsere Flotte ganz abliefern. Die Reichsgewalt, die in Spaa und Trier kaum mehr stammelt, sondern nur noch nach Diktat schreibt, reicht vorerst kaum über das Landestheater in Weimar hinaus. Schon in den Dörfern um Weimar herum, wo die Regierungstruppen einquartiert sind, wird verhandelt. Ein Teil der Truppen hat gestern erklärt, es sei zum Auswachsen langweilig, und wenn es nicht anders werde, machten sie nicht mehr mit. Daraufhin sind diesen Schutzherren der Reichsgewalt zwei „Heitere Abende“ wöchentlich zugesagt worden, für die man Kräfte der hiesigen Hofoper verpflichtet hat.

Auch in der Nationalversammlung selbst hat es heute den ersten heiteren Abend gegeben, nachdem während der bisherigen drei Sitzungstage nur je ein Leitartikel von betrüblichem Mittelmaß gesprochen worden war. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen geben nur die kurze, würdige Erklärung ab, daß sie, um uns überhaupt verhand-

lungsfähig zu machen, unter Hintanſetzung aller Bedenken das Notgeſetz annehmen. Schon Payer von den Deutſchen Demokraten kann ſich einer kleinen Programmrede nicht enthalten. Das Zentrum ſpaltet ſich öffentlich. Der Bajuvare Dr. Heim, der ſtets ein rückſichtsloſer Taktiker war und nie nach Ornaten ſchielte, will ſamt ſeinen Landsleuten die ganze Sache nicht mitmachen, weil die neue Reichsgewalt das Recht haben ſoll, über Landesgrenzen zu beſtimmen. Auch die vorgeſehene Volksabſtimmung würde dann die Pfalz den Bayern nicht mehr retten, würde außerdem vielleicht ganz Franken abtrennen wollen. Soweit verläuft alles in epiſcher Ruhe und, wenn man das Wort nicht ſcheut, Größe.

Dann aber wird es auf einmal nicht nur dramatiſch, ſondern ſogar öſtlich-allzuöſtlich durch das gemeinſame Auftreten der queckſilberig behenden Rechtsanwälte Haaſe und Cohn, die von der Sowjetgrenze aus Oſtpreußen und Oberſchleſien gebürtig ſind. Die Unabhängigen wollen kein Reichshaupt, ſondern einen Fünf-Männer-Ausſchuß, keine parlamentariſche, ſondern eine Soldatenratsregierung, ſie wollen überhaupt die Revolution als Dauerzuſtand. Auch macht das Pentagramma ihnen Pein: ein Deutſches Reich ſoll es ſelbſt auf dem Papier des Notgeſetzes nicht mehr geben. Überall wünſchen ſie ſtatt deſſen das Wort „Republik“. Nicht einmal der „Freiſtaat“ im Text genügt ihnen, der iſt offenbar noch zu deutſch. Cohn droht. Die Revolution ſei doch nicht deshalb abgeſchloſſen, weil eine Parlamentswahl ſtattgefunden habe! Nein, nur die erſte Phaſe der Revolution ſei vorüber. Es hagelt Zwiſchenrufe. Cohn fängt ſie mit den Händen in der Luft auf. Haaſe ſekundiert mit den Händen und allen übrigen Extremitäten. Die beiden verlangen auch ſofortige diplomatiſche Waffenſtreckung Deutſchlands durch Öffnung aller Geheimſchränke, müſſen ſich da aber unter ſtürmiſcher Zuſtimmung der Verſammlung von einem ihnen gar

nicht ſo fernſtehenden Abgeordneten, dem Herrn Waldſtein, ſagen laſſen: dann ſollten zunächſt ſie ſelber ihre perſönlichen Verhandlungen mit einer ausländiſchen Regierung — gemeint iſt die Sobelſohn-Braunſtein-Joffeſche ruſſiſche — fortan nicht mehr im geheimen führen.

Im allgemeinen wird das Notgeſetz unverändert angenommen. In der lebhaften Debatte über Einzelheiten ſtellt ſich heraus, daß nicht alle Erwählten und Erleuchteten der Nation die deutſche Sprache ſo weit beherrſchen, um zu wiſſen, was „einfache“ Mehrheit iſt, ſo daß man zu den alten Begriffsbeſtimmungen „relativ“ und „abſolut“ zurückkehrt. Auch über die Bedeutung von „Zuſtimmung“ und „Einwilligung“ wird geſtritten. Der geiſtige Pegel der Nationalverſammlung ſteht nicht ſehr hoch. Das merkt man am deutlichſten in den Verhandlungen hinter den Kuliſſen des Theaters, die endlich dazu geführt haben, daß die beiden größten bürgerlichen Fraktionen nun wirklich ihren Anteil an der „Reichsgewalt“ übernehmen. Man könne doch nicht, ſo ſagen ſie, dem Auslande eine rein ſozialiſtiſche Regierung vorſtellen. Dank dem Zentrum atmen nun vor allem die Demokraten auf. Sie hatten ſchon kalte Füße bekommen.

Friedrich der Vorläufige

Weimar, 11. Februar

Friedrich Ebert heißt unſer Präſident.

Zoll um Zoll ein Napoleon; Dritter natürlich, nicht Erſter. Die gedrungene, kurzhalſige Geſtalt, der Knebelbart, die Speckfalte im Nacken: Lui! Bloß hat er kein Steinleiden und braucht ſich nicht männlich-braun anzuſchminken. Er iſt

kerngesund. So einer, wie der große Julius Cäsar sie liebte: „Laßt wohlbeleibte Männer um mich sein, die nachts gut schlafen!“ Noch heute geht sozusagen der herb-frische Duft von Juchtenleder von ihm aus, das er früher verarbeitete.

Nun ist ihm von der Nationalversammlung die „vorläufige Reichsgewalt“ übertragen. Mit der Reichsgewalt und der Wohnung im Schloß Bellevue und dem großen Gehalt sind er und unsere nunmehrige Landesmutter ganz einverstanden. Weniger mit dem Vorläufigen. Aber Eberts ehedem Intime bei den Unabhängigen, die ihn Friedrich den Unüberwindlichen nennen, behaupten, sein Sitzfleisch sei das Dauerhafteste an ihm. Wo er einmal sitze, da gebe es gleich eine Dynastie. Daher auch das verzweifelte Bestreben des verfassunggebenden Nationalversammlungsmitgliedes Cohn, an Stelle eines einzigen Präsidenten einen Fünf-Männer-Ausschuß zu setzen. Da könnte die Reichsgewalt doch wenigstens reihum gehen. Nach dem ABC natürlich. Und da käme Cohns hohes C vor dem E unseres Ebert.

Nicht nur unsere Landkarten, sondern auch unsere Geschichtsbücher stehen vor neuen Auflagen. Die Genealogen und Biographen zücken schon den Bleistift, um festzustellen, daß Friedrich der Vorläufige, der am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren wurde, schon gegen den Frankfurter Gewaltfrieden Einspruch erhoben hat. Er war revolutionär schon in den Windeln, Sozialist schon als Sattlerlehrling, das gegebene Reichsoberhaupt schon als Brotwagenfahrer, Kneipwirt, Gerichtssaalreporter.

Etliches wird man freilich verschweigen müssen. Jeder große Mensch hat Momente der Schwäche. In einem solchen Moment, am 22. Oktober 1918, hat Ebert im Reichstage gesagt: „Gelingt es den Herrschenden der feindlichen Länder, uns einen bedingungslosen Frieden aufzuzwingen, dann wird die deutsche Arbeiterklasse schwer getroffen; ihr

Kampf um den ſozialen Aufſtieg würde um Jahrhunderte zurückgeworfen.“ Dieſen Satz, der aus dem Vokabularium der Gewaltpolitiker, der Tirpitze und anderer „von der Großinduſtrie bezahlten Subjekte“ ſtammen könnte, dürfen geſinnungstüchtige Hiſtoriker, an denen es uns nicht fehlen wird, auf keinen Fall bringen. In der Tat hat Friedrich der Vorläufige, als er am 9. November 1918 nach geſundem Nachtſchlaf von der Revolution überraſcht wurde, bereits umgelernt gehabt. Und im Februar dieſes Jahres konnte er bereits von der Herrlichkeit des neuen Zeitalters predigen.

Er hat's raus, der Ebert. Er hört das Gräschen wachſen, der Ebert. Sein heimlicher Gegenkaiſer, Scheidemann, hat im Sommer vor zwei Jahren in Dresden erklärt, es ſei ihm unverſtändlich, wie jemand nur daran denken könne, unſeren Feldgrauen in den Rücken zu fallen, den Frieden um jeden Preis zu erkaufen: „Aus der deutſchen Arbeiterklaſſe würde dann ein Haufen von Bettlern werden, unter den Trümmern Deutſchlands läge am tiefſten die Arbeiterklaſſe begraben!“ Aber Ebert weiß es beſſer. Ebert hat es wirklich raus. Wir haben nicht Deutſchland in Trümmer geſchlagen, ſondern nur die Verderber Deutſchlands, die Monarchen. Am erſten Tage der Nationalverſammlung hat Ebert der Welt die Wahrheit verkündet: wir ſind „vom Imperialismus zum Idealismus“ gekommen, „von der Weltmacht zur geiſtigen Größe.“

Nämlich von Bismarck zu Ebert. Das nennt Friedrich der Vorläufige den Geiſt von Weimar.

Rieſengroß wächſt bei ſeinen Worten eine hoheitsvolle Geſtalt im Theaterraum empor, die Goethes Züge trägt. Er ſieht ſie nicht. Er hört ſie nicht. So entgeht es ihm auch, daß ſich ein Brauſen erhebt und daß aus den Schauern der Ewigkeit eine Stimme erklingt: „Du gleichſt dem Geiſt, den du begreifſt, nicht mir!“

Friedrich Ebert iſt ſchon überall einmal Vorſitzender ge-

weſen. In der Partei, in der Fraktion, in dem Hauptausſchuß des Reichstages, in dem Ausſchuß der Volksbeauftragten. Das Sitzen verſteht er, das muß der Neid ihm laſſen. Er ſaß auch getreulich und feſt in der Reichskanzlei, als es nicht mehr aus noch ein ging, bis dann Potsdamer Gardejäger und Unteroffizierſchüler die Bewegungsfreiheit in Berlin wiederherſtellten. Er war nie ein Hans Dampf in allen Gaſſen, wie es gewiſſe üble Monarchen zu ſein pflegten, war nie ein Anreger, ein Wegbereiter, ein Vorſtürmer. Wenn man jetzt ſeine Genoſſen fragt, was ſich eigentlich aus ſeinem Leben erzählen laſſe, ſo ſagen ſie: Man hat eigentlich nie viel von ihm gehört; er muß alſo ein bannig kluger Kerl ſein; ſonſt wäre er doch auch ſicher nicht Reichspräſident geworden.

Die Sicherheit dieſer Schlußfolgerung iſt nicht gerade überzeugend. Vielleicht ließe ſich weit eher der Satz verfechten, daß durch die Revolution überhaupt die Unzulänglichkeit auf den Thron gekommen iſt. Sitzen kann Friedrich der Vorläufige, das ſteht feſt. Auch auf dem Dache ſitzen kann ein gewiſſer Greis.

Goethe hat einmal geſagt: „Ein großer Geiſt irrt ſich, weil er keine Schranken kennt, ein kleiner, weil er ſeinen Horizont für die Welt nimmt.“

Ebert hat den Horizont einer Käſeglocke. Unſer Präſident kann nie „uferlos“ werden.

Ebert an die Preſſe

Weimar, 12. Februar

Das ſogenannte alte Syſtem wäre nicht zuſammengebrochen, wenn es eines beſſer verſtanden hätte: auf dem Inſtrument

der öffentlichen Meinung zu ſpielen. Schon vor vierhundert Jahren wußte ein Dr. Martin Luther, wie man Herrn „Omnes“ zu behandeln habe; mit ſeinen Flugblättern ſtürzte er Rom, ſchuf er ein deutſches Volk. Aber die ſtärkſte Macht Europas, das kaiſerliche Deutſchland von 1914, vermochte die Wirkung des bedruckten Papiers nicht recht einzuſchätzen und erlag den Northcliffe, Joffe und Roſa Luxemburg. Die neuen Machthaber des Reiches verſichern ſich nun ſofort der Mitwirkung der Weltmacht Preſſe. Schon am Lendemain ſeiner Wahl verſammelt Ebert die in Weimar anweſenden Preſſevertreter im Theaterfoyer um ſich, ſtellt ſich ihnen, da er in jungen Jahren nach Aufgabe ſeines Sattlerhandwerks, in dem er es zu nichts brachte, Reporter einer ſozialdemokratiſchen Provinzzeitung war, als Kollege vor, der alles für ſie tun wolle, was er könne, und bittet um Entgegenkommen auch von ihrer Seite in gemeinſamer Arbeit für das Vaterland.

Das geſchieht ſchlicht und natürlich, ohne große Aufmachung, wenn auch der Photograph dabei nicht fehlt, der im neuen Deutſchland mindeſtens ſo häufig bemüht wird wie ehedem bei Staatsaktionen. Die unter ſozialiſtiſcher Führung geeinte Mehrheit iſt mit ihrem Programm fertig, ſie hat, wie Ebert ſagt, die Demokratie für Deutſchland in einem Umfange geſichert, wie kein anderes Land ihn kennt. Der Demokratie werde die Sozialiſierung folgen, alles in organiſchem Wachstum. Auf dieſem Wege werde man die Mitarbeit einer von jeder Beſchränkung entbundenen freien Preſſe mit ihren Anregungen und Vorſchlägen zu ſchätzen wiſſen. Dieſe captatio benevolentiae Eberts macht auf die Verſammelten, die doch zum großen Teil letzten Endes ſentimentale Deutſche ſind, offenſichtlich tiefen Eindruck. Man war ſolche Töne ſonſt nicht gewöhnt. Man lächelt nicht einmal darüber, daß Sereniſſimus ſelbſt dieſe wenigen Worte nicht frei ſpricht, ſondern von

einem Zettel ableſen muß, nachdem er ſich umſtändlich die große Brille aufgeſtülpt hat.

Aus der Mitte der Verſammelten ſpricht Georg Bernhard, der Direktor des Ullſtein-Verlages, namens der Preſſe für Eberts Worte ſeinen Dank aus, wozu er das Mandat von dem eigens von ihm für die Weimarer Tagung begründeten Journaliſtenverein hat. Bernhard unterſtreicht den Gedanken der Vereinheitlichung Alldeutſchlands, wie wir ihn aus der Verfaſſungsarbeit des Staatsſekretärs Preuß ſchon kennen, und ſchließt mit einem Hoch auf Ebert, den „Führer zum einigen freien Reich aller deutſchen Stämme“. Stimmung, Stimmung, pflegte der ſogenannte König der Bohemiens Danny Gürtler zu rufen und ſchlug auf den Tiſch, daß die Gläſer tanzten. Die Stimmung iſt nun da, das elektriſche Fluidum zwiſchen Regierung und Preſſe gefunden. In der nüchternen Alltagsarbeit aber wird es ſich zeigen, daß auch die geſchickteſte Benutzung der öffentlichen Meinung ſchließlich verſagen muß, wenn man ihr keine vaterländiſchen Erfolge aufweiſen kann, das Reich nicht ſtark und achtunggebietend macht.

Unſere Sprecher

Weimar, 13. Februar

Die neue Regierung iſt da. Sie iſt ein Kind mit drei Köpfen und nur einer ſchwachen Andeutung von Armen und Beinen, ſitzt dafür aber auf der breiten Baſis einer Dreiviertelmehrheit. Heute reden zum erſtenmal die drei Köpfe widereinander. Alle drei wünſchen ſich einen ſtarken Arm. Den ſoll Noske erſt ſchaffen. Im übrigen behauptet der ſiameſiſche Drilling, daß er beileibe nicht ſiameſiſch ſei, ſondern erſtens ſozialiſtiſch, zweitens chriſtkatholiſch, drittens demokratiſch.

Ehe die drei Köpfe nach drei Richtungen ſprechen, wird die Miniſterliſte verleſen, aus der wir erſehen, daß wir fortan von vier Parteijournaliſten, vier Parteibeamten, drei Juriſten, einem Diplomaten, einem Bergrat a. D. und einem Handelshochſchullehrer a. D. regiert werden ſollen. Der einzige Fachmann darunter iſt der Staatsſekretär des Auswärtigen Amts, der Graf v. Brockdorff-Rantzau. Gerade darum wird man ihn nicht lange behalten. Schon Bismarck ſchrieb 1853 an Schleinitz, es gäbe niemanden unter uns Deutſchen, der nicht alles, von der Politik bis zum Hundeflöhen, beſſer verſtünde als der Fachmann. Es ſind noch viele Parteimänner da, die gerne das myſtiſche Auswärtige übernehmen würden, etwa der perſönlich ſo nette Eſſener Rechtsanwalt Bell, der vorläufig Kolonialſekretär geworden iſt. Weiß der Himmel, warum. Oder Adolf Hoffmanns Freund in Neiſſe, der ſich fürs Auswärtige in einem ebenſo offenherzigen wie unorthographiſchen Brief bereits gemeldet hat. Im allgemeinen bringt die Miniſterliſte keine Überraſchungen. Nur der fürs Ernährungsamt beſtimmte Zentrumsabgeordnete Herold hat noch rechtzeitig die Finger von dieſem dornenbeſetzten Portefeuille gelaſſen.

Der Jacques Bonhomme der Sozialdemokratie, Ebert, iſt aus der Regierung ausgeſchieden, da er Landesvater geworden iſt; auf ihn kann die Partei am eheſten verzichten, er iſt nichts weniger als ein überragendes Talent, darum gibt ſie ihn her. Der Geriſſenſte unter den Sozialdemokraten, Landsberg, und der Klügſte unter ihnen, Scheidemann, ſind geblieben, dazu noch fünf weniger beträchtliche Herren. In die anderen ſieben Miniſterpoſten teilen ſich Demokratie und Zentrum.

Scheidemann eröffnet den heutigen Reigen mit einer Programmrede. Er iſt der erſte Kopf des neuen Kindes. Er verkündet, daß wir die Aufgabe hätten, das Werk der Revolution methodiſch fortzuführen.

Der zweite Kopf, der mit dem wallenden Rübezahlbart Gröbers, meint dagegen, da wir nun eine Koalitionsregierung hätten, dürfe der Ausdruck „sozialistische Republik“ fortan nicht mehr gebraucht werden.

Der dritte, der Naumanns, ist von den Runen mancher Volksversammlung zersägt; dieser beste Demagoge Deutschlands suggeriert den Hörern ein drittes Programm, das der Demokratisierung und Vereinheitlichung Alldeutschlands.

Der erste will von allen „gottgewollten Abhängigkeiten“ nichts wissen und in allen Dingen die Bahn frei haben. Der zweite sagt, alle Obrigkeit stamme von Gott, also auch die Republik, und Religion vor allem müsse sein. Politisch, militärisch, wirtschaftlich und finanziell sei die Revolution ein Unglück gewesen. Der dritte aber macht wiederum ein Nebenköpfchen des zweiten madig und verflucht in nationaler Empörung Erzbergers Auslieferung unserer Kauffahrteiflotte.

Scheidemann muß als Ministerpräsident naturgemäß sich den Anschauungen der beiden anderen mitregierenden Parteien ein wenig nähern. Er muß auch so etwas wie Sprachrohr der deutschen Nation sein. Er findet daher das kräftige Wort, man habe sich nicht darum der Alldeutschen erwehrt, um jetzt wie ein stummer Hund alle Bedrückung durch die ausländischen Allfanatiker hinzunehmen. Er wird vielleicht noch mehr — in Worten, versteht sich, nicht in Taten — an die Seite der anderen gedrängt werden, ehe die erste Regierungskrise kommt und das dreiköpfige Kind operiert wird. Für dieses Drängen sorgen schon die Unabhängigen mit ihren ewigen Zwischenrufen. Der mildeste von heute lautet: „Blutbefleckte Heuchler!“ Als es zu arg wird, muß Scheidemann auf den Tisch schlagen und in den Sturm hineinrufen: „Das ist doch der deutsche Reichstag und nicht der russische!“

Im übrigen sorgt Scheidemann schon selbst durch maßlose

Heftigkeit gegen die Rechte dafür, daß die äußerſte Linke in ihm immer noch den Genoſſen ſieht. Zum zweitenmal in dieſen wenigen Weimarer Tagen macht er „Schwerinduſtrie, Alldeutſche, Ludendorff“ für den Verluſt des Krieges verantwortlich, alſo jene — an ſich gar nicht zuſammengehörige — Dreiheit, die gerade das Durchhalten gegen eine Welt von Feinden uns eingehämmert hat, während die Scheidemann und Erzberger die Stimmung zermürbten.

„Als unſere ſtarke Front ins Wanken geriet und ſchließlich der geniale Haſardeur des Weltkrieges Ludendorff mit dem Geſtändnis ſeines Bankerotts vor uns hintreten mußte, da fiel die Binde von den Augen des Volkes und es erkannte taumelnd die Wahrheit“, ſagt Scheidemann; die Empörung auf der Rechten wallt hochauf; die Linke dröhnt Beifall. Wieder einmal entſcheidet Lungenkraft ein weltgeſchichtliches Fehlurteil. Wodurch iſt denn eigentlich unſere Front ins Wanken geraten? Iſt auch daran Ludendorff ſchuld, oder ſind es nicht vielmehr die Leute um Scheidemann? Sie ſind es, die haſardierten, als ſie alles auf die eine Karte Wilſon ſetzten und dann verloren; ſie haben uns ſo in den Bankerott getrieben.

Was Gröber ſagt, das hätte er ebenſo vor einem Jahre ſagen können. Im Zentrum hat ſich nichts verändert. Es findet in der Monarchie wie in der Republik ſein Feld zum Ackern.

Unſtreitig den tiefſten Eindruck, namentlich auf die Zuhörertribünen, macht heute der Volksredner Naumann, der im Hauſe der Nationalverſammlung nicht ſeinesgleichen hat, Traub allein vielleicht ausgenommen. In der Studierſtube dieſes ehemaligen Pfarrers aus einem Elendsdorfe ſind nicht nur die Geſichter zerarbeiteter Leute aufgetaucht, ſondern auch die Geſichte aus der ganzen geſchichtlichen Vorzeit unſeres Volkes. Kaum ein anderer vermag ſo wie er die Glocken der verſunkenen Vineta zum Ertönen zu bringen.

Man lauſcht — und man meint nicht, daß es eben nur Muſik iſt. Vinetaglocken als Begleitung zur Flöte des demagogiſchen Rattenfängers. Wie rührt er an die Herzen der Deutſchdenkenden, wenn er ſagt, wir dürften die Zeiten des grandioſen deutſchen Aufſtiegs vor dem Umſturz nicht vergeſſen, wir würden die Romantik des vergangenen deutſchen Königtums in Wort und Lied fortſetzen, wir dächten nicht daran, uns unſere frühere Geſchichte in den Schmutz ziehen zu laſſen! Dieſer unpolitiſche Träumer, dem jeder harte Tatſachenſinn fehlt, ſieht wieder einmal ein großes deutſches Mitteleuropa vor ſich und ruft, indem er auf der Rednerkanzel die Arme weit ausbreitet, den Deutſchen Öſterreichs über die Alpen zu: „Kommt! Wir warten!“

Bravorufen, Händeklatſchen, Jubelſturm; Ekſtaſe bis zum 3. Rang, Rührung auf allen Bänken. Man iſt hingeriſſen. Wie nach der großen Arie in der Oper. In dieſem Augenblick komme ich mir faſt wie ein verbrecheriſcher Störenfried vor, weil ich nüchtern bleibe. Die Deutſchen Öſterreichs ſind uns, deucht mir, durch den Ententeſieg ferner gerückt als je, und unſere ſchwächliche Regierung hat nur zentrifugale Wirkung auf alle Randdeutſchen. Der da oben in ſchönem Rauſche ſpricht, der iſt nicht Führer, ſondern Verführer, weil er den Sumpf nicht ſieht, wo ihm die demokratiſchen Irrlichter leuchten. Wir brauchen keine Schwärmer. Wir haben eiſerne Männer mit ſcharfem Auge nötig.

Immerhin findet Naumann einige tapfere Worte wider unſere brutalen auswärtigen Feinde. Auch wider die Republik: in einer Republik beſtehe ſtets die Gefahr, daß die Regierung ſich nicht — ſauber halte. Aber gleich darauf ſpricht er mit Herzenswärme zu den Sozialdemokraten, ja er hat ſogar für die Unabhängigen und ihre Theorien eine Verbeugung; er iſt und bleibt eben nur der große Werber, der auf das Locken aus iſt, ganz gleich, zu welchem Fähnlein

er gerade gehört, augenblicklich zu den Demokraten, früher zur freisinnigen Vereinigung, noch früher zu den Nationalsozialen, zu allererst zu den Jungkonservativen.

Den Abgesang hören wir heute von Erzberger, der es für eine Legende erklärt, daß wir unsere Schiffe ausgeliefert hätten. Wenn es überhaupt noch einen Verlaß auf einen völkerrechtlichen Vertrag gäbe, so würden wir sie behalten. Du ahnungsvoller Engel, du!

„Die Behauptung, als ob die deutschen Schiffe ausgeliefert würden, ist ein Grundirrtum. Die Schiffe sind nicht ausgeliefert, sondern werden zur Verfügung gestellt. (Zuruf: Abwarten!)

Es ist geradezu unerhört, wenn Sie solche Zwischenrufe machen! Die Sicherheit des Vertrages ist gewährleistet; wenn das nicht der Fall sein sollte, könnten Sie überhaupt keinen Waffenstillstand oder Friedensvertrag abschließen."

Der Mann muß es ja wissen, aber bisher hat er uns noch stets hereingelegt, so hereingelegt, daß im Volke das — selbstverständlich falsche — Gerücht auftauchte, er stünde im Dienste der Entente. Mögen sich seine Kollegen im Kabinett mit ihm auseinandersetzen. Wir draußen können nur die Regiekunst dieser Regierung bewundern. Es ist jetzt schon eine Woche lang in Weimar geredet worden, ausschließlich von der Regierung. Zuerst nur von dem sozialdemokratischen Kopf, heute von allen dreien. Noch ist niemand von der nationalen Minderheit zum Wort in einer Programmrede gekommen.

Das Kind mit den drei Köpfen hat aber leider noch immer keinen Arm, um sich der paar Polen erwehren zu können, die mit Steinen nach ihm werfen. In dem Regierungsprogramm ist ein neues Heer freilich vorgesehen, aber vorerst hat man in Weimar anscheinend dringendere Aufgaben.

Sprüche zum Konkurs

Weimar, 14. Februar

Auf dem Stuhle Davids ſitzt Herr Fehrenbach, der bisherige erſte „Vize“, iſt alſo in der Reichsredehalle um einen Platz aufgerückt, und für ihn tritt Schulz-Oſtpreußen die Stelle des Vizepräſidenten an. Das iſt eine rein dekorative Verſchiebung, ſo wie man Ehrenjungfrauen im letzten Augenblick noch manchmal verſtellt. Es bedeutet dies keinen Machtzuwachs für das Zentrum, ſondern einen Verzicht auf Macht, da dafür die Sozialdemokraten alle wirklichen Regierungsposten beſetzt haben. Fehrenbach ſchwingt die Glocke, Scheidemann trägt das Zepter; ſo ward beſchloſſen und gewählt.

Statt Schiffers, der eigentlich heute über unſeren Finanzjammer berichten ſollte, ſpricht Graf Brockdorff-Rantzau, ſtößt in die demokratiſche Poſaune und pfeift etwas gedämpft, aber würdevoll auf der nationalen Flöte. Man könne ſehr wohl Demokrat und zugleich Graf ſein, bekennt er vor allem Volk. Der deutſchen Nation iſt es ſicher gleichgültig, ob Rantzau als Graf oder als Demokrat empfehlenswerter iſt, aber einen Staatsmann braucht ſie, und wenn er es wird, dann wird man ihm weder Demokratie noch Grafenkrone verübeln. Wie in dieſen Tagen alle Redner, die unbelaſtet ihr Amt antreten möchten, ſo ſpricht auch er von der Konkursmaſſe des alten Syſtems, die er verwalten müſſe. Unſere hiſtoriſche Schuld habe ſchon mit unſerer ſchroffen Haltung auf dem Haager Kongreß begonnen. Jetzt aber werde die Welt nach der neuen Moral Wilſons aufgebaut mit Rantzau als Bauleiter für Deutſchland. Des deutſchen Volkes Würde ſei zum Teil in ſeine Hand gegeben, und er gelobe, ſie zu bewahren. Optime, optime. Des Beifalls langgehemmte Luſt befreit

nun aller Hörer Bruſt. Nur das mit der Konkursmaſſe hat ebenſowenig glaubhaft geklungen wie vorher aus dem Munde der ſozialdemokratiſchen Programmredner.

Die Wahrheit iſt, daß wir unſere Kapitulation anſagen mußten, als die Revolte in München, in Kiel und anderswo ausgebrochen war. Bis dahin war die Oberſte Heeresleitung gegen einen vernichtenden Waffenſtillſtand geweſen und hatte weiteren Widerſtand gefordert. Alſo das neue Syſtem war der Konkurs; da erſt mußte der zuſammengebrochene Schuldner die Hände hinſtrecken und ſich die Daumſchrauben anlegen laſſen.

Das braucht der Mehrheitsſozialiſt Keil, der nun zu Wort kommt, von Partei wegen nicht zu wiſſen. Er ſetzt uns die älteſten Ladenhüter der roten Wahlrhetorik vor. Es wendet ſich der Gaſt mit Grauſen. Die Bänke der Abgeordneten veröden. Selbſt die Genoſſen oben auf der Regierungseſtrade flüchten gelangweilt. Unentwegt ſetzt Keil ſeine Volksverſammlungsrede fort, über die Konkursmaſſe natürlich, über die Schuld des alten Syſtems, — eine Anklage gegen einen bereits ſiebenmal totgeredeten Angeklagten. Und doch: ein Satz aus ſeiner Rede, der ein lebhaftes „Sehr richtig!“ in den Reihen ſeiner Parteigenoſſen auslöſt, verdient es, als Bekenntnis der Wahrheit feſtgehalten zu werden. Keil ſagt: „Die kurzfriſtige Kanzlerſchaft des badiſchen Prinzen war bereits das erſte Stadium der Revolution.“ Sagt es unter allgemeiner Zuſtimmung ſeiner Genoſſen, die ſich wohl kaum mehr daran erinnern, daß Sereniſſimus Ebert am Eröffnungstage der Nationalverſammlung der „kaiſerlichen“ Regierung des Prinzen Max die Schuld an unſerer Wehrlosmachung durch den Waffenſtillſtand zugeſchoben hat. Alſo den Konkurs.

In ſehr ſpäter Stunde kommt — zum erſtenmal in dieſem Hauſe — ein Vertreter der Minderheit zu Wort. Der Graf Poſadowsky. Die Deutſchnationalen haben keinen Volks-

redner herausgestellt, sondern einen Staatsmann. Das ist in dieser Umgebung fast Verschwendung. Die Unabhängigen versuchen es zunächst, ihn durch die Taktik lärmender Zwischenrufe mundtot zu machen, müssen endlich aber doch widerwillig mit anhören, was der Graf im Bart, dieser alte Verkünder der sittlichen Verpflichtung des Staates zur Sozialreform, zu sagen hat. Er sagt manch bittere Wahrheit ohne Ansehen der Person, zum allgemeinen Erstaunen mitunter auch an die Adresse des alten Systems. Aber in seiner unwiderstehlich sachlichen Art, in der überlegenen Ruhe seiner Beweisführung zwingt er die Zuhörer schließlich doch über alle Konkurslegenden hinweg zu der Wahrheit, daß trotz aller ihrer Versäumnisse die Monarchie unvergleichlich viel herrlicher, größer, gerechter gewesen sei als ihre Rechtsnachfolgerin bei uns, die neue Republik. Die Rechte sei gegen jeden gewaltsamen Umsturz, sei also auch für eine gewaltsame Gegenrevolution nicht zu haben, bekenne sich aber nach wie vor zum Kaisertum als dem besten Bande unserer Einheit und hoffe auf zunehmende politische Erkenntnis des Volkes. Posadowsky stellt das alte Deutschland, wo die Oberrechnungskammer jeden Pfennig nachprüfte, dem neuen Deutschland der Revolution gegenüber, wo Milliarden unbesehen verwirtschaftet werden, er schildert als alter Finanzpolitiker das über uns hereinbrechende Unheil und kritisiert die nationale Ohnmacht der jetzigen Regierung. Still wird es im Hause, ganz still. In diese Stille hinein dringt kurz und klar und scharf die Erklärung des Redners, die Auskünfte Erzbergers hätten nicht befriedigt, und man werde um die Frage nicht herumkommen, „ob unser Unterhändler seiner Aufgabe gewachsen war oder nicht“.

Der Staatssekretär ohne Portefeuille und ohne Eignung, Herr Matthias Erzberger, hat gewiß eine gesunde Epidermis. Trotzdem möchte heute wohl niemand in ihr stecken.

Wie der Hase läuft

Weimar, 15. Februar

Im alten Reichstag zu Berlin, der noch nicht auf dem Königsplatz, sondern in der Leipziger Straße stand, gab es einen gemeinsamen Erfrischungsraum, denselben für Abgeordnete und Minister und Publizisten. Da konnte man Bismarck neben Windthorst sehen, Puttkamer neben Richter, und im Handumdrehen kannte sich alles, zumal da die Mehrheit zum „Bowlenklub" gehörte. In der Nationalversammlung zu Weimar sind wir wieder auf ein einziges Foyer angewiesen, wo männiglich sein markenfreies Schinkenbrötchen (Hört, hört!) sich kaufen und dazu seine Tasse Kaffee mit Milch und Zucker trinken kann, und auch hier wird man schnell miteinander bekannt. Aber vorerst verfällt unsereins, der bis vor kurzem im Felde stand, noch aus einem Erstaunen ins andere, denn Leute, die man vor viereinhalb Jahren mit violetten Hektographenfingern in irgendeinem sozialdemokratischen Berichterstatterbureau sah, sind heute mindestens Unterstaatssekretäre.

Doch hat die Revolutionswelle auch einzelne Männer an den Regierungsstrand gespült, die man, wenn sie sich jetzt schütteln und die Glieder strecken, als wahre Prachtkerle bezeichnen kann; natürlich nur im Vergleich zu den übrigen Gestalten dieser Jammerzeit. So einer ist der Reichswehrminister Noske. Als er einst bei einem Infanterieregiment seine zwei Kommißjahre abriß, hat er sicher den geheimen roten Strich im Überweisungsnationale mitbekommen, und trotzdem brachte er es zum Unteroffizier. Dieser ehemalige Unteroffizier Noske — und sein Unteroffizier ist noch gute Friedensware — fühlt jetzt alles in sich wieder erwachen,

was an Strammheit und Beſtimmtheit in ihm gelebt hat und ihm anerzogen worden iſt, und er greift in Tat und Wort ſo gut durch, wie man es von einem alten Treſſenträger nur erwarten kann. Heute nimmt er ſich den Haaſe vor, den Schieber der Unabhängigen und Geſchobenen der Spartakiſten, der vor ihm in ſtundenlanger Rede eine Totenklage um die unſchuldigen Lämmer Liebknecht und Luxemburg gehalten und wilde Angriffe gegen die „blutrünſtige“ Regierung gerichtet hat. Noske beherrſcht mit ſeinem mächtigen Kommandoton den Saal noch weit mehr als der Kriegsminiſter von Falkenhayn den Reichstag am Zaberntage, und befindet ſich im übrigen ungefähr in derſelben Lage, umheult von der äußerſten Linken. Wie Beilhiebe krachen ſeine Worte da hinein. Den Soldatenräten, die überall, wo ſie den Unabhängigen naheſtehen, den Grenzſchutz Deutſchlands verhindern und durch ihre ſonſtigen Taten „das Reich atomiſieren“, lieſt er zuerſt den Text, dann aber den Haaſe und Genoſſen ſelbſt. Am 5. Dezember, ſo ſagt Noske, habe er ſich unter das Berliner Volk gemiſcht und überall gehört, wie die niedrigſten Inſtinkte und der Blutrauſch der Menge aufgereizt wurden. Am 6. Dezember ſeien dieſe Reden dann von Laſtautos herunter gehalten worden, die bereits mit Maſchinengewehren beſtückt waren. „Wo war da Herr Haaſe, als Menſchenleben in Gefahr waren?“ ſchmettert Noske in die Verſammlung. Vermutlich iſt der Haſe damals eiligſt zu Holze gehoppelt. Sein Genoſſe Henke war genau ſo in den kritiſchen Tagen Bremens von dort abweſend. Als dort die Kugeln pfiffen, war auch der unabhängige Stadtkommandant plötzlich unauffindbar. Heute, wo doch nur Worte pfeifen, iſt Herr Haaſe zum Schluß ebenfalls verſchwunden. Es iſt ihm wohl nicht ganz geheuer. Er hat zuerſt leidenſchaftliche Zwiſchenrufe gemacht und iſt dabei immer wieder von dem toſenden Entrüſtungsſturm der Umſitzenden übertönt

worden. „Es wäre vielleicht gut," meint Noske mit ſchneidender Schärfe, „wenn Sie uns den Schießerlaß vorleſen wollten, den Sie erlaſſen haben, als Sie Waffen mit ruſſiſchem Gelde an Ihre Leute verteilten!" Beifallsorkan im ganzen Hauſe. Haaſe windet ſich und ſchweigt.

Dieſer Zweikampf zwiſchen zwei Männern und — das kann man wohl ruhig ſagen — zwei Raſſen wird von Reden Schiffers und Rießers eingerahmt. Die Statiſtiken der Reichsſchatzſekretäre ſind ſonſt ſehr ſpröde. Heute iſt es lebendiger, denn es fallen dröhnende Keulenſchläge wider die Revolution, die in der Tat Milliarden verwirtſchaftet hat und noch heute monatlich 900 Millionen Mark mehr für den jämmerlichen Reſt unſeres Heeres ausgibt, als früher das ganze koſtete; die es duldet, daß die Leute im Zentralmarinerat neben freier Wohnung, Verpflegung und Bekleidung noch bis zu 37 Mark täglich Löhnung erhalten. Wenn man die Forderungen der Entente nicht einmal einrechnet, haben wir fortan im Reiche vierzehn ſtatt wie vor dem Kriege fünf Milliarden jährlich aufzubringen. Es wird einem ſchwindlig, ganz ſchwindlig. Erſt zu ganz ſpäter Stunde — das gehört zur Regiekunſt der herrſchenden Mehrheit — kommt Geheimrat Rießer für die Deutſche Volkspartei zu Wort. Er lehnt eine geſchichtswidrige Kritik unſerer ruhmreichen Kaiſerzeit ab. Trotzdem wolle ſeine Partei ehrlich an der Republik mitarbeiten. Leider habe die Revolution unſere Wirtſchaft völlig verwüſtet, ſo daß große Werke mit drei bis neun Millionen Mark Betriebsverluſt monatlich arbeiteten. Was dann Rießer über die Gefahren der Sozialiſierung und die Notwendigkeit der Privatwirtſchaft ausführt, das iſt ſo zwingend und ſo geſchloſſen in der Beweisführung, daß man das Stenogramm ſofort als programmatiſche Druckſchrift herausgeben könnte. Das Haus hört ruhig zu. Man iſt erſchöpft von dem vorhergegangenen Sturm.

Aus Erzbergers Diktatheft

Weimar, 17. Februar

Es ist althergebracht, daß man eine Sitzung zum Zeichen der Trauer aufhebt. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wird aufgehoben, nachdem Erzberger das Ergebnis seiner Arbeiten in Trier vorgelegt hat.

Diesmal hat Erzberger nur drei Sätze schreiben müssen, natürlich wie immer nach dem Diktat des Feldmarschalls Foch: 1. ist uns jeder Angriff gegen die aufständischen Polen in unserem eigenen Lande jenseits einer Linie, die im wesentlichen die Provinz Posen von uns abschnürt, verboten, wodurch auch Gemeinden mit rein deutscher Bevölkerung dem polnischen Blutdurst ausgeliefert werden; 2. wird der sogenannte Waffenstillstand fortan jederzeit binnen drei Tagen kündbar sein, da die Franzosen noch neue härtere Bedingungen demnächst ganz unvermittelt von uns erpressen wollen; 3. sollen unsere bisherigen Zugeständnisse unter Aufsicht des Oberkommandos der Entente nunmehr bis aufs letzte durchgeführt und eingetrieben werden.

Derselbe Erzberger, der sich einst vermaß, uns den Frieden sofort zu besorgen, wenn er sich nur zwei Stunden lang mit Lloyd George darüber unterhalten dürfte, unterschreibt jetzt schon dreiundeinhalb Monate lang nur Diktate. Wir liefern alles ab, was unser Reichtum war und was unseren Wiederaufstieg bedeuten könnte; wir geben das Hemd vom Leibe her, nur müssen wir alles dieses vorerst noch verwalten, der Entente also auch diese Arbeit abnehmen. Wenn wir inzwischen noch unsere großen Betriebe sozialisieren, so ist das um so bequemer für den Feind, da er sich dann das Staatseigentum einfach überschreiben lassen kann. Hilflos starrt Erzberger den

französischen Dolmetscheroffizier an, der ihm Foch übersetzt, dann unterschreibt er, und zuletzt, wenn er aus der Betäubung erwacht, sendet er dem Diktat einen wirkungslosen Protest hinterher.

Diesmal ist Erzberger freilich durch die Regierung gedeckt. Er hat von Scheidemann die telegraphische Genehmigung zum Unterschreiben bekommen. Gegen einen Hindenburg-Frieden hat die Mehrheit von 1917 sich gewehrt. Nun haben wir endlich den Scheidemann-Frieden bekommen. Es hat Monarchen bei uns gegeben, die bereit waren, mit Ehren unterzugehen; der Alte Fritz hat manchesmal nahe davor gestanden. Aber niemals hätte einer von ihnen unterschrieben, was jetzt das Diktatheft Erzbergers uns auferlegt und was die Scheidemann-Regierung genehmigt hat. Dazu war keiner von ihnen schwächlich genug, keiner von ihnen unbeschlagen genug auf dem Gebiete der großen Politik.

Im Februar 1915 veröffentlichte Erzberger in der deutschen Presse einen Artikel unter der Überschrift „Nur keine Sentimentalität!" Darin heißt es: „Mag der Feind alles von uns sagen, so soll er beim Friedensschluß nur nicht das eine konstatieren können, daß die Deutschen die Dummen gewesen seien."

Der Feind konstatiert dieses. Und unser Unterhändler heißt Erzberger.

Gretchens Reinigung

Weimar, 18. Februar

„Gerichtet!" ruft eine Stimme, „Gerettet!" ein ganzer Chor. Dieser Chor besteht freilich nicht aus Engeln wie in

Goethes Fauſt, ſondern aus den Politikern der Mehrheit. Die decken Erzberger mit ihren Leibern und ihrer Lungenkraft. Daß die Miniſter im neuen Deutſchland dem Parlament verantwortlich ſind, iſt eine Farce: ſie ſind aus der Mehrheit genommen, und die Mehrheit ſtimmt für ſie, Sela.

Es geht heute in dem deutſchen Verfaſſungshauſe zu wie in einer beliebigen roten Volksverſammlung, in der ein Bürgerlicher auftritt. Man hört ihn an oder brüllt ihn nieder, auf jeden Fall aber hat ein Roter das letzte Wort und den „überwältigenden“ Beifall. Dazwiſchen ſprechen noch viele, ſehr viele Rote; alle unter überwältigendem Beifall. Denn keiner antwortet auf die Fragen des Einſamen. Sagt dieſer: „Draußen iſt Glatteis!“, ſo erwidern jene: „Dein Vetter hat einen Zylinderhut.“ Die Zungengeläufigkeit iſt die Hauptſache. Der Zuhörer darf nur ja nicht merken, daß man die weſentlichen Einwände des Bürgerlichen überſpringt.

Der Deutſche Volksparteiler Dr. Voegler, Generaldirektor von Deutſch-Luxemburg, tut heute den ſchweren Gang, geht mitten hinein in die Mehrheit und ſtracks auf Erzberger zu. Millionen Deutſcher da draußen begleiten ihn im Geiſte. Er weiſt bei der Begründung der Interpellation Heinze über die Führung unſerer Geſchäfte in Spaa und Trier nach, daß Erzbergers „Waffenſtillſtände“ dem Deutſchen Reich die Kirchhofsruhe des wirtſchaftlichen Todes bringen, daß Erzberger mit einem Mindeſtmaß an Sachkunde ein Höchſtmaß an Anmaßung gegenüber dem Angebot ſachverſtändiger Beratung verbindet. Seit dem 9. November hätten wir ſchon 21 Hochöfen in Rheinland-Weſtfalen ausblaſen müſſen; unſere große Induſtrie erſtarre und vereiſe.

Die Mehrheit aber ſagt: „Ludendorff war unſer Unglück im Kriege.“

Dr. Voegler ſtellt feſt, daß in dem amtlichen Protokoll der Waffenſtillſtandskommiſſion, alſo einem geſchichtlichen Akten-

ſtück, die Zuſtimmung der Führer unſerer Handelsſchiffahrt, Heineken vom Norddeutſchen Lloyd und Cunow von der Hamburg-Amerika-Linie, zu Erzbergers Abgabe unſerer Kauffahrteiflotte verzeichnet ſei, während beide in Wahrheit an der Sitzung überhaupt nicht teilgenommen haben. Die Seeberufsgenoſſenſchaft proteſtierte ja auch leidenſchaftlich gegen die neue Vergewaltigung.

Die Mehrheit aber ſagt: „Breſt-Litowſk war das Verbrechen unſerer Gewaltpolitiker.“

Selbſtverſtändlich geht es auch ſonſt dabei zu wie in einer Volksverſammlung. Pfuirufe ſcheinen parlamentariſch werden zu ſollen; und als Voeglers Ausführungen zu einer immer wuchtigeren Anklage ſich verdichten, erhebt ſich wüſtes Gebrüll. „Schluß, Schluß!“ rufen zwanzig, fünfzig, hundert dröhnende Stimmen auf einmal.

Erzberger lacht. Er lacht bei ſchmerzhafter vaterländiſcher Klage. Er weiß, daß er in dieſer Verſammlung den äußeren Sieg in der Taſche hat. Dann legt er in ſeiner waſſerfallartigen Redegeſchwindigkeit los, vermeidet jedes wirkliche Eingehen auf den Vorredner und holt zu einem wüſten Angriff gegen Hugo Stinnes aus, den rheiniſchen Großinduſtriellen, der die Seele des Ausbeutertums gegenüber dem beſetzten Belgien und Frankreich geweſen ſei. Aber Erzberger macht auch eine hiſtoriſche Feſtſtellung, die man zunächſt in tiefer Erſchütterung als wahr hinnehmen muß, obwohl ſie bitter weh tut und bisher Geglaubtes über den Haufen wirft. Nämlich unſere Oberſte Heeresleitung (in der Ludendorff, beiläufig bemerkt, längſt durch Groener erſetzt war) habe zwar erklärt, die Abgabe von rollendem Material in dem verlangten Umfange werde uns den wirtſchaftlichen Zuſammenbruch bringen, und man müſſe da vor allem auf Milderung dringen, im übrigen aber ſei der Waffenſtillſtand anzunehmen, ſelbſt wenn nichts erreicht werde. Auch das ſei eine

Legende, ſagt Erzberger, daß der Marſchall Foch zunächſt für einen annexionsloſen Frieden zu haben geweſen und erſt nach der Revolution mit verſchärften Bedingungen herausgekommen ſei. Sagt Erzberger. Leider iſt ja kein Hindenburg oder Winterfeldt im Saale, den man ſofort darüber befragen könnte. Die Mehrheit ſitzt mit offenem Munde da, ſtaunt über die Allwiſſenheit ihres Erzberger, fühlt ſich beglückt durch die Erleuchtung ihrer eigenen Ignoranz und iſt tief befriedigt.

Nun ſetzt der Chor mit dem „Gerettet!“ ein. Zwei Schwaben, Haußmann und Gröber, halten ihren Schild über den Landsmann. Vater Gröber verſteigt ſich ſogar zu dem Satze, der noch vor einigen Monaten im Zentrum ſelbſt den heftigſten Widerſpruch erregt hätte: „Wir freuen uns, in unſerer Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit ſo außerordentlicher Begabung und ſo rieſigem Fleiße für das Vaterland leiſtet, was kein anderer zu leiſten imſtande wäre!“ Auch die Sozialdemokraten Müller und Haaſe und Scheidemann pauken auf Erzbergers Gegner los. Der Chor iſt vollzählig. Das „Gerichtet!“ wird übertönt.

Der Deutſchnationale v. Graefe nimmt es wieder auf. Als erprobter Fechter, der ſich durch keinen Zwiſchenruf beirren läßt, ſchlägt er der Mehrheit die Paraden durch, indem er nachweiſt, daß ſie noch am 22. Oktober gegen den Unterwerfungsfrieden ſich verwahrt hat, den ſie am 11. November annahm, — und daß in der Tat nur die Revolution uns dazu gezwungen hat. Jetzt könne, ſelbſt wenn er es wollte, nicht einmal Wilſon uns helfen, da wir unter Erzbergers Führung die vierzehn Punkte ſelber durch vertragliche Unterſchrift aufgäben.

In der Form verſöhnlich, in der Sache ſcharf vertritt Dr. Streſemann noch einmal den Standpunkt der Deutſchen

Volkspartei. Er deckt die Ausflüchte Erzbergers auf. Er weist mit dem Finger auf die ehemaligen „Annexionisten“ im Zentrum und in der Demokratie. Er findet warme Worte für Ludendorff, den Retter Ostpreußens.

Das Schlußwort spricht diesmal greisenhaft und weitschweifig der sonst doch geistig noch frische Sozialdemokrat Dr. David. Schuld an allem seien — die anderen. Also kann Erzbergers reine Seele wieder in lichten Höhen schweben. Unten liegt zerschmettert das deutsche Volk. Zu ihm aber hat sich ein Mann gesellt, von dem heute leider gar nicht die Rede war, der General v. Winterfeldt, der seine Ablösung erbeten hat, weil er die Schmach in Spaa und Trier nicht mehr mitmachen wollte.

Nur Erzberger macht alles.

„Wir“

Weimar, 19. Februar

„Sind wir nicht zum Herrschen auserkoren?“ rufen einander seit nun schon zwei Wochen tagtäglich die Leute der Mehrheit zu. Man sieht lauter leuchtende Gesichter. Sie können sich noch kaum fassen, sie kommen immer wieder darauf zurück, sie spreizen sich höhnisch vor der Minderheit. Es ist erstaunlich, und ganz Europa wundert sich nicht wenig, welch ein neues Reich entstanden ist. Nur ist es ein wenig anders organisiert als in dem schönen Liede. Seine Funktionäre berauschen sich nur an Worten.

Das Wort des Herrn Freudenthal von 1848, wir sollten uns „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“ stellen, ist 1918 geflügelt wieder auferstanden. Gegebene Tatsache ist

heute eine Parteiregierung, die Arm in Arm mit Matthias Erzberger das Jahrhundert und den gesunden Menschenverstand in die Schranken fordert. Gestern hat sie den Freispruch ihres Barrabas erzielt. Heute läßt sie ihn schon triumphieren. Die Nationalversammlung in Weimar ist für solche internen Aufführungen trefflich geeignet. Schon im Berliner Reichstag ging es manchmal nicht gerade vornehm zu, aber der mächtige löwengelbe Raum dort — „doch eine Würde, eine Höhe entfernte die Vertraulichkeit“ — verschluckte alle Zwischenrufe auch ermunternder Art. In Weimar versteht man jedes Wort, wird der Beifall der Parteiclaque zu einem Schlachtendonner, der alles vor sich niederwirft. So ist gestern Erzberger gerettet, Voegler gerichtet worden. Laut Stenogramm hat Erzberger gesagt:

„Nun hat uns Herr Dr. Voegler eine ganze Reihe von Depeschen des Vereins der Deutschen Stahlindustriellen verlesen, nur von einer hat er uns nichts mitgeteilt, sie lautet: ‚Wenn Hugo Stinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugezogen wird, entsendet der Verein überhaupt keinen Sachverständigen.‘ (Hört, hört! Bewegung und Pfuirufe.) Unter solchen Terrorismus suchen Sie die Regierung zu setzen, aber ich kann Ihnen sagen, Ihre Herrschaft ist vorbei!“ (Stürmischer Beifall.)

Von diesem Telegramm, um dessen Abgangsdatum Erzberger vergeblich ersucht wurde, hatte er „leider“ keine Abschrift bei sich. Heute erhält er nun als erster das Wort. Er habe nur einen kleinen Irrtum begangen, sagt er; es handele sich nicht um ein Telegramm, sondern um einen Brief. Im übrigen sei alles, was er gesagt, „unantastbar“, denn in dem Briefe, den er vom Reichswirtschaftsamt bekommen habe, stehe wörtlich: „Da Herr Dr. Voegler, falls nicht Stinnes zugezogen wird, seine eigene Wahl als Sachverständiger abgelehnt haben soll ...“ Also dieser amtliche Brief bestätige alles.

Stürmiſcher Beifall! Große Bewegung! Ein wilder Radau, Zuſtimmung zu Erzbergers Worten gemiſcht mit Verwünſchungen gegen die Rechte, durchwogt die Volksverſammlung, es fehlt nur noch, daß Erzberger von den Begeiſterten auf die Schultern gehoben wird. Der Geſunde aber faßt ſich an den Kopf. Alſo auch der Brief iſt nicht vom Stahlverband. Und Dr. Voeglers Ablehnung wird nur als Gerücht in dem Briefe des ſozialdemokratiſchen Staatsſekretärs Dr. Auguſt Müller erwähnt. Der Stahlverband hat keine Schwierigkeiten um Stinnes' willen gemacht. Er hat eine ganze Anzahl von Sachverſtändigen ruhig zur Verfügung geſtellt, auf die Erzberger verzichtete. Auch hat Voegler nicht ſeine eigene Zuziehung abgelehnt. Es war alſo alles, was Erzberger in dieſer Sache von der Miniſterbank aus geſtern vorbrachte, unwahr.

Und dennoch: „Gebt uns Barrabam frei!“

Die Maſſe iſt auf dem Marſch, die Maſſe macht Weltgeſchichte, und dieſe Weltgeſchichte iſt immer dieſelbe. Einen Unterſchied zwiſchen Regierung und Partei gibt es nicht mehr. Wenn jemand auf der Miniſterbank das „Wir“ in der Rede gebraucht, ſo weiß man nie, ob es der Pluralis Majeſtatis der Regierung iſt oder ob es heißen ſoll: Wir Sozialdemokraten. Unter Brüdern iſt das ja auch ganz egal. In der Wahlbewegung haben wir es ja auch erlebt, daß an den Mauern Plakate klebten, die mit „Genoſſen!“ als Überſchrift anfingen und die Unterſchrift „Die Reichsregierung“ trugen. Partei iſt alles. Unſere alten Landräte mit ihrer Wahlbeeinfluſſung waren da wirklich Waiſenknaben. Die Regierungseſtrade iſt voll von einer ſchwatzenden Menge der neuen Regenten, Unterſtaatsſekretäre, Geheimräte und Schlüſſelbewahrer. Sie arbeiten für die Partei; ſie leben von der Regierung. Es geht da ſo lebhaft zu wie auf der Fondsbörſe um 12 Uhr mittags, ſo daß Präſident Fehrenbach

ſich ſchließlich energiſch Ruhe verſchaffen muß, weil er nicht mehr verſtehen könne, was dicht vor ihm am Pult der Redner vorbringe. Wie ſagte doch Ebert ſo treffend? Von der Weltmacht ſeien wir „zur geiſtigen Größe“ gekommen ...

Aus dem Munde des jetzigen Kriegsminiſters, des Oberſten Reinhard, erfahren wir, daß die Abſchaffung der Achſelſtücke einen ſymboliſchen Akt der Unterwerfung der Offiziere unter die neue Regierung in Deutſchland bedeuten ſolle. Nun wiſſen ſie es. Als Reinhard dann ſehr behutſam auf die Unterſuchung über die Tötung Liebknechts und der Frau Luxemburg zu ſprechen kommt, kreiſcht Haaſe „Schamloſe Verdrehung!“ Er wird erſt wieder ruhig, als „Wir“ zu Worte kommen. In allen drei Ausgaben.

Die Sozialdemokratin Frau Juchacz, ein ehemaliges Dienſtmädchen, lieſt dem Grafen Poſadowsky ein Kolleg über hohe Politik; ſie lieſt es ſäuberlich und ſilbenweiſe ab, ſo daß die ſonſt ſo geplagten Stenographen behaglich nachmalen können. Der Zentrums-Mayer aus Kaufbeuren, Doktor der Staatswiſſenſchaften und bewandert in den Fragen des Handels und der Großinduſtrie, gibt eine Variation deſſen, was der Reichsſchatzſekretär uns neulich erzählt hat. Der Kölner demokratiſche Rechtsanwalt Falk aber kommt uns als beſetzter Linksrheiner zuerſt deutſch, dann demokratiſch; von nun an ſeien Demokratie und Republik up ewig ungedeelt und feſt verkittet. Das alte monarchiſche Syſtem ſei für immer verſchwunden. Jenes ſcheußliche alte Syſtem, unter dem von den hervorragenden Männern, die jetzt auf der Miniſterbank ſäßen, kaum einer es auch nur zum Königlich Preußiſchen Referendar gebracht haben würde.

Das iſt ganz glaubhaft. Herr Falk iſt überhaupt ein kleiner Schwerenöter. „Hab' ich's gut gemacht?“ fragt er nachher im Wandelgang Herrn Erzberger. „Aber gewiß!“ Nämlich Erzberger hat an den deutſchen Teil der deutſch-demokratiſchen

Rede anknüpfend als letzter der heute Aufgerufenen „flammend national“ für unsere Kriegsgefangenen und Linksrheiner sprechen können. Schlußapotheose mit Feuerwerk. Ganz wie im Wandertheater auf den Dörfern. „Wir“ sind die Vaterlandsretter.

Neuorientierung

Weimar 20. Februar

Fritze Ebert, der neue Landesvater, läßt sich jetzt im Schlosse von einem Bildhauer modellieren und hat auch sonst noch Dinge zu tun, die die monarchische Erbschaft so mit sich bringt. Aber abends findet er doch Zeit, sich unter das Volk zu mischen. Noch eifriger als er pokulieren seine Genossen von der Reichsregierung. Einer dieser Minister, des vielen Weines ungewohnt, ist jüngst mit einer mächtigen Hellebarde, die er sich aus der Waffensammlung im Schlosse geholt, nächtens herumgezogen. Ein anderer, noch höherer, kommt meist erst beim Hähnekrähen in so guter Laune nach Hause, daß in den von ihm durchwanderten stillen Straßen die Einwohner erschreckt erwachen. Wie man sieht, behagt den Herren die „politische Neuorientierung“ Deutschlands durchaus. Das bißchen Verantwortung vor der Nationalversammlung wird im Handumdrehen nebenbei erledigt, und zwar alltäglich mit neuen, leichten Siegen. Nach der Geschäftsordnung des Reichstags, die vorerst auch hier gültig ist, muß einem Regierungsvertreter jederzeit das Wort verstattet werden. Wenn also ein Mitglied der Minderheit auch nur „Piep“ sagt, so wird es gleich von etwa einem halben Dutzend Reichsregenten totgeredet, seziert, zerfasert, verbrannt. Sogar der alte Mephisto Landsberg läßt

heute, nachdem er als Reichsjuſtizminiſter das Wort verlangt hat, dieſe Robe ſofort fallen und fährt in unverhüllter Schönheit fort: Wir Sozialdemokraten alſo ...

Vielleicht hat der ſelige Staatsmann Oxenſtierna gerade dieſe Zuſtände vorausgeahnt, als er ſagte, man wiſſe nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt ſich regieren laſſe. Es brauchen bloß immer ſechs gegen einen zu reden, dann ſchlägt's allmählich durch, daß Ludendorff ein Haſardeur war und Scheidemann der getreue Eckart der Nation.

Die böſen Störenfriede dieſes Idylls ſitzen in der Deutſchnationalen und der Deutſchen Volkspartei, — wenigſtens fangen ſie heute endlich an zu begreifen, daß dies ihre Aufgabe in der Oppoſition ſein muß, die regierende Mehrheit anzugreifen, nicht nur ſich ſelber notdürftig zu wehren.

Der Dr. Traub, den ſein heißes Nationalgefühl von den Wechſlerbänken der Demokratie vertrieb, der verhaßte Apoſtata der „Berliner Tageblatt"-Leute, iſt jetzt vielleicht die ſtärkſte agitatoriſche Begabung der Rechten. In glänzender Beweisführung belegt er ſeinen Satz: Schuld an unſerem Zuſammenbruch iſt die Revolution! Eisner und Ledebour und der „Vorwärts" ſelbſt müſſen ihm als Schwurzeugen dafür dienen. Wo ſei der Fortſchritt gegen früher überhaupt zu ſehen? Geblieben ſei vom alten Syſtem das Schlechte, nämlich der alte Bethmannſche Block; zertrümmert aber ſei das Gute, nämlich unſer herrliches Heer. Wer dieſes Werkzeug, mit dem ein Volk in letzter Not ſich helfen kann, zunichte macht, der hat nicht das Recht zu fragen, wer die Niederlage verſchuldet habe. Die wahren Verteidiger der Volksrechte, der Rechte der Einzelperſönlichkeit gegenüber gewaltſamer Schablonisierung, ſäßen jetzt rechts, — ſie hüteten das alte Erbe des Liberalismus.

Die gleiche Klinge ſchlägt der Deutſche Volksparteiler Profeſſor Kahl, der Jüngling von 70 Jahren, deſſen hallender

Stimme und feuriger Beredſamkeit niemand anmerken kann, daß ſeine Kindheit bis in die Tage Friedrich Wilhelms IV. hinaufreicht. Noch ſchärfer als Traub, noch perſönlicher geht er der neuen Regierung zuleibe. Wozu hätten wir einen oberſten Repräſentanten der Nation gewählt, wenn der ſich nun in den Schloßbau zurückziehe, ſtatt namens der Nation mit Wilſon in Beziehung zu treten und gegen den Treubruch in den Waffenſtillſtandsbedingungen aufzubegehren? Vor anderthalb Wochen ſei Ebert gewählt. Was habe er inzwiſchen getan? Selbſt der mangelhafteſte Obrigkeitsſtaat ſei nicht ſo mangelhaft regiert worden wie unſere junge Republik, deren einzig gute Mitgift — noch vom preußiſchen Königtum ſtamme; ohne die treue alte Beamtenſchaft hätten die neuen Männer nicht einen Tag regieren können. Aber dieſes Königtum werde wiederauferſtehen, nicht durch eine Gegenrevolution, ſondern einſt gerufen vom ganzen Volke!

Unter den Regierungsmännern, die heute zum Abtun der beiden Gefährlichen ſich vordrängen, verſucht auch der alte Gothein, einſt „die Heulboje von Greifswald-Grimmen“ genannt, ſein Heil. Man hört ſeinen inneren Blaſebalg arbeiten. Aber kein Geiſtesfünkchen glimmt auf. Wie prachtvoll vermöchte eine wirkliche Regierung die Kritik des Waffenſtillſtandes durch die Oppoſition auszunutzen! Schon längſt iſt ja ſelbſt den Sozialdemokraten nicht mehr ganz geheuer. In Weimar pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß eine ſtarke Minderheit der Roten gegen die Unterzeichnung geweſen iſt und daß ſchließlich nur aus den Kreiſen des rheiniſchen Zentrums heraus das Nachgeben durchgedrückt wurde. Deshalb hat die Minderheit innerhalb der Regierung ihr Spiel aber noch nicht aufgegeben. Das Wolff-Bureau muß jeden Proteſt und jedes Proteſtchen wider die Entente in ganz Deutſchland aufnehmen und der Preſſe übermitteln. Das iſt ein Umweg. In der Nationalverſammlung könnte man

ſchneller die einmütige Kundgebung erhalten. Aber da wären die nationalen Kruzitürken dabei, und die dürfen beileibe nicht über Erzberger triumphieren.

Frau Zietz, die Unabhängige, ſpricht, eine Frau, deren Weiblichkeit ein ſtarkes Plus männlicher Moleküle enthält. Bock und Haaſe und Cohn „können doll“, — ſie kann noch doller. Eine Fanatikerin der alten ſozialiſtiſchen Schule, unangekränkelt von der Sehnſucht nach den Amtsſeſſeln der Regierung. Der Frau Juchacz hat geſtern nach ihrer Rede der Genoſſe Löbe-Breslau Bonbons geſtiftet; bei Frau Zietz würde das wohl kaum ein Fraktionsgenoſſe wagen. Bei der Juchacz bricht das Gefühl ſich Bahn; die Zietz iſt Fanatikerin von Reflexion. Nach fünf Minuten iſt das ganze Haus helle Empörung. Sie beſchimpft das Eiſerne Kreuz als „Blutzeichen“, und nahezu ſämtliche bürgerlichen Abgeordneten verlaſſen oſtentativ den Saal. Sie beſchimpft Noske, und ihre nächſten Sätze gehen im Toben der Sozialdemokraten unter. Luiſe Zietz iſt die Sturmglocke für Spartakus, wie Glockenklöppel ſchleudert ſie ihre Arme. Bock und Haaſe und Cohn entrüſten ſich mit ihr über den Einmarſch der Noske-Garde in Gotha.

Während das ermüdete Haus — die Sitzung iſt erſt gegen 10 Uhr zu Ende — ſo immer wieder aufgepeitſcht wird, ſteht plötzlich ein blaſſer Warenhausjüngling auf der Regierungseſtrade, erhält das Wort und findet noch ſtärkere Töne wider Noske. Keiner kennt ihn. Nachdem er ausgeredet, werden ſeine Perſonalien erſt feſtgeſtellt: Dr. Joſef Löwengard, Vertreter der Republik Gotha im Bundesrat! Der nicht anerkannte Vertreter einer nicht anerkannten Republik. Und was ſonſt wohl noch nie einem Bundesratsmitglied paſſiert iſt, das geſchieht jetzt: man bedeutet ihm, wo der Zimmermann das Loch gelaſſen hat, und mit fliegenden Rockſchößen verſchwindet der Jüngling durch die Mitte.

Gewalt

Weimar, 21. Februar

Die Schutzmannskette um die Nationalversammlung herum ist verstärkt worden. Die Attentatsfurcht huscht durch Gassen und Gäßchen. „In tiefer Bewegung“ verkündet Scheidemann vor Eintritt in die Tagesordnung die Gewalttat, die an Kurt Eisner in München begangen worden ist. Bei Eröffnung der Alltagsdebatte erhebt sich Scheidemann wiederum. Die junge, deutsche Republik stehe vor dem Zusammenbruch, wenn sie den Terror nicht besiegen könne, wie er am Niederrhein und anderswo heute herrsche. Das Heiligste, die Meinungsfreiheit, sei überall zuerst in Gefahr, sagt der Leiter unserer Regierung.

Dieselbe Regierung aber schlägt gewaltsam die Redefreiheit im Parlamente nieder.

Als Heinrich von Gagern im Jahre 1834 in der Darmstädter Kammer von einer Partei der Regierung sprach, fand die Regierung diese Äußerung so beleidigend, daß sie den Landtag deshalb auflöste. So sehr galt es als Schmach, parteilich genannt zu werden. Die alte Rechtlichkeit des deutschen Beamtentums empörte sich wider die Unterstellung. Auch im Norddeutschen Bunde hat der erste Kanzler, Bismarck, obwohl er sich selbst als „alten Herrn“ der Konservativen bezeichnete, seit 1867 Regierungspolitik und nicht Parteipolitik gemacht. Noch sitzen ja in der Nationalversammlung ehemalige Minister der alten Monarchien wie Delbrück und Posadowsky und Heinze; niemand kann ihnen nachsagen, sie hätten parteilich ihres Amtes gewaltet.

Und heute?

Die Leitsätze der Regierung Scheidemann-Schiffer-Erz-

berger ſtehen zur Debatte, ein Vertrauensvotum für ſie iſt nach weſtlichem Muſter beantragt, obwohl dies bei unſerer ſtändigen, nicht wechſelnden Mehrheit eine wirklich überflüſſige Komödie iſt. Von den drei regierenden Parteien halten die Abgeordneten Meerfeld, Stegerwald, Dr. Gertrud Bäumer ausgiebige Parteireden. Dann wird von den drei regierenden Parteien Debatteſchluß beantragt und angenommen. So wird der Deutſchen Volkspartei und der Deutſchnationalen Volkspartei mit Gewalt die Redemöglichkeit abgeſchnitten.

Mehr noch: eine Entſchließung der Deutſchnationalen, die ihre eigenen Leitſätze zum Wiederaufbau des Reiches zur Debatte ſtellt, wird durch Übergang zur Tagesordnung von der Beſprechung ausgeſchloſſen.

Mehr noch: eine interfraktionelle Entſchließung aller oſtmärkiſchen Abgeordneten zugunſten des bedrohten deutſchen Oſtens iſt unter den Tiſch gefallen und taucht als Sonderreſolution von nur zwei Mehrheitsparteien wieder auf, unterſchrieben von zwei Süddeutſchen, dem Demokraten Payer und dem Zentrumsmann Gröber; man nimmt alſo die Anregung im ſtillen Kämmerlein begierig auf und paradiert dann auf der Eſtrade mit den erborgten Federn.

Stegerwald hat gerade vorher vom Pfauentum unſerer Frauen geſprochen, ſittliche Läuterung und wahre Freiheit vom Volke verlangt und die ſoziale Gerechtigkeit der alten Monarchie geprieſen. Fräulein Dr. Bäumer hat gerade vorher neckiſch ſich darüber gewundert, daß geſtern ganze vier Miniſter hintereinander nötig waren, den Dr. Traub zur Strecke zu bringen, und hat den Idealismus gepredigt, der die Geſamtheit über das Ich ſtelle.

Und nun: kraſſeſte Ichſucht der demokratiſchen Parteien, Vergewaltigung der Redefreiheit, Niederknüttelung der Minderheit! Ein Sturm der Entrüſtung erhebt ſich auf der Rech-

ten. Dieſe allzu vornehmen Leute, die noch am ſelben Vormittag keine eigene Interpellation zur kommenden Heeresvorlage einbringen wollten, weil das unritterlich gegenüber den Mehrheitsparteien ſei, mit denen man auf Wunſch der Regierung gemeinſam vorgehen ſolle, geraten allmählich in Weißglut. Recht ſo! Man muß die gewalttätige Fauſt der jetzigen Parteiregierung gefühlt haben, um die heute ganz unpolitiſche Sentimentalität loszuwerden. Kampf heißt die Parole. Wer heute Weltgeſchichte macht, wer die Wählermaſſen auf ſeine Seite ziehen will, der darf nicht etwa nur ehrlich ſich fürs Vaterland abarbeiten, ſondern der muß den harten Willen erkennen laſſen, die jetzige Regierung durch eine beſſere zu erſetzen. Wir ſind nicht ihre Untertanen. Der alte Obrigkeitsſtaat iſt nicht deshalb geſtürzt, damit ein neuer ihn ablöſe.

Von weſſen Gnaden lebt dieſer denn überhaupt?

Der Organismus unſeres Staates könnte ohne die Arbeit des Beamtenheeres des „alten Syſtems“ nicht einen Tag lang exiſtieren. Die im Schloſſe zu Weimar eine fürſtliche Hofhaltung führen, deren Menus ganz in den Rahmen der Kriegsgewinnler paſſen, vermögen dies nur ſo lange, als die alten Berliner Schutzleute, als die Offiziere aus dem alten monarchiſchen Heere ihr Schlaraffenleben bewachen. Nicht die regierende Mehrheit iſt es, deren Anhänger in der Hauptſache dieſe Palaſtwache ſtellen. Die jetzige Minderheit iſt es, die in Beamtenſchaft und Offizierkorps den Schlaf der Vergewaltiger hütet.

Wie nun, wenn zu der Gewalt, die den Regierenden von links droht und ſie ſchlottern macht, die Obſtruktion von rechts träte, im Parlament und draußen? Minderheiten in einem Rechtsſtaat braucht man nicht zu fürchten. Vergewaltigte Minderheiten aber haben Rieſenkräfte und können die ſtärkſten Regierungen ſprengen.

Es ist höchste Zeit, daß die Gewalt abdankt; daß Freiheit und Recht jedem Deutschen zuteil wird. Ihre Totengräber draußen im Lande kennen wir. Auf den Regierungsbänken brauchen wir sie nicht.

Ein Monolog

Weimar, 24. Februar

Vormittag um 11 Uhr ist in Weimar fast alltäglich Paroleausgabe der Regierung. Man nennt das Pressekonferenz. Konferenzier ist immer irgendeiner von der Regierung, und die Pressevertreter sind das Publikum. Auf diese Weise wird noch anders Weltgeschichte gemacht als in den bescheidenen Zeiten des alten Pressechefs Dr. Hammann, wo man noch nicht bataillonsweise zum Paroleempfang antrat. Jetzt machen sich manchmal sogar leibhaftige Minister die Mühe, die öffentliche Meinung zu befruchten. Heute war es ein junger Mann aus dem Reichsamt des Innern, der einen Reklamevortrag über den Preußschen Verfassungsentwurf hielt, „zur Verwendung nach Belieben". Aber im Pressepublikum erhob sich ein Murren. Man grollte nicht nur rechts, man grollte auch links. Die Reklame war zu lebhaft, wird mir erzählt. Da sei es neulich, als Scheidemann abends im Theater-Foyer die Presse um sich versammelte, viel feiner hergegangen, zumal da Bier und kalter Aufschnitt die Gemüter auf Reichskosten glätteten. Erst recht fein wird es später in Berlin werden, wo die Regierung ein prinzliches Palais als Pressehaus einrichten will, um dort ihr tägliches Stelldichein mit der öffentlichen Meinung abzuhalten.

Im Plenum der Nationalversammlung steht heute die erste

Beratung des Verfassungsentwurfes und der Reichswehrvorlage auf dem Plan. Das widerspricht, wie Haase herausgetüftelt hat, der Geschäftsordnung. Vorlagen müßten seit drei Tagen in Händen der Abgeordneten sein, ehe sie zur ersten Beratung kommen dürften. Nun seien die Drucksachen erst gestern verteilt worden, also die heutige Beratung sei ganz geschäftsordnungswidrig. Da bitten Gröber und Payer die Unabhängigen um gut Wetter. Man solle doch nicht und überhaupt und so. Aber Haase und Cohn sind in jedem Zoll ein unbestechlicher Cato. Der Präsident Fehrenbach, der schon mit Stielaugen der Blamage entgegensieht, die ganze Sitzung gleich nach Beginn vertagen zu müssen, wickelt sich im letzten Augenblick noch heraus: Es sei gar nicht die erste Beratung des Verfassungsentwurfs, wenn das auch in der Tagesordnung so gedruckt sei; Gott bewahre, die erste „Beratung“ komme erst morgen, heute gebe nur der Reichsminister Dr. Preuß die mündliche Erläuterung zur Vorlage; also er könne auf jeden Fall reden. Mit der Reichswehrvorlage ist es schon kitzlicher. Wenn nach § 23 der Geschäftsordnung mindestens 15 Abgeordnete sich gegen die vorzeitige Beratung erklärten, müsse man allerdings die vorgeschriebene Frist innehalten. Also bitte! Die Unabhängigen sind zum Teil über Land auf Revolutionsfahrten. Sie brächten die 15 Mann heute nicht auf. Schon lächelt man auf den Regierungsbänken, aber siehe da, es rauschen auch die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei vollzählig empor, von einem zornigen allgemeinen „Ah!“ der Mehrheit empfangen. Es hagelt Zurufe. „Ja, worüber wundern Sie sich eigentlich,“ schallt es von rechts zurück, „glauben Sie denn, wir ließen uns am Freitag selber von Ihnen vergewaltigen und hülfen Ihnen dann am Montag bei der Vergewaltigung der Geschäftsordnung?“

Mit leidvollem Gesicht betritt Dr. Preuß zu seinem Mono-

log die Tribüne. Von dem jetzt bei den Demokraten gelandeten Abgeordneten Dr. Friedberg sagte einst Liebermann v. Sonnenberg, er habe einen wehmütigen Zug um die Beine. Dr. Preuß hat diesen Zug um den Mund. Wenn er ihn aber nicht schon hätte, so hätte er ihn jetzt bekommen, denn „seinen“ Verfassungsentwurf, dieses deutsch-demokratische Prokrustes-Bett für das Reich, hat ihm das Staatenhaus böse verschandelt. So erleben wir denn ein Schauspiel, das entschieden den Reiz der Neuheit hat: Der Regierungsvertreter Dr. Preuß kritisiert die Regierungsvorlage in Grund und Boden. Schön findet er an ihr in seiner Autoreitelkeit nur das, was er daran entworfen hat. Was das Staatenhaus aber hineinkorrigiert habe, das, so wünscht er, möchte die Nationalversammlung wieder herausstreichen. Auf die eigenen Gesandten und die eigenen Briefmarken haben die größeren Gliedstaaten verzichtet, nicht aber auf ihre Rechte in Heer und Kirche und Schule, vor allem nicht auf die Souveränität in ihren eigenen Grenzen; kein Reichsgesetz dürfe gegen ihren Willen diese Grenzen verändern. Das große Zerlegemesser, das Dr. Preuß gegen Preußen schon gezückt hatte, ist ihm also vorerst aus der Hand geschlagen worden; er erbittet es aufs neue von der Nationalversammlung, die ja als einzige verfassunggebende Instanz sich um die Einwände des Staatenhauses nicht zu kümmern braucht. Aber auch so schon ist Preußens Stellung dahin. Nach dem Entwurf gehört zu Verfassungsänderungen im künftigen Reichsrat, jetzigen Staatenhaus, ehemaligen Bundesrat, eine Zweidrittelmehrheit, und da Preußen nicht mehr als ein Drittel der Stimmen erhalten darf, obwohl es vier Siebentel der deutschen Bevölkerung umfaßt, kann es also jederzeit überstimmt und majorisiert werden. Der Riese ist erlegt. Die Kleinen und die Zwerge balgen sich.

Reichswehr

Weimar, 25. Februar

Den regierenden Herren bricht der Angstschweiß aus, wenn sie lesen, daß Noske in den sogenannten bürgerlich-militaristischen Blättern gelobt wird. Das sei ja nur Wasser auf die Mühle der Herren Haase und Cohn. Um Gottes willen, nur tadeln, schnell tadeln, damit Noske nicht ganz um seine Reputation im Volke komme und ausgeschifft werden müsse! Wir haben keine Veranlassung, der roten Regierung diesen Gefallen zu tun, denn Noske hat nun einmal in dieser Zeit der feigen Vogelstraußpolitik wenigstens klar erkannt, daß unser neuer Staat ohne Männeranleihe bei der alten Monarchie keinen Tag länger bestehen könnte. Seine einzigen Triarier in den Freiwilligentruppen, das gibt er unter vier Augen sofort zu, sind die Offiziere, die Unteroffiziere, die Studenten, die Beamten. In öffentlicher Sitzung spricht heute sein Parteigenosse Schöpflin die Bitte aus, auch die sozialdemokratischen Arbeiter möchten doch eintreten. Aber man weiß sehr gut, daß sie es nicht tun — weil sie sich als Arbeitslose in Berlin viel besser stehen. Eine Aushebung auf Grund der immer noch bestehenden allgemeinen Wehrpflicht ist aber unmöglich. Die Autorität des Staates ist seit der Revolution so gründlich zerstört, daß niemand einer Einberufung Folge leistet, auch wenn die Regierung noch so sehr an den freien Gehorsam freier Männer appelliert

So bleibt denn tatsächlich zunächst nichts anderes übrig als der Notbehelf eines freiwilligen Söldnerheeres, aus dem die Ungeeigneten durch vierzehntägige Kündigung immer wieder ausgemerzt werden. Das weiß die Rechte genau so gut wie

die Linke, und daher ſtimmt ſie der Vorlage auch zu, die in einer einzigen Vormittagsſitzung in zwei Leſungen angenommen wird. Es geht ungemein ſchnell, da die Mehrheitsparteien ſich auf ganz kurze Reden beſchränken und nicht wie ſonſt ein halbes Dutzend Miniſter noch dazwiſchen redet. Die Lehre von geſtern hat doch gut gewirkt. Zwar klagen Gröber und Siehr beweglich darüber, daß die Oppoſition dieſes wichtige Geſetz, das nicht um eine Stunde verzögert werden dürfe, um einen ganzen Tag aufgehalten hätte, aber ſie wiſſen wohl ſelber, wer hier an der Verſchleppung die Schuld trägt. Schon vor zwei Wochen hätte die Reichswehr beſchloſſen werden können, aber die regierende Mehrheit hatte ja Wichtigeres zu tun, ſie mußte endloſe Parteireden halten. Das iſt ſogar der klugen Demokratin Dr. Gertrud Bäumer als ſo ungeſchickt aufgefallen, daß ſie neulich mit unſchuldigem Augenaufſchlag ſagte, ob es hier wirklich immer nach dem Gebot aus Goethes Fauſt gehe: „Du mußt es dreimal ſagen!“

Zwei Oſtmärker, der Deutſchnationale Baerecke aus Elbing und der Deutſche Volksparteiler Aßmann aus Bromberg, ſtellen, ohne daß ſich lärmender Widerſpruch erhebt, ausdrücklich feſt, daß die heutigen erbärmlichen Zuſtände unter dem alten Syſtem unmöglich geweſen wären, ja daß man ſogar in Weimar nur deshalb ſo ruhig tagen könne, weil die alten Berliner Schutzleute das Hohe Haus behüteten. Noske und der Demokrat Langheinrich können demgegenüber nur erklären, daß die Reichswehr inſofern doch etwas Neues ſein werde, als darin jedermann, der militäriſches Talent zeige, zu den höchſten Stellen emporklimmen könne, daß keine Vorzüge der Geburt, des Vermögens, der Bildung mehr gelten ſollten. Das klingt vortrefflich. Aber ohne Wiſſen kein Können. Der Bildung wird ein Offizierkorps nie entraten können. Es iſt auch unter dem alten Syſtem mehrfach vorgekommen,

daß Talentierte emporſtiegen, was heute Herr Cohn, wohl nur aus Unwiſſenheit, leugnet. Der mecklenburgiſche Kantorſohn und Hütejunge Reyher, der als Sechzehnjähriger noch vor dem Befreiungskriege in die Armee eintrat, brachte es bis zum Chef des preußiſchen Großen Generalſtabes. Im Kriege war dieſer ſpätere General v. Reyher, der Vorgänger Moltkes, wegen Tapferkeit vor dem Feinde zum Leutnant befördert worden. Nachher ging er daran, die großen Lücken ſeines kaum elementaren Wiſſens in jahrelanger Arbeit auszufüllen; dann konnte er ſeine Prüfungen beſtehen und weiterbefördert werden.

Anders wird man es auch im neuen Heere nicht machen können. Wenn man ſich darauf beruft, daß die jetzige Regierung doch auch aus Männern beſtehe, die aus den unterſten Volksſchichten ſtammen, und mit dieſer Ausleſe der Tüchtigen gehe es doch ganz gut, ſo täuſcht man ſich da in dreifacher Hinſicht. Erſtens wird die Hauptarbeit nach wie vor von den Fachleuten des alten Syſtems geleiſtet, ohne die jeder Miniſter verraten und verkauft wäre. Zweitens ſind die gefällten Entſcheidungen, die von unſeren Selfmademen ausgehen, wie beiſpielsweiſe von Erzberger in Trier, nicht immer gut, ſondern manchmal ein hilfloſes Geſtammel. Drittens ſind die heute Regierenden nicht als Gevatter Schneider und Handſchuhmacher auf den Amtsſeſſel gekommen, ſondern faſt durchweg erſt nach jahrzehntelanger politiſcher Ausbildung im Zeitungsberuf. Wenn nun alſo im neuen demokratiſchen Heer ein Musketier nachträglich ſeine Fähnrichsprüfung macht und ſpäter die Kriegsakademie mit Erfolg beſucht, ſo wird er der Armee natürlich willkommen ſein. Aber das alles ſind, zumal es ſich noch nicht um das endgültige Heer handelt, doch nur Nebendinge. Mannszucht vor allem brauchen wir. Die iſt durch die Revolution zerſtört. Nun müſſen die Revolutionäre ſelbſt ſie wiederherſtellen — nach dem „alten“ Syſtem.

Entmakelt

Weimar, 27. Februar

„Wenn eine Revolution gesiegt hat, muß man ihr gehorchen", sagt Kant. Es fragt sich nun, ob sie bei uns schon so weit ist. Die Unabhängigen bestreiten es, weil sie einen noch viel gründlicheren Umsturz erhoffen; und auf der bürgerlichen Rechten denkt manch einer, daß die Revolution in ihrem eigenen Unrat ersticken wird. Um so eiliger haben es die vorläufigen Sieger mit der Anerkennung. Sie wollen „ehrlich" gemacht werden, den Makel der Illegitimität loswerden. Daher soll die Nationalversammlung ein Übergangsgesetz beschließen, das alle Verordnungen für gesetzlich erklärt, die seit dem 9. November von den Volksbeauftragten erlassen worden sind, außerdem ohne weiteres alle früheren Rechte des Kaisers auf den Präsidenten, die des Bundesrats auf den Staatenausschuß oder das kollegiale Reichsministerium, die des Reichstags auf die Nationalversammlung überträgt, soweit nicht die Notverfassung anderes bestimmt hat.

Herrn Cohns fiebernde Phantasie sieht darin schon allerlei Schreckbilder — am Ende könne es nun Fritz Ebert plötzlich einfallen, durch „königliche" Order den Landsturm einzuberufen oder ähnliches mehr. Die beiden Parteien rechts haben ebenfalls begreifliche Beklemmungen, wenn sie an die Übertragung der Ermächtigung des Bundesrats denken, einschneidende wirtschaftliche Verordnungen zu erlassen. In der Hauptsache kommt es aber unseren Regierenden doch wohl nur darauf an, daß man sie entmakelt, der Verantwortung für den wüsten Haufen der Revolutionsverordnungen enthebt, kurz und gut, fünfe gerade sein läßt und einen dicken Strich unter die Regiererei seit dem 9. November

macht. Es gibt eine lange ſtaatsrechtliche Debatte über dieſen Gegenſtand. Da die vorläufigen Sieger eine geradezu unanſtändige Eile haben, werden die Anträge der Rechten auf Ausſchußberatung natürlich abgelehnt. Man wil es gleich ſchwarz auf weiß getroſt nach Hauſe tragen. Die Mehrheit iſt dafür und nimmt das Geſetz an. Nur will man nachträglich die Verordnungen in verſchiedenen Ausſchüſſen ſich noch anſehen. Das wird ein zweifelhafter äſthetiſcher Genuß ſein, aber ſtaatsrechtlich keinerlei Wirkung haben.

Da das Zentrum und die Demokratie zwar unter der Hand allerlei Schleichhandelsgeſchäfte mit der Sozialdemokratie treiben, um anſcheinend bereits vergriffene Dinge, wie Religionsunterricht und Privatwirtſchaft, noch eine Weile zu erhalten, im übrigen aber parteitaktiſch auf den Wink der Sozialdemokratie jederzeit einſchwenken wie die Unteroffiziere, kann die Revolution der Seligſprechung durch dieſe beiden Mehrheitsvollender gewiß ſein. Der heute angenommene Geſetzentwurf bedeutet nahezu ſchon die volle Indemnität. Bismarck erhielt nach dem preußiſchen Militärkonflikt die Indemnität von dem Abgeordnetenhauſe erſt dann, als ſeine Gegner bei der Neuwahl am Tage von Königgrätz zuſammengebrochen waren. Die Gewaltherrſcher von heute haben es leichter. Sie werden auch von jedem Makel über die vergeudeten Milliarden freigeſprochen werden, wenn die Rechnung auf den Tiſch kommt. Notabene die Rechnung mit nur einem kleinen Teil der Belege. Das ganze Geld iſt ihnen ja in blanco bereits bewilligt worden.

In der Vormittagsſitzung, die der Beratung des Übergangsgeſetzes vorausgegangen iſt, hat man die Reichswehr in dritter Leſung angenommen. Dabei iſt es zu einer lebhaften Auseinanderſetzung der beiden feindlichen Brüder gekommen, der Unabhängigen und der Mehrheitsſozialiſten. Der Abgeordnete Braß erzählt Nic-Carter-Geſchichten für

die reifere Jugend, eine Geſchichte etwa mit dem Titel „Das Eden-Hotel der Lockſpitzel oder der vergewaltigte Herr Schleifſtein aus Rußland oder der Nachrichtenoffizier im Parlamentszuge“. Frau Zietz greift mit entrüſteten Quietſchtönen ein, das Hohe Haus äfft ſie nach und quietſcht mit, kurz, es hat nicht ganz den Anſchein, als habe, wie die Weimaraner urſprünglich hofften, ihr Landestheater durch die Nationalverſammlung eine höhere Weihe erhalten. Die Rechtsſozialiſten werfen den Linksſozialiſten vor, daß ſie mit ruſſiſchem Gelde in Deutſchland Umſturz machten, und die Linksſozialiſten weiſen die Rechtsſozialiſten darauf hin, daß umgekehrt dieſe mit deutſchem Gelde 1905 die Revolution in Rußland unterſtützt hätten. Die regierende Sozialdemokratie iſt entrüſtet. Man habe nicht die Revolution, ſondern nur die Opfer der Revolution unterſtützt, die aus Rußland hätten fliehen müſſen. Die regierenden Roten legen Wert darauf, auch in dieſer Affäre makellos dazuſtehen, aber mit vollem Hohne erwiderte Herr Cohn, er müſſe das doch wirklich wiſſen, denn er ſei damals — der Kaſſenverwalter geweſen!

Wenn die feindlichen Brüder ſpäter noch mehr auskramen, wird ſich ſchließlich ja wohl für beide ein genügend begründetes Sittenzeugnis ausſtellen laſſen.

Volksredner und Staatsmänner

Weimar, 28. Februar

Man würde unſeren neuen Gewalthabern von Herzen gern alles gönnen. Auch das bißchen Wohlleben. Wenn man in Weimar dauernd Regierungsautos herumflitzen ſieht, in denen die Sekretärinnen der Miniſter oder auch ihre Gattinnen

ſpazierenfahren, ſo wollen wir das anziehende und hinanziehende Ewig-Weibliche nicht ſtören, indem wir etwa von Benzin und Bereifung und Steuerlaſten ſprechen. Man würde wirklich unſeren neuen Gewalthabern von Herzen gerne alles gönnen, — wenn nur endlich der beſchworene „Geiſt von Weimar“ ſich auf die Mehrheitsbänke herabſenkte und wir Reden zu hören bekämen, die weniger platt und weniger parteiſpießeriſch wären. Fiſcher-Berlin prägt den Satz, daß das neue Deutſche Reich mit dem alten nur den Namen gemein habe, ſonſt nichts, und auch dieſer Name müſſe verſchwinden. Statt „Deutſches Reich“ ſolle man „Deutſche Republik“ in die Verfaſſung ſetzen. Das alte Preußen habe nie einen Kulturfortſchritt ermöglicht, das bisherige Deutſche Reich habe in ſeiner ganzen Geſchichte nur Gewalt und Unrecht, ſagt dieſer vom Rampenlicht erleuchtete Kopf. Was Weltgeſchichte iſt, weiß er anſcheinend überhaupt nicht, wie man auch kaum von ihm verlangen kann, daß er das Naturgeſetz von der Erhaltung der Kraft kennt, das in gleicher Weiſe für das geiſtige und politiſche Gebiet gilt: wir erleben Umwandlungen, nicht Neuſchöpfungen.

Die Volksrede, die Fiſcher von ſich gibt, wird von einem ſicher ſehr geiſtvollen Vortrag Spahns abgelöſt. Er iſt immer noch da, der alte Spahn, obwohl ſein intimſter Gegner, Erzberger, noch im Dezember es als öffentliches Geheimnis jedem erzählte: „Spahn und Gröber kommen nicht wieder!“ Er iſt noch da, aber leider mit ſeinen Stimmitteln nicht auf der Höhe. Nur hin und wieder hört man, während die von den Bänken abgewanderten Abgeordneten mit der Hand am Ohre ihn dicht umſtehen, das eine oder andere Wort, nämlich die Worte „einerſeits“ und „andererſeits“ mit der erſterbenden Stimme des alten Grafen Moor aus dem Hungerturm.

Nach der bisherigen Ordnung des Hauſes müßte nun den Reigen der Volksredner in der Vormittagsſitzung als Ver-

treter der drittſtärkſten Fraktion ein Demokrat beſchließen. Aber der möchte ein Schlachtopfer haben, während er ſelber noch bis zum Nachmittag das Meſſer wetzt. So läßt man denn einem Deutſchnationalen den Vortritt, um ihn nachher abzutun. „Es wäre doch beſſer geweſen, ich hätte zuerſt geſprochen!“ ruft aber ſchon nach wenigen Minuten der demokratiſche Abgeordnete Koch bedrückt ſeinen Parteifreunden auf den Nachbarſitzen zu; denn was der frühere Staatsminiſter Dr. v. Delbrück da oben auf der Rednertribüne in wundervollem, glasklarem Aufbau vorbringt, das iſt geradezu unangreifbar. Die erſte wirklich große ſtaatsmänniſche Rede, die wir in dieſem Hauſe gehört haben. Sie iſt nichts weniger als konſervativ, aber ebenſowenig demokratiſch; der da oben redet, gehört zu der „Geruſia“ Deutſchlands, zu dem Rate der Alten, unter denen alles Parteitreiben längſt in weſenloſe Tiefe verſunken iſt. Er hat nicht nur als Oberbürgermeiſter, als Miniſter, als ſtellvertretender Kanzler deutſche Geſchichte ein Menſchenalter lang mitgeſchaffen, ſondern hat auch in der letzten Zeit vor dem Umſturze als Kabinettschef des Kaiſers es miterlebt, wie eine von Deutſchen der Heimat gelegte Mine die deutſche Monarchie in die Luft ſprengte. Warum? Ach, dieſes qualvolle „Warum“, mit dem wir immer an den Pforten des Verhängniſſes rütteln wollen. „Die Demokratiſierung Deutſchlands“, ſo ſagt Delbrück, „war in der beſten Entwicklung.“ Niemand habe die Notwendigkeit klarer erkannt als der Kaiſer. „Na, na!“ ruft eine Stimme von links; und „Na, na!“ echot ermutigt die Nachbarſchaft. „Jawohl, meine Herren,“ erwidert Delbrück, „das muß ich wahrhaftig doch wiſſen! Der Kaiſer wollte dem Volke ähnliche Enttäuſchungen wie 1815 und 1848 erſparen; er war feſt dazu entſchloſſen!“

Von nun an verſtummt jeder Zwiſchenruf. Man ſieht aus Delbrücks ſtaatsrechtlich-geſchichtlichen Ausführungen den

deutſchen Reichsbau der Vergangenheit emporwachſen, wie Bismarck ihn geſtützt und geſteift hat: die Fürſten waren an der Reichseinheit durch den Bundesrat intereſſiert, die Völker durch den Reichstag mit ſeinem freien Wort; und zu dieſer doppelten Kuppelung kam der ſtarke Schutz durch jenes Preußen, das von der äußerſten Südweſtgrenze bis zum äußerſten Nordoſtzipfel Deutſchlands reichte und jeden Angriff auf das Reich als einen Angriff auf ſich ſelbſt abwehren mußte. Preußen ging im Reiche auf; der Reichskanzler war ſein Miniſterpräſident, der Kaiſer ſein König. Jeder preußiſche Partikularismus war dadurch von vornherein ausgeſchaltet. Dieſes ganze komplizierte Syſtem von Sicherungen und Verſteifungen iſt nun bis auf die letzte weggeſchlagen. Der erſte Preußſche Entwurf unſerer neuen republikaniſchen Verfaſſung habe das alte Preußen zerbrochen, dafür dem Reiche alle Macht geben wollen, nach dem jetzigen Entwurf aber bleibe Preußen eine Ohnmacht, und auch das Reich erfahre keine Verſtärkung. Die Mängel der alten Reichsverfaſſung ſeien vermehrt auferſtanden, die wertvollen Vorzüge verſchwunden, und wir bekämen ein Reich ohne Kraft, in dem die Mittelſtaaten die landsmannſchaftliche Eigenart ihrer Sonderheere und die Stammeseigentümlichkeit der Zwetſchgenbrennerei und allerlei ſonſt noch verbrieft erhalten. Nicht ein Entwurf zur Verfaſſung, ſondern zur Auflöſung des Deutſchen Reiches liege hier vor. Die Deutſchnationale Volkspartei wolle in dem Verfaſſungsausſchuß daran mitarbeiten, daß etwas Hoffnungsvolleres erſtehe.

Nachdem ihm das Konzept arg verſchoben iſt, muß nun am Nachmittag der demokratiſche Abgeordnete Koch durch parteipolitiſches Poltern für die Galerie die Situation zu retten verſuchen, muß nachher auch der Abgeordnete Cohn, der beiläufig für die nationalen Rechte der jüdiſchen Minderheit in Deutſchland eintritt, überreichlich die Ausfälle gegen das Bürgertum häufen. Aber zwiſchen beiden ſteht der Deutſche

Volksparteiler Dr. Heinze, der frühere ſächſiſche Juſtizminiſter und Kronjuriſt, mit der zweiten großen ſtaatsmänniſchen Rede dieſes Tages. Delbrück hat ihm viel Wind aus den Segeln genommen. So befindet er ſich denn nicht in beſonders günſtiger Lage, weiß aber trotzdem das Haus ebenſo wie der Nachbar von der Rechten in den Bann ſeiner Ausführungen zu zwingen. Er und Delbrück ſind die beiden einzigen, die den vaterländiſchen Takt beſitzen, in dieſer Stunde der Not auf jede Parteipolemik zu verzichten und nur Poſitives zu bieten. Das iſt die Erhaltung Preußens als Großmacht, wovon politiſch und kulturell der Beſtand des Reiches abhängt; nicht umſonſt ſuchte und fand Bismarck die dem Reiche nötige Kraft in dem preußiſchen Königtum. Das ſei jetzt dahin. Dafür müſſe die Reichsgewalt geſtärkt werden; auch in der Republik wünſchten wir keinen Präſidenten, der jederzeit abſetzbar, jederzeit ſtrafrechtlich verantwortlich ſei. Unſer Parlamentarismus aber bedürfe in den Einzelſtaaten — Delbrück hatte dasſelbe für das Reich vorgeſchlagen — der Ergänzung durch ein Oberhaus mit berufsſtändiſchem Wahlrecht.

Es iſt heute eine der ruhigſten Sitzungen, die wir in Weimar erlebt haben, weil alles lauſcht, weil alles, was noch deutſch empfindet, mit heißen Wangen und heißen Herzen daſitzt. Es dämmert auch in der Mehrheit dem und jenem eine Ahnung davon auf, daß wir nicht durch Reden und Majoritätsbeſchlüſſe über die Verfaſſung das Reich ſo wieder aufbauen können, wie Bismarck es durch Blut und Eiſen ſchuf. Die Verfaſſung iſt ein Paragraphenkleid, ein Druckheft mit toten Buchſtaben. „Wenn Gott einem Volke hat helfen wollen“, ſagt Dr. Martin Luther, „ſo hat er es nicht durch Bücher getan, ſondern er hat ihm Männer geſchickt!“ Nach dieſen Männern, nicht nach der Verfaſſung ſchreit unſer gepeinigtes Volk. Die es geſtürzt hat, die kommen nicht wieder. Wenn Gott uns helfen will, erſtehen uns aber neue.

Wir treiben!

Weimar, 1. März

Cyrano de Bergerac wirft den Darſtellern zum Lohn ſeinen vollen Geldbeutel auf die Bühne. Erſchrocken fragen die Freunde, was er da mache, es ſei ja ſein ganzer Monatswechſel darin. Cyrano aber hebt langſam ſeine Rieſennaſe gen Himmel, ſchließt die Augen und ſagt verzückt: „Mais quel geſte!“

Mit derſelben Grandezza des Gascogners treten wir, die ehedem ſo ſchüchternen Deutſchen, jetzt auf. Die große Geſte iſt die Hauptſache. Dann ſind wir zufrieden, auch wenn wir bettelarm geworden ſind und der Hunger in die kalten Schornſteine hereingrinſt.

Es iſt Geſte, wenn die drei Dutzend weiblichen Abgeordneten der Nationalverſammlung ſich zuſammentun und heute durch den Mund der Frau Neuhaus vom Zentrum, die mit ihren 65 Jahren vermutlich als Würdigſte dazu ausgeſucht worden iſt, eine Entſchließung an die Adreſſe aller Völker gegen die Hungerblockade und gegen die Gefangenenſklaverei erlaſſen.

Es iſt Geſte, wenn der neue Kolonialminiſter Dr. Bell in einer Rede, die an ſich recht brav iſt, aber doch nur als Winſele von den Feinden aufgefaßt werden wird, unſere moraliſchen Rechte auf überſeeiſche Beſitzungen verficht.

Es iſt Geſte, wenn eine Tagesordnung von elf Gegenſtänden, wie wir ſie heute vor uns haben, wieder faſt durchweg zu einem parteipolitiſchen Stechen benutzt wird: ſelbſt dem bisherigen Ernährungsminiſter Wurm und dem jetzigen Landwirtſchaftsminiſter Braun iſt nur wohl, wenn ſie mit großartiger Armbewegung das „Agrariertum“ in den Sand geſtreckt zu haben glauben.

Aber die guten Freunde haben für die Geſte diesmal weniger übrig als ſonſt. Man iſt nervös. Was aus Weimar hinausdringt, erſcheint beinahe nicht mehr als ſo wichtig wie das, was nach Weimar hereinſchallt. In dieſer Nervoſität läßt man ſogar ganz verſehentlich einmal den geſunden Menſchenverſtand, nämlich einen Antrag der Oppoſition, ſiegen. Einige beſonders kraſſe Notverordnungen unſerer Regierung ſollen ſofort im Ausſchuß auf ihre Haltbarkeit geprüft werden, darunter die eine, die jeden Bauern- und Landarbeiterrat (oft ſind das ganz ar- und halmloſe Dorfſchreier) ermächtigen, einem Grundbeſitzer das Recht auf die Beſtellung ſeiner Felder zu entziehen, wenn er nach Anſicht dieſes Rates ſeine Pflicht nicht in landwirtſchaftlich richtiger Weiſe tut. Das Zentrum, die Demokraten, ja ſogar einige Sozialiſten erheben ſich bei der Abſtimmung mit Recht für die Korrektur dieſes Unſinns. Sonſt aber wird das Übergangsgeſetz in dritter Leſung unverändert angenommen. Sämtliche Verordnungen der Regierung Ebert-Scheidemann-Landsberg ſeit dem 9. November behalten alſo Rechtskraft, ſoweit ſie nicht innerhalb drei Monaten von der Nationalverſammlung außer Kraft geſetzt werden. Die Verordnungen füllen aber gedruckt ganze Schränke. Es wäre vollkommen unmöglich, ſie in einem Vierteljahr alleſamt auch nur kurz durchzuberaten. Tut nichts. Wenn nur die Regierung ihren Zylinder ſpiegelblank bekommt!

Wie Banquos Geiſt beim Feſtmahl erſcheint in dieſer Geſellſchaft die hohe, gebückte Geſtalt des bayeriſchen Bauernbündlers Dr. Heim am Rednerpult. Erſchauern geht durch die Reihen, als er verkündet, ihm krampfe ſich bei der ganzen parlamentariſchen Wichtigtuerei in Weimar das Herz zuſammen. Nach wenigen Monaten würden wir kein Brot mehr in Deutſchland haben. Der Schauer verſtärkt ſich, als die neueſten Nachrichten vom inneren deutſchen Kriegsſchauplatz

von Mund zu Mund gehen. Ein Mann, ein Königreich für einen Mann! Aber was die Miniſter als ihrer Weisheit letzten Schluß verkünden, iſt nichts Männliches mehr. Sie treiben ſteuerlos vor dem Sturme der Unabhängigen und Spartakiſten her. Nun wird der Hauptmaſt ſchon gekappt. Die ganze deutſche Arbeit wird, wie die äußerſte Linke ſchon ſeit Wochen verlangt hat, der Leitung durch die Unternehmer entzogen; an ihre Stelle treten Arbeiterbetriebsräte, die bald auch die politiſche Leitung Deutſchlands verlangen werden. Zentrum und Demokratie machen beſinnungslos mit. Auch unſer Handel ſoll demnächſt ſozialiſiert werden. Ein beweglicher Aufruf, der dieſe Dinge verkündigt, geht ſofort der Öffentlichkeit zu.

So iſt überhaupt kein Halten mehr. Helfen könnte uns nur der ſofortige Arbeitszwang für alle Feiernden — wer nicht arbeitet, ſoll auch nicht eſſen — und äußerſte bewaffnete Härte gegen alle bewaffneten Terroriſten, ſonſt treiben wir Zuſtänden entgegen wie im Dreißigjährigen Kriege, wo raubend und mordend Landsknechte umherzogen und in den Wäldern ihrerſeits verwilderte Bauern wie Wolfsrudel nach den Landsknechten ſtreiften. Man wird ſich dann fragen, was beſſer ſei: ein Brot, um Weib und Kind zu ſättigen, oder ein Beil, um ſie zu erſchlagen.

Verfaſſung und Auflöſung

Weimar, 3. März

Nachgerade haben die Verfaſſungsmacher in Weimar wohl alle das Gefühl, daß irgendwo ein Strick baumelt, der ſich nach ihrem Halſe ſehnt. Die Henker der Nationalverſammlung

ſitzen ja mitten in ihr. Das ſind die Cohn und Genoſſen auf den Bänken der Unabhängigen. Sie ſind die einzigen, die ſich heute nicht von den Plätzen erheben, als das geſamte Haus unſere heimgekehrten oſtafrikaniſchen Kämpfer ehrt, denn ſie haben Wichtigeres zu tun; dieſe paar Mann, die man in Weimar noch ſieht, während die Mehrzahl der Unabhängigen draußen im Lande ſchürt, ſitzen hier ſozuſagen als Verbindungsoffiziere der kommenden neuen Revolution. Die Verfaſſungsmacher aber werden noch in dem Augenblick, in welchem die Schlinge zugezogen wird, mit dem letzten Atemſtoß krähen, wie herrlich weit wir es gebracht haben.

Kein Menſch kann über die nächſten vierundzwanzig Stunden hinwegſehen. Um halb vier Uhr nachmittags beſchließt der Älteſtenrat der Verſammlung, daß das Haus ſich von morgen ab für die Ausſchußberatungen der Verfaſſung freimachen und erſt in der nächſten Woche wieder zu Vollſitzungen zuſammentreten ſolle. Inzwiſchen kommen neue Nachrichten über die Auflöſung im Reiche und über den Generalſtreik in Berlin. Da beſchließt denn um halb ſieben Uhr nachmittags der Älteſtenrat, die Verſammlung ſolle nicht vertagt werden, ſondern weiter ſitzen und ſofort die Geſetzentwürfe über die Sozialiſierung vornehmen. Die Älteſten der Fraktionen, darunter natürlich auch Cohn für die Unabhängigen, ſtehen im eifrigen Geflüſter um den Präſidenten herum, während unten am Rednerpult irgend jemand über irgend etwas aus dem Verfaſſungsentwurf ſpricht. Niemand hört auf ihn. Jedermann ſtarrt wie gebannt auf die Gruppe oben am Präſidium. Wer aus der Geſchichte weiß, daß in dem Triebleben des Parlamentarismus nur die Angſt vor der Unpopularität, in kritiſchen Lagen die Angſt ſchlechthin, das Herrſchende iſt, der kann ſich die Entſcheidung des Älteſtenrates im voraus denken. Den Wölfen, die uns umſpringen, wird ein Stück nach dem anderen aus

dem daherjagenden Reichswagen zugeworfen. Das ist aber keine Rettung, das steigert nur die Gier. Wer Wölfe nicht niederschießt, der ist verloren.

Inzwischen wird aber unentwegt über die Verfassung debattiert. Reichsminister Dr. Preuß verficht noch einmal den Einheitsgedanken, für den er — das verdient festgestellt zu werden — unter den Preußen aller Fraktionen von links bis rechts eine Mehrheit hat. Es ist nicht wahr, was über preußischen Partikularismus und preußische Engigkeit immer wieder von den Parteipolitikern der Linken vorgebracht wird, wenn sie der Rechten eins versetzen möchten. Der Staat Friedrichs des Großen hat nicht nur weitherzig immer alle um des Glaubens oder der Lehre willen Verfolgten aufgenommen, hat nicht nur Refugiés, Salzburgern, Emigranten und allen freien Köpfen von Leibniz bis Fichte ein Heim bereitet, sondern ist auch schließlich ganz im Deutschen Reiche aufgegangen. Wo sah man in Berlin noch preußische Fahnen? Überall an Festtagen das Schwarzweißrot, während in München in der Masse der blauweißen Fahnen kaum je die Reichsfarben zu entdecken waren. Auch jetzt sind die meisten Preußen für den Einheitsgedanken. Aus den übrigen Bundesstaaten aber, so heute aus Bayern durch den Mund des Abgeordneten der Christlichen Volkspartei Beierle, kommen die schärfsten Absagen. Selbst in der Sozialdemokratie, in deren Reihen, dem Wählerwillen gehorchend, viele Mitglieder bundesstaatlich gerichtet sind, könnte nur durch Fraktionszwang eine einheitliche Abstimmung für den Einheitsstaat erreicht werden.

Verhältnismäßig am einmütigsten scheinen die Demokraten zu sein. Wenn heute noch die Pressevertreter der Entente wie in den ersten Februartagen auf der Tribüne in Weimar säßen, so hätten sie an der Rede des demokratischen Professors Dr. Schücking ihre helle Freude. „Fort von Bis-

märck, zurück zu Schiller!“ Das muß wie Muſik den engliſchen Ohren klingen. Sie gönnen uns Weimar und ſogar Bayreuth, ſie gönnen es uns auch, daß wir als Kellner ſie auf unſeren Rheindampfern bedienen, wenn nur unſere Flagge von allen Meeren verſchwindet, unſere Induſtrie von der ihrigen abgelöſt wird und kein Deutſcher ihnen mehr die Verdauung beim Länderverſchlucken ſtört. An dieſe Dinge denkt der Herr Profeſſor wohl nicht, dem man im übrigen, trotz der unglaublichen politiſchen Naivität ſeiner Darlegungen, gerne zuhört, weil es die Rede eines gebildeten Mannes iſt, geſpickt mit ſchönen Zitaten und hiſtoriſchen Erinnerungen, eine wundervolle Damenrede für den Frauenbildungsverein von Krähwinkel und Umgegend. Als die Berliner Univerſität, ſo ſagt er, ihre Jahrhundertfeier beging, da hätte ſie nicht dem Kaiſer, ſondern lieber der Bertha Suttner die Doktorwürde verleihen ſollen. Das iſt echteſter Schücking. Er hat jahrzehntelang für Pazifismus und Völkerverbrüderung gewirkt. Jetzt tanzt er vor ſeiner Bundeslade her. Es iſt ganz altteſtamentariſch feierlich, und das Tribünenpublikum iſt tief ergriffen.

Es gibt eine Heuſchrecke, die nennen die Naturforſcher die Gottesanbeterin. Dieſer weibliche Blaubart im Tierreich zeichnet ſich dadurch aus, daß er während der Hochzeit ſeine Freier mordet. Die Heuſchrecke dreht ſich um und beißt dem Männchen, das in ſeiner Verzückung nichts Schlimmes ahnt, den Kopf ab. So freien in Weimar unſere Verfaſſungsmacher die Einheit und die Freiheit und merken es nicht, wie loſe ihnen, bildlich geſprochen, der Kopf ſchon ſitzt. Jede Revolution frißt ihre erſten Legitimen.

Sozialismus Asiaticus

Weimar, 4. März

Die Spartakisten, die Unabhängigen, die Bolschewisten sind nicht urplötzlich wie eine der ägyptischen Plagen vom Himmel gefallen. Sie sind auch nicht aus der Hölle emporgestiegen. Sie sind ein natürliches Erzeugnis der sozialdemokratischen Agitation, die nur durch die frühere Staatsgewalt daran verhindert wurde, ihre Lehren in die Tat umzusetzen. Die Cohn und Genossen benehmen sich im Parlament und in der Volksversammlung heute genau so wie einst die Scheidemann und Genossen, deren wüstes Auftreten wir jetzt nur schon zu vergessen beginnen. Da aber heute der Staat machtlos geworden ist, haben wir nicht nur wie ehedem eine Anzahl revolutionärer Spießbürger in der Reichsredehalle, sondern auf der Straße und in den Betrieben die toll gewordenen Massen, die in wenigen Wochen sich selbst und uns alle zu Bettlern machen können.

Mit einer fast unheimlichen Ruhe, in einem so gleichmäßigen Tonfall, als verlese er etwas längst Feststehendes und kaum mehr Interessierendes, sagt der Unabhängige Henke-Bremen, die neue Verfassung werde nicht so alt werden wie die bisherige, — wenn sie überhaupt zustande komme. Nie seien wir der Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse, dem Ziel, auf das die Sozialdemokratie jahrzehntelang hingearbeitet habe, so nahe gewesen als jetzt. Das Rätesystem bedeute natürlich das Ende des Parlamentarismus. „Aber da wird Ihnen nichts helfen.“ Daß der Verfassungsentwurf nur die Versammlungen Unbewaffneter schützen wolle, sei lächerlich; man werde sich schon noch daran gewöhnen müssen, daß die Massen in Zukunft sich stets bewaffnet versammelten, auch wenn es der jeweiligen

Regierung nicht paſſe. Auf die Demokratiſierung pfeife die Maſſe, damit ſei ihr nicht gedient.

Der fette, kleine Henke ſpricht ganz leidenſchaftslos und kalt, ohne jede Extaſe, etwa ſo wie früher die ruſſiſchen Studenten und Studentinnen, die Mandelſtamm und Silberfarb, ſich beim ſummenden Samowar nüchtern über die Fabrikation von Bomben zu unterhalten pflegten. Erhitzt ſind nie die Führer, ſondern nur die Geführten. Es iſt aber eine ganz beſondere Ironie der Weltgeſchichte, daß mit dem kalten Waſſerſtrahl nicht nur, ſondern auch mit Pulver und Blei gegen den ganzen Wahnſinn jetzt dieſelbe Sozialdemokratie auftreten muß, die ihn ſeit über fünfzig Jahren ſelber großgezogen hat. Der rote Reichsminiſter Dr. David, der am Schluſſe der heutigen Debatte zu Worte kommt, nennt ihn den Sozialismus Aſiaticus. Damit iſt er aber nicht totzukriegen, der ungebärdige Sprößling unſerer alten Sozialdemokratie, daß ſie ihn jetzt verleugnet und zu einem raſſefremden Baſtard ſtempeln möchte.

In dieſem troſtloſen Aneinandervorbeireden des unabhängigen Fanatikers und des geſättigten Sozialiſten eingebettet, liegt eine erquickende nationale Rede des Führers der Deutſchen Volkspartei Dr. Streſemann, der mit Treitſchkeſchem Feuer das hohe Lied von Preußens deutſchem Berufe ſingt. Streſemann iſt einer der wenigen in der Nationalverſammlung, die ganz frei ſprechen und darum viel unmittelbarer wirken als die Gilde derer vom Merkzettel. Der Unitarismus, meint er, ſei bei uns nicht durchführbar, daher müſſe uns ein ſtarkes Preußen erhalten bleiben, an das wir uns erneut in tiefſter Not klammern könnten, um uns allmählich wieder emporzuarbeiten. „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ Mit dieſem Zitat ſchließt der Redner. Wenn nur die Arbeit der Nationalverſammlung ſich nicht als genau ſo nutzlos erweiſt wie ſchon ſo manche ſogenannte Notſtandsarbeit.

Polen hat gesiegt

Weimar, 5. März

Mir ist es, als sei es erst gestern gewesen. Wir landen nach heißem Fluge quer über Kleinasien, nachdem wir zuletzt den wundervollen Blick auf das Marmarameer mit den Prinzeninseln tief unter uns genossen, auf der europäischen Seite: der in Konstantinopel geborene türkische Leutnant polnischer Herkunft und ich. Der schlanke, blonde junge Mann, militärisch stets überhöflich, der dauernd die Hacken zusammenschlägt und sich ruckweise verbeugt, wird plötzlich noch schlanker, nachdem wir uns aus dem Fliegerzeug herausgewickelt haben, reckt sich mit glimmenden Augen hochauf und stößt ganz unvermittelt hervor:

„Pollen hat dän Weltkrieg gewonnen, Herr Majorr!"

So oder ähnlich mögen die Söhne der Verbannten von 1863, wie auch dieser Leutnant es ist, gegen Ende des Krieges überall gesprochen haben, in allen Ländern Europas, drüben in Amerika, am Kap der guten Hoffnung und bei den Diggern Australiens. Seit 1795 haben sie auf den heutigen Tag gewartet, über zwei furchtbar blutige und erfolglose Erhebungen hinweg, eine zerschlagene und doch ungebeugte Nation.

Sie haben „den Weltkrieg gewonnen", weil sie den nationalen Egoismus zur Weißglut brachten; wir haben ihn verloren, weil wir in lauem Altruismus der Menschheit an den Busen sanken. Damit haben wir aber nicht einmal der Menschheit gedient, obwohl wir uns selber aufgeopfert haben. Wir haben die Barbarei über altes Kulturland heraufbeschworen, das schon im Mittelalter eine Pflanzstätte deutscher Gesittung gewesen und seit Friedrich dem Großen zur Blüte durch unsere Arbeit gekommen ist. Heute hallen im Netze-

bruch polniſche Schüſſe wider, heute ſtehen Thorn und Bromberg in Gefahr, heute werden Hunderte von Deutſchen aus der Provinz Poſen verſchleppt, flüchten Tauſende von dort ihr nacktes Leben, weil ſie — als Deutſche — zu polniſcher Heeresfolge wider das eigene Vaterland gezwungen werden ſollen; die Habe der Flüchtlinge aber wird geraubt, die deutſchen Anſiedlergüter liegen wüſt, ihr lebendes und totes Inventar wird an die Polen verteilt. In dem Erzbergerſchen Waffenſtillſtandsvertrag haben wir uns zur Beachtung der „Demarkationslinie“ mitten in deutſchem Lande und zur Einſtellung jeden Angriffs verpflichten müſſen. Die Polen nicht; ſie haben völlig freie Hand.

Es ſind erſchütternde Bilder, die anläßlich der deutſchnationalen Interpellation über die Zuſtände in der Provinz Poſen von den Abgeordneten der Rechten Fräulein Dr. Schirmacher, Schulz-Bromberg und dem Anſiedler Ohler, einem gebürtigen Rheinländer, der in der Uniform des Poſener Grenzſchutzes ſein Mandat ausübt, entrollt werden; Ohlers von unzähligen Sorgenfalten durchzogenes hartes Bauerngeſicht verſteht man, wenn man hört, daß ihm der älteſte Sohn von den Polen erſchlagen, der ganze Beſitz genommen wurde. Der deutſche Volksparteiler Beuermann, der auch als Kulturträger aus dem Weſten in den Oſten gezogen iſt, ergänzt die Ausführungen und ſchildert im einzelnen die Sünden unſerer ſchlaffen Regierung, die zum Verluſte Poſens geführt haben. Die Demokraten Dr. Herrmann — dieſer ſcheint nur verſehentlich in ſeine Partei geraten zu ſein, iſt nach ſeinen Reden durch und durch deutſchnational — und Bärwald und Ekke bringen ebenfalls erdrückendes Material.

Der Kern deſſen, was Erzberger zu erwidern hat, findet ſich in zwei armſeligen Sätzen:

„Die Durchführung des von den Alliierten garantierten Schutzes der Deutſchen iſt Gegenſtand der beſonderen

Beachtung der Waffenstillstandskommission und gegenüber General Dupont bereits zur Sprache gebracht worden. Leben und Eigentum der Deutschen zu schützen, ist nicht nur erste Pflicht der Regierung und ihrer Vertreter, sondern auch Pflicht der alliierten Regierungen, welche gegen alle polnischen Übergriffe einschreiten werden."

Woher weißt du, Panje Erzberger? Sind die Deutschen am Ende nur genau so gesichert wie ihre an die Entente ausgelieferten Schiffe? Auf was gründet sich dein einfältiger Glaube?

Es ist fast übermenschlich schwer, an solche Einfalt zu glauben. Wie dumm müßten dann erst die Leute sein, die diesen Mann als überragenden Politiker schätzen und mit der Führung der deutschen Geschäfte beauftragt haben! Hand in Hand mit der völligen Unkenntnis der Psyche der fremden Staatsmänner geht bei Erzberger die Überhebung über alles national Deutsche, ja man möchte fast sagen, der Haß gegen das Aufrechte. Gegenüber der Abgeordneten Schirmacher, die in leidenschaftlichem Schmerze von der deutschen Schmach gesprochen hat, erwidert er, der Waffenstillstand sei keine Schmach, sondern eine Notwendigkeit gewesen. Aber das Ausreißen des deutschen Militärs aus Warschau, das wenig tapfere Verhalten des Militärgouverneurs Beseler, das habe den Respekt vor dem deutschen Namen sinken lassen. Er vergißt nicht nur, sondern bestreitet auf Zuruf von rechts sogar, daß die Soldaten erst nach der Revolution ausrissen, obwohl jeder Zeitungsleser das Datum feststellen kann; und er beschimpft den General Beseler, den Eroberer Antwerpens und der russischen Festungen, in ganz unverantwortlicher Weise, denn auch das müßte er wissen, daß Beseler bis zu seiner Abberufung durch die Badenax-Regierung tapfer und treu auf seinem Posten geblieben ist. Zum Schluß ergeht er sich in der alten Zentrumsweis' von den durch Preußen

unterdrückten Polen, von der Schuld des alten Syſtems. Allmählich kommt uns dieſes Thema in Weimar wirklich nicht mehr ganz neu vor.

Das Ergebnis der förmlichen Anfrage iſt, daß die Regierung nichts für das Deutſchtum im Oſten tun kann, ſich auch nicht einmal von ihrem Unterſtaatsſekretär, dem radikalen Montagsjournaliſten v. Gerlach, trennen will, der die Poſener ans Meſſer geliefert hat.

Die Polen, die niemals auch nur im eigenen Hauſe Ordnung halten konnten, geſchweige denn im Staate, werden alſo die Kulturarbeit von Jahrhunderten ruinieren, die Kulturträger ausplündern, verſchleppen, ihres Volkstums berauben. Bis die Weltgeſchichte, die immer das Weltgericht iſt, einſt zur vierten Teilung Polens, der letzten, ſchreitet.

Noch iſt es nicht ſo weit. Noch iſt Polen nicht verloren. Aber Deutſchland.

Hugenberg zur Sozialiſierung

Weimar, 8. März

Am 28. Dezember 1918 hat der ſozialdemokratiſche Staatsſekretär Dr. Auguſt Müller — aus der geſtrigen inhaltreichen Rede des Abgeordneten Kempkes von der Deutſchen Volkspartei entnehmen wir das Zitat — vor einer Verſammlung von Preſſevertretern erklärt, den geſamten deutſchen Kohlenbergbau ſozialiſieren zu wollen, ſei ein Verbrechen, der in dieſem Sinne gefaßte Beſchluß der Reichskonferenz der Arbeiterräte ein Blödſinn.

Am 8. März 1919 und den Tagen davor und dahinter wird dieſes Verbrechen, wird dieſer Blödſinn auf Betreiben der Sozialdemokratie zum Geſetz erhoben.

Mit ſüßſauerm Geſicht hat der demokratiſche Staatsſekretär a. D. Dernburg, der bei allem dabei ſein muß, bis irgendwo ein Pöſtchen für ihn abfällt, ſich grundſätzlich für dieſes Verbrechen, für dieſen Blödſinn erklärt. Das Zentrum ſteuert durch den Abgeordneten Imbuſch die nötige ſittliche Begründung dazu bei, ohne die es für keinen geſetzgeberiſchen Schritt zu haben iſt, mit der es aber ſeelenruhig in jeden Moraſt geht. Schwierig iſt die Lage der Deutſchnationalen, weil ſie vor der Wahl bei dem allgemeinen Wettrennen um populäre Forderungen die Sozialiſierung der dafür „reifen“ Betriebe auch in ihr Programm aufgenommen haben. Ließe man heute Mumm oder einen anderen Freund des Staatsſozialismus reden, ſo käme auch hier wohl eine Imbuſchrede heraus.

Aber Hugenberg ſpricht, unter deſſen Zepter jahrelang das Königreich Krupp mitſamt ſeinen über hunderttauſend Untertanen wuchs und gedieh. Sowie er aufgerufen wird, weiß man, wie der interne Kampf in der Fraktion ausgegangen iſt. Die Theorien des Sozialismus ſind dem geſunden Menſchenverſtande unterlegen, mit dem Hugenberg nachweiſt, daß wir durch die Sozialiſierung der Kohlenwirtſchaft — „im Zeichen der Brotkarte, der Kriegsgeſellſchaft, der behördlichen Zuteilung“ — nicht zu einer Steigerung, ſondern zu einer Verringerung der Produktion kämen. Die, wie der Reichsminiſter Wiſſell ſelbſt zugegeben habe, ſchwerfällige und täppiſche Hand des Staates trete an die Stelle der unternehmenden Perſönlichkeit des Zechenbeſitzers. Das ſei die Verwirklichung des Kommunismus in Deutſchland, das ſeien neue, zwar nicht „gottgewollte“, aber von Sozialdemokraten, Zentrum und deutſchen Demokraten gewollte Abhängigkeiten, ein wunderbares Mittel, um den deutſchen Privatbeſitz — in die Hand des Feindes, in die Hand der Entente überzuführen. Dieſes Gelegenheitsgeſetz ſchlimmſter Art

werde die Hoffnungen der Arbeiter nicht erfüllen, werde die Industrie nur zum Tummelplatz rücksichtsloser Zersetzung machen, bis allmählich alles ruiniert sei und die Enttäuschten dann nur noch die heutigen Bauern und Bürger totschlagen könnten. Die würden wieder aufwachsen und leben, die werde es immer geben, sei aber die Industrie einmal vernichtet, so sei es auch mit der deutschen städtischen Arbeiterschaft zu Ende.

Vielleicht möchten die Scheidemann und Genossen, die mit höchster Spannung zuhören, dem Redner am liebsten um den Hals fallen. Sie dürfen aber nicht. Jedes Verbrechen und jeder Blödsinn werden heute Gesetz, wenn die Straße es verlangt.

Eröffnung des Preußenhauses

Berlin, 13. März

Friede, Freiheit, Brot hat die Revolution uns versprochen; daher knallt es in Berlin immer noch, und das Leichenschauhaus muß „wegen Überfüllung“ weitere Aufnahmen ablehnen. Keine 1800 Meter vom preußischen Abgeordnetenhause entfernt, an der Schloßbrücke, zieht sich der erste Drahtverhau über die Straße. Man ist also noch nicht in der Etappe, sondern im Operationsgebiet, wenn man in die Prinz-Albrecht-Straße geht, und braucht sich nicht zu wundern, wenn man vom Eingang zur Straße an bis zur Pressetribüne viermal Militärposten, Türstehern, Kriminalbeamten seinen Ausweis vorzeigen und einmal sich nach etwaigen Waffen abtasten lassen muß. Ein Unabhängiger (nicht Abgeordneter oder Pressevertreter), der seinen Parteichef im Abgeordnetenhause

ſprechen möchte, tobt, weil man ihn nicht durchläßt: wo bleibe da die verfaſſungsmäßige Öffentlichkeit der Verhandlungen? Ja, es iſt eine böſe Welt heutzutage. Nicht einmal mit Handgranaten an der preußiſchen Verfaſſung mitarbeiten ſoll man mehr, — „das Volk“ wird immer mehr entrechtet.

In dem Hohen Hauſe ſelbſt an die vierhundert neue Geſichter und dazu nur ein paar Dutzend alte. Es iſt wirklich gründlich Kehraus gehalten worden. „Das alte Preußen iſt dahin!“ kann, in dieſem Hauſe nicht ohne Berechtigung, der vorläufige Miniſterpräſident Hirſch erklären, der die einleitende Rede verlieſt. Dieſelbe Rede, wie wir ſie ſechs-, acht-, zehnmal in Weimar auch gehört haben. Es ſitzen ja auch mindeſtens ſechs, acht, zehn völlig gleiche Typen auf den Miniſterbänken hier wir dort: Leute, die wie auch Hirſch vorher ſozialdemokratiſche Parteijournaliſten mäßigſten Kalibers geweſen ſind. Sie haben entweder ſtenographiert und hektographiert oder für irgendeine „Volksſtimme“ in Krähwinkel handfeſte Leitartikel mit viel „Geſinnung“ und wenig Kultur geſchrieben. Hirſch ſagt, bisher ſeien die Wege zu den höchſten Stellen nur einer kleinen Zahl Bevorzugter offen geweſen, im neuen Preußen aber werde jedes Talent zur vollen Auswirkung gelangen. Was heißt das in Wirklichkeit? Daß einem heute der „Vorzug“, den bisher Arbeit und Studium, Examina und Dienſtalter ausmachten, am Ende der Laufbahn höchſtens zu der Stelle eines vortragenden Rates mit 8—12000 Mark Jahresgehalt verhilft, während höher hinauf bis zu den Miniſterpoſten mit 64 000 Mark nur das „Talent“ gelangt, das ſich in der Stille der Volksverſammlungen gebildet hat und in der Einſiedelei der öffentlichen Meinung groß geworden iſt. Die Partei iſt die Gnadenſpenderin, nicht mehr der über den Parteien ſtehende König. Die treue alte Maſchine läuft nun noch; und da wirft Hirſch ſich in die Bruſt: die Sozial-

demokratie ſei es, die den vollſtändigen Zuſammenbruch der ſtaatlichen Ordnung verhindert habe!

Ach nein, ſie iſt nur die Nutznießerin des Umſchwunges; arbeiten läßt ſie nach wie vor die anderen und beſchimpft ſie überdies. Sie ſelber behält ſich die repräſentativen hochbezahlten Stellungen vor. Ein argentiniſches Sprichwort lautet: El vivo vive del ſonzo y el ſonzo de ſuo trabajo. Auf deutſch: Der Kluge lebt von dem Dummen, und der Dumme von ſeiner Arbeit. Auf die pfeift die Sozialdemokratie; die und das Zahlen überläßt ſie gerne, ſolange noch etwas da iſt, den dummen Bürgerlichen.

Der Alterspräſident Herold von der Chriſtlichen Volkspartei, der nicht nur einen ſchönen weißen Turnvaterbart hat, ſondern auch noch ſo ſonor und kräftig ſprechen kann wie einſt der alte Friedrich Ludwig Jahn, begrüßt nun das Haus und erledigt die geſchäftlichen Dinge. Auch einer im Silberhaar, auch einer mit dröhnendem Metall in der Kehle, der verfloſſene knallrote „Kultusminiſter“ Adolf Hoffmann, fährt ihm in die Parade. Nichts da Verfaſſung! Über das Standrecht in Berlin müſſe morgen die erſte Debatte ſtattfinden! Da unſere Mehrheitsregierung immer die Geſchobene iſt und niemals führt, da ſie gewohnheitsmäßig vor den Unabhängigen zurückweicht, wird der Antrag Hoffmann angenommen, — auch die Oppoſition auf der Rechten muß, damit ihr keine falſchen Motive untergeſchoben werden, nun mitmachen. Das gibt alſo gleich morgen einen heftigen Tanz. Er geht aber vielleicht anders aus, als Hoffmann denkt. Und vielleicht wünſcht er dann im ſtillen, doch dasſelbe ſagen zu können wie bei ſeinem Auszug aus dem Miniſterium: „Hier ſieht mir keener wieder!“

Hoffmanns Erzählungen

Berlin, 14. März

Am Rednerpult des Abgeordnetenhauses steht seit geschlagenen vier Stunden mit annoch frischer Stimme ein weißumbuschter alter Mann und berlinert. Det macht Laune. Der unverwüstliche Adolf Hoffmann ist es, der Urberliner, dessen bester Witz sogar geschichtlich berühmt werden wird: daß er sich im November zum preußischen Kultusminister machen ließ. Heute ist er nicht mehr Regierung, sondern Opposition. Und wenn er nicht gerade seinen Mutterwitz spielen läßt, nicht „auf Heiterkeit arbeitet", kann er sehr massiv werden. Dann gibt es einen Entrüstungssturm im Hause. Aber so giftig werden wie die Haase und Rosenfeld und Cohn, seine Parteigenossen, das kann er doch nicht, der alte Zehn-Gebote-Hoffmann; dazu ist er ein viel zu ehrlicher deutscher Spießbürger.

Er ist mitunter geradezu verblüffend ehrlich. Selbstverständlich nicht, wenn er von Spartakus — „dies Kind, kein Engel ist so rein" — und den Unabhängigen spricht; das kann man von ihm nicht verlangen. Wohl aber, wenn er als ehemaliger Intimus die Mehrheitssozialisten schildert. Er selber ist der alte Sozialdemokrat geblieben, der Rabauz, wie sie es alle in unserer parlamentarischen Geschichte der letzten anderthalb Menschenalter gewesen sind, — diese Leute, denen einst Puttkamer mit dem Gesetz, später Bülow mit Bonmots den Garaus machen wollte. Seit dem November 1918 sind aber die Rollen vertauscht. Nun sitzen die Sozialdemokraten oben auf der Regierungsbank und sehen sich gezwungen, mit denselben „Gewaltmitteln" den jetzigen Umsturz von links (aus der Haase-Cohn-Rosenfeld-Ecke her) zu bekämpfen, die sie früher stets als das verbrecherische Rüstzeug des Junker-

und Klaſſenſtaates gebrandmarkt haben. Jede Regierung muß ſich eben behaupten, wenn überhaupt Ordnung im Lande ſein ſoll; von Adolf Hoffmann aber bekommt die jetzige Regierung genau das zu hören, was ſie früher hundertfach dem „alten Syſtem“ vorgeworfen hat. Kein Wunder, daß die Sozialdemokraten da nervös werden. Hoffmann klagt ſie an, daß ſie, oft ohne die Schuldfrage zu unterſuchen, in dem jetzigen Bürgerkriege durch ihre „Noske-Garde“ die Leute niederſchießen ließen.

„Jejen Willem dem Zweiten ha'm Se jewettert, weil er nich wollte, daß in China Pardong wirde jejeben, und nun machen Se's an die eich'nen Landesbrieder!“

Stundenlang erzählt Hoffmann, immer mit Datum und Namen und Hausnummer, was für ſchreckliche Moritaten in Berlin von den Truppen verübt würden. Eine Sammlung von Hunnenbriefen. Vieles davon iſt ſicherlich beweisloſer Tratſch, manches mag freilich ſtimmen. Krieg iſt eben kein Pfänderſpiel um Küſſe, ſondern ein „roh gewaltſam Handwerk“; aber dieſer Bürgerkrieg iſt von den Unabhängigen und Spartakiſten angezettelt, wir anderen ſind im Stande der Notwehr. Das iſt es, was auch immer wieder die Empörung des Hauſes wider den Redner explodieren läßt, wenn er nicht gerade in behaglichem Mutterwitz mit Zwiſchenrufen Fangeball ſpielt, ſondern in ſittlicher Entrüſtung macht. Er ſchildert anſchaulich, wie er ſelber ſich zu ſeiner Wohnung dieſer Tage nur ſprungweiſe, von Haustor zu Haustor, habe retten können, weil immer wieder der gellende Ruf der Poſten: „Straße frei!“, auf den ein „ſinnloſes“ Schießen folgte, die Paſſanten geſcheucht habe. Ja, iſt das nicht in der erſten Januarwoche genau ſo geweſen, als es die Spartakiſten und Unabhängigen machten? Wir, die wir im ſogenannten Zeitungsviertel von Berlin wohnen, werden das unſer Lebtag nicht vergeſſen; und uns iſt es jeden-

falls lieber, daß die Obrigkeit das Schwert nicht umsonst trägt, als daß Bassermannsche Gestalten in Zivil uns mit Handgranaten bewerfen. Uns ist das lieber, sagen wir. Aber der Zehn-Gebote-Hoffmann hat ja so recht, wenn er die Regierung fragt, wie sie dazu käme, auf einmal die zweite (allein echte) Revolution jetzt zu verdammen, nachdem sie Nutznießerin der ersten geworden sei. Was der Sozialdemokratie gegen Wilhelm II. recht gewesen sei, sei den Unabhängigen gegen Scheidemann billig ...

Die Gerechtigkeit erfordert es, anzuerkennen, daß sich gegen diese Beweisführung Hoffmanns nichts sagen läßt. Aber ebenso richtig ist es, was vorher der Justizminister Heine gegen die Unabhängigen und ihren Antrag, das Standrecht sofort aufzuheben, erklärt hat: die Unabhängigen seien die Wurzel des Übels, die Spartakisten nur die vergiftete Frucht; diese seien eine Verbrecherbande, jene ihre Zuhälter. So hat denn die Debatte wieder einmal, wie wir es auch in Weimar so oft erlebten, den Gewinn, daß wir von beiden Parteien ein gegenseitiges Konterfei erhalten, dem es an intimen Reizen nicht fehlt, weil beide einander jahrelang Modell gestanden haben. Im übrigen aber hat man den Eindruck, daß das alte Preußenhaus nicht mehr eine Stätte politischer Arbeit ist, sondern eine durchaus entbehrliche Volksversammlung neben der von Weimar, in der es doch ständig dieselben Themen gibt.

Die Filiale von Weimar

Berlin, 15. März

Preußen war unter seinen Königen auch ohne das Deutsche Reich und vor dem Deutschen Reiche eine Großmacht. Heute

iſt es nicht einmal mehr ein Staat, ſondern nur noch ein Verwaltungsbezirk. Nach dem Verfaſſungsentwurf, den die Landesverſammlung zu beraten hat, iſt kein Staatsoberhaupt vorgeſehen. Auch alle ſonſtigen Kennzeichen der Souveränität fehlen. Man will alſo nicht nur das „alte“ Preußen, ſondern Preußen überhaupt begraben, ohne daß wir dafür die Gewißheit eintauſchen, daß ein ſtarkes Deutſchland wiedergeboren wird.

Man mochte den preußiſchen Landtag früher einſeitig nennen oder reaktionär oder ſonſt etwas, ſo konnte man ihm doch eins nicht abſtreiten: er hatte Charakter. Er war preußiſch. Er hatte Erdgeruch. Er war in allen Vorzügen und in allen Fehlern ein Abbild des Landes, aus deſſen geſchichtlicher Entwicklung er hervorgegangen war. „Wir können nicht wie Kapitaliſten den Staub von unſeren Füßen ſchütteln und anderswo hinziehen, wir können auch nicht wie Beamte dem Staate ſagen: gib uns unſer Gehalt, ganz gleich, wie es dir geht; wir ſind materiell, gleichſam mit allen Faſern, feſt verwachſen mit dem Vaterlande!“ ſagte ſchon 1860 der Boizenburger Arnim im Herrenhauſe. Heute iſt es anders. Man brauchte kein Preuße zu ſein, ſondern nur in Preußen zu wohnen, um am 26. Januar dieſes Jahres wählen zu können. Das Wahlrecht war dasſelbe wie zur deutſchen Nationalverſammlung. Und da Preußen über vier Siebentel Deutſchlands umfaßt, iſt auch die Phyſiognomie der preußiſchen Landesverſammlung dieſelbe. Auf den Regierungsbänken ſitzen namenloſe Miniſter, die nur die Mitgliedskarte der ſozialdemokratiſchen Partei vorweiſen und ſich „auf das Recht der Revolution“ berufen können, — das Gottesgnadentum iſt beſeitigt, eine Obrigkeit von Maſchinengewehrs Gnaden regiert. Genau dasſelbe fanden wir Anfang Februar in Weimar vor. Im Parterre aber ſitzt dieſelbe rot-rötliche, ſozialdemokratiſch-demokratiſche Mehrheit, die gerade damit be-

ſchäftigt iſt, das Zentrum noch zur Verbreiterung ihrer Baſis zu gewinnen. Irgendeine Abgrenzung der Zuſtändigkeit des Reiches und Preußens gibt es auch noch nicht, ſo daß über dieſelben „Fragen“ hier wie dort debattiert wird: es iſt wie bei einer Volksverſammlung, die wegen ſtarken Andranges auf zwei Lokale verteilt wird, nacheinander mit den gleichen Reden hüben wie drüben.

Da aber das Reich immer mehr Befugniſſe für ſeine Nationalverſammlung erhält, werden die anderen immer bedeutungsloſer. Die preußiſche Filiale wird allmählich zur Rednerſchule zweiten Ranges herabſinken, zu einer Vorbereitungsanſtalt für die große Reichsredehalle, durch die es zu Amt und Würden geht. Zu ſagen hat bald weder Preußen etwas noch ſeine Nationalverſammlung.

Das iſt eine noch viel gefährlichere Zertrümmerung Preußens als die Zerſtückelung auf der Landkarte. In temperamentvollen Ausführungen, Hergt in bisweilen hinreißendem Feuer, v. Richter in ruhigerer Eindringlichkeit, weiſen die Redner der Deutſchnationalen und der Deutſchen Volkspartei auf die Abgründe, denen wir zujagen, rufen uns ein Halt zu und ein Zurück. Wir leben unter einer geſetzloſen und ganz undemokratiſchen Diktatur, die Hals über Kopf die tollſten Experimente durch bloße Verordnungen anſtellt. Selbſt der Zentrumsredner Am Zehnhoff hat ſo ſeine dunklen Ahnungen, daß dies und das in dem Entwurf einer vorläufigen Verfaſſung nicht ganz reinlich und zweifelsohne ſei. Aber die Phalanx der Redner von der „anderen Nation“, der Hirſch und Heilbrunn und Heilmann und Roſenfeld, marſchiert. Der betörte preußiſche Wähler hat am 26. Januar ihr ſein Geſchick in die Hände gegeben. Und dieſe ſtärkſten Haſſer des alten Preußens werden nicht eher ruhen, als bis ſie auch ſeine Zugrunderichter geworden ſind. Sie ſehen nicht deutſch und nicht preußiſch aus, dieſe Rotköpfe und Blauraſierten, und ſie

fühlen auch weder deutſch noch preußiſch. Sie ſind überall, wie Mommſen es ſagte, „das Ferment der Dekompoſition“, können nur zerſetzen, nicht ſchöpferiſch etwas aufbauen. Nun ſind ſie dabei, das zerſchlagene Preußen auch noch ſeiner Staatlichkeit zu entkleiden. Das alte Königreich wird zu einer Provinz, die von roten und rötlichen Quackſalbern verwaltet wird: auch die bewährte Beamtenſchaft des alten Regimes muß ja über die Klinge ſpringen, um beutehungrigen Parteitigern Platz zu machen; und über kurz oder lang wird man nur noch auf achttägige Kündigung dem Lande dienen dürfen.

Schon einmal ſtand Preußen vor der Gefahr, ſeine Stärke zu verlieren und von der demokratiſchen Phraſe ruiniert zu werden, aber damals erſtand ihm noch ein Retter, Otto v. Bismarck. Am 2. April 1848 hatte ihn das Grauen gepackt, als er die Verwüſtung ſah. Er erhob ſich im Vereinigten Landtage und ſagte: „Die Vergangenheit iſt begraben, und ich bedauere es ſchmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menſchliche Macht imſtande iſt, ſie wieder zu erwecken, nachdem die Krone ſelbſt die Erde auf ihren Sarg geworfen hat ...“ Dann ſprach er noch einige wenige Sätze, mußte aber plötzlich abbrechen, weil er nicht mehr konnte, — weil ein Weinkrampf den Rieſen zwang, die Tribüne zu verlaſſen. Manch einem von uns brennen heute wieder die Augen, wenn wir ſehen, wie Preußen zu einer unbeträchtlichen Dépendence von Weimar gemacht wird. Wir ſchämen uns, Nachfahren zu ſein.

Nutzloſes Gerede

Berlin, 17. März

Man tut mechaniſch ſein Tagwerk. Man arbeitet und ſchläft, man ißt und trinkt, man plaudert und man lacht wohl auch. Aber das Lachen erſtarrt bisweilen plötzlich, und ein Fröſteln

läuft einem die Adern entlang, wenn der Gedanke an die Wirklichkeit der nächsten Jahre in den Alltag hereinlugt. Man möchte sein Handwerk hinwerfen: was soll das alles noch nützen? Da sitzt man halbe Tage lang in den Parlamenten, es wird unendlich viel geredet, man vergißt auf eine Weile die deutsche Götterdämmerung. Blitzende Wortgefechte, heiße Gesichter, Beifall und Entrüstungssturm, — Sieg, Sieg auf der ganzen Linie, so steht es in den Mienen der von der Tribüne Abtretenden geschrieben, wenn die Fraktionsgenossen sie beglückwünschen. Und dann schaut man in das Abendblatt. „Die Entente hat beschlossen ... Wilson ist damit einverstanden, daß ... Die deutsche Kauffahrteiflotte muß binnen ... Das gesamte Gold der Reichsbank wird ...“ Also richtig. Unsere schönen Schiffe. Und Erzberger hat sich gedrückt, der verantwortliche Herr Reichsminister; er will in der Friedenskommission nicht mehr mitmachen. Schlafen! schlafen! Wer nur schlafen oder ein Jahr lang scheintot sein könnte. Was nützt das, wenn heute in der preußischen Landesversammlung acht Stunden lang über das Sündenregister der Unabhängigen und Spartakisten gestritten wird? Es wird dadurch kein Spartakist zu den Rechtssozialisten bekehrt, kein Rechtssozialist umgekehrt zu den Spartakisten hingezogen. Auch kommt dadurch nicht Friede, Arbeit, Brot. Von den Abgeordneten, die heute gegen die Hoffmann-Leute auf den Plan treten, bringt der Demokrat Riedel sein großes Anklagematerial am lebendigsten und wirkungsvollsten vor; eine grausige Leporelloliste aus allen Ecken und Enden Deutschlands über die Gewalt- und Bluttaten der Spartakisten und Unabhängigen. Außerordentlich eindringlich wirkt auch der Deutsche Volksparteiler Hollmann, der als Lichtenberger Bürger lauter Selbsterlebtes und Selbstgeschautes zum Besten gibt. Aus des Deutschnationalen Dr. Kaufmann Rede (er scheint als Polemiker Kreths Nachfolger werden zu wollen) sei ein

Satz, den er den Unabhängigen zuruft, hier um seiner erschütternden geschichtlichen Wahrheit willen verewigt: „Wenn Wilhelm II. nur den hundertsten Teil Ihrer rücksichtslosen Brutalität besessen hätte, dann wäre er noch heute Deutscher Kaiser und König von Preußen!“ Vorbei, vorbei. Der, den Kaufmann mit der letzten Abgangsgeste einen Catilina genannt hat, Adolf Hoffmann, hält heute für seinen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission die stundenlange Schlußrede. Er wird ein wenig schwatzhaft, der gute Alte. Hin und wieder eine nette kleine Wahrheit: der Generalstreik, der, wie Minister Heine erklärt habe, der Anfang der Revolte gewesen sei, wäre doch ganz unmöglich gewesen, wenn nicht — die Mehrheitssozialisten in Berlin mit dafür gestimmt hätten. Jawohl. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Sie alle haben Angst vor dem Votum der Straße, sie alle lassen sich von einer Minderheit stoßen; und obenauf sind sie erst wieder, wenn das Militär alles wieder in Ordnung gebracht hat. Was sind das für Zustände, für Menschen! Man tut mechanisch unter ihnen sein Tagwerk. Aber plötzlich möchte man verzweifelnd die Arme in die Luft werfen. Wer kennt Kubins Zeichnung: Das Grauen? Man treibt auf wrackem Schiffchen zwischen Wellenbergen. Und aus einer Riesenwoge, die uns droht, wächst riesengroß ein fürchterliches Glotzauge empor ...

Unsere Staatsgewalt

Berlin, 19. März

Es ist unerträglich, wenn eine Großmacht, wie Polen es ist, von einem benachbarten kleinen Gernegroß, der preußisch-

deutſchen Republik, mit Querelln behelligt wird. Mit dieſen Preußen und Deutſchen muß Fraktur geredet werden! Oder, noch beſſer, man gibt ihnen überhaupt keine Antwort. Sie verlangen, daß man „ihre“ Abgeordneten, die in Poſen zur preußiſchen Nationalverſammlung gewählt ſind, nach Berlin reiſen laſſe. Einfach unerhört. Der deutſchnationale Abg. v. Kries erſucht die preußiſche Regierung, ſie möge dafür ſorgen, daß die von den Polen verhafteten Mitglieder des Hauſes freigelaſſen würden und ihren Sitz einnehmen könnten. Der Miniſterpräſident Hirſch, ein (Gott ſei dank!) nicht ſo rüder Menſch wie einer ſeiner Vorgänger namens Bismarck, erhebt ſich und ſagt, man habe deswegen an die Polen geſchrieben, aber die hätten nicht geantwortet, auch auf eine zweite Anfrage aus Weimar nicht. Die Regierung habe alſo getan, „was ſie konnte“, ſie werde ihre „Bemühungen“ noch fortſetzen, „hoffentlich“ mit Erfolg.

Was iſt Tilſit und Olmütz, was iſt alles Zuſammenbrechen preußiſchen Stolzes gegen dieſes jämmerliche Zuſammenknicken! Sind wir wirklich ſchon eine kleine Negerrepublik geworden, die ſich alles gefallen laſſen muß? Sogar dem Demokraten Aronſohn iſt das zuviel. Er und alle anderen oſtmärkiſchen Abgeordneten, die zu Worte kommen, mit beſonderer Wärme unter ihnen Fräulein Poehlmann von der Deutſchen Volkspartei, verlangen, daß die Regierung ſich aufraffe. Wenn es nicht anders gehe, müſſe man bei den Polen durch Repreſſalien die Achtung vor dem Völkerrecht erzwingen. Nur einer im Hauſe, der Unabhängige Lichtenſtein, iſt zwar auch für die Freilaſſung der deutſchen Volksvertreter, lieſt uns Deutſchen im übrigen aber den Text: wir ſeien an allem ſchuld, wir vergewaltigen die Polen! Herr Lichtenſtein ſtellt ſich als Vorſitzender des Arbeiter- und Soldatenrats von Hindenburg (Zabrze) in Oberſchleſien vor. Wie ein Arbeiter ſieht er nicht aus. Wie ein Soldat auch nicht. Nur jiddiſch ſieht er aus und ſpricht er. Lang und breit

behandelt er die Verhaftung eines „angesehenen“ Polen in Hindenburg, wird wiederholt zur Sache gerufen, verzichtet schließlich eingeengt aufs Wort und verläßt die Tribüne. „Endlich, endlich!“ wird ihm nachgerufen. Der Antrag v. Kries wird einstimmig angenommen. Das ist sozusagen ein Mißtrauensvotum gegen Herrn Hirsch und seine Regierungskollegen. Aber nichts rührt sich auf der Empore.

Der Rest des Tages ist dem Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt — hätten wir doch eine — gewidmet. An der Annahme des Entwurfes nebst den im Ausschuß hinzugekommenen Ergänzungen ist nicht zu zweifeln; so sind die Reden dazu denn auch kurz. Einen längeren Aufenthalt gibt es nur durch die agitatorischen Ausführungen des Unabhängigen Dr. Rosenfeld, der da behauptet, das Wort „Republik“ sei fest „verankert“ in den Herzen des deutschen Volkes, und der da verlangt, daß der Ausschluß der Hohenzollern „für ewig“ in der Verfassung festgelegt werden müsse, und der sich nicht entblödet, die Beschlagnahme auch des Privatvermögens des Königs zu verlangen. Mit demselben Rechte, so wird ihm erwidert, könne die Regierung ja auch ihm, dem Dr. Rosenfeld, seine Habe konfiszieren, weil er „ein gefährlicher Mann“ sei; und im übrigen, sagt ihm ein anderer Redner, Dr. Leidig, müsse er doch wohl wissen, daß das preußische Königshaus 1807 seinen ganzen alten Besitz der Nation übereignet habe. Ja, wo soll er das herwissen? Die Weltgeschichte beginnt doch erst am 9. November 1918.

Noch „vorläufig“, aber „gesetzlich“.

Berlin, 20. März

Habemus papam. Bisher war der Genosse Hirsch preußischer Ministerpräsident nur von Revolution wegen, nicht von Rechts

wegen. Endgültig ist er auch heute noch nicht Leiter der preußischen Politik geworden, sondern nur vorläufig; aber er hat wenigstens sein gesetzliches Mandat von dem Präsidenten der verfassunggebenden Landesversammlung erhalten. Das Haus hat einen besonderen Staatspräsidenten in der Notverfassung abgelehnt; es will alleine regieren und sich dazu einen Ministerpräsidenten als Geschäftsführer bestellen. In dem Augenblick, in dem das Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen ist, erhebt sich Hirsch und legt sein Mandat, das er „aus der Revolution empfangen", in die Hand der „gesetzlichen Vertreter des preußischen Volkes" zurück. Der Präsident der Landesversammlung bittet ihn, einstweilen weiter amtieren zu wollen. Herr Hirsch nickt sauertöpfisch und müde. Es sind ja alles nur Faxen, republikanisches Zeremoniell, herzlich überflüssig. Der Revolutionsminister, der vorläufige Minister, der endgültige Minister: Hirsch hieß er, Hirsch heißt er, Hirsch wird er heißen, daran zweifelt kein Mensch.

Ein besonderes Vergnügen ist es heute nicht, mit der Preußenpolitik belastet zu sein, und Hirsch ist schon heute so abgearbeitet, wie nur je einer seiner Vorgänger. Wer seine Kollegen sein werden, weiß man noch nicht. Hinter den Kulissen wird noch immer lebhaft „gekuhhandelt". Ein alter Fortschrittler, Fischbeck, bemüht sich eifrig um das Ministerium des Innern, weil er gar zu gern mal „mit den Landräten Schlitten fahren" möchte. Für jedes Portefeuille hat man schon ein halb Dutzend Anwärter. Aber die große Frage, ob nur Sozialdemokratie und Händlerdemokratie oder ob auch das Zentrum die Amtssessel besetzen solle, ist zur Stunde noch nicht entschieden. Die „vorläufige" Staatsverfassung aber ist jedenfalls unter Dach und Fach.

Die Opposition hat einen Redner nach dem anderen vor-

geſchickt, um hier und da Verbeſſerungen des Entwurfes zu empfehlen, aber es iſt alles abgelehnt worden. Nur ein einziges Amendement, das auch von den Demokraten durch den Pfarrer Liz. Rade in ähnlicher Form aufgenommen wird, findet Gnade vor den Augen der Verſammlung: während im übrigen alle Befugniſſe des bisherigen Königs von Preußen auf die Staatsregierung übergehen, ſollen ſie, ſoweit ſie kirchenrechtlicher Natur ſind, nur einem evangeliſchen Miniſter übertragen werden können; denn es geht ja wirklich nicht gut, daß ein Jude nun oberſter Biſchof der evangeliſchen Landeskirche wird.

Allzu viele Befugniſſe bleiben in Preußen ſowieſo nicht erhalten. Der Finanzminiſter Dr. Südekum teilt dem Hauſe mit, daß dem preußiſchen Staate auch ſein finanzielles Rückgrat der früheren Zeiten, die Eiſenbahn, gebrochen werden ſoll. Einigt man ſich nicht in gewiſſer Zeit mit dem Reiche, ſo beſtimmt das Reich die Bedingungen, unter denen es die Bahnen übernimmt. Nach Fochſcher Art alſo: friß, Vogel, oder ſtirb! Die Verſammlung in der Prinz-Albrecht-Straße aber wird über kurz oder lang nur noch ein beſſerer Provinzial-Landtag ſein; wie umgekehrt jedes Gemeindekollegium zu einem politiſchen Parlament ſich entwickelt. Alles über einen Leiſten. Das iſt Demokratie.

Los von Preußen!

Berlin, 21. März

In der alten Verfaſſung des Fürſtentums Liechtenſtein war das paſſive Wahlrecht zur Kammer nicht nur an ein größeres Vermögen geknüpft, ſondern die Herren Kandidaten

mußten auch von nachgewiesen „verträglicher Gesinnung“ sein. Bei uns genügt Unbescholtenheit und Wahlalter. Sicherlich sind die Zentrumsmitglieder in der preußischen Landesversammlung der Ansicht, daß der Elberfelder deutschnationale Oberlehrer Linz ein ganz unverträglicher Patron sei, und daß es sehr schön wäre, wenn wir die alte Liechtensteiner Verfassung besäßen und ihn vor die Tür setzen könnten. Denn er packt wirklich derb zu. Bei der Begründung der förmlichen Anfrage der Rechten, was die Regierung gegen die Absonderungsgelüste einer „rheinisch-westfälischen Republik“ zu tun gedenke, greift er herzhaft in das Wespennest der „Kölnischen Volkszeitung“. Temperament hat er wirklich wie ein junger Studienreferendar nach der Vizefeldwebelübung. Es ist schäumender Wein; Wuppertaler Kulturkampf-Auslese, meinen die Betroffenen. Die Gründe zu den Absonderungsgelüsten seien, so erklärte Linz, mannigfacher Art: nicht nur der Wunsch, der Entente gegenüber finanziell besser wegzukommen, spiele mit, sondern auch konfessionelle Besorgnis nach der Episode Adolf Hoffmann und politischer Abscheu vor dem bolschewistischen Berlin. Im evangelischen Rheinland und in ganz Westfalen denke kein Mensch an eine Lösung von Preußen; die Bewegung beschränke sich auf Kölner katholische Kreise.

Ob solcher unverträglichen Reden rutscht im Zentrum alles unruhig auf den Sitzen hin und her. Irgendein Tünnes ruft sogar sein „Lüge! Lüge!“ immer wieder dazwischen. Der Demokrat Dr. Schloßmann und der Mehrheitssozialist Runge gießen ein wenig Öl auf die Wogen der Erregung; an den Absonderungsgelüsten seien weder Hoffmann noch Scheidemann, weder konfessionelle noch politische Ängste schuld, denn schon am 10. November sei der Plan der westdeutschen Republik zuerst aufgetaucht. Und dann wieder am 4. Dezember, einen Tag vor dem Einzug der Engländer. Es handele sich um bestimmte enge Kreise, die Anschluß an die Entente suchten, sub-

jektiv durchaus deutſch denkende Kreiſe, die aber unter dem Einfluß eines elſäſſiſchen Pazifiſten ſtänden, der rege Beziehungen zur Entente unterhalte.

Mit dem gewohnten weltſchmerzlichen Geſicht erhebt ſich nun zur Beantwortung der Interpellation der Miniſterpräſident Hirſch und ſpricht mit beruhigender Ruhe, ganz ohne Pathos, und wirkt trotzdem — wie eine Senſation. Bisher hörten wir aus ſozialdemokratiſchem Munde immer nur unverſtändiges Schelten, wenn die Rede auf Preußen kam, jenes Preußen, dem wir nichts, aber auch rein gar nichts zu verdanken hätten. Hirſch aber ſpricht nicht wie jene Botokuden. Er verſteigt ſich ſogar zu dem Satze: „Preußens verwaltungstechniſche und kulturelle Leiſtungen ſind wirkliche Werte, die nicht verlorengehen dürfen!“ Wie man ſieht, kann alſo die Sozialdemokratie reden links und auch reden rechts. Hat ſie einen Hoffmann, hat ſie auch einen Haeniſch; und auf einen polternden Fiſcher in Weimar folgt ein weiſer Hirſch in Berlin, — wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen. Gegen die heutige Rede des Miniſterpräſidenten kann der preußiſchſte Preuße kaum etwas einwenden. Den Beſchluß des Verfaſſungsausſchuſſes in Weimar, daß die Nationalverſammlung jederzeit durch einfache Mehrheit das Gebiet einzelner Gliedſtaaten zerreißen und zuſammenlegen könne, erklärt auch er für ein Unglück, gegen das es alle Kräfte der Überredung einzuſetzen gelte. Und ſo redet er denn ſchon heute zunächſt dem kölniſchen Zentrum gut zu wie einem kranken Kinde.

Das „Los von Preußen!“, das jetzt die Regierung und das hohe Haus ſo erſchreckt, iſt unſeres Erachtens eine ganz natürliche Folge der allgemeinen Auflöſung in Deutſchland. Unzufriedenheit mit der Berliner Regierung hat es auch in früheren Zeiten häufig genug gegeben. Als Finanzminiſter Miquel ſein ſcharfes Einkommenſteuergeſetz herausbrachte, be-

fürchtete die „Kölniſche Zeitung“ eine Reviſion der monarchiſchen Geſinnung in weiten Kreiſen. Und ein Menſchenalter früher, während des preußiſchen Militärkonfliktes, entfernte ſie den preußiſchen fliegenden Adler aus ihrem Titelkopf. Aber an Abfall hat das Rheinland doch nie gedacht. In einem geordneten, feſtgefügten Staate kommt man eben nicht auf ſolch wahnwitzige Gedanken. Haben wir erſt wieder einen ſtarken Staat und ein ſtarkes Reich, dann hören die Abſonderungsgelüſte ſofort auf; auch wenn wir nach wie vor eine ſo vielgeſtaltige Nation bleiben, in der ſchon der Sachſenhäuſer mit dem Frankfurter außer dem Äpfelwein nichts gemein zu haben glaubt.

Preußens Schwächung

Berlin, 22. März

Begeiſterung iſt keine Heringsware, die man einpökelt auf einige Jahre, lautete das Verschen, das Goethe der Berliner Intendanz ſchickte, als die Aufführung von „Des Epimenides Erwachen“ immer wieder verſchoben wurde. Wie mit der Begeiſterung, ſo iſt es auch mit der Entrüſtung. Nicht umſonſt haben wir es uns angewöhnt, Proteſte immer „flammend“ zu nennen. Der Proteſt gegen die Loslöſung einer weſtdeutſchen Republik von Preußen ſchwelt aber nun ſchon den zweiten Tag und wird noch an einem dritten ein wenig aufziſchen und dann verpuffen. Nach Oberſchleſien und Rheinland-Weſtfalen und dem Regierungsbezirk Erfurt kommt demnächſt vielleicht Pommern oder die Magdeburger Börde und verlangt Selbſtbeſtimmungsrecht unter der Parole „Los von Berlin“, wie ſchon Franken und die Oberpfalz, Schwaben

und Neuburg längſt „los von München“ ſein wollen. Gehören wir nicht zu dieſen Landesteilen, ſo proteſtieren wir gegen ſie, ſtückweiſe und tagelang natürlich, und gehören wir zu ihnen, ſo proteſtieren wir auch, — nämlich gegen den Vorwurf, daß es uns an Reichstreue fehle. Iſt Kaſtert nicht ein ehrenwerter Mann und Deutſcher? Das ſind ſie alle, alle ehrenwert und deutſch. Die tiefſte Urſache dieſer allgemeinen zentrifugalen Bewegung in Deutſchland (nicht in Preußen allein) iſt aber immer noch nicht genannt worden; es handelt ſich nur ganz beiläufig um eine Gegenwirkung gegen Fehler und Verſäumniſſe des „alten“ oder des „neuen“ Preußens, der Ära Puttkamer oder der Ära Adolf Hoffmann, und das gleiche gilt von dem „alten“ und dem „neuen“ Bayern; im Grunde ſind alle die Loslöſungsbeſtrebungen weiter nichts als ein verzweifelter Proteſt aller nun enger aneinanderrückenden Landsmannſchaften gegen die Schwäche des Staates, der ſeit dem November vorigen Jahres für niemand mehr ein ſicherer Halt ſein kann. Von einem ſtarken Preußen will niemand weg, auch wenn es rauh und bürokratiſch und reaktionär und einſeitig iſt; und wenn heute ein ſtarkes Preußen wiedererſtände, würden morgen alle Selbſtändigkeitswünſche verſtummen. Mit viel weiſen Reden verſucht jetzt die Revolutionsregierung die Bewegung zu hemmen. Aber ſie ſelbſt iſt ja an allem ſchuld. Sie iſt es, die den wohnlichen Bau zerſchlagen hat, aus deſſen Trümmern man jetzt hie und da Notunterſtände zu errichten verſucht.

Eine tiefe Erkenntnis dieſer Dinge ſcheint in dem rheiniſchen Zentrumsmann Kaſtert aufzudämmern, dem Führer der Kölner Sezeſſioniſten, der mit der Revolution und der Republik „gar nicht einverſtanden“ iſt und die furchtbare Lage des linksrheiniſchen Gebietes uns eindringlich ſchildert: wie es war, als die zuchtloſen revolutionierten Horden der Etappe zurückſtrömten, und wie es ſein wird, wenn Frankreich ſeine

alten Annexionswünſche durchzuſetzen verſucht. Welſch wollen ſie nicht werden, die Rheinländer; aber als Rheinländer, ſo denken die um Kaſtert, ſind ſie ſtärker und klüger als das ganze jetzige Preußen. Behaglich und ſelbſtſicher in allen Stürmen, mit dem glattraſierten runden Geſicht und den weinfrohen Äuglein wie ein Ölbild von Grützner, ſo ſteht dieſer Politikus da und verſteht es nicht, wie man ſich über ihn und ſeinesgleichen überhaupt entrüſten könne. Nie habe man mit der Entente verhandelt. Man ſei doch, weiß Gott, durch und durch deutſch. Beim Reiche wolle man ſelbſtverſtändlich bleiben.

Wir liegen entwurzelt da und verſuchen uns nun neu an die Heimaterde zu klammern, vorerſt die der Provinz. Entwurzelt ſind wir durch die Revolution. Sie und nur ſie hat das fertiggebracht, woran unter der Monarchie, auch einer geſchlagenen, kein Menſch gedacht hätte, denn über den Rheinbundsgeiſt ſind wir wirklich ſchon innerlich hinausgewachſen. Unter den Rednern, die Kaſtert erwidern, findet der Demokrat Janſen wohl die ſtärkſten Töne, obwohl auch die Herren der Rechten, Dr. Moldenhauer von der Deutſchen Volkspartei und v. d. Oſten von den Deutſchnationalen, ein heißes Bekenntnis zu Preußen abgelegt haben. Das ganze Haus, einſchließlich des Regierungsvertreters Dr. Freund, der eine ſentimentale Verwahrung gegen ſeine eigenen Leute in Weimar loslaſſen muß, iſt einig; auch das Zentrum will — bloß mißverſtanden ſein.

Anzapfungen

Weimar, 25. März

Von der erſten Sitzung eines Parlaments nach einer größeren Pauſe erwartet niemand welterſchütternde Ereigniſſe.

Pauſiert hat man in Weimar, um die Zeit durch eifrige Beratung der Verfaſſung im Ausſchuß auszufüllen. Der Ausſchuß hat aber erſt einen Bruchteil ſeiner Arbeit fertiggebracht, ſo daß es noch wochenlang dauern wird, bis die Vollverſammlung die Verfaſſung vornehmen kann.

Statt deſſen ſtehen heute kleine Anfragen und zwei Interpellationen auf der Tagesordnung. Die kleinen Anfragen, an die ſich keine Debatte knüpft, ſind vor etlichen Jahren bei uns eingeführt worden, weil ſie in ausländiſchen Parlamenten auch Mode ſind und weil wir uns doch alles Scheindemokratiſche auch leiſten müſſen. Anderswo dienen ſie meiſt dazu, um der Regierung die Gelegenheit zu irgendeiner Erklärung zu geben, auf deren Kundmachung ſie ſelber Wert legt. Oft werden daher Anfragen und Antworten vorher unter der Hand vereinbart. Der gründlichere Deutſche aber vermeint, das ſei ein Mittel, um die Regierung jederzeit zwingen zu können, Rede und Antwort zu ſtehen, zum mindeſten ein Mittel, um die Regierung zweimal wöchentlich anzuzapfen und zu zwacken. Da könne alſo ein Volksvertreter ſeinen Wählern ungemein imponieren, wenn auf ſeinen Wink die Miniſter ganz befliſſen Beſcheid gäben. Nun ſind es aber meiſt keine Miniſter, ſondern Kommiſſare, und klarer als die delphiſche Pythia ſprechen ſie auch nicht. Enttäuſchung und Wut der Frager ſind die natürliche Folge. So fragt der Kölner Demokrat Falk heute, wo es überhaupt Fragen regnet, nach der Verſorgung des linksrheiniſchen Gebietes mit Lebensmitteln und erhält als Antwort vom Unterſtaatsſekretär v. Braun nach einigen ausweichenden Allgemeinheiten eigentlich nur die Mahnung an die linksrheiniſche Bevölkerung, ſie möge ſich nicht die Köpfe verdrehen laſſen. Als Falk nun ganz präziſe die „ergänzende“ Anfrage ſtellt, ob man in nächſter Zeit Mehl und Fett bekommen werde, wird ihm überhaupt keine Antwort zuteil; dabei gehört er doch ſelbſt zur regieren-

den Mehrheit. Die in der Oppoſition befindlichen Unabhängigen erreichen ihre Zwecke ebenſowenig, als ſie ſehr wißbegierig fragen, ob etwas Wahres daran ſei, daß die Regierungstruppen in Halle unmenſchlich verfahren ſeien, ferner, wann dieſer organiſierte Meuchelmord aufhören werde, ferner, was die geſetzlichen Unterlagen zum Schießerlaß Noskes ſeien, ferner, warum man die Unabhängigen-Zeitungen „Freiheit“ und „Republik“ verboten habe. Natürlich wird ihnen nicht geantwortet, was ſie wünſchen. Sie ſtellen nun ergänzende Anfragen. Aber Noskes Adjutant, Major v. Gilſa, der übrigens ganz parlamentariſch-demokratiſch in bürgerlichem Gehrock erſcheint und, wie der Kuckuck aus der Schwarzwalduhr, bei jeder Frage kommt und wieder verſchwindet, antwortet auf die letzten drei „ergänzenden“ Anzapfungen nur, er habe ſeiner Antwort „nichts hinzuzufügen“. Der Abgeordnete Haaſe kriegt darauf einen Wutanfall und ſchreit, das ſei ja eine Verhöhnung des Parlaments. Er weiß wohl gar nicht, daß Gilſas Redewendung wörtlich dieſelbe iſt, wie ſie im engliſchen Unterhaus üblich und hiſtoriſch iſt. Dort fällt ſie niemand auf.

Wir haben die ganze Einrichtung, die für uns gar nicht paßt, ſinnlos einfach kopiert und ſollten uns nun nicht über die Sinnloſigkeit dieſer pſeudo-demokratiſchen Einrichtung ärgern. Weit eher paßt für unſere Verhältniſſe, in denen die Kunſt des Parlamentelns noch nicht Tradition iſt, die Interpellation oder, wie man ſie heute nennt, die förmliche Anfrage, an die ſich ſtets eine ausführliche Beſprechung ſchließt. Aber auch da iſt das Ergebnis meiſt gleich Null. Diesmal interpellieren Deutſchnationale und Chriſtliche Volkspartei wegen der jammervollen Lage des Handwerks und Kleingewerbes. Der Wirtſchaftsminiſter Wiſſell weiß darauf Wetzlich und Irl auch nur etwa zu erwidern, daß die große Armut von der großen Powerteh herkomme. Was die Regierung dagegen zu

tun gedenke, erfahren wir nicht. Doch, eines hören wir: es ist eine Hilfskasse mit 200 Millionen Mark ins Leben gerufen worden, die dem daniederliegenden Geschäftsleben durch Kredite bei Aufträgen wieder aufhelfen soll. Aber das kommt ja den Kleinen keinesfalls zugute. Selbstverständlich geht man nach einer solchen förmlichen Anfrage mit einem Gefühl der Leere in Hirn und Magen auseinander. Natürlich kann aus der bloßen Anzapfung eine schwere Niederlage der Regierung werden, wenn am Schlusse der Debatte etwa ein Mißtrauensvotum beantragt und angenommen wird. Das ist aber hier undenkbar. Wir haben nicht wie die Engländer und Franzosen wechselnde Mehrheiten. Wir haben den alten Bethmann-Block, und der hält wie Pech und Schwefel zusammen, um seine Sünden zu decken. Selbstverständlich hat er zu sich selber volles Vertrauen und erteilt sich nicht ein Mißtrauensvotum. Selbstverständlich sind auch die demokratischen und Zentrumsanfragen daher nicht viel mehr als ein Kitzeln der Regierung. Sie lacht dazu mit todernster Miene.

Scheidemann gegen Ludendorff

Weimar, 26. März

Der jetzigen Regierung steht das Wasser bis an den Hals. Die Dämme der Lüge, von jener ersten furchtbaren Lüge des 9. November angefangen, daß der Kaiser abgedankt habe, werden von der Wahrheit überflutet. Nun kommt es zwar vor, daß ein erfolgreicher Schwindler sich durchsetzt, aber unsere rote Regierung taumelt von Mißerfolg zu Mißerfolg. Da verfällt sie in der letzten Not auf ein cäsaristisch-bonapartistisches Mittel. Durch eine „Diversion nach außen“ will sie

der Schwierigkeiten in ihrem Inneren Herr werden: Ludendorff ſoll vor Gericht.

Kein Napoleon hat jemals ſo perſönliche Politik getrieben wie dieſer Scheidemann. Scheidemann hat in gehäſſigſter Form ſchon früher in der Nationalverſammlung den General Ludendorff als Haſardeur angegriffen, und dieſer Angriff, geſtützt durch das ganze Schwergewicht der politiſchen Stellung des leitenden Miniſters, iſt ſo ſchmählich zuſammengebrochen, daß nur ein Mann, der über eine Nilpferdhaut verfügt, dieſen Zuſammenbruch amtlich überleben konnte. Seither aber brütet Scheidemann, in ſeiner Eitelkeit gekränkt, über perſönlicher Rache. Die Veröffentlichungen Schiemanns und Hindenburgs, die Briefe des Kronprinzen und des neueren der verſchiedenſten Zeugen darüber, wie der Umſturz bei uns gemacht worden iſt, kommen hinzu; ſie bedrohen das ganze Lügengebäude des November. Da iſt denn Gefahr im Verzuge. Da muß Scheidemann dreinſchlagen.

Im alten Reichstag haben wir ihn ſchon einmal ganz ſinnlos wüten hören. Heute bedarf es des Deliriums nicht mehr, heute kann Scheidemann ganz kaltſchnäuzig ſprechen, aber die Sinnloſigkeit iſt dieſelbe geblieben, die Ausdrucksweiſe auch nicht vornehmer geworden. „Gegen die Lüdendorfferei“ ruft der Miniſterpräſident die Machtmittel des Staates auf. Er ſpricht von nicht gewolltem, aber tatſächlichem Landesverrat. Ein ſofortiges Ausnahmegeſetz ſoll einen Gerichtshof gegen Ludendorff ſchaffen. In der ganzen Rede Scheidemanns findet ſich aber nicht das Geringſte, was die ſchwere Anklage rechtfertigen könnte. General Ludendorff iſt in Berlin — wie wir wiſſen, völlig abſichtslos — einer Gruppe nationaler Demonſtranten begegnet, die aus einer von der Regierung begünſtigten Oſtmarkenverſammlung aller Parteien zurückkehrte. Dieſe Demonſtranten umringten ihn jubelnd, worauf er — auch das könnte Scheidemann ſo gut

bekannt ſein wie uns — ſie bat, nach Hauſe zu gehen, und ſich eilends ihnen entzog. Das iſt alles. Wenn Ludendorff nicht preußiſcher Offizier und Gentleman wäre, wenn er ſozialdemokratiſch-unabhängige Allüren hätte, ſo wäre hier das Sprungbrett für ihn gegeben geweſen. Er hat es nicht benutzt. Er hat keinerlei Anſprache an das Volk gehalten, hat nicht wie ungeſtraft Tauſende anderer Leute in Berlin etwa vom „Bluthund Scheidemann“ geſprochen und zum Sturz der Regierung aufgefordert. Nein, Leute, die das tun, Leute aus Scheidemanns eigener Schicht, fallen ſchlimmſtenfalls unter die Segnungen irgendeiner Amneſtie. Auch für die Spartakiſten, die im Januar auf friedliche Bürger ſchoſſen, hat es kein Ausnahmegericht gegeben. Die ſind ja Bruderblut. Aber daß in der Oſtmarkenverſammlung Erzberger ausgeziſcht und „mein Parteifreund Bernſtein“, wie der Parteiminiſter Scheidemann ihn nennt, lärmend unterbrochen wurde, das hat dem Faß den Boden ausgeſchlagen. Meinungsfreiheit darf es in Deutſchland nur für Parteigänger der Regierung geben. Alle Andersdenkenden werden niedergeknüppelt. Wenn nicht anders, dann durch ein Ausnahmegericht. „Es darf niemand ſeinem ordentlichen Richter entzogen werden“, ſteht ſchon in der amerikaniſchen und in der Folge in der Verfaſſung jeder anderen Republik. Über ſolche Zwirnsfäden ſtolpert ein Scheidemann aber nicht.

Ludendorff hat vor einiger Zeit ſelbſt erklärt, er ſei bereit, ſich einem Staatsgerichtshof zu ſtellen, der alles unterſuchen könne, was er, der General, im Feldzuge geleiſtet oder verfehlt habe. Das iſt ſo, als wenn ein Offizier, gegen den Anſchuldigungen erhoben werden, ehrengerichtliche Unterſuchung gegen ſich beantragt. Scheidemann will aber etwas ganz anderes. Er will ein Gericht, das Ludendorff zur Strecke bringt. „Wir werden die Herren ſchon zu faſſen kriegen!“ ſagt der Miniſterpräſident, während die leidenſchaftliche Röte

ihm allmählich in den kahlen Schädel steigt. Von der Rechten wird ihm entgegengerufen, es müsse ein unabhängiges Gericht sein. Das sagt er zu. Es fragt sich nur, was ein Scheidemann unter Unabhängigkeit versteht. Jedenfalls meint er ein ganz anderes Gericht als dasjenige, das in dem Verfassungsentwurf für Verfehlungen von Staatsmännern vorgesehen ist. Die ganze Affäre ist beispiellos, ist überhaupt ohne Vorgang in der deutschen Geschichte; man muß schon auf die Zeit der französischen Revolutionsgerichte zurückgreifen, um etwas Ähnliches zu finden.

Die Regierung weiß in ihren Nöten nicht mehr aus noch ein. Sie ist auf der schiefen Ebene, gedrängt von den Unabhängigen und Spartakisten, ins Rutschen gekommen. Sie bringt ein vollkommen kommunistisches Steuerprogramm, das den berühmten Satz des alten Nihilisten Proudhon widerspiegelt: „Eigentum ist Diebstahl." Sie wird auch dadurch die Dränger von links nicht befriedigen. Nun greift sie zu ihrem letzten Mittel. Sie wirft den Wölfen ein Opfer vor die Füße, das sie zerreißen sollen. Dieses Opfer soll Ludendorff heißen. Einer unserer Besten. Durch die „Ludendorfferei" haben wir uns viereinhalb Jahre lang einer Welt von Feinden erwehren können; durch die „Scheidemannsucht" sind wir binnen sechs Monaten zu einem, wie Scheidemann es heute selber schildert, ruinierten Volke geworden.

Der feine Ton

Weimar, 27. März

Am Fuße des Goethe-Schiller-Denkmals vor dem Nationaltheater liegt noch immer der Kranz, den Herr Ebert den beiden

Zwangspaten ſeiner erſten Rede gewidmet hat. Auf der weimariſchen ſchwarz-gelb-grünen Schleife ſtehen die Worte: „Genio loci. Der Reichspräſident.“ Herr Ebert weiß ſchon, was ſich ſchickt. Dem „Geiſt von Weimar“, den er zuerſt deutſch zitierte, kommt er nun auch noch lateiniſch, nachdem er ſich das hat erklären laſſen. Aber der „Genius loci“ wendet ſein Haupt mit Grauſen. In die Nationalverſammlung kommt er jedenfalls nicht, denn dort herrſcht ein Ton, wie er ſelbſt in den Tagen des Xenienſtreites in Weimar nicht üblich war.

Nachdem der Herr Reichsfinanz den Notetat eingebracht hat, erklärt heute der Mehrheitsſozialiſt Schulz den Ton, in dem geſtern Scheidemann geſprochen habe, als durchaus würdig; dagegen ſei es ſchaudervoll, höchſt ſchaudervoll, wie — in der preußiſchen Landesverſammlung der Abgeordnete v. Kardorff geſprochen habe. Es ſei eine „niedrige Verdächtigung“, daß ſozialdemokratiſche Agitatoren ſich an öffentlichen Geldern vergriffen hätten. Kardorff wage es, Ehrenmännern ehrenrührige Vorwürfe zu machen! Schon der Zentrumsabgeordnete Mayer iſt über den Ton, den Scheidemann geſtern angeſchlagen hat, offenbar anderer Meinung, zum mindeſten rechtfertigten die Vorfälle in Berlin wahrhaftig nicht die große Erregung, ſagt er, und nicht nur das Zentrum, ſondern auch einzelne Demokraten rufen dazu ihr „Sehr richtig“, erheben auch keinen Widerſpruch, als Mayer erklärt, die Sache mit dem Staatsgerichtshof werde man ſich noch ſehr überlegen. Es ſcheint, daß die Sozialdemokraten mit ihrer Auffaſſung über den guten Ton in allen Lebenslagen ziemlich alleinſtehen. Sie allein ſind es auch, die aus ihrem Knigge den formvollendeten Ausdruck „Frechheit“ dem Grafen Poſadowsky entgegenrufen, als er ernſt und unter dem zuſtimmenden Schweigen der übrigen Parteien erklärt: Deutſchlands Zukunft verlange an der Spitze der Regierung einen Mann, der den Empfindungen der ganzen Nation gerecht zu

werden verſtehe, nicht einen bloßen Parteiredner, der ſo geringſchätzig und feindſelig über einen Ludendorff ſpreche, deſſen gewaltige Leiſtungen ſelbſt die Entente anerkenne. Daß der alte Pachnicke, den die Demokraten vorſchicken, in Scheidemanns Rede nichts Unwürdiges entdecken kann, iſt bei ihm nicht verwunderlich. Er iſt der einzige bürgerliche Redner, der ſich hinter Scheidemann ſtellt, ohne zu bedenken, daß er dadurch auch ſeine Partei mit dem böſen Wort belaſtet, daß man die „Ludendorfferei“ zu faſſen wiſſen werde.

Ein Zwiſchenſpiel Haaſe-Noske. Die Weiſe und der Text ſind die alten geblieben. Haaſe erzählt anderthalb Stunden lang von den Erſchießungen, die von Regierungstruppen vorgenommen worden ſeien, und ſchauſpielert dabei faſt Tränen. Er ſollte doch aus der Geſchichte wiſſen, daß man mit Franctireurs nie anders verfuhr. Die Spartakiſten werden nicht als Kriegsgefangene behandelt, ſondern an die Wand geſtellt, weil ſie eben keine kriegführende Partei ſind. Noske antwortet in ſeiner kräftigen Art, auch nicht gerade im Hofgartenton, und wird wegen des Ausdrucks „Brandſtifter“, den er den Unabhängigen zuruft, vom Präſidenten gerügt. Frau Zietz erhält auch ihren üblichen Ordnungsruf, weil ſie fortwährend „Lüge, Lüge!“ kreiſcht, während Noske ſpricht. Die alten Weimaraner in den Logen recken die Hälſe. So ſchlimm, meinen ſie, ſei es ja kaum im Raubtierkäfig im Zoologiſchen Garten. Dieſes Tönchen ſei ja furchtbar. Dazwiſchen iſt es ſogar zum Gruſeln. Haaſe, der ſich über den Ton des Majors v. Gilſa von neulich beklagt, droht deutlich mit der Guillotine in der nächſten Revolution. Es komme noch einmal der Tag, an dem Gilſa dieſer Ton in der Kehle ſteckenbleiben werde!

Zum Scheidemann-Thema führt der Deutſche Volksparteiler Becker-Heſſen zurück. Scheidemann habe auch unter dem Druck der Straße ſeinem perſönlichen Haßempfinden gegen Ludendorff Ausdruck gegeben, aber Ludendorff werde

noch dann in der Weltgeſchichte genannt werden, wenn man die Macher und Nutznießer der jetzigen Revolution ſchon längſt vergeſſen habe. Wenn aber ein Staatsgerichtshof komme, ſo werde er vielleicht auch diejenigen vor die Schranken fordern, die durch die Revolution uns ins Unglück geſtürzt hätten. Es iſt zu Beginn der Rede Beckers ſehr unruhig, weil die Erregung des Turniers Haaſe—Noske noch nachzittert. Allmählich wird es ſtill. Scheidemann macht ſich eifrig Notizen. Offenbar will er noch reden.

Er tut es auch. Aber man iſt verblüfft. Er iſt auf einmal ganz ſanft und kleinlaut geworden, dieſer Scheidemann, der geſtern ſo zu brüllen, ſo mit der Fauſt auf den Tiſch zu ſchlagen wußte, ſo ganz Volksverſammlung ſpielte. Er habe gar nichts gegen Ludendorff, bewahre. Er ſei ſich auch keines beſonders gehäſſigen Tones bewußt. Da ſei der Ton anderer Leute doch ganz anders; und zum Beweiſe führt er Stellen aus — Flugblättern der Rechten an! Dieſer famoſe Miniſterpräſident ahnt alſo gar nicht, daß der „feine Ton“, den man in Wahlflugblättern findet, doch wohl nicht derſelbe iſt, den man von dem leitenden Staatsmanne erwartet. Um ſeine Niederlage zu vollenden, wird nun auch durch den Abgeordneten Dr. Traub feſtgeſtellt, daß die von Scheidemann zitierten ſaftigen Ausdrücke wie „Stimmvieh“ und dergleichen nicht von der Rechten gebraucht ſeien, ſondern in einem Briefe ſtünden, den ein — ſozialdemokratiſcher Arbeiter an den Grafen Poſadowsky geſchrieben habe. „Tableau!“ pflegte man früher unter eine ſolche Szene zu ſetzen. Scheidemann ſchweigt.

Man könnte nun ſagen: geſchieht ihm ſchon recht. Gewiß. Aber es iſt doch erſchütternd, daß die Nationalverſammlung nach wie vor Theater iſt und Arena bleibt, in der die Klumpen nur ſo fliegen; erſchütternd, daß vor ganz Deutſchland und der Welt Klopffechterei in rüdem Tone getrieben wird, während Erdteile in Flammen ſtehen und Nationen am Ver-

hungern ſind. Die Revolution verſprach uns Frieden, Arbeit und Brot. Wenigſtens für ihren Teil hätte die Nationalverſammlung nun Arbeit leiſten können. Statt deſſen hat ſie bisher eigentlich nur ein einziges Wörtchen entthront, das Wörtchen: unparlamentariſch. Bei dem jetzigen feinen Ton in Weimar iſt nichts ſo unparlamentariſch, als daß es nicht ſchon längſt parlamentariſch geworden wäre.

Es war einmal

Weimar, 28. März

Die Mannſchaften der deutſchen Hochſeeflotte waren nicht abgekämpft wie die Infanteriedivisionen im Weſten. Auch hatte Jan Maat immer noch die beſte Verpflegung, beſſer als jedermann ſonſt im Deutſchen Reiche. Es waren ausgeruhte und gutgenährte Leute, die da als Sozialdemokraten meuterten und unſerer Wehrmacht den Todesſtoß verſetzten.

Am 21. November zog dann die vom Feinde nie beſiegte deutſche Hochſeeflotte in den engliſchen Pferch. Die Schlachtkreuzer tauchten als die erſten aus Nebelfetzen und Winterſonne hervor, die „Seydlitz“ und „Moltke“ und „Hindenburg“ und „Derfflinger“ und „Von der Tann“, die Künder preußiſchen und deutſchen Heldentums aus vier Jahrhunderten. Danach liefen die ſchwimmenden Stahlburgen der „Kaiſer“-Klaſſe und die übrigen größten und neueſten Linienſchiffe in den Firth of Forth ein, weiter eine Anzahl kleiner Kreuzer, darunter die „Emden“ mit ihrem in der Kriegsgeſchichte unvergeßlichen Namen, zum Schluß unſere beſte Torpedobootsflottille, alles ſchnurgerade gerichtet und ſchreckenerregend noch

auf dem letzten Gang in die Schmach. Auf dem englischen Admiralsschiff, das die deutschen Panzer passieren ließ wie der Riese Polyphem seine Hämmel, wehte die von unseren Granaten zerfetzte Flagge des „Lion“, der in der Skagerrakschlacht gesunken war, und um 4 Uhr nachmittags ging unsere eigene schwarz-weiß-rote Flagge mit dem Eisernen Kreuz auf allen 70 deutschen Schiffen für immer nieder.

Daß damals dem Kaiser nicht das Herz brach, das ist schier übermenschlich. Noch nie hat ein Volk seinem Machtmehrer so schmählich das Lebenswerk zerschlagen. Daß damals ganz Deutschland nicht aufschrie, während wir anderen noch draußen im Felde waren, das verstehen wir noch heute nicht. Der moralische Zusammenbruch einer Nation ist doch das furchtbarste.

Heute kann niemand an den Wiederaufbau der Flotte denken. Wir können nur aus den Trümmern die treugebliebenen deutschen Männer unserer Seemacht hervorholen, jene von der Etappe — mehr war ja die Hochseeflotte zuletzt nicht — verratenen Frontkämpfer, die Besatzungen der U-Boote und andere, denen die Schmach auf der Seele brennt, die uns damals angetan wurde. Was seither mit übernächtigen blassen Großstadtgesichtern als Blaujacken um unsere Häuser schlich, das sind geringstenteils wirkliche Seeleute, ja nicht einmal jene Berliner Metallarbeiter, die, auf der Flotte eingestellt, als Pioniere der Sozialdemokratie sie revolutionierten. Diese Pseudoblaujacken des Spartakismus sind ja nur verkleidet, sind der Abschaum von den Hamburger Fleeten, das Menschenkehricht aus dem Berliner Scheunenviertel. Nun will man wieder richtige Seeleute, wie sie jetzt schon als Freiwillige zu Lande im Innern Deutschlands und jenseits der Ostmark für die Sicherung unseres Vaterlandes kämpfen, als geordnete Truppen zusammenfassen. Man will dadurch auch die nötigen Fachleute wieder beisammen haben,

die unſer Vermeſſungsweſen aufrechterhalten, an unſeren Seekarten weiterarbeiten, unſere Hochſeefiſcherei bewachen.

Aber eine Flotte bekommen wir dadurch nicht, beſtenfalls retten wir die Überlieferung für unſere Urenkel, hüten wir den keimfähigen Kern, aus dem nach Menſchenaltern wieder etwas zu Deutſchlands Ehre erwachſen kann. In allen drei Leſungen wird der Geſetzentwurf über die Marinereichswehr angenommen: man ſtimmt ihm zu, ohne Begeiſterung, ſtill, gedrückt, mit der Pflichtmiene der Hoffnungsloſen.

Die Angſt

Weimar, 29. März

Den Fries im Theaterfoyer zu Weimar entlang wälzt ſich eine Schar brauner Jünglingsleiber. „Die Gebrüder Mockturtle in ihren luftakrobatiſchen Produktionen“ nennt der Spötter dieſe genialen Aktzeichnungen Saſcha Schneiders. Was ſie mit dem Theater zu tun haben, weiß man nicht recht, und für die Nationalverſammlung paſſen ſie noch weniger. Aber ein anderes, viel bekannteres Bild Schneiders würde heute als Symbol am Platze ſein: „Das Gefühl der Abhängigkeit“. Mit ſchlaff herabhängenden Armen, die von Ketten beſchwert ſind, ſteht da der Menſch einem Moloch gegenüber, vor dem es kein Entrinnen gibt. Dieſer Menſch iſt unſere heutige Regierung, wie ſie leibt und lebt.

Gelegentlich raſſelt Scheidemann mit den Ketten, ohne deshalb heroiſch zu wirken, und erhebt ein Gebrüll, ohne dadurch über ſeine Abhängigkeit hinwegzutäuſchen. Die Angſt ſitzt ihm im Genick. Aus Angſt weicht er Schritt um Schritt vor dem Votum der Straße zurück. Die Sozialiſierung wird

als ſpätere Sorge beiſeite geſchoben; und gleich darauf aus Angſt angenommen. Das Räteſyſtem wird als verfaſſungswidrig abgeſchafft; und gleich darauf aus Angſt in der Verfaſſung beſtätigt. Die Herren um Haaſe brauchen nur zu winken. Aber auch wenn irgend jemand im Vorbeigehen in Berlin dem General Ludendorff die Hand ſchüttelt, knickt Scheidemann in Weimar in den Kniekehlen zuſammen und ſucht durch Schreien die eigene Nervoſität zu beſchwichtigen. Die bolſchewiſtiſche Regierung in Ungarn ſchickt ihren Freunden in Berlin ein Telegramm, das recht unverblümt zur gewaltſamen Beſeitigung der heutigen deutſchen Regierung auffordert, ein Telegramm, das jede Regierung wegen Aufreizung zum Hochverrat konfiszieren müßte. Aus Angſt läßt man es durchgehen und verbreitet es ſogar in der Preſſe. Vielleicht nennt man das Meinungsfreiheit, vielleicht gar einen ſtaatsmänniſchen Akt, weil nun die Franzoſen ſehen könnten, wie bedroht der gute Scheidemann ſei, mit dem ſich doch beſſer leben laſſe als mit den Bolſchewiſten?

Aus Angſt vor Unpopularität iſt die Vorlage, wonach der Reichspräſident 1,2 Millionen Mark jährlich erhalten ſollte, verändert worden. In diesmal wirklich weiteſten Kreiſen des Volkes verſteht man es nicht, daß Ebert ſo viel haben ſoll, während Poincaré nur die Hälfte, Wilſon nur ein Drittel dieſer Summe bezieht. Flugs ſind in dem Etat, der heute vom Hauſe beraten wird, 600 000 Mark daraus geworden. Auch das iſt noch weit mehr, als unſerer Finanzlage und den bisherigen Lebensanſprüchen des jetzigen Reichspräſidenten entſpricht.

Am wenigſten Angſt in dem Regierungskollegium hat immer noch Noske. Auch heute findet er kräftige Worte wider die unglaubliche Verſchleuderung von Reichsmitteln zugunſten von Arbeitern, die nicht arbeiten, und Soldaten, die nur herumlungern. Aber die anderen haben gerade vor Noskes

Courage Angſt. Am meiſten vielleicht davor, daß, wenn der Vulkan bei uns wieder zu ſpeien anfängt und alles Leben in feuriger Lava zu erſticken droht, die Nationalverſammlung am Ende auf den Gedanken kommen könnte, Noske zum Diktator zu machen.

Man hört ſchon das unterirdiſche Grollen und Rumoren dieſes Vulkans. Die innere und äußere Lage iſt zum Berſten geſpannt. Da nun nach unſerer neuen Verfaſſung alle Gewalt beim Volke liegt, aber nicht bei der Straße, ſondern bei der geordneten Vertretung des Volkes, ſo müßte eigentlich die Nationalverſammlung ſich in Permanenz erklären. Dieſe Alarmbereitſchaft wäre das natürlichſte. In den nächſten Tagen kann die Regierung vor den folgenſchwerſten Entſchlüſſen ſtehen. Aber ſie hat Angſt davor, daß ſich in der Nationalverſammlung beherzte Männer finden könnten, — beiläufig bemerkt, ganz unbegründete Angſt; ſie will lieber ohne dieſen Aufſichtsrat verhandeln. So hat denn das Kabinett Scheidemann bei ſeinen Mehrheitsparteien eine Vertagung des Plenums durchgedrückt, die heute trotz der eindringlichen Warnung, die Abgeordneter Schulz-Bromberg namens der Oppoſition vorbringt, auch beſchloſſen wird. Erſt einen Tag nach dem Rätekongreß in Berlin tritt man in Weimar wieder zuſammen. Oder auch nicht. Man kann nicht wiſſen.

Man weiß nur eines: es geht etwas vor. Man weiß nur nicht, was. So ſtehen denn die Herren Möchtegern und Kannnicht um Scheidemann leicht ſchlotternd da und ſehen, ſoweit ſie noch Haare haben, mit geſträubten Haaren der Entwicklung zu, die ſie um das letzte Vertrauen im Volke bringt. Die politiſche Unbildung und ſtaatsmänniſche Unfähigkeit der Regierung würde man ihr noch vergeben, aber ihre Angſt iſt vernichtend. Voll Grauen ſieht ſie dem Moloch in das geöffnete Maul. Und ſtürzt ſich wie hypnotiſiert wohl gar hinein.

Milliarden hin, Milliarden her

Weimar, 9. April

Als Preußen in den Befreiungskrieg gegen Napoleon eintrat, hatte es nur ganze zweitausend Taler in der Staatskasse, die sich erst allmählich mit freiwilligen Opfern füllte; das war jene bescheidene Zeit, in der eine Gräfin Keyserlingk mit einem seidenen, einem wollenen und drei Kattunkleidern als Hofdame jahrelang auskam und dem reichen Stuttgarter Buchhändler Cotta frevelhafter Luxus vorgeworfen wurde, weil er sich ein Kanapee statt des herkömmlichen soliden Großvaterstuhls gekauft hatte. In dem seither verflossenen Jahrhundert ist alles pomphaft und zuletzt gigantisch geworden, und heute, wo der Reichsfinanzminister Schiffer in kaskadenartigem Wortschwall die Nationalversammlung mit den Zahlen unseres neuen Reichshaushaltes überschüttet, blitzen in jeder Wortperle Milliarden und immer wieder Milliarden. Der Krieg hat uns 146, nein, 153 Milliarden gekostet. Wir müssen 9, nein, 19 Milliarden Steuern aufbringen, ungerechnet das, was noch der Gegner von uns haben will, und unsere Schatzanweisungen auf einen nicht mehr vorhandenen Schatz sind in den letzten beiden Monaten um fast 5½ Milliarden erhöht worden, und unsere winzige augenblickliche Wehrmacht kostet uns gegenwärtig 2 Milliarden monatlich, also mehr als früher im Frieden in einem ganzen Jahr. Und — und — „Nachbarin, euer Fläschchen!“

Nicht nur den Stenographen der Nationalversammlung bricht bei Schiffers sprudelnder Rede der Angstschweiß aus, sondern auch den Abgeordneten, über die der kalte Sprühregen in so eiligen Windstößen niedergeht. Milliarden, Milliarden, Milliarden! Hie und da hat man eine Zahl, ehe

ſie von neuen Zahlen überſtürzt wird, hält ſie feſt in der ganzen Spritzflut und ſtellt ſie ſich vor. Da ſieht man, daß erſtens unſere Republik geradezu irrſinnig teuer arbeitet und daß zweitens der ganze Etat auf völlig willkürlichen Schätzungen beruht, die ſchon morgen praſſelnd zuſammenbrechen können. Nichts ſteht feſt. Nur das eine oder andere Bildhafte können wir im Fluge erhaſchen, ſo das Heldentum des ſtaatserhaltenden Zigarettenrauchers, der 1914 erſt 42,7 Millionen, 1918 aber ſchon weit über eine halbe Milliarde Mark Steuern für ſein Rauchkraut bezahlt hat, während umgekehrt die Bier- und Branntweintrinker — und ſie täten es doch ſo gerne den Rauchern gleich — 1918 nur etwa den zwanzigſten Teil deſſen zu den Reichskoſten beigeſteuert haben, was ſie 1914 entrichteten. Wenn nichts da iſt, kommen nämlich auch keine Steuern ein, lehrt uns dieſer Vorgang. Ohne Schnaps keine Schnapsſteuer, ohne Vermögen keine Vermögensſteuer, ohne Einkommen keine Einkommenſteuer mehr, und wenn es ſo fortgeht wie bisher, haben wir bald weder das eine noch das andere, noch das dritte. Mit ſolchen ſimplen Wahrheiten gibt freilich Schiffer ſich nicht ab, wenn er auch einen zu nichts verpflichtenden beifallhaſchenden kleinen Hieb auf die unvernünftige Sozialiſierung nicht zurückhält. Das kann er ſich heute gönnen. Seit die Regierung zu ihrer eigenen Überraſchung erfahren hat, daß im Berliner Rätekongreß nicht die Unabhängigen die Mehrheit haben, ſind ihr die ſchlotternden Beinkleider wieder ſtabil geworden. Sie trägt die Naſe ein Loch höher und findet wieder die große Geſte. Milliarden hin, Milliarden her. Wenn wir arbeiten, ſchaffen wir alles. Ja, wenn.

Der Reichsfinanzminiſter jongliert mit ſeinen Vorder- und Nachſätzen; fliegt der eine empor, fällt der andere herunter. Die Neuordnung verlange ein vergrößertes Beamtenheer, aber wir müßten ſparſam ſein. Wir müßten zuſehen, daß wir den Beamtenſtab verringerten. Aber der einzelne Beamte

ſolle nicht etwa mit mehr Arbeit überlaſtet werden. Hinter jedem Grundſatz ein Aber, hinter jedem Milliardenplus ein Fragezeichen, ſo ſprudelt die Rede daher, ohne den Hörer zur Beſinnung kommen zu laſſen. Erſt nachher empfinden wir die ungeheuere Leere und den blutigen Hohn, den heute „Erſparniſſe“ bedeuten. Miniſter ohne Dienſtwohnung bekamen früher 20 000 Mark Mietsentſchädigung, und Herr Schiffer protzt damit, daß man ihnen heute nur 10 000 Mark geben wolle, wenn ſie keine beſonderen Aufwendungen dafür machen. Aber die Zahl der Miniſter iſt, da die hungrigen Parteilöwen ſich in großer Menge melden, in Wirklichkeit ſo vermehrt worden, daß wir geſteigerte Ausgaben auch bei dieſem Titel haben. So wachſen aus kleinen Beträgen die Milliarden. Demnächſt kommt das Reich auf 200 oder 250 oder 300 Milliarden Mark Schulden — oder ſind es Billionen oder Trillionen? Uns packt der Graus. Und wir haben den Eindruck, daß dieſen uns anglotzenden Milliarden weder der Reichsfinanzminiſter noch einer ſeiner Regierungskollegen gewachſen iſt.

Die Pſyche des Parlaments

Weimar, 10. April

Wenn Reden Taten wären, ſo hätte die Nationalverſammſung mit ihrem heutigen Tagewerk, in dem ſie den Rieſenetat in erſter Leſung erledigt und dem Ausſchuß überwieſen hat, Rühmliches geleiſtet. Aber Reden ſind eben keine Taten. Die Weltgeſchichte wird nicht in Parlamenten gemacht. Parlamente ſind nicht ſchöpferiſch, ſie haben eine durchaus weibliche Pſyche und verarbeiten nur, was von außen zu ihnen kommt. Der alte Reichstag ließ ſich ein halbes Jahr vor dem

Kriege durch Artikel eines in Zabern zweimal wöchentlich erſcheinenden Käſeblättchens hypnotiſieren und verfiel in hyſteriſche Krämpfe. Die neue Nationalverſammlung iſt ebenſowenig männlicher Natur. Sie läßt ſich willenlos befruchten und bringt ſchließlich gehorſam die Sozialiſierung wie den Räterat und in Zukunft vielleicht noch ganz andere Dinge zur Welt, die ihr urſprünglich als Greuel galten. Die ſchönen Reden vorher ſind daher ganz belanglos. Geredet iſt auch über Gewaltfrieden und Rechtsfrieden unendlich viel; aber getan hat die Nationalverſammlung bisher nichts gegen Vergewaltigung, ſondern hat ihrem regierenden Ausſchuß jede Nachgiebigkeit in Spaa und in Trier ſtets genehmigt. Nun wird — echt weiblich — hinterdrein lamentiert. Scheidemann und Brockdorff und Payer ſind darüber einig, daß wir nicht um Zollbreite über die Wilſon-Punkte uns hinauszerren laſſen dürfen. Auch der Pfälzer Pfeiffer, der deutſche Hellene im römiſchen Zentrum, hält eine ſo begeiſternd nationale Rede, daß ſie im Wärmegrad ſich gar nicht von den Ausführungen des Oſtmärkers Schulz-Bromberg unterſcheidet, und der iſt doch wirklich die hellſte und freudigſte Preußentrompete im Hauſe. Nicht einmal zwiſchen Rießer und Hoch gibt es über dieſe Dinge einen wirklichen Meinungsunterſchied. Während ſonſt bei Etatsdebatten die ſogenannten Katalogredner unermüdlich von hundert Zetteln hundert verſchiedene Themen aufnehmen, von der Soldatenmißhandlung auf die Tiefſeeforſchung, von der Sonntagsruhe auf die Malzgerſte, vom Statiſtiſchen Amt auf den römiſchen Grenzwall kommen, gibt es heute doch den einen roten Faden: den Verſtändigungsfrieden. Eine gemeinſame Entſchließung des Hauſes, von der ſich unter lebhaftem „Pfui“ und „Raus“ der übrigen nur die Unabhängigen ausſchließen, verlangt ihn von der Entente.

Was der Unabhängige Seger mit ſtierem Fanatismus in einer langen Rede vorbringt, das wird verlacht. Man iſt

manchmal empört, manchmal nur beluſtigt. Das alte Bild. Die Nationalverſammlung tut ſo lange ſchnippiſch oder höhniſch, bis ſie dem Vergewaltiger eines ſchönen Tages erliegt. Die Unabhängigen gehen aufs Ganze. Die Nationalverſammlung mitſamt der Regierung aber taumelt von Halbheit zu Halbheit. Noch erklärt Scheidemann heute mit vollem Bruſtton ſich gegen das Räteſyſtem und verſichert, er werde nicht umlernen, aber Seger leiert eintönig — und ſo unbeirrt wie ein Schlafwandler — ſeinen Sang von dem nahen Siege des Weltbolſchewismus herunter. Scheidemann werde ſchon noch umlernen. Kurz vor dem Kriege noch ſei er gegen den Krieg geweſen und habe dann am 4. Auguſt ſchnell umgelernt. Im Kriege habe er nach deutſchen Siegen erklärt, derjenige ſei ein Narr, der nicht an ein Verrücken der Grenzſteine glaube, und ſpäter habe er jeden Annexionsgedanken abgewieſen. Kurz vor der Revolution habe er ein Regierungsprogramm gegen die Revolution mit entworfen und ſie nachher doch mitgemacht. So wirft Seger ſpachtelweis ſeine Farbentupfen auf die Leinwand, und Herr Scheidemann wird immer deutlicher, wird greifbar ähnlich. Es iſt aber nicht recht, ihn allein ſo zu malen. Die ganze Regierung, das ganze Parlament iſt ſo. Willenlos vor jedem Dränger. Bismarck ſagt in ſeinen Erinnerungen, Parlamente ſeien ſtets auch leichter zu betrügen als Monarchen, einzig und allein den ruſſiſchen Zaren vielleicht ausgenommen. Geradezu ein Muſter dafür ſei das engliſche Unterhaus, das noch durch jedes Blaubuch ſich habe einwickeln laſſen. Am klarſten ſpricht heute vielleicht Graf Brockdorff-Rantzau, deſſen Programm zur Reform des auswärtigen Dienſtes ſo vernünftige Gedanken enthält, daß das Geſchwätz der Unberufenen über dieſen Punkt nun hoffentlich aufhören wird. Er will das „Regional-Syſtem“ einführen, für jedes Land einen beſonderen Stab, der dauernd dieſes Gebiet bearbeitet, während wir bisher auf

Materien die Beamten verteilten und die Herren der Außenposten häufig versetzten. Also endlich einmal die Aufzucht von Fachleuten! Die Engländer machen es längst so. Sie schicken einen konsularischen Lehrling nach Siam, und er bleibt sein Leben lang da; und es wird ihnen nicht einfallen, einen alten Konsul aus Baku plötzlich nach Tunis zu schicken, — wenn er mit dem Petroleum gut Bescheid weiß, läßt man ihn nicht auf Datteln und Phosphate los.

In unseren Parlamenten kann man leider nicht darauf rechnen, Leute von Fach hereinzubekommen. Daher die dumpfe Ungeduld der Massen. Man ist der Nichts-als-Redner satt. Man spricht vom Rätesystem, das helfen soll und doch vielleicht vollends unser Ruin wird, weil es mit Bolschewismus und Diktaturgelüst auftritt, während ein Ständehaus mit Räten aller schaffenden Berufe uns von jenem parlamentarischen Elend, das unverändert aus der vormärzlichen Demokratie herübergekommen ist, erlösen könnte. Aber das begreifen vorerst nur einige Abgeordnete der Opposition. Die anderen lachen, lärmen, rufen Pfui, markieren aufrechte Haltung gegenüber der Konkurrenz und erliegen doch jedem Vergewaltiger, der von der Straße kommt.

Krisengerüchte und Kleinigkeiten

Weimar, 11. April

Schiffer wird ausgeschifft, heißt es in Weimar, und wie lange seine Ministerkollegen noch im Regierungskahn bleiben, wisse kein Mensch. Kann sein, kann auch nicht sein. Manchmal werden Krisengerüchte nur deshalb in die Welt gesetzt, um eine Gegenwirkung hervorzurufen und die bereits Wanken-

den zu ſtützen. Auf alle Fälle wird aber im Schloſſe heute ſchon eine Leichenfeier veranſtaltet. Scheidemann lädt dazu ein. Die Politiker und die Preſſevertreter ſollen hinkommen; die meiſten werden ſich das wohl nicht zweimal ſagen laſſen, zum mindeſten in der Hoffnung, bei einer Flaſche Wein alles zu erfahren, was hinter den Kuliſſen ſich zuſammenbraut. Daß Schiffer außerordentlich nervös iſt, hört und ſieht man jedesmal, wenn er auftritt. Ein überragendes Talent, das man ſchmerzlich vermiſſen würde, iſt er auch nicht, obwohl er ſeinen demokratiſchen Parteigenoſſen dadurch imponiert, daß er mit raſender Zungengeläufigkeit ſeine freiſinnigen Leitartikel ſpricht. Der Reichshaushaltsplan jedenfalls, für den er verantwortlich zeichnet, iſt die leichtfertigſte Arbeit, die wir je erlebt haben. Übrigens nicht nur Schiffer allein drückt die Knie nach der Heimat durch, auch anderen Demokraten und Zentrumsleuten im Kabinett iſt die Lage nicht geheuer. Vielleicht geht ſogar den Sozialdemokraten allmählich eine Ahnung von ihrer Unzulänglichkeit auf. Aber die Optimiſten erwarten heute abend im Schloſſe beſtimmt das Wunderwirken des großen Politikers namens Syndetikon: klebt, leimt, kittet alles.

Bei einer Kleinigkeit iſt heute im Nationaltheater die Regierungsmehrheit ſchon auseinandergeborſten. Die ſogenannte Sommerzeit, die in Großſtädten 7—8 v. H. Kohlenerſparnis bedeutet, auf dem Lande aber nahezu eine Unmöglichkeit iſt, da die Milchkühe ſich gegen Nachtlieferung erklärt haben, ſollte auch heuer wieder eingeführt werden. Dieſen Geſetzentwurf lehnt das Haus mit einer Mehrheit aus ſämtlichen Parteien ab. Eine Stunde früher aufſtehen und in der lieben Sonne ſich tummeln, iſt ſehr ſchön, wenn man ordentlich frühſtücken kann, nur für die Imitation eines Erſatzes von Kaffeezuſatz aber verlohnt das nicht. „O mordet nicht den heil'gen Schlaf!“ heißt es im Wallenſtein. Alſo die Sommerzeit

kommt nicht, man ist dagegen. Einmütig für einen Regierungsentwurf ist das Haus bei der Besprechung der Vorlage, die Vorbereitungszeit unserer jungen Juristen, soweit sie Kriegsteilnehmer sind, auf der Universität und nach der Universität bis zur Assessorprüfung erheblich zu verkürzen. Der Justizminister Landsberg verkündet dabei unter großer Aufmachung, daß in seinem Ressort ein gewaltiges Werk der Vollendung sich nähere, die Neuregelung unseres Strafrechtes; das sei der beste Beweis dafür, daß der deutsche Geist nicht gelitten habe. Gewiß nicht. Gleichzeitig ist aber anscheinend die sowieso schon nicht geringe Reklamesucht der republikanischen Minister ins Schwindelnde gewachsen. Herr Landsberg hätte sonst erklären müssen, daß die Hauptarbeit an der Strafrechtsreform in langen Jahren vor dem Kriege und vor der Revolution geleistet worden ist und daß jetzt nur der Abschluß erfolgt.

Mitgegangen, mitgefangen

Weimar, 12. April

Man könnte meinen, daß im Kabinett vollkommene Herzeinigkeit herrsche, denn alles sitzt traulich auf der Ministerestrade beisammen, auch Saul unter den alttestamentarischen Propheten, nämlich Schiffer zwischen Landsberg und Preuß. Aber es ist trotzdem wahr, daß er gehen will. An ihm hat sich die Tragödie bereits vollendet, in der manche Weggenossen noch ringen. Dieser ehedem nationalliberale Abgeordnete, der mit dem Großadmiral v. Tirpitz zusammen feurige Vorträge für die Vaterlandspartei hielt, paßt in die jetzige Regierung so hinein wie ein Metzgermeister in den Vorstand

des Vegetariervereins. Aber es half ihm eben nichts mehr, ſobald er ſich von den Demokraten hatte einfangen laſſen. Nach dem 9. November iſt es manchem Ehrgeizigen und manchem Idealiſten ſo gegangen: in der von der goldenen Internationale mit reichen Propagandamitteln ausgeſtatteten demokratiſchen Partei ſahen ſie „die“ Partei der großen und großdeutſchen Zukunft und beeilten ſich mit ihrem Anſchluß. Einige Wochen ſpäter waren ſie ſchon Galeerenſklaven der Sozialdemokratie und mußten das Staatsſchiff zum fürchterlichen Strudel unſerer Tage hinrudern. Jetzt kann Schiffer ſeine politiſche Kurzſichtigkeit büßen. Mitgegangen, mitgefangen! Als alter preußiſcher Juſtizbeamter weiß er, was die ſinnloſe heutige Sozialiſierung bedeutet, und hat ſie trotzdem mitmachen müſſen. Nun wird ihm, er weiß nicht wie. Mit Todesverachtung hat er auf unſeren Finanzwirrwarr noch einen Reichshaushalt geſtülpt, der keinen einzigen großen Gedanken enthält, zwiſchen den Zeilen und Ziffern vielmehr das Bekenntnis vollkommener Ratloſigkeit erkennen läßt. Da geht er hin und möchte ſich am liebſten einen Strick kaufen. Es hat ihm jedes politiſche Ahnungsvermögen gefehlt. Nun hat er ſeine große Zukunft — hinter ſich.

Inzwiſchen wird mit zum Berſten geſpannten Muskeln und Sehnen die Galeere weitergerudert auf Scylla und Charybdis zu. Man ſozialiſiert heute den Kalibergbau allerdings noch nicht ganz, vielmehr ſchafft man nach berühmtem Muſter eine „Republik mit dem Großherzog an der Spitze“, nämlich man beläßt das Kaliſyndikat in ſeiner Tätigkeit, weil kein Arbeiterbetriebsrat und keine Bureaukratie die kaufmänniſchen Beziehungen zum Auslande ſo pflegen könnten. Wir ſind auf die Ausfuhr unſerer Kaliinduſtrie angewieſen. Sie iſt eines der wenigen werbenden Geſchäfte, die wir noch haben. Ihr droht jetzt neuer Wettbewerb durch die Gruben in Elſaß-Lothringen, die in den Händen der Franzoſen ſind —

für immer in ihren Händen, wie der Regierungsvertreter in seiner Rede durchblicken läßt, wogegen der deutschnationale Abgeordnete Behrens leidenschaftlichen Widerspruch erhebt noch sei das Reichsland nicht französisch, noch müßten wir die freie Selbstbestimmung der Völker verlangen. Unter Berufung darauf, daß die Löhne der Bergleute sehr gestiegen seien, erhöht die Vorlage auch wiederum die Preise der Kalisalze, so daß sie gegen 1911 verdoppelt und verdreifacht sind. Unser Ackerbau muß dieses notwendige künstliche Düngemittel also wiederum teurer bezahlen, und das verteuert uns wiederum Brot und Fleisch, Fett und Gemüse. Die ewige Schraube. Mit hervorquellenden Augen starrt die Regierung auf die Schraube, weiß sich aber keinen Rat.

Dieselbe Regierung verlangt noch besondere Vollmachten für ihre Unfähigkeit. Ein Ermächtigungsgesetz ist eingebracht, das dem Kabinett gestatten soll, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, ohne die Genehmigung des Parlaments dazu einholen zu müssen. Herr Preuß findet dafür nur die armselige Motivierung, es käme doch zum Beispiel vor, daß Heeresgut verschleudert werde, und da müsse die Regierung sofort eingreifen können. Du lieber Himmel. Da pflegte früher nur die Polizei einzugreifen, und die Halunken kamen hinter Schloß und Riegel. Heute aber wird von einer demokratischen Parlamentsmehrheit der ganz undemokratische Beschluß verlangt, der Regierung diktatorische Vollmachten zu geben. Den wirklichen Demokraten bricht dabei vielleicht der Angstschweiß aus so wie einst dem alten Abgeordneten Träger, als er dem Bülowblock zuliebe sich für das Vereinsrechtskompromiß breitschlagen ließ. Aber mitgegangen, mitgefangen. Es hilft nichts. Die schmählichste Zumutung an die bürgerlichen Parteien, die auch noch auf der heutigen Tagesordnung steht, ist schließlich die Vorlage, die den 1. Mai als Feiertag des revolutionären Proletariats für das ganze Volk

geſetzlich feſtlegen will. Warum nicht auch gleich Eberts Geburtstag oder Liebknechts Todestag oder den Tag der Auslieferung der deutſchen Hochſeeflotte? Unter den Galeerenſklaven gärt es; ſie reißen murrend an ihren Ketten. Da wird denn ſchon um 2 Uhr die Sitzung abgebrochen. Bis Montag hofft die Regierung, ihre Sträflinge für den Maitag kirre machen zu können. Es iſt nichts mit dem Sklavenaufſtand. Der einzelne kann, wie Schiffer, in der Verzweiflung die Arbeit verweigern, ſich krankſtellen und von der Ruderbank gelöſt werden, die Partei aber muß mitſamt den Schiffsherren in den gähnenden Strudel.

Regierung und Ernährung

Weimar, 14. April

Von einer Frauenzeitſchrift wurde einmal die Preisfrage geſtellt, wie die Gattin ſich am beſten die Liebe ihres Mannes erhalte. Den erſten Preis erhielt die kurze Antwort: „Füttert die Beſtie gut!“

Es iſt ungefähr das gleiche, was wir heute in der Nationalverſammlung hören, wo eine ſozialdemokratiſche Interpellation über die Verteilung der ausländiſchen Lebensmittel dem Ernährungsminiſter Robert Schmidt die verabredete Gelegenheit geben ſoll, um der Regierung Liebe und Vertrauen im Volke zu werben. Gebt uns gut zu eſſen, dann wird alles gut, ſagt die Linke, am beſtimmteſten der Unabhängige Wurm, der als konſequenter Materialiſt alles Übel auf die Unterernährung ſchiebt und über die politiſchen Streiks und Gewalttaten ſeiner Leute den Mantel parteitaktiſcher Nächſtenliebe und die ſieben Schleier Salomes wirft. Je

weiter nach rechts, desto deutlicher klingt noch ein anderes Motiv in die Besprechung hinein: wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen! Der Deutsche Volksparteiler Dusche sagt es klar heraus, woran unser jämmerlicher Wirrwarr liegt, — an der Verschleuderung unserer Habe durch die Revolution und an dem Durchfüttern der arbeitsscheuen Arbeitslosen der Großstadt. Man solle sie lieber allesamt zur Landarbeit hinausschicken.

„Sollen sie in Ställen wohnen?“ ruft ein Genosse dazwischen. Gewiß, eine Stadtwohnung mit der Kneipe im Parterre, dem Musikcafé nebenan und dem Kientopp gleich um die Ecke fänden die Herren Arbeiter auf dem Dorfe nicht, aber wo unsere sogenannten Jungmannen, fast durchweg Gymnasiasten der Prima und Sekunda, Söhne wohlhabender und gebildeter Familien, im vergangenen Jahre fröhlich und dankbar bei ihrer Landarbeit Unterschlupf fanden, da könnten auch die Herren Arbeiter zufrieden sein. Wenn wir im Felde nur immer solche Unterkunft gehabt hätten! Die jungen Offiziere, die jahrelang in Unterständen und Granattrichtern gehaust haben, gehen jetzt nach ihrer Verabschiedung in Scharen aufs Land und arbeiten dort als Knechte für Verpflegung und zwei Mark täglich. „Sind die dumm!“ sagt der Berliner Arbeitslose.

Die Sozialdemokratie hat eben jahrzehntelang ihren Leuten das Schlaraffenland für den Zeitpunkt versprochen, wo sie an die Regierung komme, und da wartet nun alles auf die gebratenen Tauben und die Spanferkel mit Messer und Gabel im knusperigen Rücken. Arbeit? „Wer die Arbeit kennet und sich nicht drückt, der ist verrückt!“ schrieben die Genossen 1918 an der Front überall mit Kreide an und nassauerten als „Versprengte“ in der Etappe.

Das ist der wahre Grund unseres Elends, daß Hunderttausende ein Schlaraffenleben als ihr gutes Recht verlangen

und die Regierung, die jetzige rote republikaniſche Regierung, als Volksverräter hinſtellen, weil ſie es nicht ſchaffe. Der regierende Genoſſe Robert Schmidt weiß das natürlich auch. Wie gerne fütterte er die Beſtie gut! Aber alles ſcheitert am Nichtarbeiten. Wir haben, wie er erzählt, 94 Millionen Doppelzentner Zuckerrüben erzeugt, eine Menge, die vollauf genügen würde, um uns mindeſtens ſo viel Zucker wie im Vorjahre zu ſichern. Aber es fehlt an Arbeitern und an Kohle auf dem Lande und in den Zuckerfabriken, ſo daß ein großer Teil der Rüben verfüttert werden mußte oder ganz verdorben iſt. Das Weiterfaulenzen verſchlechtert ferner unſere Valuta, ſo daß wir von Tag zu Tag größere Beträge unſeres entwerteten Geldes zur Zahlung brauchen: das amerikaniſche oder chineſiſche Fett, das zu 4,50 Mark abgegeben werden ſollte, wird 6 oder 7 Mark oder noch mehr koſten. Robert Schmidt klagt die Maſſen an, daß ſie unſer ganzes Volk dem Hungertode entgegenführen. Kein konſervativer Miniſter hat den Maſſen je ſo ſchonungslos die Wahrheit geſagt wie dieſer Sozialdemokrat, der nun von der Regierungsbank aus die Welt natürlich ganz anders ſieht als früher aus der Froſchperſpektive des verantwortungsloſen Agitators.

Aber die Wahrheit ſagen und das Rechte tun, iſt noch nicht dasſelbe. Geſprochen, auch gut geſprochen, wird in der Nationalverſammlung zentnerweiſe; ein Gramm Taten wäre mehr.

Die unſelige alte Schichtung unſeres Parteilebens verleugnet ſich übrigens auch in der heutigen Debatte nicht. Die Linke gefällt ſich in allerlei Spitzen gegen die Agrarier, worunter heute ſchon jeder Landwirt bis zum kleinen Bauern herab verſtanden wird. An denen liegt aber die Schuld wahrhaftig nicht. Auf dem Lande hat jedermann von Sonnenaufgang bis zur ſinkenden Nacht zugepackt und für Deutſch-

land gearbeitet. Wir hatten 1918 eine so gute Getreideernte, daß nicht ein einziger Sack fremden Mehles nötig gewesen wäre, daß wir bis zur nächsten Ernte mit eigenem Vorrat durchgehalten hätten. Da aber kam „das blutige, kronenlose Tier aus dem Abgrund“, wie die Offenbarung Johannis es schildert, und alles ward verschleudert und verludert.

Dieselbe Bestie sperrt nun den Rachen wieder auf. Füttert sie gut, ihr Männer vom 9. November, sonst verschlingt sie euch.

Das Friedensfest

Weimar, 15. April

Nachdem unsere heute regierenden Herren die Aufgabe, uns Frieden und Freiheit und Brot zu bringen, so glänzend gelöst haben, können sie heute in Ruhe an die äußere Umformung gehen. An der Fassade des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten darf nichts mehr an das Gewesene erinnern. Von den neuen Fünfzigmarkscheinen ist jedes der früher die Reichsgewalt darstellenden Embleme verschwunden; an Stelle der Kronen und Adler ist ein stilisierter Bandwurm getreten. In Bayern hat man es sich leichter gemacht und auf allen Klischees einfach dem Wappentier die Krone weggestemmt, wobei natürlich der obere Teil des Kopfes mit daran glauben mußte. So prangen denn an der Spitze der „Staatszeitung“ in München jetzt zwei hirnlose Löwen. Aber unsere regierenden Herren sind nicht etwa nur im Niederreißen groß. Sie sind auch schöpferisch bemüht. So haben sie uns, um einem fühlbaren Mangel abzuhelfen, einen neuen Feiertag beschert. Die alte sozialdemokratische Maifeier wird verstaatlicht.

Selbſtverſtändlich bedeutet dies das Aufpflanzen eines Geßlerhutes. Das deutſche Bürgertum ſoll ſeine Reverenz davor machen, ſoll barhäuptig und mit gebogenem Rücken die neue Herrſchaft anerkennen. Früher war das Blaumachen am 1. Mai eine Demonſtration für den Achtſtundentag. Der Achtſtundentag iſt nun eingeführt. Damit iſt, ſo könnte man meinen, der Zweck der Demonſtration erreicht, die Maifeier fortan überflüſſig geworden. Aber nein, es wird ein Zwangsfeiertag für alle Bürger eingeführt, was nicht einmal der Sedantag der „Mordspatrioten“ früher war und der Geburtstag des Kaiſers nur in beſcheidenem Umfange. Dieſes Siegeszeichen der Roten aber hilft eine bürgerliche Partei aufrichten: die Deutſche Demokratiſche Partei.

Nur will ſie das Dekorum wahren. Sie hat mit der ſozialdemokratiſchen Regierung, die grauſam lächelnd zuſtimmt, vereinbart, daß die Sache einen harmloſen Titel haben müſſe. Man will ein Weltfriedensfeſt, ein Völkerverbrüderungsfeſt, ein internationales Arbeiterſchutzfeſt daraus machen. In dieſem erſten Jahr könne man eine Kundgebung für Freilaſſung der Kriegsgefangenen und dergleichen damit verbinden. Mein Gott, nur nicht ſchwerfällig ſein. Es heißt nicht betrügen, ſondern corriger la fortune, ſagt ſchon Riccaut de la Marlinière; und wenn das Fenſter geöffnet iſt, darf man einen Meineid ſchwören; und wenn man in das Joch der Sozialdemokratie kriecht, ſo demonſtriert man für weltbürgerliche Ideale. In Wahrheit hat ſich die Demokratie aus Arbeiterſchutz und Arbeitsruhe nie einen Pfifferling gemacht. Als vor etwa dreißig Jahren die damals ſonntäglich noch viermalige Poſtbeſtellung in den Großſtädten eingeſchränkt werden und die Zigarrenläden Sonntags „nur noch“ bis 11 Uhr abends aufbleiben ſollten, ſchrie die Demokratie Zeter und Mordio über dieſe Vergewaltigung des Geſchäfts. So eiferte ſie gegen jede Ladenſchlußſtunde, ſtimmte gegen jede

geſetzliche Verkürzung der Arbeitszeit. Was Dr. David bei der Begründung der Vorlage von den „hohen Idealen“ des Weltfeiertags erzählte, iſt der Demokratie ſo gleichgültig wie nur irgend etwas, aber ſie klammert ſich an ihre Regierungsſtühlchen. Da will ſie nicht herunter. Das iſt es. Selbſt wenn ſie an einer Kette da oben ſitzt; ſelbſt wenn ſie das Bürgertum verraten muß. An der Kabinettsfrage des 1. Mai bräche die jetzige Regierung zuſammen, wenn ſie nicht die Demokratie als Trabanten hätte. Das Zentrum ſtimmt nahezu Mann für Mann mit der Rechten dagegen.

Die Debatte wird ſehr gereizt. Der Deutſchnationale Dr. Kölzſch, der als Prediger der Wahrheit alle Chriſten aufruft, jetzt Panier aufzupflanzen, gerät nach ſeiner Rede in eine erregte perſönliche Auseinanderſetzung zwiſchen den Bänken mit dem Exttheologen Naumann. Der deutſche Volksparteiler Mittelmann, der ſchonungslos das ganze Heuchlerſpiel entlarvt, wird angeſchrien, und als er ſpäter vom Platze aus Zwiſchenrufe macht, ſpringen mehrere Sozialdemokraten auf, ballen die Fäuſte und wollen anſcheinend vorſtürmen. Man ſieht: es handelt ſich um ein Friedensfeſt.

Zu einer wirklichen Holzerei kommt es noch nicht. Im Zentrum lüpft ſich einer vom Sitz und taucht langſam zur Rieſengröße empor, — der Bauernbündler Dr. Heim. Gegen dieſen gewaltigen Prellbock traut ſich doch niemand anzugehen. Der Demokratenführer Herr v. Payer eilt zu denen um Gräfe und beſchwört die Rechte, die namentliche Abſtimmung beantragt hat, ſie möchte doch nicht obſtruieren und etwa das Haus beſchlußunfähig machen. Das fällt der Rechten nicht ein. Die Vorlage wird von den Roten und den Abgefärbten angenommen.

Nach Erledigung des Kaligeſetzes und einer Auseinanderſetzung zwiſchen Haaſe und Erzberger, bei der ſich wieder einmal herausſtellt, daß dieſer verantwortliche Reichsminiſter

unverantwortlich leichtfertige Behauptungen hinauszuſchmettern pflegt, wird eine Botſchaft des Reichspräſidenten Ebert verleſen, die ſich vermutlich architektoniſch der heutigen Weltfriedensdemonſtration der Maifeier einfügen ſollte. Sonſt ſind allerhöchſte Botſchaften erſt am Schluſſe der Seſſion üblich geweſen. Aber es iſt ſehr ſympathiſch von dem Herrn Ebert, daß er für ſein Gehalt auch etwas Beſonderes leiſten will und zu den Fragen der Zeit das Wort ergreift. Was er da über die Pflicht der Arbeiter zum Arbeiten ſagt, das hat Scheidemann freilich ſchon wiederholt und ſtiliſtiſch noch beſſer geäußert, und Scheidemann bekommt doch nur 100 000 Mark jährlich, nicht 600 000 wie Ebert. Der Appell an unſere Feinde aber, milde mit uns zu verfahren, wird in Paris kaum Eindruck machen. Hinter ſolchen Worten muß das Gewicht einer Perſönlichkeit ſtehen, nicht bloß das freilich beträchtliche Lebendgewicht des Herrn Ebert, der für die Entente eine komiſche Figur iſt. Er ſchiebt den Gegnern „die Verantwortung vor der Weltgeſchichte“ zu. Das iſt ſehr bequem — für ihn und für ſie. Eine Phraſe zum Friedensfeſt. Eine Phraſe mehr.

Etatdebatte am Verſaillestag

Berlin, 7. Mai

Im Reichstag gähnen die Wände bilderlos. Das große Gemälde Angelo Janks „König Wilhelm reitet über das Schlachtfeld von Sedan“, das probeweiſe einmal bereits angebracht und auch ſchon bezahlt war, kam wieder auf den Trockenboden, weil die Reichsboten — ſie waren ſchon damals ſo — keine Predigt des Militarismus wünſchten. Im

Landtag ist es anders. Auf die preußische Landesversammlung schauen aus den Städtebildern an den Wänden unsere Dome hernieder, die Zeugen alter Bürgerherrlichkeit vom Pregel bis zum Rhein, die Zeugen einer kraftvollen Entwicklung in vielen Jahrhunderten des deutschen Wachstums.

Man wagt es heute kaum, den Blick zu ihnen zu erheben. Man sieht wie durch Nebel; und Grauen rieselt herab.

Schon sind im Hause die Friedensbedingungen der Entente bekanntgeworden. Aber niemand denkt daran, die Sitzung aufzuheben. Es ist fast unerträglich, die satte sozialdemokratische Spießbürgerlichkeit des Mehrheitsgenossen Schubert anzuhören, der ganz vergilbte Leitartikel redet; gegen die unersättlichen Agrarier und so. In einer Zeit, in der die Staatseisenbahnen, dieser schon längst und zuallererst bei uns sozialisierte Betrieb, über zwei Milliarden Mark Fehlbetrag aufweisen, empfiehlt er möglichst viel weitere Sozialisierungen, doch müsse „natürlich“ jeder sozialisierte Betrieb seine Unkosten decken. Vorerst leben aber doch alle die Sozialisierungen nur von Vermögenskonfiskationen; und diese Herrlichkeit hat bald ein Ende. Auf derselben Höhe nationalökonomischer Erkenntnis steht Schuberts Satz, daß man auf dem Lande — durch genossenschaftlichen Betrieb eine Produktionssteigerung erreichen müsse. Luft! Luft! Man faßt sich in den Kragen, um in dem Platzregen dieser Weisheit nicht zu ersticken. Und das am Tage von Versailles. Der deutsche Spießer ist immer noch blind und taub.

Der Deutsche Volksparteiler v. Richter, der von dem Hochsitz hergekommen ist, den einst der kluge Bennigsen einnahm, wirkt trotz der Länge seiner Rede als eine Erholung; denn es ist kein Salbadern, sondern fachmännische Kritik des Etats, was der alte Verwaltungsbeamte, der ehemalige Oberpräsident von Hannover, vorbringt. Und doch: Versailles,

Verſailles, Verſailles. Man wird dieſes Hämmern nicht los. Man verſteht die Ruhe da unten nicht...

Der Roſenfeld. Der Rechtsanwalt Roſenfeld. Der Roſenfeld, der kurze Revolutionstage hindurch Juſtizminiſter in Preußen war, während ſein Fraktionsgenoſſe Adolf Hoffmann gleichzeitig ebenſo „geradlinig“ Kultus und Kultur verwaltete. Der Roſenfeld hat ſich für heute noch nicht präpariert, muß aber doch reden, und da wird es eine Unterhaltung, ein Haſchen nach jedem Zwiſchenruf, ein ſtiliſtiſches Weiterſtolpern. Er ſpringt mit dem Satze auf die Bühne, daß zu unſerer wirtſchaftlichen Wiedergeſundung alles ſozialiſiert werden müſſe. „Auch der Lederhandel?“ wird ihm, dem Schwiegerſohn des Ledermillionärs, entgegengerufen. Darob entrüſtet ſich der Abgeordnete Roſenfeld und findet das „Niveau“ des Hauſes ſehr niedrig. „Ehrlos is det!“, bekräftigt Adolf Hoffmann, der getreue Claqueur. So geht es in Rede und Gegenrede anmutig weiter, zwei Stunden lang. Gegen Noske. Für Eichhorn. Und für die Bolſchewiſten vom Stamme Levin.

In Verſailles iſt der „Friedensvertrag“ heraus.

Der Widerhall im Landtage

Berlin, 8. Mai

Auf 12 Uhr iſt die Sitzung anberaumt. Aber die Ankömmlinge werden lautlos von irgendwelchen Beratungszimmern verſchluckt; der große Sitzungsſaal bleibt leer. Nur einige wenige Abgeordnete ſtehen flüſternd beiſammen. Es iſt, als ſei ein mächtiger Toter ganz in der Nähe aufgebahrt. Um ½2 Uhr füllen ſich die Bankreihen. Zu dem vorliegenden

Stoff hat ſich niemand zu Worte gemeldet; debattelos wird der Entwurf des Staatshaushalts an den Ausſchuß überwieſen. Der Miniſterpräſident erhebt ſich, das ganze Haus rauſcht empor, — nur das Häuflein der Unabhängigen bleibt demonſtrativ ſitzen. Ob wie in früheren Zeiten eine kaiſerliche Botſchaft verleſen wird, ob wie anſcheinend jetzt das Deutſche Reich zu Grabe getragen wird: die um Roſenfeld und Hoffmann kennen keine Ehrfurcht. Stehend hören die übrigen die Worte des Miniſterpräſidenten an. Er beruft ſich auf die vor vier Wochen gefaßte Entſchließung der preußiſchen Landesverſammlung, daß kein Friede geſchloſſen werden ſolle, der über die 14 Punkte Wilſons hinausgehe und deutſches Gebiet opfere, kein Friede, der nicht ſofortige Aufhebung der Blockade, Räumung der beſetzten Gebiete und Befreiung unſerer Gefangenen bringe. In den jetzigen Verſailler Bedingungen ſei von dem „Wilſon-Frieden“ keine Spur mehr zu finden. Sie enthielten für unſer Vaterland eine kaum verhüllte Sklaverei, für ganz Europa eine neue Flut von Blut und Tränen. Ein dröhnendes „Sehr wahr!“ nach dem anderen durchbricht die lautloſe Stille der Hörer. Noch nie hatte Herr Hirſch einen ſolchen Reſonanzboden. Man mute uns zu, unſer eigenes Todesurteil zu unterſchreiben. „Sehr wahr!“ An dieſen Feſtſtellungen und der Bitte, das ganze Volk möge ſich hinter die Regierung ſtellen, läßt ſich der Miniſterpräſident genügen. Führt die Regierung? In dieſen Wilſon-Frieden hinein hat ſie uns geführt. Und nun weiß ſie keine andere Parole an das preußiſche Volk als die, es möge „kaltes Blut“ bewahren. Alſo Ruhe iſt die erſte Bürgerpflicht; das alte Schwächlingswort erlebt ſeine Auferſtehung. Der Vizepräſident der Landesverſammlung, Dr. Frentzel, ſchließt ſich „im Namen einer großen Anzahl von Abgeordneten“ dem Widerſpruch gegen die Friedensbedingungen an und wird von dem Abgeordneten Hoffmann

durch den ganz ſinnloſen Zwiſchenruf „Noske!“ unterbrochen; die Erregung über dieſe unwürdige Störung flammt lichterloh auf, von allen Bänken kommen ſtürmiſche Entrüſtungsrufe. Damit wäre die Sitzung beendet und die Vertagung auf unbeſtimmte Zeit ſchon jetzt angenommen, wenn nicht Herr Adolf Hoffmann noch im Auftrage der Seinen eine „Aklä'ung“ abzugeben ſich bemüßigt fühlte: es ſei allerdings ein Gewaltfriede, aber die bürgerlichen Parteien und die Rechtsſozialiſten hätten keine Veranlaſſung, ſich darüber zu empören; helfen könne nur eine wirkliche Weltrevolution. Eine geſchicktere Regie hätte uns dieſe mißtönende Walze erſparen können. Abgeſehen von dieſer Diſſonanz am Schluſſe war die Kundgebung im Landtage ſo würdig, als man es in den heutigen Zeitläuften überhaupt erwarten kann.

Fichte zu Füßen

Berlin, 12. Mai

In der ehemaligen „Bücherkommode“ des königlichen Berlin, im Palais des alten Kaiſers, wo jetzt die neue Aula der Univerſität eingerichtet iſt, haben ſich die deutſchen Volksvertreter verſammelt. Im Reichstag, wo die einquartierte rote Soldateska die Sitze abgeledert, die Meſſingklinken abgeſchraubt, überhaupt alles nicht Niet- und Nagelfeſte „enteignet“ und zu Gelde gemacht, dafür aber Kot und Läuſe zur Erinnerung an dieſe Tage der „erſten republikaniſchen Schutztruppe“ zurückgelaſſen hat, konnte man nicht gut tagen. Am allerwenigſten den Horniſſenſchwarm der fremden Preſſevertreter dorthin entbieten. Zuerſt hatte die Nationalverſammlung, weit weg von „Königsplatz“ und „Sieges-

säule“ und ähnlichen Entsetzlichkeiten in Berlin, im stillen Weimar nisten müssen, damit alle Welt erfahre, daß wir uns wieder mit dem Poetenlos zufrieden gäben. Dem Geiste von Weimar stiftete der neue Landesvater Ebert seinen ersten Kranz. Ist es wieder nur die Sehnsucht der Halbgebildeten nach Symbolik, die dazu geführt hat, daß die Regierung jetzt die Volksvertreter in der neuen Aula untergebracht hat, zu Füßen des gewaltigen Wandgemäldes, auf dem Fichte in idealer Landschaft seine „Reden an die deutsche Nation“ hält, das damals lebende Geschlecht zur Freiheit des kommenden zu erziehen?

Wäre es doch mehr als das! Wäre es doch das Gelöbnis zur Deutschheit! Der sittliche Wille zur staatenbildenden Tat!

Das unpolitischste Volk der Erde, das deutsche, ist an seiner Träumerei erneut zugrunde gegangen, nachdem es in dem Jahrhundert Bismarcks in freudige Werktätigkeit emporgerissen worden war. Der Geheimrat Professor Kahl, in diesen Räumen der Gastgeber der Nationalversammlung, ragt noch aus dem großen Jahrhundert zu uns herüber, trägt noch das Eiserne Kreuz von 1870 — und erinnert die Versammelten an den Wegbereiter Fichte. Kaum einem der folgenden Redner ist dabei so recht geheuer. Der leitende „Staatsmann“ findet zwar in seinem Drange, dem melodramatischen Bedürfnis des Publikums draußen entgegenzukommen, sehr pathetische Worte gegen die Vergewaltigungspläne der Entente, ja er verwünscht die Hand, die „diesen“ Friedensvertrag unterschriebe, zum Verdorren und löst, weil man einen Augenblick lang an seine nationale Festigkeit glaubt, stürmischen Beifall damit aus. Aber was ihn, den internationalen Sozialdemokraten bedrückt, ist doch nicht das deutsche Leid, sondern — das unsanfte Erwachen aus der demokratisch-pazifistischen Träumerei. Und hallend ertönt Scheidemanns Klage: „Die Welt ist wieder um eine Illusion ärmer geworden!“

Die Welt? Wirklich die Welt? Doch nur jene Kreiſe um Scheidemann und Ebert, Schücking und Quidde. Die Welt da draußen um Wilſon und Clemenceau hat nie in Wolkenkuckucksheim gelebt. Und daheim bei uns gab es auch genug Männer, die der verhängnisvollen Illuſion der Scheidemann-Erzberger-Mehrheit nicht zum Opfer gefallen waren. Aber es iſt eine alte Wahrheit: ſi delirant reges, plectuntur Achivi; was die regierende Mehrheit in ihrer Träumerei verſiebt hat, das müſſen wir alle nun büßen.

Wenn damit wenigſtens die Irrlichterei aufhörte, wenn wir wenigſtens im Elend zu politiſchen Charakteren würden! „Charakter haben und deutſch ſein, iſt ohne Zweifel gleichbedeutend", ſagt Fichte. Unter ſeinem Bilde ſteht Scheidemann und verſchwört ſeine Seele. Und erbleicht nicht.

Man hat eine „machtvolle Kundgebung" veranſtalten wollen. Kundgebungen *ſind* nie machtvoll, können nur, wenn ſie geſchickt inſzeniert ſind, den Eindruck bringen, daß eine Macht *hinter* ihnen ſteht. Die heutige Kundgebung wird fünf Stunden lang plattgewalzt. Statt einer einzigen hinreißenden Rede hören wir anderthalb Dutzend Jeremiaden, die überdies großenteils wie Auszüge aus längſt geleſenen Leitartikeln klingen, und man wäre zuletzt in der Stickluft der auf ſolche Maſſenbeſetzung und ſolche Dauerſitzung nicht eingerichteten Aula matt bis an den Tod, hoffnungsloſer als zuvor, — wenn nicht der leidenſchaftliche, orkanartige Beifall auf den *Tribünen* bei jedem vaterländiſchen Kraftwort irgendeines Redners es einem erſchütternd zum Bewußtſein brächte: *wir haben noch ein Geſchlecht wie das des akademiſchen Jungvolks von* 1813, nur an Führern ſind wir bitterlich arm geworden; es iſt heute kein Fichte mehr da — „ſo groß, tief und ſtolz hat faſt noch niemand von der deutſchen Nation geſprochen", ſchrieb Gentz über ihn —, kein Schleiermacher und kein Frei-

herr vom Stein. Aber das eine wird freilich auch mit diesen anderthalb Dutzend Rednern aus allen Fraktionen und aus allen mit Abschneidung bedrohten deutschen Gebieten der Welt klargemacht: daß wir nicht wie „stumme Hunde“ unser Schicksal hinnehmen. Daß wir noch nicht ehrlos geworden sind. Und so lange ist noch nicht alles verloren, wenn auch der Gegner heute noch deutsche Ehre verlachen mag.

Wir hatten einen angeblichen Philosophen zu Beginn des Krieges als Kanzler. Auch so einen Träumer. Er hatte nichts von der heldischen Härte und dem starren Weitblick eines Fichte. Als der englische Botschafter ihm den Abbruch der diplomatischen Beziehungen verkündete, jammerte Herr v. Bethmann Hollweg, alle Haltung vergessend, noch in Gegenwart des Botschafters: „Meine ganze Politik ist zusammengebrochen wie ein Kartenhaus!“

Wir haben einen angeblichen Politiker zu Ausgang des Krieges als Ministerpräsidenten. Und Scheidemann ringt die Hände über seine zerstobenen Illusionen.

Auch seine bürgerlichen Affiliierten bis zu dem sattsam bekannten Caligula-Quidde klagen über ihre geplatzten Seifenblasen. Mit ingrimmiger Freude wird man es draußen in der Welt unserer Gegner lesen. Es war alles Schwindel: die Demokratie, der Pazifismus, die Völkerversöhnung. Als einzige Realität bleibt die deutsche Niederlage.

Aber doch schließt dieser Jammertag in der alten königlichen „Bücherkommode“ Berlins mit ihrer früheren verstaubten Inschrift vom „nutrimentum spiritus“ erhebend. Schließt gänzlich unerwartet mit einer Rede voll leidenschaftlicher Wucht und Größe, so daß selbst den Gewohnheitskreischern auf den Bänken der Unabhängigen der Laut in der Kehle erstirbt: plötzlich ist Präsident Fehrenbach, der Zentrumsmann, der Mitgreiner wider die „Soldateska“

in den Zaberntagen, der bisher nur gelegentlich humorvolle Leiter der Nationalverſammlung, zum Wortführer des bangenden und langenden Volkes in ſchwebender Pein geworden, zum Löſer und Befreier alles deſſen, was uns die Bruſt ſchier zu zerſpringen droht. Sein Aufruf an die Chriſten, an die Künſtler, an die Rechtsgelehrten der feindlichen Völker iſt freilich die gleiche Illuſion wie der Aufruf der Sozialiſten an die internationale Arbeiterſchaft. Aber dann ringt ſich das heiße Bekenntnis zum Trotz gegenüber einer im Deutſchenhaß vergletſcherten Feindeswelt empor. „Exoriare aliquis noſtris ex oſſibus ultor", das alte Wort des Großen Kurfürſten, daß einſt ein Rächer aus unſeren Gebeinen erſtehen werde, dröhnt durch den Saal. Und als letztes ertönt von Fehrenbachs Lippen das langvermißte Wort: Deutſchland. Deutſchland über alles, über alles in der Welt!

Die engliſchen, amerikaniſchen, franzöſiſchen Preßvertreter ſind ſchon vorher weggegangen; von den Jeremiaden und Leitartikeln hatten ſie genug. Haaſe und die Ziez finden ihre Faſſung wieder und rufen: „Unerhört! Kriegshetzer!" Fichtes Bild wird aber gerade von dem Kuppellicht verklärt, — er, der in einer Zeit lebte, in der er ſogar den Untergang der deutſchen Sprache für bevorſtehend hielt, predigte dennoch „die Seligkeit des Ich, ſich aufzuopfern für die Geſamtheit", predigte in tiefſter Not: Aushalten und Kampf.

Heine und Haeniſch

Berlin, 23. Mai

Kleine Anfragen, kleine Geſetze; viele Themen, viele Redner. Der Alltag mit ſeiner Arbeit hat von der Preußiſchen

Landesverſammlung wieder Beſitz genommen. Hin und wieder wetterleuchtet aber doch das große Geſchehen da draußen herein. Man ſpricht von der notwendigen Erhöhung der Bezüge unſerer Unfall- und Altersrentner, wofür alle Parteien eintreten, aber man weiß und erwähnt es auch, daß die Beſchlüſſe ſich in eitel Dunſt auflöſen können: werden die Verſailler Friedensbedingungen angenommen, dann hat der Feind ſeine Forderungen in erſter Reihe auf unſeren geſamten Beſitz hypothekariſch eingetragen, und alle ſonſtigen Reichszahlungen, auch die Renten, fallen überhaupt aus. Dieſes Verhängnis ſchwebt über jeder Bewilligung des Hauſes. Es werden auf Antrag des Bevölkerungsausſchuſſes neue Einrichtungen für Körper- und Geſundheitspflege in den Gemeinden, neue Profeſſuren für ſoziale Hygiene und allgemeine Therapie verlangt: aber wenn wir den Erzberger-Scheidemann-Frieden bekommen, ſo werden die Gemeinden mit Mühe und Not allenfalls ihre Feuerwehr aufrechterhalten und die Univerſitäten Profeſſuren nicht neu errichten, ſondern nur eingehen laſſen können. Man tut aber noch ſo, als ſeien unſere Mittel unerſchöpflich. Die neue Mehrheit hat nur eine einzige Angſt: durch Nichtbewilligung einer Forderung unpopulär zu werden.

Zwei ſozialdemokratiſche Miniſter greifen wiederholt in die Debatte ein. Der eine von ihnen iſt Wolfgang Heine, der jüngſt die Juſtiz mit dem Inneren vertauſcht hat, obwohl ein anderer nach dem Amte angelte, — Fiſchbeck, der freiſinnige Schüler Eugen Richters, einſt „der kleine Eugen“ genannt, wäre ſo gern Miniſter des Inneren geworden, um, wie ſchon neulich hier von ihm erzählt wurde, einmal „mit den preußiſchen Landräten Schlitten zu fahren“. Auch Heine hätte ſicherlich die Energie dazu, und er ernennt ja bereits fortgeſetzt allerlei merkwürdige Zeitgenoſſen zu Landräten. Aber Heine iſt mehr Politiker als Fiſchbeck, weniger Bezirks-

vereinler. Bei ſeinen Genoſſen iſt er, nachdem er einmal ſeelenruhig vor Jahren erklärt hatte, er wolle gern Kanonen für Volksrechte eintauſchen, alſo Heeresvorlagen bewilligen, wenn die Regierung der Sozialdemokratie auf anderen Gebieten entgegenkäme, ſo etwas wie eine bemakelte Perſönlichkeit, für die Cohn und Haaſe und Hoffmann jedenfalls ein rotes Tuch. Er entſtammt — in den allererſten Semeſtern ſeiner Studienzeit, bis ihn der Ehrgeiz in demokratiſche Kreiſe zog — der politiſchen Schulung des Berliner Vereins Deutſcher Studenten, hat für das Kraftgenialiſche in Bismarck geſchwärmt und abends auf dem Heimweg von der Fuchskneipe wohl gar verlangt, daß die Kommilitonen ſozuſagen nur mit abgezogenem Hut am königlichen Schloß vorbeigingen. Geblieben iſt ihm davon eine abgründige Verachtung der Maſſe und ihrer Nur-Krakeeler; und ein kräftiger Schuß deutſchen — wenn auch ganz und gar demokratiſchen — Nationalgefühls. So findet er denn auch heute ſehr ſtarke Worte wider die Welfen, die die deutſche Not dazu benutzen wollen, um gegen Preußen zu putſchen. Ebenſo kräftig wendet ſich Heine gegen die Verbrecherbanden in Oberſchleſien, die neuerdings ſich durch Kircheneinbrüche hervortun, unter ihnen ein — nationalpolniſcher Agitator; und er ſagt das einzig praktiſche Hilfsmittel zu, Vermehrung der Gendarmerie und Vermehrung des Militärs. Adolf Hoffmann hätte wahrſcheinlich, ſtünde er an Heines Stelle, nur ein paar faule Bemerkungen über unnötiges Kirchengut gemacht. Es klafft doch in punkto Kultur eine weltweite Kluft zwiſchen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten. Und man begreift Hoffmanns Wut und Heines Ekel. Dieſer antwortet auf jenes Zwiſchenrufe überhaupt nicht mehr; das hat er heute noch einmal wiederholt.

Der andere Redner von der Miniſterbank iſt Haeniſch, den die Revolution vom Redaktionsſeſſel in das damalige Duum-

virat im Kultusministerium versetzte. In der merkwürdigen Amtsehe Hoffmann-Haenisch war Haenisch die „bessere Hälfte“ und — das „schwächere Geschlecht“. Er unterschrieb die tollsten Erlasse des Zehngebote-Hoffmann mit, trug mit der Unterschrift auch die Verantwortung für all das schamlose Zeug; dann aber wandte er sich hinter Hoffmanns Rücken mit einer Leidensmiene zum Publikum und rang die Hände. Ein Snob des Sozialismus, der sich auf seine „Kultur“ so viel zugute tut wie der Genosse Südekum einst auf seine 12 Paar Lackschuhe im Stiefelschrank mit Kaltluftventilation. Ein Schönredner des Sozialismus, der auf die Kritiklosen wirkt wie der Rattenfänger auf die Kinder von Hameln. Ja, die Mädchen, die haben's so gerne, — wenn Haenisch am Rednerpult steht; schon so mancher zwanzigjährigen Seminaristin hat er nicht das Herz, aber den Kopf verdreht. Wenn man ihn hört, dann ist der Sozialismus etwas ganz anderes, als er sich in der Praxis zeigt, dann ist er etwas so Einleuchtendes, Verbindliches, Allerliebstes; mit einer fabelhaften Gewandtheit balanciert Haenisch, wie der Kellner das Tablett, seine Schüssel voll glitzernder Schlüsse über den Köpfen der Umsitzenden. Er ist mehr Equilibrist denn Charakter. Heute hat er das Gesetz über die Aufhebung der geistlichen Ortsschulinspektion zu begründen. Er tut es in seiner bekannten chevaleresken Art mit liebenswürdiger Verbeugung vor dem Zentrum. Aber das Zentrum ist gegen solche „Faxen“ gefeit. Namens der Partei — die übrigens, wie alle anderen, der Aufhebung der veralteten Inspektion zustimmt — verliest Abgeordneter Herold trocken die Bedingung, unter der das Zentrum seinerzeit überhaupt in die Regierung eintrat: Erhaltung der konfessionellen Volksschule.

Die Landesverräter

Berlin, 28. Mai

Das böſe Gewiſſen ſteht drohend mitten im Saale.

Eine allgemeine Unruhe packt Gerechte und Ungerechte, alle ſind reizbar, und ſchließlich kommt es zu Ausbrüchen der Hyſterie. Manchmal glaubt man, nicht in der Preußiſchen Landesverſammlung zu ſein, ſondern in einer „Ödipus“-Aufführung bei Reinhardt: hundert Arme fahren empor, es wogt von fiebernden Händen. Ein Volksgericht über das Zentrum. Nur über das Zentrum? Unter den Richtern, die die verdammenden Scherben zum Berge türmen, iſt manch einer, dem ähnliche Gedankengänge nicht immer fernlagen, wie ſie jetzt bei den Kuckhoff und Kaſtert und dem Pater Froberger zur Tat werden, die das Rheinland ſamt Naſſau, Pfalz und Rheinheſſen „ſelbſtändig“ machen wollen. Beileibe nicht franzöſiſch; nur ſelbſtändig, — genau ſo ſelbſtändig, wie der alte Rheinbund von Napoleons Gnaden es war. Unter den Richtern aber, ſage ich, gibt es manchen, der anderswo ähnliche Möglichkeiten herbeiſehnt. Geht nicht der Gedanke einer von Berlin freien Union der Oſtmarken auch im Lande um? Hatte nicht der Freiſtaat Braunſchweig ſchon einmal ſeine diplomatiſchen Beziehungen zum Reiche abgebrochen? Hat nicht ein Welfe erſt dieſer Tage in der Landesverſammlung erklärt, man werde die Preußenfahne in Hannover niederholen? Heute nennen ſämtliche Parteien mit Ausnahme des Zentrums in ihren förmlichen Anfragen, die ſich auf die rheiniſche Sonderrepublik beziehen, deren Errichtung einen Landesverrat. Und doch hat auch manche andere Partei kein reines Gewiſſen. Das „Rette ſich, wer kann!“ iſt bei einem allgemeinen Zuſammenbruch anſteckend

und wer ſich und ſeine Provinz oder ſeinen Staat retten will, der behauptet natürlich ſtets: ein guter Deutſcher bleibe er trotzdem. Die „zentrifugalen“ Kräfte werden deshalb überall frei, weil die Schwerkraft, die Anziehungskraft Preußens und des Reiches dahin iſt, und die erſten und eigentlichen Landesverräter ſind diejenigen, die durch Revolution und Waffenſtreckung das verſchuldet haben.

Das böſe Gewiſſen treibt vor allem die roten Genoſſen dazu, in mitunter ſchreiendem Tone die Schuld an unſerem Nationalunglück — den anderen zuzuſchieben. In dem Vernichtungsfrieden ernte die Rechte, was ſie ſelber geſät habe, ſagt der Unabhängige Stöcker. Und das, nachdem die Unabhängigen wiederholt ſich gerühmt haben, daß ſie den Zuſammenbruch des Heeres organiſiert hätten! Kein Wunder, daß die nationalen Parteien aufbegehren. Die Unabhängigen im Parterre ſekundieren ihrem Redner. Ein wildes Rufen hinüber und herüber, ein ohnmächtiges Wimmern der präſidialen Glocke, die man in dem Lärm nur wie aus weiter Ferne hört. Vor dem Tiſch des Hauſes bilden ſich Knäuel von Menſchen, der Zehn-Gebote-Hoffmann ſchiebt ſich langſam nach rechts; nun ſteht er mit geballten Fäuſten ſchon vor dem Platz des Abgeordneten Stendel von der Deutſchen Volkspartei, der von ſeinem Eckſitz in der erſten Bank aus ſeine Zwiſchenrufe macht, man fürchtet ſchon die große Holzerei, — da löſt ſich noch einmal das Gewimmel, Hoffmann zieht ſich Schritt vor Schritt zurück, die Mauer der „Neutralen“ verſinkt.

Jetzt hört man wieder den Präſidenten. „Ich bitte die Herren, ihre Plätze einzunehmen!“

„Nur keene Uffrejung, det wäre nich der erſte dumme Junge, dem eine runnerjehauen wäre!“ ruft Hoffmann mit ſpediger Stimme dem Präſidenten zu. Und — wird nicht zur Ordnung gerufen. Gequält ſetzt man das Verfahren fort,

die Sache des deutſchen Volkes wider die Abtrünnigen in der alten „Pfaffengaſſe“ des heiligen Reiches am Rhein. Der Miniſterpräſident Hirſch hat gegen ſie einige kräftige Worte gefunden. Worte ſind heute noch mehr entwertet als unſer früher ſo gutes Geld, ſeitdem das „Unannehmbar!“ Scheidemanns in der Deutſchen Nationalverſammlung ſich als Theaterdonner zu erweiſen ſcheint; und ſein junger Mann, Herr Hirſch, hat nicht einmal die Routine des Meiſters. Schon viel weniger kräftig iſt das, was er mit ſtockender Stimme dem deutſchnationalen Abgeordneten Hergt auf deſſen Erwähnung der Verſailler Verhandlungen zu erwidern weiß. Die Stimme des Volkes ſei nicht ungehört verhallt. Die große Mehrheit des Volkes wünſche nicht eine glatte Ablehnung der Bedingungen. Man faßt ſich an den Kopf: iſt das derſelbe Hirſch, der vor wenigen Tagen erſt die Einmütigkeit der geſamten Nation in der Ablehnung dieſes Friedens feſtgeſtellt hat? Es kommt die Zeit, wo die Nation wiſſen wird, wo die Landesverräter ſitzen, wiſſen wird, wer uns zuerſt belogen und betrogen und dann an das feindliche Ausland verkauft hat.

Das böſe Gewiſſen ſteht drohend mitten im Saale.

Unter dem neuen Syſtem

Berlin, 30. Mai

Dicht bei Berlin, bei den Schießſtänden in der Jungfernheide, iſt ein ganzer Kiefern- und Eichenwald mit Stumpf und Stiel verſchwunden; alles als Brennholz in Kinderwagen heimgefahren. Im benachbarten Spandau ein Schatz von 40 Millionen rumäniſcher Lei-Banknoten unwiderbringlich

dahin. Täglich verſchwinden in den Großſtädten ganze Warenlager und tauchen nachher in den „Kleinen Anzeigen“ der Zeitungen wieder auf; in irgendeinem Hinterhaus, drei Treppen links, werden ſtückweiſe viertauſend Meter Leinewand verkauft. Der halbe Anzeigenteil der „Freiheit“, des Organs der Unabhängigen, iſt weiter nichts als Hehlervermittlung: da erfahren die Arbeiter, wo ſie Spiralbohrer und Kupferlitze und anderes geſtohlenes Gut verſchärfen können. Auf dem Lande erſcheinen Räuberbanden, räumen die Räucherkammern und die Kornkäſten aus und ſchlachten auf offener Wieſe die Milchkühe ab. Dann requirieren ſie einen Sonderzug und fahren nach Hauſe. Hie und da wird ein Bauer dabei erſchlagen.

Das iſt „die kaiſerloſe, die ſchreckliche Zeit“. Spätere Chroniken werden davon berichten wie heute von der Zeit der Schnapphähne in vergangenen wüſten Jahrhunderten. Selbſt Herr David wird kaum behaupten können, daß das „alte Syſtem“ oder die alldeutſchen Kriegshetzer dafür verantwortlich ſeien.

In der Preußiſchen Landesverſammlung wird eine Anfrage des Zentrums über Verſtärkung des polizeilichen Schutzes gegen räuberiſche Überfälle auf dem Lande beraten. Außer den Antragſtellern ſchildern auch Angehörige aller anderen bürgerlichen Parteien die anarchiſchen Zuſtände, die ſo ſehr jenen ähneln, die in der Mark Brandenburg herrſchten, ehe — vor nunmehr über 500 Jahren — die Hohenzollern kamen und Ordnung ſchafften. Nur daß damals die Räuber bloß Spieße hatten, keine Handgranaten und Parabellumpiſtolen. Und daß, wenn auch die Landſtraßen unſicher waren, doch wenigſtens in den Städten eiſerne Zucht gehalten wurde. Ja, das waren noch die guten alten Zeiten! Man hätte erwarten ſollen, daß auch aus ſozialdemokratiſchem Munde in der Landesverſammlung eine ſcharfe Verurteilung der Räu-

ber, die die „neue Ära“ so kompromittieren, ertönt wäre. Weit gefehlt. Clericus clericum non decumat, eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus, und da die „Expropriation der Expropriateure“, die große allgemeine Enteignung, doch nun einmal Programmpunkt ist, muß man vorsichtig sein. Man kann nie wissen. In der Tat: wie der Abgeordnete Stendel, der Deutsche Volksparteiler, erzählt, hat sich der Anführer einer der größten Räuberbanden in Ostfriesland als — Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins entpuppt. Fahret mir fein säuberlich mit dem Knaben Absalom. Nächstens ist er vielleicht Landrat oder Regierungspräsident. „Es mag schon vorkommen, daß arme ausgehungerte Menschen auf eigene Faust ausgehen“, sagt mit Patriarchenmilde der sozialdemokratische Abgeordnete Meyer-Rheine. Seine unabhängigen Nachbarn aber entschuldigen nicht etwa nur die Räuber, sondern greifen die Verteidiger der Ordnung an. Die „Freiwilligenhorden“ seien an allem schuld.

Das ist die alte Taktik der Berliner schweren Jungen. „Wenn ick eenen im Vasehn auf den Fuß trete, vastehste, denn hau ick ihm jleich hinterher in die Fresse, ehe er mir dumm kommt!“

Der Unabhängige hat von Freiwilligenhorden gesprochen. Der Abgeordnete Stendel, der nach ihm zu Wort kommt, spricht von „Arbeiterhorden“, die plündernd aufs Land gezogen seien. Da erhebt sich ein Sturm auf der gesamten sozialistischen Linken. Fühlt sie sich mit den Plünderern solidarisch? Daß es Arbeiter unter Führung eines sozialdemokratischen Vereinsvorsitzenden waren, läßt sich nicht bestreiten; Seeoffiziere oder Gymnasiallehrer wären wirklich nicht darunter. Paul Hoffmann und Adolf Hoffmann toben. Die widerliche Szene von vorgestern wiederholt sich. „Haut ihn! Haut ihn!“ rufen die Genossen ihnen zu, während sie auf den Abgeordneten Stendel zudrängen.

Das ist das heutige Preußen in seiner Eliteversammlung. Jedenfalls wissen wir heute, wo „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ liegt. Nicht etwa jenseits des großen Teiches. Dort hat man noch keine Geldschrankknacker zu Polizeipräsidenten gemacht. Und dort nennt man Anarchie nicht Regierung.

Die Feigheit schwillt

Weimar, 19. Juni

An einem Königswort soll man nicht drehen und deuteln. „Bin ich ein König?“ kann Scheidemann aber einwerfen und lächelnd die Schwurhand massieren, die doch nie verdorren wird, selbst wenn an seiner Stelle seine Leute unterschreiben. Ein König haftet mit Thron und Ehre, ein parlamentarischer Minister aber zieht sich schlimmstenfalls eine Zeitlang ins Privatleben zurück und wartet dann auf die Stunde, wo er erneut und unbemakelt, wie nach einem guten Konkurs, wieder ins politische Geschäftsleben eintreten kann. Der Parlamentarismus ist eine Hochschule für die Feigheit; die Mehrheit deckt alles.

Der Scheidemann-Friede, den, als er endlich da war, sein erschrockener Erzeuger selber als unerträglich und unannehmbar bezeichnete, scheint leider, trotz seiner Abnormität, von einer wachsenden Gemeinde anerkannt zu werden. In der Aula der Berliner Universität, wo die Nationalversammlung ihn noch einmütig zu zerreißen bereit war, erhoben an die vierhundert Männer die Hände wider ihn. In Weimar fahren viele dieser Hände verlegen unter die Altweiberschürze. Zuerst sank den Zentrumsleuten aus dem Westen und den

Demokraten aus dem Süden des Reiches das Herz in bodenlose Tiefen; sie haben Angst vor der feindlichen Besetzung, die man links vom Rhein doch nun schon monatelang erduldet hat und die bei einer Ausdehnung über ganz Deutschland außerordentlich verdünnt würde, und sie haben, wie ein bayerischer Minister heute verstört bekennt, vor allem die Befürchtung, daß wir bei einer Ablehnung den Kommunismus binnen drei Tagen überall am Ruder hätten. Er käme aber doch erst recht, wenn wir unterschreiben und verelenden, und er käme kaum, wenn wir unter fremdem Kriegsrecht stehen! So weit braucht ein moderner Minister freilich nicht denken zu können. Von der sozialdemokratischen Fraktion sind in der heutigen Sitzung zwei Drittel umgefallen und sie werden, da wohl Fraktionszwang ausgesprochen wird, auch das letzte Drittel mit umreißen und zur Unterschrift unter das Friedensdiktat bewegen, in welchem zu lesen steht, daß wir Deutschen allesamt Verbrecher sind und nur die gerechte Strafe auf uns nehmen.

Da auch die Unabhängigen geschlossen für die Selbstentmannung vor unserer Hinrichtung stimmen, ist die Mehrheit für die Annahme der Versailler Bedingungen schon so gut wie da. Um die letzten armen Seelen wird gerungen. Die christlichen Arbeiter im Zentrum, die noch aufrechtstehen, versucht man mit der verlogenen Mitteilung zu ködern, sogar die Deutschnationalen seien bedenklich geworden; in Wahrheit gibt es aber weder in der Deutschnationalen noch in der Deutschen Volkspartei auch nur einen einzigen gewissenlosen Feigling, der sein Volk verriete. Die Regierung nun überläßt Strebern von der Sorte Erzberger das Fischen im Trüben, regiert jedenfalls selber nicht, führt nicht, sondern läßt sich schieben und sucht ängstlich nur nach Deckung. Nicht einmal die Mehrheit der Nationalversammlung genügt ihr als Schirm, um sich dahinter zu verkriechen, sondern es werden auch noch

in Extrazügen Abgeordnete von allen Einzelstaaten hergefahren, damit man ihnen alle „staatsmännischen“ Gründe auseinandersetzen kann, ja man spielt sogar heute noch, fünf Tage vor der Entscheidung, mit dem Gedanken eines Referendums, einer Volksabstimmung. Nirgends ein Mann, der Entschlußkraft besäße, der auch nur das Bewußtsein hätte, wofür er als Reichsregent vom deutschen Volke eigentlich bezahlt wird. Höchstens denkt man an die eigene Laufbahn und an formalen Rücktritt. „Schwachheit, dein Name ist Weib!“ sagt Shakespeares Hamlet. Er hat offenbar Herrn Scheidemann noch nicht gekannt.

Unsere Zugrunderichter

Weimar, 20. Juni

Das Kabinett Scheidemann hat sich in der vorigen Nacht aufgelöst und regiert nur noch auf Abbruch einige Stunden lang. Man tut so, als sei dies etwas ungemein Wichtiges oder Mannhaftes. Aber in dem ungeheuren Felssturz, der unser blühendes deutsches Leben begräbt, ist es doch ganz belanglos, ob irgendwo auch noch ein Stückchen Gips von der politischen Fassade herniederkollert.

Wer ist denn dieser Scheidemann überhaupt? Was hat er für Deutschland geleistet? Er war unter den Komödianten des November der oberste. Nun ist von der Schmiere, die bisher auf Teilung spielte, nach Verwirtschaftung des Fundus der Direktor samt Familie verschwunden, und die Zurückbleibenden wählen unter sich einen Nachfolger. Es dauert lange, bis sie damit fertig sind, denn die nackteste Armseligkeit starrt von den Wänden und schreckt selbst Abgebrühte ab.

Durch das Land geht die Legende, Scheidemann sei doch besser als sein Ruf. Welch edler Abgang! Um sein Wort nicht zu brechen, um nicht zu unterschreiben, opfere er sein Amt. Es fehlt nicht viel, so wird man noch sentimental.

Aber an dem Gerede, das Scheidemann eine Heldenpose andichtet, ist kein wahres Wort. Er hat nicht den aufrechten Mann des 12. Mai gespielt, der mit seinem „Unannehmbar“ stand und fiel. In der entscheidenden Sitzung des Kabinetts, dessen Mitglieder mit sieben zu sieben einander die Wage hielten, hatte Scheidemann als Plattform den Kompromißantrag des Zentrums gewählt: den Friedensvertrag zu unterzeichnen unter der einzigen Bedingung, daß die ehrenrührigen Paragraphen über die Auslieferung von Deutschen, über unsere alleinige Schuld am Kriege, über unsere moralische Unfähigkeit zum Kolonisieren gestrichen würden. Alles andere zu schlucken war die Regierung bereit. Das Unerträgliche, das Unerfüllbare, das Unannehmbare war für den Deklamator Scheidemann schon erledigt, er war zur Unterschrift fertig, wenn der Vertrag nur, ohne im materiellen Inhalt im geringsten gemildert zu sein, ein wenig sein Gesicht verändern ließe.

Er kann nicht anders. Er kann gar nicht das Volk zum letzten ehrenhaften „Nein!“ ohne Hörner und Zähne aufrufen, weil er wie überhaupt die gesamte Sozialdemokratie seit einem Menschenalter etwa daran gearbeitet haben, jeden Sinn für nationale Ehre im deutschen Volke zu ersticken. Die Folgen dieser „Erziehungsarbeit“ sehen wir vor uns. Nicht erst im November 1918 ist Deutschlands Größe zertrümmert worden, sondern schon seit Jahrzehnten hat der Umsturz mit der Spitzhacke gewütet und die deutsche Moral erschlagen. Es ist tief erschütternd, daß man erkennen muß: unser Volk hat seine Deutschheit längst verloren, und seine Abgeordneten werden deshalb so still, weil sie wissen, sie hätten doch keine

Reſonanz. Die Sozialdemokratie hat ſtets die idealen Güter der Nation verlacht, hat ſtets den Materialismus gepredigt, und nun hat ſie das Volk ſoweit, daß es für ein Pfund ſchlechten chineſiſchen Specks, mit dem die Entente während des Krieges ihre Schwarzen fütterte, bereit iſt, das Deutſche Reich hinzuopfern, Millionen Deutſcher in den Oſt- und Weſtmarken zu verkaufen, die eigene Ehre wegzuwerfen. Scheidemann kennt die Seinen und glaubt keinen Augenblick an ihre nationale, an ihre moraliſche Widerſtandskraft. Alles, was davon vorhanden war, iſt immer nur durch Richter und Propheten, Könige und Feldherren zur Tat erweckt worden. Der rote Nichts-als-Agitator ſteht mit leeren Händen da.

Der alte Block iſt beiſammen. Die Zugrunderichter des deutſchen Volkes, gegen die Bismarck mit Gigantenkraft rang, haben ihr Werk endlich vollendet. Die Entente hatte nur die Erbſchaft anzutreten. Und Scheidemann drückt ſich beſcheiden zur Seite.

Am Ende

Weimar, 21. Juni

„Einer muß ja wohl der Dumme ſein", ſagte General v. Caprivi, als er im Kaſino in Hannover 1890 die telegraphiſche Anfrage erhielt, ob er die Kanzlerſchaft übernehmen wolle. Nicht viel anders mag heute der neue Miniſterpräſident Bauer gedacht haben, nur daß er, wie auch ſeine Kabinettsmitglieder, keinen Namen zu verlieren hat. Es ſind Beauftragte von Parteien, völlig unbeträchtliche Privatleute, die dafür bezahlt werden, daß ſie die Mehrheitsbeſchlüſſe unterſtempeln. Im Zeitungsgewerbe nennt man das Sitzredakteure.

Die Zeit der Talente in den Staatsgeſchäften war uns ſchon längſt entſchwunden. Nun iſt auch die Zeit der Charaktere dahin. Morgen werden die Marionetten zuſammenklappen. Drahtzieher ſind der Landesfeind und in Gemeinſchaft mit ihm die unfaßbare und unfaßbar feige Schar unſerer Volksvertreter, der Verräter. O, man hat gut Hand in Hand gearbeitet! Die Entente zertrümmert das Deutſche Reich, das ihr gebunden vor die Füße geworfen wird. Unſere eigenen Schergen aber, die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten, ſorgen dafür, daß nicht einmal die Erinnerung an die wundervolle Hoheit vergangener Jahrhunderte erhalten bleibt. In zahlloſen Schulen iſt bereits das Lernen und Singen vaterländiſcher Lieder von unſerer Regierung verboten, auch des Preußenliedes von den Farben, die uns ſchwarz und weiß voranwehen. „Daß für die Freiheit unſere Väter ſtarben“, ſollen die Kinder nicht mehr erfahren dürfen. In den Staatsſchulen ſoll nur noch Kulturgeſchichte vorgetragen werden und nichts von dem ewigen Ringen der Völker um Selbſtbehauptung. Privatſchulen aber werden unterbunden. Das iſt die Lehrfreiheit und die Gewiſſensfreiheit im allerneueſten Deutſchen Reich.

Was kein Alba in den Niederlanden vermocht hat, das wird freilich auch kein Scheidemann und Bauer, kein Hinz und Kunz bei uns vermögen. Man kann den deutſchen Geiſt von Kanzeln und Kathedern, aus Büchern und Verſammlungen verjagen, nicht von unſerem Herde, nicht aus den Feierabendſtunden, wo deutſche Väter ihren Söhnen alte Kunde zuraunen. Nicht von den Kinderbetten, an denen deutſche Mütter weiter beten werden. Auch wenn uns ein einziger Vers nur noch erhalten bleibt; auch wenn es nur noch heimlich wie Verſchwörerſpruch von Mund zu Munde geht: „Und nehmen ſie den Leib, Gut, Ehr', Kind und Weib, — das Reich muß uns doch bleiben!“

Es kommt die Zeit, wo Deutschgesinnte sich vielleicht in Katakomben bergen müssen. Was uns heute noch eben erst entschwundene Geschichte ist, wird zur sehnsüchtigen Sage. In den Kyffhäuser hinein träumten wir einst Karl den Großen; dann Friedrich den Rotbart; schließlich, als immer noch die Erfüllung nicht kam, Karl IV. Seine Bulle, die der Mark Brandenburg Staatsrechte verlieh, war, ohne daß die Zeitgenossen es ahnten, schon der Anfang der Erfüllung. Nun werden unsere Fürsten wieder in den Kyffhäuser verschwinden. Auch der heute letzte Deutsche Kaiser; das leise Klingen deutscher Sehnsucht aber wird endlich doch stärker ertönen, als das Krächzen der schwarzen Raben und der rothalsigen Aasgeier. Das Gesetz von der Erhaltung der Kraft gilt auch im geistigen Leben: es kann nicht verloren sein, was wir an heldischer Größe und vaterländischem Opfersinn in dem Schicksalsjahre 1914 erlebt haben, und aus dem Blute unserer Gefallenen sprießt einst herrliche Frucht. „Wir sind Bauern von geringem Gut und dienen unserem gnädigsten Kurfürsten mit Gut und Blut", stand auf dem Fähnlein der Märker, die die Schwedenwacht auf den Elbdeichen im Dreißigjährigen Kriege hielten. Damals waren wir zerschlagen wie jetzt, freilich mit ungebrochener Ehre, und die Zeit kommt wieder, wo das in schwerster Trübsal geläuterte Volk seine Auferstehung begehen kann, wenn wir wenigen Getreuen von 1919 nur die Überlieferung an Kind und Kindeskind nicht vergessen. Alles ist diesmal verloren, auch die Ehre, die eine Bande von national entsittlichten Parteifanatikern in den Kot wirft, — nur unsere große Vergangenheit kann uns niemand nehmen, unsere Geschichte, auch dieses letzten Krieges, niemand rauben. Wo sind die deutschen Festungen, die der Feind erstürmt hat, wo die deutschen Küsten, an denen er gelandet ist? So werden Urenkel doch fragen und dann kaum den 1. Mai oder den 22. Juni am heimischen Herde feiern, sondern

eher den Tag der Schlacht am Skagerrak, trotz aller „Kulturgeschichte“ Hoffmannscher Prägung in den Schulen.

Heute drückt die Schmach uns nieder. Mit brennenden Augen starren wir in das Dunkel dieser Zeit voll Feigheit, Dummheit und Niedertracht, die am morgigen Sonntag in der Nationalversammlung ihr Insiegel erhalten soll. Das einzige, was jedem von uns nur noch zu tun obliegt, ist, an Stelle des geschichtslosen Geschlechtes von heute ein neues zu erziehen, das in der Vergangenheit lebt. Jeder einzelne von uns darf nichts Wichtigeres kennen, als zu lernen und dann zu lehren, was von Tacitus bis Treitschke uns erzählt worden ist, bis die Sehnsucht einst übermächtig wird, daß der Kyffhäuser berste und seine Begrabenen ein Volk vorfänden, das nur noch eine einzige Partei kennt: die kaiserliche Volkspartei. Wir haben sie schon einmal gehabt, von 1813 bis zum Jahre 1849, aber in den fetten Zeiten des letzten Menschenalters verschwand uns der Idealismus. Sie brachten uns die Knechtschaft, und unsere republikanischen Reichsregenten werden zu Fronvögten des mit ihrer Hilfe siegreichen Feindes.

Im Lande ringt man die Hände. In Weimar tafeln derweilen die neuen Minister ohne Kümmernis. Wir aber gedenken, um nicht zu verzweifeln, eines anderen Ministers aus schwerster Zeit, des Freiherrn vom Stein, an dessen stählernem Preußensinn eine Welt von Ungemach sich brach. Moskau stand in Brand, gerade war die Nachricht eingetroffen, in Petersburg rief alles nach sofortigem Frieden, der Zar, die Kaiserin-Mutter, der Minister Rumjanzew. Stein aber versammelte an der Newa die Getreuen um sich, warf stolz den Kopf zurück und sagte: „Ich habe mein Gepäck im Leben schon drei-, viermal verloren. Man muß sich gewöhnen, es hinter sich zu werfen. Weil wir sterben müssen, sollen wir tapfer sein!“

O Deutſchland, tief in Schanden!

Weimar, 22. Juni

In lodernden Flammen trieb in Vorzeiten mit dem toten Helden an Bord das Wikingerſchiff hinaus auf die offene See zum Untergang. Auch ganze Völker wüßten einſt in Würde zu ſterben. Dem deutſchen Volke aber gönnen die eigenen Totengräber, die Erzberger und Genoſſen, nicht einmal ein Armenbegräbnis, ſondern verſcharren es eiligſt wie eine Peſtleiche. Noch im letzten Augenblick wird ihm der einzige Wertgegenſtand, die Ehre, weggeriſſen.

Die führenden Komödianten ſind in der neuen Beſetzung vollzählig zur Stelle, Leute von einer durchſchnittlich noch geringeren Kopfweite als die vom vorigen Kabinett. Als Flügelmann die immerhin noch imponierendſte Figur, der frühere Bureaugehilfe und jetzige Miniſterpräſident Bauer, ein ſtattlicher Arbeiter im Sonntagsrock. Daneben, wieder um einen Platz vorgerückt, als nunmehriger Vizekanzler Herr Matthias Erzberger. Die Nennung ſeines Namens in der Miniſterliſte begrüßt die Oppoſition mit ironiſchem „Aha“. Erzberger feixt. Es gibt Leute, die das ein Lachen der Verlegenheit nennen. Als ob ein Erzberger überhaupt je verlegen werden könnte! Er iſt während des ganzen Begräbnisaktes in ſichtlich guter Laune und erzählt den Nachbarn nette Geſchichten, denn die Gänſeleberpaſtete von geſtern abend hat er gut verdaut und die Welt erſcheint ihm wieder einmal als ſein Spiegelbild, roſig und kugelrund.

Die Komödie beginnt. Die regierende Mehrheit verkündet durch den Mund Bauers, Loebes und Groebers, daß wir den Vernichtungsfrieden annehmen müſſen, ſonſt käme es (das glaubt ſie doch ſelber nicht!) wieder zum Kriege. Nur unſere

Ehre gäben wir niemals preis. Wir würden nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt unterschreiben, daß wir nicht die allein Schuldigen am Kriege seien und auch nicht das Verlangen nach Auslieferung Deutscher an ein Ententegericht erfüllen würden.

Die Volksvertreter sollen dementsprechend einen Beschluß folgenden Wortlauts fassen: „Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages."

Das ist die theatralische Geste. Aber kaum ist sie sichtbar geworden, so erschrecken die Akteure selber davor. Der Beschlußantrag der Regierung wird ohne Angabe eines Grundes zurückgenommen. In Versailles wird der Vorbehalt vorgebracht werden, um das Gesicht zu wahren, aber nicht als Beschluß der deutschen Volksvertretung.

Die neue Fassung, die das Haus vielmehr annehmen soll und mit den Stimmen der Unabhängigen, der Sozialdemokraten, des Zentrums und eines Teils der Demokraten annimmt, lautet: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden."

Also bedingungslose Unterwerfung ohne Billigung der Regierungsvorbehalte. Nichts mehr von nationaler Ehre! Der Präsident Fehrenbach und die Regierung werden wegen der Änderung gestellt, dringend um Auskunft ersucht. Fehrenbach hat die Stirn, zu erklären, er finde keinen Unterschied zwischen den beiden Anträgen; auf der Regierungsbank aber erhebt sich niemand, wagt niemand zu leugnen. Die Schande, die Schande! Sie kommt nicht allen zu Bewußtsein. Es ist eine Art Apathie über das Haus gekommen, die eiligen Reden klingen wie das gedankenlose Nachstammeln Übermüdeter.

Graf Posadowsky bleibt wirkungslos. Was er über den Friedensvertrag im einzelnen sagt, das ist richtig, aber es hat schon vor anderthalb Monaten in jeder deutschen Zeitung

geſtanden. Man ſollte die Honoratioren einer Partei, die als Perſönlichkeit etwas bedeuten, nur die gelegentlichen, kurzen, monumentalen Erklärungen verleſen laſſen. Heute wäre ein Volksredner nötig geweſen, ein Antonius an der Bahre Cäſars. Ein Aufwirbler aller Leidenſchaften, eine Poſaune des Jüngſten Gerichts über Deutſchlands Verderber. Daß nicht nur die Hörer, ſondern auch nachher die Leſer bis ins Mark erſchüttert worden wären, ſich die Rede ausgeſchnitten und für Kind und Kindeskinder unter dem Heiligſten aufbewahrt hätten. Dieſer Aufſchrei bleibt aus. Heute oder nie wäre die Gelegenheit geweſen, das Panier für die Kommenden aufzupflanzen, die einſt die deutſchen Verräter ſtürzen werden.

Aber mit lohender Beredſamkeit und hallendem Organ füllt diesmal Profeſſor Kahl die Lücke einigermaßen wieder aus; etwas von dem verwegenen Feuer des ewigen Germanenjünglings ſteckt in dieſem Siebzigjährigen und gleichzeitig etwas von der hinreißenden ſittlichen Kraft des Richters und Propheten. Ohne Scheu tritt er vor den König Plebs und ruft ſein „Du biſt der Mann!“ ihm zu. Auch rein rhetoriſch iſt ſeine Stufenfolge des wiederholten „Wir lehnen ab“ mit der jedesmaligen Begründung noch wirkungsvoller als einſt Zolas „Ich klage an“, iſt ſo erſchütternd, daß eine Abgeordnete des Zentrums, ſchwankend geworden und in tiefſter Seelennot, ſich beim Nachbar Prälaten erſt noch einmal Abſolution für die Abſtimmung holt. Die Abſtimmung für Unterſchreiben natürlich. Denn in dieſem Parlamente iſt die deutſche Ehre verloren, auch wenn Erzengel redeten.

Eine Fundgrube für kommende Geſchichtſchreiber, aber auch für gegenwärtige Politiker, ſind die Ausführungen des Sozialdemokraten Loebe. Es ſcheint, daß auch er die Nerven und den taktiſchen Verſtand verloren hat. Bisher hieß es doch immer, die Republik werde uns das goldene Zeitalter

bringen. Er aber erzählt uns vom Beginn des traurigſten Kapitels deutſcher Geſchichte, von äußerſter Verarmung und nationalem Elend. Bisher wurde auch behauptet, unſere Monarchie und unſer Militarismus hätten uns im Auslande ſo geſchadet. Er aber klagt, Deutſchland ſei den Gegnern ſtets als Urſprungs- und Zukunftsland des Sozialismus verhaßt geweſen.

Der Sozialismus, Herr Loebe, hat ſeine Zukunft bei uns verloren. Er wurde gehegt von der ſozialen Monarchie; in der deutſchen Republik wird er lebendig begraben werden. Er gehörte zu den Ehrenpflichten unſeres bürgerlichen Staates. Jetzt iſt die Ehre dahin, der Staat dahin, die deutſche Zukunft dahin. Die Sozialdemokratie iſt der Totengräber auch des Sozialismus geworden.

Einſt kommt der Tag des Volksgerichts für uns alle. Die Mehrzahl der Demokraten mit ihrer feinen Witterung hat das rechtzeitig erkannt und ihren Kahn aus dem Schlepptau der Roten heute gelöſt. Sie waren für die Unterzeichnung mit ſechs Vorbehalten und ziehen ſich nun aus dem ſchlechten Geſchäft ganz zurück. Mit einer Fanfare „wider die ſozialiſtiſche Planwirtſchaft“ lockt der neue Ausrufer der Demokraten, Schiffer, das bürgerliche Publikum, das ſchon in Scharen entwich, wieder heran. Der bisherige Führer Payer und die anderen Unentwegten der ehemaligen ſüddeutſchen Volkspartei aber machen die taktiſche Schwenkung nicht mit, ſondern ſtimmen mit der alten Mehrheit für die bedingungsloſe Unterwerfung.

Der oberſchleſiſche Diktator Hörſing fällt noch mit einer Erklärung namens der geſamten oſtelbiſchen Sozialdemokratie jenen Oſtmärkern in den Rücken, die jetzt zum letzten Kampfe Mann gegen Mann für die Heimat von Haus zu Haus und Hecke zu Hecke antreten möchten.

Das iſt alles. In nur vier Stunden iſt es erledigt. Die

deutſche Peſtleiche iſt verſcharrt, ein paar Erdklumpen perſönlicher Bemerkungen kollern hinterdrein. Wenn jetzt eine Gruppe von Wandervögeln am Parlament vorüberzöge und „O Deutſchland hoch in Ehren“ ſänge, man würde aufſchreien in namenloſem Weh.

Nun hinaus in den Alltag. Es kommt zunächſt die Zeit der „fühlbaren Erleichterung“ in den erſten Monaten nach dem Friedensſchluß. Dann das Erwachen in ſteigend fürchterlicher Not.

Wie es Ehrloſe nicht anders verdienen.

Aber noch gibt es Zeichen und Wunder. Draußen ſtehen die Leute um eine Depeſche gedrängt. Die Kriegsſchiffe unſerer Hochſeeflotte im engliſchen Pferch haben, zum erſtenmal wieder ſeit dem 21. November, die deutſche Kriegsflagge gehißt und ſind von der eigenen Beſatzung mit wehender Flagge auf den Grund des Meeres geſchickt worden. Deutſcher Stolz und deutſcher Trotz, den die freie Nationalverſammlung nicht aufbringen kann, nun doch bei den Gefangenen von Scapa Flow! Gott ſei gelobt für dieſen Blitz in dunkler Nacht. O Deutſchland hoch in Ehren! Wir, deine gepeinigten Söhne, erkennen deine Ewigkeit und Unzerſtörbarkeit auch im Schmachgewand. Wir werden ſterben. Du ſollſt auferſtehen.

Unter dem Fronvogt

Weimar, 23. Juni

In Weimar iſt die Regierung in den letzten Tagen in völliger Hilfloſigkeit von einem Beſchluß zum anderen getaumelt. Ihr Einpeitſcher, der junge Preſſechef der Reichskanzlei, wird von den Zeitungsvertretern geſcholten, daß er alle Augenblicke

falſche Informationen erteilt habe. Sie waren in Wirklichkeit nicht falſch, nur immer ſchon überholt, von einer neuen Torheit überholt. Die Nachrichten und die Beſchlüſſe jagten einander im Stenogrammtempo, bei Tage und bei Nacht, bis die armſeligen Geiſter der Regierungsmänner nicht mehr aus noch ein wußten. Ein Mädchenpenſionat, in dem der Ruf „Feuer“ erſchallt, kann ſich nicht kopfloſer benehmen. Noch heute früh kann die gewagteſte Vermutung wahr werden. Das Kabinett iſt nahe daran, zurückzutreten und einer Koalitionsregierung Platz zu machen, an der teilzunehmen auch die Rechte aufgefordert werden ſoll. Nur einer behält in dieſer Geſellſchaft den Kopf oben: Erzberger; er führt alles zu dem vorher beſtimmten Ende der bedingungsloſen Unterwerfung. Das war ja der Witz der geſtrigen Neufaſſung des Beſchluſſes, die von den franzöſiſchen Journaliſten brühwarm nach Paris hinübertelephoniert wurde. Sie bewies dem Rate der Vier, daß die Deutſchen alles ſchlucken würden. Die dann nachher eingetroffene deutſche Note mit den Vorbehalten konnten die Vier nun höhniſch ablehnen. Es war ihnen ja deutlich genug gezeigt worden, daß Bauers und Groebers Schwur nichts weiter bedeutete als die Kuliſſenreißerei von deklamierenden Bühnenhelden. Wahrlich eine geradezu kindlich unbeholfene Diplomatie.

Eine weitere qualvolle Sitzung ſetzt heute noch den Schlußpunkt unter das geſtrige Protokoll der Schande. Noch einmal hätten wir wohl gewünſcht, die Stimme Kahls oder eines anderen Herolds deutſchen Gewiſſens zu hören. Es erfolgen aber nur kurze Erklärungen neben der Abſtimmung über nochmalige Ermächtigung zur bedingungsloſen Kapitulation. Man beſcheinigt ſich in dieſen Erklärungen gegenſeitig, daß jedermann, gleichviel wie er abgeſtimmt habe, nur von vaterländiſchen Gründen ausgegangen ſei. Das tut erſtaunlicherweiſe durch ihren Wortführer Dr. Heinze auch die

Deutſche Volkspartei. Im Volke wird man dieſe Höflichkeit nicht mitmachen, wird Herrn Cohn nicht für den treugeſinnteſten Deutſchen und Herrn Erzberger nicht für den ſelbſtloſeſten aller ehrgeizfreien Staatsdiener halten. Präſident Fehrenbach ſcheint das zu ahnen. Ihm bangt um ſeinen Benjamin Erzberger und er fordert insbeſondere die Preſſe auf, nun nach der Annahme des Friedens die innere Fehde einzudämmen. Wir ſollen die politiſchen Einbrecher des November, die unſer Haus, unſer Deutſchland unſagbar verwüſtet haben, als liebe Landsleute ſchätzen und ehren. Hut ab auch vor Erzberger, dem Fronvogt der Entente.

Ein Fronvogt hat Schergen. Bei uns ſind das die 100 000 Mann, die wir als Polizeitruppe von unſerem Heere behalten ſollen, und man will ſich gleich ihrer Dienſte verſichern. Es iſt ein offenes Geheimnis, daß nahezu unſere geſamte Generalität heute ihren Dienſt hat niederlegen wollen, nachdem der Schmachfriede angenommen war. Auch unter dem übrigen Offizierkorps gärt es. Was dann? Da wäre auch Erzbergers Witz zu Ende, da könnte der Scheidemann-Friede nicht durchgeführt werden, und für die Durchführung jeder einzelnen Beſtimmung des Vertrages macht uns die Entente doch ausdrücklich in ihrer letzten Note nochmals verantwortlich. Es werden alſo Schergen, deutſche Offiziere, dazu kommandiert werden müſſen, Hindenburg zu verhaften und den Feinden auszuliefern. Selbſt dem Teufel in der Hölle müßte übel werden bei dieſem Gedanken. Unſeren Gentlemen der regierenden Mehrheit aber iſt er ganz plauſibel, und ſo wird der Nationalverſammlung, die in ihrer Geſamtheit darauf hineinfällt, ein Aufruf an Heer und Volk zur Annahme unterbreitet, in dem jedermann aufgefordert wird, treu auf ſeinem Poſten zu bleiben. „Sonſt kommt das Chaos“, lautet die abgegriffene Redensart. Andernfalls aber bleibt die Ordnung erhalten; die Ordnung — auf der Sträflingsgaleere.

Einige dringende Vorlagen, darunter ein weiterer vorläufiger Vierteljahrsetat von sechs Milliarden (die Republik kommt uns wirklich nicht billig) wird in Hast, und doch nicht ohne kritische Randbemerkungen, angenommen, so daß die Mehrheit — jetzt zum ersten Male — darüber klagt, daß man dem Ernst der Stunde doch mehr Rechnung tragen solle. Die Empfindsamkeit steht den Herren nicht übel. Deutschland ist verscharrt, seine lebendige Ehre hinterdrein abgewürgt und den Feinden hingeworfen worden. Nun fehlt nur noch ein bißchen stimmungsvolle Musik. Im übrigen sollen die Offiziere und Mannschaften weiter Dienst tun und dafür sorgen, daß unsere Reichsregenten in Ruhe ihr Gehalt verzehren können und daß die Entente keine eigene Mühe mit der Eintreibung ihrer Forderungen an deutschem Menschenfleisch hat. Unsere Volksehre ward verschachert. Da soll die Soldatenehre noch hinterdrein.

Schwankende Gestalten

Weimar, 24. Juni

Und die Angst beflügelt den eilenden Fuß: viele der Volksvertreter sind nach Hause gefahren. Namentlich solche aus dem Osten. Man kann ihnen sagen, daß der Friede ja erst ratifiziert werden müsse, daß dann erst ein besonderes Abkommen über die Fristen der Räumung geschlossen werde, es hilft alles nichts, sie erwidern einfach: „Lehrt ihr uns die Polen kennen!“ Sie glauben an keinerlei Fristen. Sie nehmen an, daß die Polen nach Unterzeichnung des Friedens einmarschieren. Und darum wollen sie eilends heim, ihr Haus zu bestellen oder die Flucht vorzubereiten, denn die Polen

jagen ja doch alle Anſiedler und in den letzten zehn Jahren neu Zugewanderten aus dem Lande hinaus. Es wird voll werden in dem verkleinerten Pferch. Aus Rumänien, aus Kleinaſien, aus China, aus faſt allen Ländern der Welt ſind die Deutſchen bereits heimgeſchafft, zu Zehntauſenden kommen ſie her. Der Engländer hat dieſes „Compound-Syſtem“ zuerſt für die Neger, die in den Diamantgruben in Kimberley arbeiten, eingeführt, und jetzt ſollen auch die Deutſchen unter hermetiſchem Abſchluß fronden.

Wie geſagt, die Oſtmärker eilen heim. Auch Abgeordnete aus anderen Gebieten, die preisgegeben worden ſind. In der Nationalverſammlung beraten heute die Zurückgebliebenen das Krankenkaſſengeſetz. Es wird haſtig in allen drei Leſungen angenommen. Dann entläßt Fehrenbach das Haus bis zum nächſten Dienstag und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Herren inzwiſchen Zeit haben werden, ihre Wähler aufzuklären.

Zeit ſchon; und auch die Notwendigkeit dazu wird ſich wohl herausſtellen. Aber kaum einer der Volksvertreter wird dazu imſtande ſein, auch nur mit annähernder Genauigkeit zu ſchildern, „wie alles kam“. Zu häufig waren bei der Mehrheit die Umfälle. Noch kurz vor der letzten Abſtimmung waren nicht weniger als 68 Zentrumsleute wieder irre geworden. Wollten gegen die ehrloſe Unterwerfung ſich erklären. Alles ſchwankte wie Schilf im Winde. Man hat den preußiſchen Generalen von 1806 Mangel an Entſchlußkraft, man hat ihnen Feigheit und Schwäche in entſcheidungsſchweren Stunden vorgeworfen. Die Sozialdemokraten haben in ihrem agitatoriſchen Vokabularium eine ganze Seite für dieſe „Junker-Erbärmlichkeit“. Aber ſelbſt der zittrigſte Greis von 1806 in irgendeinem kleinen alten Fort iſt ein aufrechter Rieſe, ein ragender Roland im Vergleich zu den Froſchmolluskenbreinaturen, die das parlamentariſche Syſtem uns erzeugt hat.

Wer von der Mehrheit hat den Mut, das einzugeſtehen? Wer von ihr wird es den Wählern erzählen? Die Herren, die heute in ihre Wahlkreiſe gehen, werden erſtens ſtaatsmänniſche Geſichter aufſtecken und Herrn Omnes über ihre bitter ſchwere Verantwortlichkeit etwas vorſtöhnen; und zweitens am Ende gar, wie Fehrenbach geſtern am Schluß der Sitzung, eine Männerzähre herausdrücken: „Gott erbarme ſich unſeres armen Vaterlandes!“ Das iſt billig, wenn man ſelber ſeines eigenen Vaterlandes ſich nicht erbarmt, ſondern es verraten und verkauft hat.

Wir haben mit Recht manches unſerer alten Diplomatie vorwerfen müſſen. Sie hat böſe Irrwege eingeſchlagen, die zum Verderben führten. Aber doch iſt ſelbſt ſie nicht ſo von einer Torheit zur anderen getaumelt wie in dieſen Tagen die Erleuchteten der Nation. Das Schwanken war endemiſch. In jeder einzelnen Fraktion der Mehrheit. Jede neue Abſtimmung warf die alte um, jeder neue Redner ſogar überzeugte den Vorgänger von deſſen Dummheit, um dann ſeinerſeits vor dem nächſten Redner kleinlaut zu werden. Ein beliebiger junger Beamter oder Offizier des „alten Syſtems“ hätte, wenn ihm allein die Verantwortung übertragen worden wäre, männlicher, folgerichtiger, erfolgreicher gehandelt als dieſe parlamentariſche Vielheit, die ſich bei jedem Unwetter wie eine Schafherde zuſammendrängt.

Einer der Ortsgeiſter, denen Ebert gehuldigt hat, Schiller, hat das ſchon vor mehr als hundert Jahren gewußt, daß Männer Geſchichte machen, nicht Volksverſammlungen. „Die Mehrheit iſt der Unſinn“, ſagt Schiller. Niemals hätte eine kaiſerliche Politik uns ſo würdelos in den Sumpf taumeln laſſen wie die Herdenpolitik der Vielzuvielen von Weimar, dieſer ſchwankenden Geſtalten ohne Verſtand und ohne Überzeugungsmut.

Nachklänge zu Weimar

Berlin, 25. Juni

In Weimar brach, wie vom Blitz gefällt, der Parlamentarismus in die Knie. Die Luft ist aber noch voll Spannung, hie und da gibt es ein Nachgewitter, und in der preußischen Landstube hört man das Grollen von allen Seiten. Es ballen sich überall neue Wolken zusammen. Hoffmann, Cohn und Rosenfeld sprechen mit einer Deutlichkeit, die ohne Deckung durch die Immunität schon nicht mehr möglich wäre, von der dicht bevorstehenden „endgültigen" Revolution und der Aufrichtung der Pöbelherrschaft. Hoffmann schreit es unter Trommeln auf das Rednerpult hinaus, Cohn spricht in dem gleichmäßigen Tonfall des Monomanen, Rosenfeld lispelt es; aber alle die Redner der Unabhängigen sagen dasselbe: Warte nur, balde... Sie richten eine förmliche Anfrage an die preußische Regierung, wie sie sich habe unterstehen können, im Reichskabinett ihr Gutachten gegen den Unterwerfungsfrieden abzugeben, ohne von der Landesversammlung dazu ermächtigt zu sein. Hirsch und Heine antworten darauf. Hirsch trocken, wie immer, daß er doch nur den einmütigen Beschluß der Landesversammlung vom 11. April und 8. Mai ausgeführt habe und nichts dafür könne, daß die Unabhängigen (und auch Ihre Mehrheitssozialdemokraten, Herr Hirsch!) seitdem umgefallen seien; und Heine etwas temperamentvoller, wobei er sich unter großem Lärm der Hoffmann-Cohn-Rosenfeld & Co. gegen deren „knotige Bemerkungen" verwahrt. Die völlig nutzlose Debatte, die sich in allen 25 Einzelparlamenten Deutschlands und wohl gar noch in den Kommunen wieder-

holen wird, geht heute noch nicht zu Ende. Sie wird das für unſeren in ſeiner Zerfahrenheit unüberbietbaren Parlamentarismus wirklich witzige Ergebnis haben, daß *diejenigen* Parteien, die in Weimar *für* den Unterwerfungsfrieden ſtimmten, dem preußiſchen Miniſterium ihr *Vertrauen* ausſprechen, weil es *gegen* den Unterwerfungsfrieden ſtimmte! Die Sozialdemokraten und Zentrumsleute Preußens in dem preußiſchen Parlament demonſtrieren alſo dadurch gegen den Frieden, für den die nach genau demſelben Wahlrecht gewählten Sozialdemokraten und Zentrumsleute der Nationalverſammlung in Weimar eintraten. Kann es etwas noch Zerfahreneres geben? Man hat in Berlin Vertrauen zu dem Miniſterium, das Nein geſagt hat, wäre ſelber aber auch zu einem Ja gekommen. In einer ganz prachtvollen Rede voll Wucht und Größe, einer Fanfare, die den Heerbann zu kommenden Kämpfen ſammelt, ſetzt ſich der deutſch-nationale Abg. v. Kardorff, nach ihm gleichfalls ſehr wirkungsvoll der Deutſche Volksparteiler v. Krauſe mit den Zugrunderichtern Deutſchlands auseinander. Gegen dieſen Feuerſtrom vaterländiſcher Begeiſterung gehen der „Demokrat“ Prof. Friedberg, der dem „Demokraten“ Schiffer in Weimar ſehr wenig gleicht, und der Kleritale Herold vor, jener mit der großen Waſſerſpritze, dieſer mit ſeinem kleinen Eimerchen. Was hätte man denn tun ſollen, barmt Herold; die Entente wäre ja bei Ablehnung einmarſchiert! *Das wird ſie ſowieſo einmal tun.* Die Schmachfriedensmehrheit wird auch um dieſe „Illuſion ärmer werden“. Die Abſtimmung vom 22. Juni hat uns nichts erſpart, ſondern nur zum Unglück die Schande geſellt, und dieſer wenigſtens — ihr allein — hätten wir entgehen können. Alles gefürchtete andere kommt, iſt überhaupt unausweichlich. Man mag ſich unſere Worte merken.

Voll Vertrauen und Ängſten

Berlin, 26. Juni

In England ſitzt der Präſident des Unterhauſes auf einem Wollſack und hat eine weiße Allongeperücke auf dem Kopf; und durch das engliſche Wahlrecht würden unſere Demokraten ſich nur mit Entſetzen hindurchwinden; und der Parlamentarismus drüben hat überhaupt ſehr viel Verzopftes und Verzwicktes. Trotzdem wäre dort eine ſolche Abſtimmung wie heute im Preußenhauſe kaum möglich geweſen. Der alte Bethmann-Block der ſchwarzen, roten, goldenen Internationale (des Zentrums, der Sozialiſten, der Demokraten) iſt hier beiſammen geblieben, hat die Weimariſche Extratour der Schifferſchen Demokraten ſich nicht geſtattet, und tritt geſchloſſen für „ſein“ Miniſterium Hirſch ein, das ſich in dem Weimarer Kabinettsrat gegen den Unterwerfungsfrieden ausgeſprochen hat. Dieſer Friede ſpreche allem Rechtsgefühl Hohn und vergewaltige uns in der ſchlimmſten Weiſe, ſteht in dem Antrag der drei Parteien. Folgerichtig ſtellt die Rechte den Zuſatzantrag: „Das Eintreten der preußiſchen Staatsregierung für die Ablehnung des Friedens war daher geboten“. Das verwirft der Block mit 231 gegen 58 Stimmen. Von den Unabhängigen liegt der entgegengeſetzte Zuſatzantrag vor: „Trotzdem war ein Eintreten der preußiſchen Regierung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages geboten“. Und mit 269 gegen 20 Stimmen wird — auch dieſer Vorſchlag verworfen. Der Regierung ſoll das Vertrauen nur ſans phraſe ausgeſprochen werden und wird es auch. Ein geradezu monumentaler Ausdruck für die Unſchlüſſigkeit und Feigheit unſeres

Parlamentarismus, ein unübertreffliches geſchichtliches Beiſpiel für die zweibändige „Politik“ eines künftigen Treitſchke!

„Ich ſag' nicht ſo und ſag' nicht ſo,
Denn ſage ſo ich oder ſo,
So könnte einer ſagen,
Du haſt ſo oder ſo geſagt,
Und kriegte mich, Gott ſei's geklagt,
Beim Kragen!“

Experimente

Berlin, 27. Juni

Es kommt vor, daß der Arzt einem dicken Herrn, den er am Blinddarm operieren muß, bei der Gelegenheit auch die Erleichterung verſchafft, daß er ihm etlichen Bauchſpeck wegſchneidet. Das iſt der beſte Erſatz für Marienbad. Wenn aber ein Kranker in den letzten Todeszuckungen daliegt, wird ſich der Arzt nur zu einem einzigen, vielleicht lebenrettenden Eingriff mit dem Meſſer verſtehen und die Schönheitskorrekturen unterlaſſen. Von dem preußiſchen Staate muß man leider ſagen, daß ſeine Agonie bereits begonnen hat. Trotzdem nehmen die politiſchen Herren Doctores noch allerlei demokratiſche Experimente an ihm vor, die in dieſem Stadium der Krankheit beſtenfalls einen Zeitverluſt bedeuten.

Im preußiſchen Landtag wird der Juſtizetat beraten. Da erklärt der Durchſchnittsparlamentarier gewöhnlich, er ſei des Fachſimpelns nun müde, überläßt den Berufsjuriſten neidlos das Feld zu ihren Auseinanderſetzungen und ſchlägt ſich ſeitwärts in den Speiſeraum oder Leſeſaal. Diesmal wird aber weniger Juriſterei und mehr Politik betrieben. Der Unab-

hängige Rosenfeld spricht stundenlang über den Prozeß Ledebour — oder vielmehr an ihm vorbei gegen die jetzige Regierung und für die neue Revolution. Und vor ihm empfiehlt der Mehrheitssozialist Heilmann lebhaft die neuesten Experimente an unserer Rechtspflege, nämlich, wie man sie „verbürgerlichen“ könne. Der bewegliche rote Fuchskopf ist nicht etwa voll von phosphoreszierenden Einfällen, er ist nur eine mäßige Begabung, aber als „aus politischen Gründen“ entgleister cand. iur. ist Heilmann durch den Fleischwolf der Berliner Journaille getrieben und gut ausgekocht worden, hat überdies eine Volksversammlungsstimme von brutaler Kraft, kurz, er wird über kurz oder lang „der“ Führer der Mehrheitssozialisten in Preußen sein. Es seien, so meint er, leider keine Richter aus dem Arbeiterstande vorhanden; in absehbarer Zeit würden die Juristen auch weiterhin vom Bürgertum gestellt werden. Deshalb seien die nur aus Berufsrichtern zusammengesetzten Kammern — überhaupt zu verwerfen, überall Schöffen und Geschworene einzusetzen, und zwar nach dem Bevölkerungsverhältnis in der Hauptsache Arbeiter, die dann eine auskömmliche Entschädigung für ihre Mühwaltung erhalten müßten. Auch Arbeiterfrauen. Die nötigen Gesetzentwürfe dazu sind bereits in Vorbereitung.

Wird das Experiment durchgeführt, so ist die seit Friedrich Wilhelm I. vorbildliche preußische Rechtspflege in Gefahr, auf die Stufe zu sinken, auf der sich Master Lynch in Wild-West befindet. Die Grundlage jeder Justiz ist ihre Unabhängigkeit. Darum gerade nimmt man doch zu Geschworenen Männer „in geregelten bürgerlichen Verhältnissen“, die nicht nach rechts und nicht nach links zu schielen brauchen. Daß sie keine Standesurteile nach Standesvorurteilen, keine politischen Urteile nach politischen Vorurteilen fällen, hat eben erst die Freisprechung Ledebours durch seine bürgerlichen nichtsozialistischen Geschworenen erwiesen. Es ist sehr fraglich, ob ein aus

mehrheitssozialistischen Arbeitern bestehender Areopag zu dem gleichen Beschluß gekommen wäre; und wenn umgekehrt Wolfgang Heine, den der Abgeordnete Rosenfeld heute einen Lügner und einen Zuhälter der Reaktion nennt, von „Unabhängigen" gerichtet würde, möchten wir für nichts garantieren. Das liegt nicht etwa daran, daß der organisierte Arbeiter von seiner Organisation kommandiert wird, wie er zu entscheiden habe. So plump vollzieht sich das nicht. Aber im Proletariat sind die sittlichen Begriffe „gut" und „böse" längst abgelöst durch „der Partei nützlich" und „der Partei schädlich". Die Weltanschauung der 10 Gebote, auf denen alles Recht der Welt beruht, existiert nicht mehr in der Arbeiterschaft, sondern eben die „sozialistische Weltanschauung", und die gehört nur in die Politik, ruiniert in Verwaltung und Rechtsprechung alles.

Erst recht ist es aber eine Versündigung, die Frau zum Richter zu machen. Es gibt männliche Frauen, Frauen, die nicht nur in der Politik, sondern auf jedem Gebiet „ihren Mann stehen", scharf und klar und nüchtern urteilen. Aber die Frau im ganzen bleibt immer Gefühlswesen. Sie urteilt nicht mit dem Gehirn, sondern mit dem Rückenmark. Es ist das Beste an ihr, wenn sie mit Antigone erklärt: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da". Aber der Richter soll weder hassen noch lieben, sondern soll das Recht kraftvoll schützen, damit die Welt nicht unter dem Faustrecht zusammenbricht.

Ein neues Experiment hat der Verkehrsminister Dr. Oeser vor, dessen Ressortsorgen den späten Abend der Sitzung ausfüllen. Er will mit der Demokratisierung beginnen, das Rätesystem in seinem riesigen Arbeiter- und Beamtenheer einführen. Der Erfolg erscheint uns nicht ganz sicher. Vielleicht kommen dadurch gerade die Elemente nach oben, die man fernhalten möchte, die Vertreter des — wie Heilmann es nennt — Strolchewismus in Deutschland. Die Eisenbahner haben außerdem Geldforderungen gestellt, die den Fehlbetrag

der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft auf sieben Milliarden Mark jährlich erhöhen würden! Hab' ich doch meine Freude dran, sagen die Unabhängigen und die Kommunisten, und Paul Hoffmann und Adolf Hoffmann tun nebst ihren Genossen alles, was sie können, um von diesem „festen Punkt" aus Deutschland aus den Angeln zu heben. Oeser nagelt unter großer Bewegung des Hauses das böse Wort fest: „Wer die Eisenbahn besitzt, hat die Hand an der Gurgel des Staates!"

In dieser ungeheuren Gefahr ist das preußische Staatsministerium endlich auf ein Experiment verfallen, das schon längst hätte durchgeführt werden müssen: statt sinnloser Lohnerhöhungen energischer Abbau der Lebensmittelpreise. Bisher hat mit Kartoffeln und Speck und vielen anderen Dingen der Staat selber Wucher getrieben; der staatliche Zwischenhandel ist uns weit teurer gekommen als jemals der private. Nun will man es anders anfangen. Es soll Reis zu 1,75 M. das Pfund geben; allerdings nur ein Viertelpfund wöchentlich. Und noch andere schöne Dinge, so daß eine fünfköpfige Familie etwa 110 M. monatlich weniger auszugeben hätte als heute. Auch diese Sanierung ist freilich ein Milliardenobjekt. Und wird von den Steuerzahlern selbst getragen! Aber zum ersten Male wird im neuen Reich der Gaul wenigstens nicht am Schwanze aufgezäumt.

Zu neuer Arbeit

Weimar, 1. Juli

Wenn man die Seelenverkäufer des deutschen Volkes heute wieder beisammen sieht, so sollte man meinen, auf der Stirn

jedes Jasagers vom 22. Juni müsse die Brandmarke flammen. Die Abgeordneten haben aber alles gut überstanden. Ein buntes, fröhliches Jahrmarktstreiben erfüllt das Haus zu Beginn der Sommertagung. Der Monatserste bringt jedem Erleuchteten der Nation die Vergütung für seine Mühewaltung, ist also an sich schon ein sehr sympathischer Tag. Außerdem sind heute die „historischen" Briefmarken zur Erinnerung an die Verfassunggebende Nationalversammlung erschienen, in den Wandelgängen entwickelt sich eine lebhafte philatelistische Börse, und jedermann pappt die neuen Marken auf Briefe und Karten. Wir nehmen keinen Anstand, zuzugestehen, daß die mißvergnügte Kommerzienrätin, die die Germania auf unseren bisherigen Postwertzeichen darstellt, künstlerisch nicht sehr erhebend wirkt. Noch weniger ist es aber der kubistisch zerhackte Baum in roher Holzschnittmanier auf der 10-Pf.-Erinnerungsmarke. Die zu 15 Pf. zeigt einen abgeschlagenen Baumstumpf mit ein paar neuen Reisern, die zu 25 einen knieenden nackten Kellnerpikkolo, der ein Tablett über seinem Kopfe balanciert; vielleicht ist es aber auch ein Maurerlehrling vom Turmbau zu Babel, gezeichnet von einem ägyptischen Primitiven.

Die regierende Sozialdemokratie konnte die höfisch-heraldische Kunst unserer alten Marken und Münzen kritisieren, aber sie selber bringt nichts Neues an die Oberfläche, das Kulturwert besäße. Ihr ist ja alles nur Agitation. Sie überschwemmt uns auch mit Bildern und Broschüren fürchterlichster Sorte auf Kosten aller Steuerzahler, um Reklame für sich selber zu machen. Dieser Millionenunfug der „Zentrale für Heimatdienst" und anderer Propagandaämter wurde schon früher in der Nationalversammlung gerügt, heute wieder in einer kurzen Anfrage der Deutschnationalen. Vom Regierungstisch wird erwidert, die Auflösung der Ämter sei im Gange, aber die einmal erteilten Druckaufträge müßten noch

ausgeführt und die Broſchüren verteilt werden. Auf die weitere Anfrage des Abgeordneten Mumm, wie der klaffende Widerſpruch zwiſchen dieſer Erklärung und der des früheren Miniſterpräſidenten Scheidemann zu deuten ſei, daß ſchon ſeit Februar dieſes ungeſetzliche Treiben eingeſtellt wäre, — ſchweigt die Regierung. Wenn früher ein Landrat in irgendeinem Kreisblättchen ſeine Stimme erhob, ſchrie die Sozialdemokratie auf, als habe man die geſamte Nation auf die Zehen getreten. Heute arbeitet ein ganzes Beamtenheer in Rot; und das Bürgertum muß dieſe Agitation der gegneriſchen Partei mit ſeinen Steuern bezahlen.

Trotzdem verweigern die Vergewaltigten dem neuen Staate nicht den Dienſt. Sie greifen herzhaft jede Arbeit mit an, die dem Neuaufbau gilt. Die Siedelungsvorlage, die heute in erſter und zweiter Leſung erledigt wird, findet einmütige Anerkennung von den Deutſchnationalen bis zu den Sozialdemokraten; nur die Unabhängigen ſchließen ſich aus. Die erſten Redner aus dem Hauſe machen es ſich ſehr leicht, indem ſie mehr oder weniger poetiſch-ſentimental über die Schönheit des Eigenheims auf dem Lande ſprechen und dabei nicht viel mehr Sachkenntnis entwickeln, als der Großſtadtquintaner etwa in einem Aufſatz „Über die Kuh“ aufbrächte. Der erſte, der bei aller Wärme, mit der er für die Siedelung eintritt, doch der Frage praktiſch zuleibe geht, iſt der Abgeordnete Dr. Roeſicke. Landſtellen ſeien leicht zu haben, meint er, Anſiedler ſchon weniger leicht, am ſchwerſten aber Siedelungen, die dann auch rentierten, und das ſei doch die Hauptſache, zufriedene Menſchen zu ſchaffen, nicht eine neue Klaſſe Untergehender.

Den tiefſten Eindruck macht der alte Bauernbündler Dr. Heim, der den unabhängigen Abgeordneten Wurm derart glänzend abführt, daß das Haus ſtellenweiſe in wahren Lachſalven ſich ergeht. Es iſt aber nicht nur die ſouveräne Art

Heims, mit den Nichtfachleuten umzuſpringen, die ihm den Beifall ſichert; er iſt einer der wenigen, die ſich ernſthaft mit der Siedlerfrage beſchäftigt haben. Der Fuß, der ſein Lebelang Aſphalt getreten habe, ſagt er, werde niemals in Ackerfurchen zu gehen lernen. Das, was wir tun müßten, ſei, den Induſtrieſtaat zum Agrarſtaat zurückzubilden; dazu werde uns der Friedensvertrag mit der Entente ſchon zwingen. Es ſei aber unmöglich, den heutigen Fabrikarbeiter zu einem Bauern zu machen. Das müſſe ſchon in früheſter Jugend beginnen. Die einzige Möglichkeit, in der Siedlerſache zu einem guten Ergebnis zu kommen, ſei daher die Verpflanzung von Kindern auf das Land. Alle die großſtädtiſchen verwaiſten und verlaſſenen Kinder, die heutzutage zu ſchlechten Handwerkern erzogen würden und dann der Fabrik anheim fielen, müßten jetzt, natürlich unter Aufſicht ſtaatlicher Pfleger, in einzelne Bauernhäuſer verteilt werden. Mit außerordentlicher Spannung folgte das Haus den Ausführungen des alten Praktikus. Zum erſtenmal ſeit langer Zeit hat man in der Halle der Schwätzer etwas von einem wirklich arbeitenden Geiſt verſpürt.

Schwarz-Rot-Gold

Weimar, 2. Juli

Schwarz iſt unſere Zukunft, rot unſere Gegenwart, golden war die Vergangenheit. Das iſt die Symbolik, die über Jahr und Tag wohl auch der letzte Deutſche in unſeren neuen Reichsfarben erkennen wird. Noch ſind ſie es nicht. Erſt morgen wird die entſcheidende namentliche Abſtimmung ſie feſtlegen. Die Handelsflagge auf See aber ſoll ein Miſchling werden. Die

alte ſchwarz-weiß-rote mit einer ſchwarz-rot-gelben oberen Ecke. Ein Wechſelbalg iſt hineingekommen.

Der Flaggenparagraph in der Verfaſſung iſt der einzige, der die Leidenſchaften heute noch einmal aufpeitſcht und bis in ſpäte Stunden hinein die Geiſter widereinander erregt. Was ihm vorangeht, das gibt nur zu mehr oder weniger akademiſchen Erörterungen Veranlaſſung. Es ſpricht für die Kleinbürgerlichkeit und Ideenarmut unſerer ganzen Verfaſſungsmacherei, wenn der Berichterſtatter, der demokratiſche Abgeordnete Haußmann, nichts Beſſeres zum Ruhme des Verfaſſungsausſchuſſes zu ſagen weiß, als daß ſeine Anträge 393 Druckſachen füllten, daß er weit mehr als 500 Abſtimmungen hinter ſich habe und daß der Bericht über die erſte Leſung im Ausſchuß 648 Seiten ſtark ſei. Dieſe Zahlen ſprächen doch höchſtens dafür, daß Kärrnerarbeit geleiſtet worden iſt, mühſeliges und langwieriges Schuttabladen, um das ungeheure Loch, das an Stelle des verſunkenen Deutſchen Reiches klafft, notdürftig zu füllen. Alles Geniale tritt doch ganz anders, tritt mit eruptiver Plötzlichkeit ins Daſein. Die deutſche Reichsverfaſſung, unter der wir groß geworden ſind, entſprang Bismarcks ſchöpferiſchem Geiſt, wie Pallas Athene dem Haupte des Zeus. In vierundzwanzig Stunden hat dann Lothar Bucher ſie in Paragraphen gefaßt, und weiter gab es ſo gut wie nichts daran zu feilen. Sie hat faſt zwei Menſchenalter hindurch, Menſchenalter des gewaltigſten Aufſchwunges aller Klaſſen des deutſchen Volkes, ſich bewährt. Die jetzige ſchwarz-rot-goldene Verfaſſung wird kaum ein ſo langes Leben haben; und ihre Sinnloſigkeit wird ſchon in wenigen Monaten uns allen klar ſein.

So enthält ſie einen Artikel, der von der Wehrpflicht handelt; und doch hat die Nationalverſammlung durch Annahme des Scheidemann-Erzberger-Friedens auf die Wehrpflicht der Deutſchen verzichtet. So enthält ſie ferner die Beſtimmung,

daß kein Deutſcher ſeinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe; und doch liefern wir die beſten Deutſchen einer fremden Feme aus. So enthält ſie weiter den Satz: „Jeder Deutſche hat die ſittliche Pflicht, ſeine Kräfte ſo zu betätigen, wie es dem Wohle der Geſamtheit entſpricht“; und doch haben die herrſchenden Parteien den Streikwahnſinn großgezogen, der ſchließlich alles in den tödlichen Strudel ziehen wird, auch die Verfaſſung ſelbſt.

Zu ihrer Empfehlung ſpricht der neue Innenminiſter, der Sozialdemokrat David, neben dem als Einbläſer noch der alte Innenminiſter Dr. Preuß ſitzt, einige Worte. Wir haben ſie ſchon wiederholt in ſtereotyper Einförmigkeit aus ſeinem Munde gehört: daß nämlich die Republik in die Breſche geſprungen ſei, als die Monarchie zuſammengebrochen war. Er wirkt etwas greiſenhaft, der gute Dr. David. Dieſe Republik der ſchwarzen, der roten, der goldenen Internationale iſt ſo „in die Breſche geſprungen“ wie der Raubmörder, der nachher in die Kleider ſeines Opfers ſchlüpft. Die Sozialdemokratie mit ihren Affiliierten hat das Reich zertrümmert, und nun pflanzt ſie auf den Trümmern ihr neues Banner auf.

Es müſſe rot ſein, meint der Abgeordnete Cohn. David belehrt ihn milde, daß dieſe Farbe ſchon vergeben ſei, ſie gehöre der ſozialiſtiſchen Internationale. Auch das iſt nur bedingt richtig. Blutrot war die Schreckensflagge der türkiſchen Korſaren, als ſie noch das ganze Mittelmeer beherrſchten und ſogar von Frankreich Tribut erhoben. Alle ſpäteren Seeräuber übernahmen ſie. Dann überhaupt alle Empörer. Aber niemals iſt die rote Flagge eine Nationalflagge im heutigen Sinne geweſen, ſondern immer nur die der Vogelfreien.

Von der ſchwarz-rot-gelben, die von der regierenden Mehrheit und einem Teil der Demokraten uns aufgezwungen wer-

den ſoll, wird uns heute in verlogener Sentimentalität erzählt, ſie diene dem großdeutſchen Gedanken, während das Schwarz-Weiß-Rot das Symbol für das Bismarckſche Kleindeutſchland geweſen ſei. O, über dieſe rührenden Naiven! Nie waren wir von einem Großdeutſchland entfernter als heute. Hätten wir noch Bismarcks „Kleindeutſchland", wie es von 1871 bis 1918 beſtand, ſo brauchten wir keine verlorenen Provinzen zu buchen. Nein, die alte Barrikadenfahne von 1848 ſoll wehen, das iſt es, oder wie der Abgeordnete Quidde ehrlich geſteht: „Unſere alte demokratiſche Parteifahne ſoll Reichsflagge werden!" Als leidenſchaftlicher Patriot ſpricht der Hiſtoriker Kahl dagegen, als rechnender Kaufmann der Hanſeate Peterſen. Aber in dieſer Verſammlung der Schwächlinge iſt nichts zu erreichen. Man kann mit Stahl wohl aus einem Stein Funken ſchlagen, aber nicht aus dieſem Philiſterbrei.

Wir haben im Friedensvertrag unterſchrieben, daß wir „die größten Verbrecher der Weltgeſchichte" ſeien. Das war erzwungen. Nun wechſeln wir aber freiwillig die Flagge: Das iſt ſo, als ob man ſich ſeines bemakelten Namens ſchämt und von den Behörden ſich einen neuen erbittet. Jetzt können die Feinde erſt triumphieren. Wir beſchimpfen die eigene Herkunft, wir verleugnen die Millionen unſerer für Schwarz-Weiß-Rot Gefallenen. Die Erbärmlichkeit feiert ihre letzte Orgie.

Die alte Flagge wird eingerollt. Sie wird aber als Sturmfahne einſt der Rache voranwehen. Der Rache an unſeren Reichsverderbern. Bis dahin bleibt ſie das heißgeliebte, ſchmerzlich gehütete, treu bewahrte Heiligtum aller wahrhaft Deutſchen. Nun erſt recht. Jetzt iſt ſie wieder entſühnt, wo die Feigen ſich von ihr losſagen.

Vaterländiſche und Partei-Taktik

Weimar, 3. Juli

Noch heute früh erzählten Neuigkeitskrämer, die unbeſiegte deutſche Flagge werde uns erhalten bleiben. Sie kennen das Zentrum nicht. Es iſt gewöhnt, „wie ein Kadaver“ zu gehorchen, wenn aus Parteitaktik ſeine Oberen das Unmögliche verlangen. So ſtimmt es denn geſchloſſen mit den beiden ſozialiſtiſchen Parteien und den Demokraten Quiddeſcher Art gegen Schwarz-Weiß-Rot. Auf eine Jämmerlichkeit mehr oder weniger kommt es in dieſen Tagen auch nicht mehr an, denn die kommende Bußzeit wird unſer ganzes Volk doch für alles zuſammen in Bauſch und Bogen heimſuchen.

Da man in drei Tagen mit der Verfaſſung fertig werden will, arbeitet die parlamentariſche Maſchine heute mit der vierten Geſchwindigkeit. Außer dem Flaggenparagraphen werden noch rund zwanzig andere Artikel erledigt. Die Mehrheit will die Ernte bergen, ehe das Gewitter kommt. Zur Abfahrt jeder Paragraphenladung wird gedrängt. Wer dann noch etwas aufpacken will, irgendeinen Abänderungsantrag, der wird brüsk niedergeſtimmt. Auch der Dr. Heim, das bayeriſche Schreckenskind des Zentrums, ſagt, er wiſſe ja, daß er für eine verlorene Sache rede, wenn er für den bundesſtaatlichen Charakter des Reiches noch eine Lanze breche. Dabei ſei der Unitarismus, die Vereinheitlichung, nur eine hypnotiſierende Phraſe der intellektuellen Oberſchicht. Der Kern des Volkes ſei bundesſtaatlich geſinnt. Dieſe Verfaſſung, die die wechſelnde parteipolitiſche Mehrheit der Nationalverſammlung zum einzigen Souverän des Reiches mache, laſſe den Bundesſtaaten keinerlei Einſpruch mehr. Sie ſeien nicht einmal mehr in ihrem Beſtande und in ihren Grenzen geſchützt,

könnten gegen ihren Willen zerſchnitten, zerlegt, zerfetzt werden, alles könne man ihnen nehmen, weil man nach Beſeitigung ihrer Steuerhoheit mit dem Steuerhebel eben alles erpreſſen könne. Sogar die eigene Beamtenſchaft nehmen, denn heute gebe es freie Bahn nur für — den „Geſinnungstüchtigen“. Eigentlich müßte das Zentrum, das einſt unter den Brüdern Reichenſperger ausdrücklich zum Schutze der bundesſtaatlichen Rechte ſich als Fraktion begründete, andauernd „Sehr richtig!“ rufen. Es ſchweigt aber verbiſſen ſtill, ſchweigt ſtill und glotzt mißgünſtig zum Störenfried der ſchwarz-rot-goldenen Herzeinigkeit hinauf.

In dem Hurre, Hurre, Hopp der Abſtimmungen gibt es gegen Ende noch einen längeren Aufenthalt bei den Wahlrechtsparagraphen. Die beiden nationalen Parteien regen eine Hinaufſetzung des Wahlalters an, da man mit zwanzig Jahren wirklich noch keine politiſche Reife beſitze. Die Abgeordnete Fräulein Behm, die um ihrer herzgewinnenden Art willen nicht nur von den Heimarbeiterinnen, denen ihr Lebenswerk gilt, ſondern auch von den Kolleginnen im Parlament „Muttl“ genannt wird, ſpricht mit überzeugender Wärme dafür. Sie hat natürlich tauſendmal recht. Ob die vaterländiſch richtige Anregung der Deutſchnationalen und der Deutſchen Volkspartei aber auch parteitaktiſch richtig iſt, kann man bezweifeln. Parteitaktiſch richtiger wäre es vielleicht, den Teufel der Maſſenumſchmeichelung zu überteufeln und das Wahlalter auf achtzehn Jahre oder noch früher herabzuſetzen. Man hat rechts immer noch zuviel Scheu vor Demagogie. Die Maſſe — oder das „Unvolk“, wie Naumanns Freund Profeſſor Sohm ſie nannte — fällt aber immer dem größten Bieter zu. Frau Zietz kreiſcht natürlich auch gleich los. Wolle man etwa behaupten, daß eine Zwanzigjährige, die Mutter ſein und Kinder aufziehen müſſe, noch unreif ſei? Dieſer Schlagwortmechanismus zieht. Niemand denkt daran,

daß die Zwanzigjährige ihren Mutterberuf auch erſt allmählich in der Praxis des nächſten Dutzends Jahre lernen muß, und daß manche dabei das köſtliche Menſchenmaterial in ihren Händen verdirbt; und wenn ſie da richtig lernt, hat ſie ihr Beſtes getan und hat für die Politik kaum Zeit.

Aber trotzdem iſt es taktiſch falſch, ſich gegen die Politiſierung der Jugend zu ſtemmen. Wer mit dem Teufel ſuppt, muß einen langen Löffelſtiel haben. Werden unſere Halbflüggen von den regierenden Parteien in die Politik gezerrt, ſo muß die Oppoſition ſchon bei den Küken anfangen. Schwarz-Weiß-Rot vom Kindergarten an. Bis unſere Volksverderber, mit ihren eigenen Waffen geſchlagen, von ſelbſt von ihrem Mißbrauch abkommen und die heutige Anregung der Rechten ihrerſeits aufnehmen.

Über die Frage, ob die jeweilige Reichstagsperiode drei oder fünf Jahre dauern ſoll, wird erſt morgen abgeſtimmt. Einige Demokraten ſind für zwei Jahre. Die unabhängigen Sozialiſten möchten am liebſten jeden Monat wählen laſſen und Regierungen ſtürzen. Die Not wird uns aber noch ſo kneten, bis wir endlich alle erkennen, daß nicht das Wählen unſer Lebensberuf iſt, ſondern das Arbeiten. Vorerſt als Schuldknechte für die Entente, nach Menſchenaltern aber vielleicht wieder für das neue alte Deutſchland.

Reichstag, Reichspräſident

Weimar, 4. Juli

Die Fähigkeit jedes tüchtigen Unternehmers und jeder Behörde, die Arbeit richtig einzuteilen, geht Parlamenten im allgemeinen ab. Es wird bald getrödelt, bald gehaſtet, und

jede Sitzung wirft die Disposition der vorherigen um. Auch das grobe mechanische Mittel, jedem Redner nur eine bestimmte Minutenzahl anzuweisen, diesmal bei der Verfassungsberatung fünfzehn, nützt da gar nichts. Es ist schon heute klar, daß die Verfassung nicht in drei Tagen erledigt werden wird. Das Kapitel über den Reichstag wird durchberaten, das über den Reichspräsidenten angeschnitten, aber man hat insgesamt noch nicht ein Viertel der 173 Paragraphen geschafft. Das mag ja gleichgültig sein, denn der Sommer ist noch lang und Weimar ist die Stadt der angenehm kühlen Winde. Aber dieser Mangel an Übersichtsvermögen, diese Regellosigkeit in der Anwendung der Zeit führt so häufig zur Verschleppung eiliger Dinge oder zur Durchpeitschung schwierigster Entscheidungen. Die Nationalversammlung soll unser einziger Souverän sein. Sie ist und bleibt aber bloße Redehalle, ganz unköniglich in ihrer Zerfahrenheit.

Das Kapitel vom Reichstag erfährt gegen früher nur wenige Veränderungen, auch die fünfjährige Legislaturperiode, die gestern von den Rednern der Rechten besonders eindringlich statt der vom Ausschuß beliebten dreijährigen empfohlen wurde, wird wieder Gesetz. Das ist für die Stetigkeit der Politik notwendig. Im ersten und im letzten Jahr einer Reichstagszeit werden doch nur Wahlreden „zum Fenster hinaus“ gehalten, und da ist es gut, daß wenigstens drei Arbeitsjahre dazwischen liegen. Einzelne Rechte des früheren Parlamentes werden für das neue der Republik erweitert. Bei dem merkwürdigen Paragraphen, der dieser Versammlung ausgesprochener Nichtfachleute es zubilligt, daß sie einen Überwachungsausschuß für auswärtige Politik aus ihrer Mitte bestellt, also Blinde zu Führern von Lahmen erklärt, kommt Haase auf unsere Ostpolitik und das Baltengebiet zu sprechen. Der Mehrheitssozialist Winnig fertigt ihn in einer Rede ab, die wie eine Sensation wirkt. Dieser Winnig, dem als Partei-

krippe der Gesandtenposten in Riga nach der Revolution zufiel, bricht — man denke — eine Lanze für die „baltischen Barone“ und stimmt eine Totenklage auf das untergehende Deutschtum der Ostseeprovinzen an. Das ist eine sehr billige Sentimentalität post festum. Den Frieden von Brest-Litowsk, der das Deutschtum im Baltikum retten sollte, haben die Herren Roten uns doch verdorben, und den Deutschen unserer eigenen Ostmark, die sich jetzt gegen ihren Untergang wehren wollten, die Waffe aus der Hand geschlagen. Die Einsicht, die Winnig in Riga gewonnen, wird in der Praxis nicht angewendet. Auch daß die früher materiell so hochstehende deutsche Arbeiterschaft, die von ihren belgischen, englischen, französischen Genossen beneidet wurde, durch die Revolution und ihren Scheidemann-Frieden „um Jahrhunderte zurückgeworfen“ ist, wissen die Leute, aber sie treiben eben eine Politik wider besseres Wissen. Die Vertreter der nationalen Presse in Weimar werden heute von allen Seiten mit leuchtenden Augen gesucht und freundschaftlich auf die große Sensation gestoßen. „Nun, was sagen Sie zu Winnig?“ Wir sagen, daß er, wie Noske und andere seines Wuchses, nur die Fassade eines großen Mannes ist, kein Großer selbst. Es sind Leute, denen die Erkenntnis dämmert, aber sie ziehen nicht die Folgerungen daraus, die ein Ehrlicher und Starker daraus zöge.

Eine weitere Sensation, freilich mehr eine für die Feuilletonisten, ereignet sich mitten während der Rede des Genossen Katzenstein. Eine gut gekleidete Dame in Schwarz geht langsam zur Rednertribüne hinauf und postiert sich neben ihn. Alles lacht über die Frau Abgeordnete, die ihr Interesse an Katzenstein und seinen Worten so weit treibe. Katzenstein selbst, der die Situation nicht ahnt, wird ganz verstört über das dauernde Gelächter. Ein Abgeordneter redet der Dame gut zu, worauf sie sich vom Rednerplatz entfernt und — am

Miniſtertiſch Platz nimmt. Kaum hat Katzenſtein geendet, ſo erhebt ſie ſich, obwohl ſie nicht das Wort hat, und beginnt unter wütendem Läuten der Präſidentenglocke zu reden. Man verſteht nur die Worte: Von der Maas bis an die Memel! Es ſtellt ſich bald heraus, daß ſie dem Hauſe überhaupt nicht angehört, und zwei Diener führen ſie ab. Die Gerüchte, die in Weimar ſeit mehreren Tagen umherlaufen, daß ein Attentat gegen die Nationalverſammlung beabſichtigt ſei, erhalten auf einmal neue Nahrung. Aber ſelbſtverſtändlich kann es ſich, wie auch der Präſident unter einer bezeichnenden Handbewegung andeutet, nur um eine geiſtig Geſtörte handeln. Dem bisherigen Miniſter Landsberg hatte ſie melden laſſen, daß ſie zur Regierung gehöre. „Wenn ſie verrückt iſt, dann iſt es richtig, dann gehört ſie dazu!“ antwortete er trocken dem Boten.

Der Kampf um die Stellung des Reichspräſidenten in der neuen Verfaſſung wird heute begonnen und vor Austragung abgebrochen. Der junge Leipziger Hiſtoriker Dr. Philipp, der Mitarbeiter des Profeſſors Horſt Kohl bei der Herausgabe der Bismarckbriefe, erklärt ſich namens der Deutſchnationalen für eine Ausgeſtaltung der Stellung des Reichspräſidenten zu der einer wirklich handelnden und führenden Perſon. Es ſind eine ganze Reihe von Sätzen in der neuen Verfaſſung dem Reichspräſidenten gewidmet. Worte, nichts als Worte. Wenn man näher zuſieht, ſo erkennt man, daß er das einzige Recht beſitzt, ein Gehalt von 600 000 Mark jährlich aus Reichsmitteln zu verzehren. Kurz, ein Ruheposten für einen verdienten Parteimann. Die Rechte wünſcht ſtatt deſſen einen wirklichen Führer der Nation. Sie lehnt es daher auch ab, daß mit einfacher Mehrheit ein Mann dazu gekürt werde, der dann tatſächlich als Vertreter einer Minderheit den höchſten Seſſel beſteigt. Es ſei das ungeheuerlichſte geſchichtliche Kurioſum, ſagt Philipp, daß das überwiegend bürgerliche deutſche

Volk, das ein Parlament mit bürgerlicher Mehrheit habe, einen Sozialdemokraten an der Spitze des Reiches wisse. Die Sozialdemokraten werden bei diesen Ausführungen unruhig. Es geht um ihre beste Sinekure. Und besonders peinlich ist nicht nur ihnen, sondern auch den benachbarten Demokraten, wie aus der Entgegnung des Abgeordneten Dr. Haas hervorgeht, die Feststellung Philipps, daß theoretisch nicht nur die Wahl eines beliebig zu uns hereingeschneiten polnischen Juden, sondern unter Umständen sogar eines Senegalnegers zum Reichspräsidenten möglich sei. Denn es werde lediglich verlangt, daß er seit zehn Jahren die deutsche Reichsangehörigkeit besitze, also nicht einmal geborener Deutscher sei.

Wichtiges und Nichtiges

Weimar, 5. Juli

Wer Karlchen Mießnick kennt, der weiß, daß Karlchen höchstens die bequemeren Hausaufgaben vor dem Abendbrot erledigt, die schwersten aber bis kurz vor dem Schlafengehen verschiebt oder sich gar erst am nächsten Tage in einer Schulpause diktieren läßt. Die Nationalversammlung eilt in gleicher Drückebergerei die Verfassungsparagraphen entlang und überspringt dabei die umstrittenen und gefährlichen, die meist gerade die grundlegenden sind. So gelangt sie heute zwar bis in die sechziger Artikel hinein, hat aber die Beschlußfassung oder sogar die Beratung verschiedener vorhergegangener ausgesetzt, darunter des ungemein wichtigen Paragraphen 18, der nicht nur über die Frage Bundesstaat oder Einheitsstaat die Entscheidung sucht, sondern sogar die Zerschlagung jedes Bundesgebiets durch Reichsgesetz ermöglicht. Herr Hirsch

und Herr Gradnauer und andere regierende Neogermanen der Einzelstaaten sind in Weimar, um mit Herrn Preuß und anderen ebenso Unzweifelhaften des Reiches darüber zu beraten, ob und wie das weidwunde preußische Wild abgeledert und zerlegt werden soll. Dabei kommt ihnen wie seit jeher in unserer Geschichte die deutsche Vielspältigkeit zugute: Herr Trimborn mitsamt seinen Christlichen Volksparteilern wartet ja nur auf den leisen Stoß, der den alten Rheinbund wieder absprengt, und was hier wohlerwogene Berechnung ist, das ist anderswo, in Niedersachsen und sonstigen deutschen Stammesgebieten, die zum gleichen Ziele führende deutsche Einfalt.

Den Hauptteil der Debatte füllen auch heute die Paragraphen über den Tätigkeitsbereich des Reichspräsidenten aus. Erstens ist er in Wahrheit überhaupt kein Präsident. Er sitzt, wie der Demokrat Professor Schultze-Gaevernitz sehr richtig bemerkt, gar keinem Kollegium vor, sollte also lieber, was auch deutscher ist, Reichswalt heißen. Die Mehrheit lehnt das ab und beläßt es bei dem Präsidenten. Er sitzt nicht vor, aber er sitzt wenigstens, der Herr Ebert, und er sitzt würdig und lautlos, wenn nicht gerade der Pressechef Ulrich Rauscher eine Osterbotschaft an das Volk oder die Inschrift unter eine Kranzspende oder ein Interview mit einem Italiener für ihn zurechtgemacht hat. Ein Reichswalt, und da müssen wir Herrn Schultze wieder unrecht geben, ist er auch nicht, denn er hat über nichts zu walten und nichts zu verwalten, es sei denn sein Jahresgehalt. Laut Verfassung darf er ja überhaupt keine einzige Verfügung ohne Gegenzeichnung eines parlamentarischen Ministers erlassen. Er ist also bloße Unterschrifts- und Stempelmaschine. Selbst wenn innerhalb der nächsten Jahre Großmächte wie Polen oder Böhmen uns plötzlich mit Waffengewalt überfielen, kann der deutsche Reichspräsident nicht einmal den Landsturm an der Grenze aufrufen, was bisher jeder kommandierende General im Notfalle auf

eigene Verantwortung tun durfte und tun mußte. Zu einer Kriegserklärung bedarf es in jedem Falle eines Reichsgesetzes, und Abgeordneter Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei führt, ohne bei der breitstirnigen Mehrheit auf Verständnis zu stoßen, im einzelnen aus, was das bedeute: also je einen Beschluß des Reichsrats und des Reichstags, und wenn beide uneins seien, eine erneute Beschlußfassung, und wenn sie dann noch nicht übereinstimmten, eine Volksabstimmung; da könne ja vielleicht die Kriegserklärung mit dem Friedensschluß zusammenfallen. Damit sind die bizarren Möglichkeiten, die unsere neue Verfassung uns eröffnet, aber noch nicht einmal erschöpft. Abgeordneter Heinze hätte auch noch fragen können, wie es mit einer Kriegserklärung zu halten sei, wenn wir erstens parlamentarische Ferien und zweitens den üblichen Eisenbahnerstreik haben. Aber das sind ja alles querelles allemandes. Solange wir diese Republik, diese Verfassung haben, wird Deutschland nie in der Lage sein, auch nur einen Abwehrkrieg zu führen, sondern muß sich immer weiter ruhig ins Gesicht schlagen lassen, soviel es den Nachbarn beliebt. Natürlich steht in der Verfassung auch ein Paragraph, den bäuchlings Herr Erzberger hineingeschrieben hat, daß wir nämlich bei etwaigen Bündnisabsichten uns damit zunächst dem Völkerbunde anvertrauen müßten. Da wir zu ihm aber noch gar nicht zugelassen sind, bringt Abgeordneter Gröber wenigstens die Würde auf, diesen Kriecherparagraphen abzulehnen und seine Streichung durchzusetzen. Eine namentlich von den Unabhängigen sehr lebhaft geführte Debatte schließt sich endlich an die Bestimmung, daß der Reichspräsident den Belagerungszustand erklären könne. Die Aufregung darüber ist ganz unnütz. Erstens geht auch das nur auf einem Formular, auf dem sich auch das parlamentarische Ministerium durch Unterschrift verewigt, so daß es also ganz gleichgültig ist, ob daneben noch „Friedrich Ebert, Reichspräsident“ steht

oder „Frieda Klapperſchlange, Stenotypiſtin“; und zweitens iſt laut Verfaſſung „unverzüglich“ auch das Votum des Reichstags einzuholen.

Mit einem Wort: Viel Lärm um nichts. Da aber namentlich die Unabhängigen die Gottähnlichkeit des Präſidenten ſchreckt, verlängern ſie die Debatte bei jedem Paragraphen. Sie tun es ebenſo bei der Beſprechung der Artikel über den Reichsrat und die Geſetzgebung. Als nun ein Antrag „Frau Agnes und Genoſſen“ — Frau Lore Agnes ſelbſt erhebt ſich gar nicht mehr dafür — nach dem andern abgelehnt wird, weil nur die Unabhängigen allein emporrauſchen, bezweifelt ſchließlich Abgeordneter Cohn die Beſchlußfähigkeit des Hauſes. Ausgezählt wird gar nicht erſt. Es ſitzt nur noch ein kleines Häuflein da. Die Sitzung muß alſo abgebrochen werden. „Gehn ma halt ham!“ ſagt der in ſeiner Nationaltracht daſitzende bayeriſche Bauernbündler Eiſenberger und klirrt mit ſeinem ganzen Gehänge von Talern an der Uhrkette melodiſch hinaus wie morgens ſeine Kühe.

Vor halbleeren Bänken

Weimar, 7. Juli

Die Verfaſſung kommt uns nicht allzu billig. Wir erhalten 173 funkelnagelneue ſchöne Paragraphen auf Papier, und die Entente erpreßt 182 Milliarden Mark von uns in Gold oder anderen Barwerten. Die Zahl der Republiken in Deutſchland wird größer als die Zahl der Reichswehrbrigaden ſein. Die anfängliche Freude unſerer Geſetzmacher an den ſouveränen Verfaſſungsartikeln in einem machtloſen und zerrütteten Staate ſcheint nun ſchon erheblich geſunken zu ſein, denn es iſt nur noch mit Mühe ein beſchlußfähiges Haus beiſammen-

zuhalten. Bei einem Hammelſprung ſtellt ſich ſchon heute in der erſten halben Stunde heraus, daß nicht die Hälfte der Abgeordneten anweſend iſt. „199“, wird dem Präſidenten Fehrenbach zugerufen, „199!“ Er winkt matt ab, als wolle er ſagen: „Weiß ſchon! Weiß ſchon!“, läßt ſich wortlos in ſeinen ragenden Adlerſeſſel fallen, verſchnauft ſich erſt eine ganze Weile wie ein verzweifelnder Lehrer inmitten einer Horde unbelehrbarer Jungen und beraumt dann, unter Schließung der jetzigen, eine neue Sitzung an. Nach 25 Minuten iſt die nötige Zahl Volksvertreter herantelephoniert worden, und die Beratung kann weitergehen.

In den Bänken gerade der Regierungsparteien klaffen die größten Lücken. Nur ein knapp über die Hälfte gefülltes Haus beſchließt — und ſo iſt es alle Tage — über die grundlegenden Geſetze des Deutſchen Reiches. Sobald ſie aber in dieſer leichtfertigen Art entſtanden ſind, ſollen ſie auf einmal heilig und möglichſt unantaſtbar ſein. Von da ab, ſo wird heute beſchloſſen, iſt zu jeder Verfaſſungsänderung eine Zweidrittelmehrheit in einem mindeſtens zu zwei Dritteln gefüllten Hauſe nötig. Dabei wiſſen wir, daß die mit der Hälfte beſchlußfähige Nationalverſammlung, wie der Ausfall der Kreistagswahlen im ganzen Lande erweiſt, gar nicht mehr dem Willen der Nation entſpricht, die im Januar noch gänzlich unaufgeklärt und im vollen Wilſon-Rauſche an die Urne ging. Das wiſſen auch die regierenden Parteien. In ihrer Angſt vor dem kommenden Umſchwung ſind ſie daher zu allem bereit, auch zu einem verbrecheriſchen Attentat auf das Selbſtbeſtimmungsrecht des Volkes: es wird in ihren Konventikeln der Plan erwogen, die jetzige verfaſſunggebende Nationalverſammlung, die nach Erledigung ihrer Aufgaben auseinandergehen müßte, ohne Neuwahlen einfach als Reichstag weiterbeſtehen zu laſſen, ſich alſo auf dieſe Art die verfallenen Mandate weiter zu erſchleichen.

Damit ſichert man ſich Sitz und Stimme und Miniſtergehälter. Im übrigen iſt es für das parlamentariſche Syſtem bezeichnend, daß jedermann die Verantwortung weiterſchiebt. Der Präſident wird durch das Miniſterium gedeckt, das Miniſterium beruft ſich auf die Reichstagsmehrheit, und für die Reichstagsmehrheit wird der „Volksentſcheid“ die letzte Inſtanz. Das bedeutet die Aufhebung jeder verantwortlichen Führerſchaft in einem großen Volke. Jedermann verkriecht ſich und brüllt dann nur von hinten aus der Maſſe hervor. Die Unabhängigen möchten dieſen Zuſtand dauernd haben und beantragen, daß ſchon auf Verlangen von einem Zwanzigſtel der Wähler ein Volksentſcheid herbeigeführt werden müſſe, während die nationale Oppoſition das Referendum überhaupt für ein Unheil erklärt. Die Regierungsparteien lehnen die Anträge von links und rechts aber ab. Dann werden Poſt und Waſſerſtraßen auf den Einheitsſtaat übernommen und, wenn auch in nicht ganz eindeutiger Form, die Arbeiterräte in der Verfaſſung „verankert“. Über dieſen modiſchen Ausdruck muß man jetzt alle Tage ſtolpern. Seitdem wir keine Flotte mehr haben, wird bei uns alles mögliche verankert. Der Ankergrund iſt aber Triebſand.

Der „kleine“ Aderlaß

Weimar, 8. Juli

Namens des deutſchen Volkes haben am 22. Juni das Zentrum, die beiden ſozialdemokratiſchen Fraktionen und ein Teil der Demokraten beſchloſſen, daß wir alles bezahlen wollen, was die Entente von uns verlangen — wird, und am 28. Juni iſt dieſer Blankowechſel in Verſailles unterſchrieben worden.

Die Höhe der Summe wiſſen wir gar nicht. Es ſteht in dem Belieben der Feinde, in den leeren Raum über unſerer Unterſchrift hundert oder zweihundert oder tauſend Milliarden einzuſetzen und ſpäter, da es in der ganzen Welt nur etwa 24 Milliarden Mark in Gold gibt, ſtatt des uneinbringlichen Goldes von uns einzutreiben, was ihnen paßt, zunächſt alle Bodenſchätze und Wälder, alsdann Waren oder Sklaven. Der Tribut an Menſchenfleiſch wird nicht ausbleiben; wir ſind ja im vorhinein mit allem einverſtanden und haben auch laut Friedensvertrag nicht das Recht zu irgendeiner eigenen ſtaatlichen Ausgabe, zu irgendeiner Gehalts- oder Zinszahlung, ehe nicht die fälligen Jahresraten an die Entente abgeführt worden ſind.

Noch nach tauſend Jahren wird der ungeheuerliche Wahnſinn dieſer Unterſchrift als die in der Weltgeſchichte völlig einzig daſtehende Tat einer dummen und gewiſſenloſen Parlamentsmehrheit gebrandmarkt werden. Wir Zeitgenoſſen aber müſſen bluten, uns nützt der Spruch der Geſchichte nichts; das deutſche Volk ſelber hat ja dieſe Leute gewählt, die es ans Meſſer lieferten. Der große Aderlaß in die Kübel der Feinde ſteht uns noch bevor; vorerſt ſollen wir, um uns an das Bluten zu gewöhnen, einmal ſo an die hundert Milliarden zur Abbürdung der ſchwebenden Schuld und eines Teils der Kriegsanleihe und im übrigen jährlich etwa 23 Milliarden zur Deckung der laufenden Ausgaben hergeben. Und der Herr Finanzvalerala, Herr Erzberger, der ſeit dem Juli 1917 im Bund mit Scheidemann uns das angerichtet hat und nun ſerviert, ſteht oben am Rednerpult der Nationalverſammlung und ſagt, nur beten und arbeiten, dann werde es ſchon gehen; ſo habe wenigſtens er es ſein Lebtag gehalten. Daß er arbeitet, ſehr geſchickt arbeitet, notabene, wenn es ſich um das Durchſetzen ſeiner eigenen werten Perſon handelt, das wiſſen wir alle. Auch den Wortlaut der Rede, die er heute verlieſt, hat der

Gewiegte ſchon vorher drucken und an die Preſſe verteilen laſſen, ſo daß das Kalbfell unmittelbar losbrummen kann. Wie es dagegen mit dem Beten ſteht, das wiſſen wir natürlich nicht; das, was Erzberger bei perlendem Wein am Abend des Schandfriedens in die Weimarer Sommerluft hinausſang, das war jedenfalls kein Gebet, ſondern eine ſehr feuchtfröhliche Sache. Die Steuerentwürfe, die er heute einbringt, nachdem er die Bedeutung ſeines Amtes und ſeiner Perſon in der Einleitung der Rede herausgeſtrichen hat, ſtammen nicht von ihm, ſondern von ſeinem Vorgänger Schiffer. Der kann ſie daher auch nicht in Grund und Boden kritiſieren, ſondern ſeinem Temperament, das wohltuend von Erzbergers Schmalzigkeit abſticht, nur in Nebendingen freien Lauf laſſen. Zentrum und Sozialdemokratie müſſen erſt recht ihren Diener loben; und, o Wunder über Wunder, die Sozialdemokratie, die die indirekten Steuern des „alten Syſtems“ nie verrucht genug ſchildern konnte, findet heute durch den Mund des Abgeordneten Keil nichts an dem Plane ganz gewaltiger Tabak- und Zündholz- und Zuckerſteuern auszuſetzen. Sie findet die direkten Abgaben und die einmaligen Bußen, die einer Vermögenskonfiskation nahekommen, natürlich erſt recht plauſibel, nachdem Erzberger ihr geſagt hat: das ſei die erfolgreichſte Sozialiſierung, wenn man den Kapitaliſten das Geld abknöpfe. Das iſt, alle wiſſen es, heute eine harte Notwendigkeit, aber der Zentrumsminiſter nennt es gar eine ſittliche Gerechtigkeit; denn der Unterſchied zwiſchen reich und arm — hier zwinkert er den roten Regierungsgenoſſen zu — ſei in Deutſchland ſchon im Frieden zu groß geweſen. Dieſer Unterſchied war aber, ſcheint uns, nirgends ſo klein, als gerade in Deutſchland, und wenn wir erſt alleſamt verarmt ſind, werden wir uns nach jenem Unterſchied in der Zeit vor der Ära Erzberger-Scheidemann noch zurückſehnen.

Nach ſeiner Gewohnheit, eine unbequeme öffentliche Pole-

mit unter dem Schutze der Immunität auszutragen, nennt Erzberger einen seiner Vorgänger, Herrn Helfferich, der ihn um des Schmachfriedens willen in der Presse angegriffen hat, den leichtfertigsten aller Finanzminister. Das erregt einen Sturm des Unwillens auf der Rechten, dem ebenso starke Kundgebungen für Erzberger bei seinen Leuten folgen. Es war bisher nicht Mode, daß ein Minister einen Minister a. D. von der Reichstagstribüne herab beschimpfte. Aber wir werden uns noch an ganz andere Dinge gewöhnen müssen, bis dann eines schönen Tages der „große" Aderlaß durch die Entente kommt, für den die jetzige Steuerabzapfung, auch wenn sie bereits vielfach über ein Drittel unserer gesamten Einnahme erfassen wird, doch nur eine Vorübung ist. Dann wird endlich auch das wirklich große Erschrecken Herrn Erzberger beigebracht werden, der schon dieser Tage einmal vor einem gefürchteten Lynchgericht ausriß. Bisher, so rühmt er sich freilich, sei er nur zweimal in seinem Leben erschrocken: einmal, als er zum Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, das andere Mal, als er zum Finanzminister ernannt wurde. Diese Demut, mit der er als reine Magd die Engelsbotschaft aufgenommen haben will, ist ebensowenig farbecht wie die meisten sonstigen Behauptungen des Unverwüstlichen.

Das Urteil hat Rechtskraft

Weimar, 9. Juli

Die Berufungsfrist ist abgelaufen und von Deutschland nicht ausgenutzt worden. Die Deutsche Nationalversammlung hat die Rechtskraft des Vernichtungsurteils über die deutsche Nation anerkannt. Allerdings unter sogenanntem Protest. Der

verpflichtet zu nichts, ſteht nur in dem Stenogramm der heutigen Sitzung, kommt aber nicht unter die Ratifikationsurkunde, nicht in die Bücher der Geſchichte. Er iſt genau ſo wirkungslos, wie das Umherſpringen des kopfloſen Huhns, nachdem es geſchlachtet iſt; eine Augenweide für die rohen Buben der dreiundzwanzig feindlichen Mächte. Neben dem Proteſt erlaſſen die Abgeordneten Krätzig und Spahn noch ſentimentale Abſchiedsgrüße an die aus dem Reiche ausgeſtoßenen und verlaſſenen ſieben Millionen Deutſcher, ein ſchwächliches Getue, das auf die Verratenen nur übelkeiterregend wirken kann. In den 90er Jahren hat ein Abgeordneter einmal geſagt, ein Gramm Mitarbeit wiege ſchwerer als ein Zentner Mitgefühl. Mit dem Mitgefühl derer, die den Friedensvertrag unterſchrieben haben, retten die an Polen, Dänen und Franzoſen verkauften Stammesbrüder nicht ihre deutſche Kultur.

Ohne widerſprechen zu können, läßt ſich die Mehrheit von dem Abgeordneten Henke ſagen, daß die bedingungsloſe Unterwerfung der Initiative der Unabhängigen zu verdanken ſei. Dieſe hiſtoriſche Feſtſtellung iſt richtig. Um eine möglichſt impoſante Abſtimmung zu erzielen, wurde ja am 22. Juni die urſprüngliche Formel durch die bekannte Erzberger-Schiebung verändert, ſo daß auch die Unabhängigen mittun konnten, nachdem die regierende Mehrheit umgefallen war. Scheidemann und Erzberger haben uns zum Abgrund geführt, Cohn und Haaſe haben uns hineingeſtoßen, hinter ihnen aber ſteht das Volk der Straße, die kleine Minderheit der Pöbelaufſtände, der als Matroſen verkleideten Geldſchrankknacker und Zuhälter. Da haben wir den „Geiſt von Weimar“, der uns von dem Geiſt von Potsdam angeblich erlöſen wollte. Der gutgekleidete junge Mann freilich, der heute wie ein Rayonchef bei Wertheim die Ratifizierungsvorlage aus ſeinem Warenlager empfiehlt, der Sozialdemokrat Müller, nennt ſich Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten.

Von heute ab haben wir aber auf die Führung unſerer auswärtigen Angelegenheiten verzichtet. Die Entente beſorgt alles; bis ſie die Geſchäfte endgültig übernimmt, dauert es noch einige Monate. Inzwiſchen regieren in ihrem Auftrage Erzberger, Müller, Cohn und Genoſſen.

Was heute namens der Rechten Traub und Kahl in Erklärungen von erſchütternder Größe zu dieſem weltgeſchichtlichen letzten Augenblick vorbringen, das ſchallt herauf wie die Glocken Vinetas, der verſunkenen Stadt. Noch einmal packt uns der Schauer verlorener alter Herrlichkeit, ergreift uns das Gedenken an den zertrümmerten Jahrhundertbau der Väter. Weh dir, daß du ein Enkel biſt! Hingeriſſen ſpenden auch die Zuhörer auf den Rängen des Theaters beiden Rednern ihren Beifall. Der Präſide Fehrenbach aber ſchwenkt ſeine Ordnungsklingel und droht, die Tribünen ob dieſer Verſündigung an der Majeſtät des Parlaments räumen zu laſſen.

Noch in der allerletzten Sekunde möchte man der äußerſten Schmach entgehen, greift man nach einem Strohhalm. Nur aus dieſer verzweifelten Stimmung derer, die unſäglich um ihr Volk leiden, iſt es zu erklären, daß die Deutſchnationale Volkspartei in dieſer Sekunde den Antrag einbringt, man ſolle unter der Bedingung unterſchreiben, daß die Entente einwillige, die Ausführung der Strafparagraphen, die Auslieferung des Kaiſers und Hunderter von Offizieren, Staatsmännern, Beamten, ja ſogar Gelehrten, hinauszuſchieben, bis ſie das Gutachten der erſten Juriſten der neutralen Welt darüber eingeholt habe. Das ſoll eine goldene Brücke für diejenigen Engländer ſein, die ſelber der Ekel über dieſe Henkersarbeit ſchüttelt. Aber die Mehrheit wittert darin nur eine parteipolitiſche Falle und macht Skandal, argen Skandal. Daß der Antrag taktiſch falſch geweſen iſt, ſo ehrlich und glühend vaterländiſch er auch gemeint war, zeigt ſich ſchon darin, daß ſogar ein Teil der Fraktion der Deutſchen Volkspartei, die

ſonſt in ihren Anſichten über den Schmachfrieden mit den Deutſchnationalen völlig einig iſt, vor dem Antrag zurückſchreckt. Wenn man vaterländiſche Politik betreiben will, wird man der Parteitaktik bezichtigt; man muß Parteitaktik betreiben, wenn man dem Vaterlande dienen will. Das klingt heute noch paradox. Die geſamte Rechte wird es aber einmal noch einſehen müſſen und ihre Mitarbeit nicht mehr an das Beſſermachen der Mehrheitspolitik verſchwenden, ſondern einzig und allein auf den Sturz der Mehrheit richten. Das iſt eine Frage der Technik, und darin wird man noch viel Lehrgeld bezahlen müſſen, ehe man die Meiſterſchaft der regierenden Sozialdemokratie erreicht.

In einer Nachmittagsſitzung wird das Finanzprogramm weiter beraten. Erzberger macht ſich lieb Kind bei den Sozialdemokraten. Der Deutſche Volksparteiler Becker, als früherer Finanzminiſter Fachmann, führt ihn in vornehmer Art ab. Auch Graf Poſadowsky gibt manche Feinheit in einer durchdachten Rede. Der Reſt iſt Parteigezänk, Gezänk der Verkrachten, während der Gerichtsvollzieherwagen der Entente ſchon auf der Straße rumpelt. Man überlegt mit viel Klugheit, wie man unſere Finanzen wieder ausbauen werde, man lobt, man kritiſiert die Pläne; doch was ſind Hoffnungen, was Entwürfe: in den nächſten Menſchenaltern wird das deutſche Volk dank ſeinen Zugrunderichtern nicht zu Neubauten kommen, ſondern unter fremden Treibern für Fremde fronden müſſen. Hermann Müller, unſer auswärtiger Miniſter, der als Handlungsgehilfe in Frankfurt a. M. gelernt hat, weiß im Alten Teſtament offenbar gut Beſcheid. Er ſagt (am 9. November las man's anders, da ſtanden wir angeblich vor dem gelobten Lande), für uns beginne jetzt der vierzigjährige Zug durch die Wüſte. Das iſt eine ſehr raſige Auffaſſung. Uns ſcheint, daß wir erſt beim Ziegelſtreichen für die engliſche Weltpyramide ſind.

Richter Lynch

Weimar, 10. Juli

Wir haben lauter Volksparteien. Nun ſollen wir auch Volksgerichte bekommen. Ganz Deutſchland wird geiſtig zur Volksküche. Niemals in unſerer Geſchichte hat man vor Majeſtäten ſo mit dem Schweif gewedelt wie heute vor dem Worte „Volk“. Es iſt das weiter nichts als eine Kundenumſchmeichelung durch die Geſchäftemacher der Politik. Nur wenig Aufrechte haben Mut, zu ſagen, was iſt: Vox populi, vox Rindvieh. Wollte man wirklich im Geiſte von Weimar handeln, ſo müßte man demütig mit Schiller bekennen: „Verſtand iſt ſtets bei wen'gen nur geweſen.“

Alſo Volksgerichte. Bei der Beratung des Kapitels über Rechtspflege, die die ganze heutige Beſprechung über die Verfaſſungsvorlage ausfüllt, beantragen die Unabhängigen die Abſchaffung unſeres Richterſtandes und ſeine Erſetzung durch Laien, die vom Volke nach Reichstagswahlrecht erkoren werden. Das käme letzten Endes auf das Lynchſyſtem von Wild-Weſt heraus. Wer der Maſſe mißliebig iſt, wird geteert und gefedert, oder man veranſtaltet ein Preisſchießen auf ihn, oder man verbrennt ihn lebendig. Auf alle Fälle iſt es ein Volksfeſt. Wir möchten wohl wiſſen, wie die Urteile in einer Stadt ausfallen würden, in der die Unabhängigen die Mehrheit haben. Und da alle paar Jahre dieſe Volksrichter neu gewählt werden, könnten ſie ſich in das Recht gar nicht einarbeiten. Wir bekämen eine Klaſſenjuſtiz fürchterlichſter Art auf Grund ſtets wechſelnden ſogenannten Rechtsempfindens. Dieſen ärgſten Wahnſinn unſerer hirnverbrannten Zeit lehnt das Haus wenigſtens noch ab. Im übrigen benimmt es ſich wie der Stier im Porzellanladen. In einer Zeit, in

der Ärzte und Rechtsanwälte ſich endlich ihre Sonderehrengerichte errungen haben, in einer Zeit, in der es ſogar an der Börſe ein Ehrengericht gibt, wird es für die Offiziere abgeſchafft. „Ehre iſt ein Wort, und Worte ſind Luft; ich mag ſie nicht!“ ſagt der dicke Falſtaff. Der infernaliſche Haß der Reichsverderber gegen das Werkzeug unſerer bisherigen Größe hat eines ſeiner Hauptziele erreicht. Die Verordnung des alten Kaiſers Wilhelm I. über die Ehrengerichte für das Offizierkorps hat von jetzt ab nur noch Intereſſe für die Geſchichtsforſcher, ſagt der Abbruchsminiſter des preußiſchen Heeres, Oberſt Reinhardt. Er ſagt es ſo treuherzig, daß man unmöglich glauben kann, es ſei aus unendlicher Verbitterung und vaterländiſcher Scham geboren. Die gibt es überhaupt nicht mehr. Bis zum Kriege, in deſſen Verlauf man faſt wahllos auch moraliſch ganz ungeeignete Leute zu Offizieren ernannte, weil das Offizierkorps auf „breite demokratiſche Grundlage“ geſtellt werden ſollte, war der Ehrenſchild der Armee ſo blendend blank, daß die Reichsverderber davon Augenſchmerzen bekamen. Nun iſt das zu Ende. Hier und da hat ſchon das Volksgericht des Maſters Lynch eingeſetzt. Es tagte unter anderem auf der Saalebrücke und ſtieß den Oberſtleutnant v. Klüber in den Fluß, hackte dann auf ſeine Hände, die das rettende Ufer erfaßten, und ſchoß ihn nieder. Das bald nur noch ſogenannte Offizierkorps wird ja nun auf viertauſend Köpfe verringert. Das ſind keine Offiziere mehr, ſondern Polizeibeamte der jetzigen Regierung. Gegen ſolche hatte das „Volk“ früher den ſogenannten Blaukoller. Der ſtirbt nicht aus. Deſſen Objekt zu ſein, wird wahrſcheinlich ein herrlicher Beruf.

Einen Paragraphen in dem Rechtskapitel nimmt die Nationalverſammlung ohne jede Debatte an. Er beſagt, daß kein Deutſcher ſeinem geſetzlichen Richter entzogen werden dürfe. Es iſt kein Wunder, daß man um die Erörterung dieſes

Paragraphen in ſcheuem Schweigen ſich drückt, denn in dem Augenblick, in dem er beſchloſſen iſt, gehört die geſamte Regierung unſerer ſchwarz-roten Mehrheit wegen Verfaſſungsbruchs auf die Anklagebank des Staatsgerichtshofes. Dieſelbe Mehrheit entzieht nämlich Hunderte der beſten und edelſten Deutſchen, Hindenburg an der Spitze, ihrem geſetzlichen Richter und überliefert ſie dem Richter Lynch an der Themſe.

Grundrechte

Weimar, 11. Juli

An jedem Freitag gibt es im Parlament als trockene Faſtenvorſpeiſe ein Bündel der ſogenannten kleinen Anfragen, eine Einrichtung, die man vor einigen Jahren dem engliſchen Unterhaus entlehnt hat und die niemand befriedigt, weil man bei uns weder ſo ſarkaſtiſch zu fragen noch ſo augenzwinkernd zu antworten verſteht wie an der Themſe. Aber eine der heutigen Anfragen iſt doch ein Hochgenuß. Unter großer Heiterkeit fragt der deutſche Volksparteiler, Abgeordneter Rießer, wer die Verantwortung für die neuen Erinnerungsbriefmarken trage, für den roten Eichbaum, die blauen Zweige und den nackten Jüngling, deſſen linker Fuß von einer niederſtürzenden Maurerkelle bedroht werde. Die Heiterkeit wird dann einfach ſtürmiſch, als aus der Antwort ſich ergibt, daß drei Mitglieder des Hauſes, Heine, Nuſchke, Pfeiffer, im Preisgericht geſeſſen hätten. Sie werden von allen Seiten, auch von ihren eigenen Leuten, unter eifrigem Händeſchütteln ironiſch beglückwünſcht, der Sozialdemokrat, der Demokrat, der Zentrumsmann. Alſo auch dieſe ſchauerlich ſchönen Kunſtprodukte verdanken wir nur der regierenden Mehrheit. Lange

ſoll die Herrſchaft der neuen drei Marken nicht währen, wird geſagt. Wenn man erſt darüber einig iſt, was an Stelle von Adlern und Kronen als republikaniſche Hoheitszeichen eingeführt werden ſoll, die phrygiſche oder die Schiebermütze, die Handgranate oder der geborſtene Fabrikſchlot, dann ſoll es auch endgültig republikaniſche Briefmarken geben. Es täte aber not, unter den Grundrechten des deutſchen Volkes in der Verfaſſung auch dieſes feſtzuſetzen, daß nicht ausſchließlich die jetzige ſchwarz-rote Mehrheit die Entwürfe vorgelegt bekommt. Über den antiſezeſſioniſtiſchen privaten Kunſtgeſchmack des Kaiſers hat ſich jeder Bierphiliſter aufgeregt, obwohl Wilhelm II. in amtlicher Eigenſchaft anders handelte und den Sezeſſioniſten Bruno Paul an die Spitze des Kunſtgewerbemuſeums in Berlin berief. Jetzt droht uns der Abſolutismus des Parlaments in Kunſtdingen. Gegen den Kunſt-Pfeiffer des Zentrums haben wir nichts einzuwenden, er iſt noch ein wahrer Hellene im Vergleich zu manchen anderen; über Nuſchke als politiſchen Redakteur eines demokratiſchen Blattes iſt uns nichts bürgerlich Unanſtändiges bekannt; und Wolfgang Heine zeigt viel perſönlichen Geſchmack, indem er jeden Verkehr mit den Unabhängigen und jede Antwort auf Adolf Hoffmannſche Zwiſchenrufe ablehnt. Aber die Geſamtheit der Votokuden im Reichstage hat doch ſeinerzeit ſogar die wundervollen Wandgemälde Angelo Janks abgelehnt und, nachdem ſie aus den Taſchen der deutſchen Steuerzahler bereits bezahlt waren, zu dem Gerümpel in die Bodenkammer ſtellen laſſen. Die durchaus ariſtokratiſchen Republiken des italieniſchen Renaiſſancezeitalters brachten uns eine Blüte künſtleriſcher Kultur. Demokratien aber ſind in dieſen Dingen immer ſpießerhaft; oder täppiſch und kritiklos wie ein Parvenü.

Zu den Grundrechten des deutſchen Volkes gehört es leider noch nicht, von Geſchmackloſigkeiten verſchont zu bleiben. Aber ſonſt hat man alles Mögliche in das Kapitel der Grund-

rechte gepackt, das zu beraten man heute beginnt. Es ist das ein „salatähnliches Gebilde“, meint der Sozialdemokrat Quarck, und ähnlich wegwerfend äußern sich auch die Redner aller anderen Parteien und brechen die Beratung vorzeitig ab. Es ist möglich, daß das ganze Kapitel sogar an den Ausschuß zurückverwiesen wird. Nur der Abgeordnete Beierle, der als verantwortlicher Redakteur für diesen Abschnitt zeichnet, bittet um gut Wetter. Es war begreiflich, daß 1848 in der Paulskirche um Grundrechte geredet wurde, denn politische Rechte sollten dem Volke damals erst erstritten werden. Heute heißt es in Paragraph 1 der Verfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Es ist also selber völlig souverän, es kann selber und allein seine Gesetze machen, es steht ihm keine Gewalt gegenüber, vor der man seine Rechte behaupten müßte. Im Grunde ist also das ganze Kapitel über Grundrechte vollkommen überflüssig, ist lediglich ein Deklamatorium. Dazu kommt, daß jedermann andere Rechte geschützt zu sehen wünscht, der eine mehr die des Individuums, der andere mehr die der Gesamtheit. Auch sind dem Zentrum Dinge wichtig, auf die die Sozialdemokratie pfeift, und umgekehrt. So hat man denn einfach — sämtliche Forderungen sämtlicher Parteiprogramme der Mehrheit aufgenommen und notdürftig redigiert, zum Teil im Nachsatz wieder aufgehoben, was im Vordersatz steht. So wird die Freiheit der Person als unverletzlich proklamiert; aber ihre Beeinträchtigung oder Entziehung sei auf Grund von Gesetzen zulässig. Auch die Wohnung jedes Deutschen sei für ihn eine Freistätte und unverletzlich; aber wiederum ist das Eindringen in eine Wohnung auf Grund von Gesetzen erlaubt. Das Briefgeheimnis wird erneut als unverletzliches Grundrecht bezeichnet; aber auch da werden Ausnahmen durch Reichsgesetz statuiert. Die Sozialdemokratie verkündet in den Grundrechten völlige Zensurfreiheit; das Zentrum bringt im Nachsatz die Zensur für Lichtspiele und

andere Schauſtellungen und zur Bekämpfung der Schundliteratur wieder an. Das ganze Kapitel iſt überdies reich an Paragraphen, die in der heutigen rechtloſen Lage Deutſchlands eine leere Phraſe ſind. Offenbar hat ein Teil der Verſammelten doch ein unbehagliches Gefühl angeſichts dieſer neudeutſchen Geſetzesmacherei und atmet erleichtert auf, als nach beißender Kritik durch Heinze, Koch und andere auf demokratiſchen Antrag die Sitzung aufgehoben wird.

Weimar—Berlin

Weimar, 12. Juli

„Jeder Menſch kommt, meiner Meinung nach, als Souverän auf die Welt!“ erklärte einſt Trützſchler in der Paulskirche. Damals, 1848, erregte dieſe Entdeckung noch ſchallendes Gelächter im ganzen Säulenrund und auf der Empore. Heute, 1919, wird die gleiche Weisheit in blutigem Ernſt vorgetragen und beifällig von der größten Partei, der ſozialdemokratiſchen, vermerkt. Der Menſch iſt ſouverän, das Volk iſt ſouverän, die Nationalverſammlung iſt ſouverän. Was ſei dann aber der liebe Gott oder der Papſt oder der Herr Kaplan, fragt ſich einigermaßen beſtürzt das Zentrum und zieht an der Schrankenloſigkeit der ſozialdemokratiſchen „Grundrechte“ ſeine Dämme zugunſten von Kirche und Schule und öffentlicher Moral. Das paßt den Roten ſehr wenig. Sie möchten am liebſten mit dem Paulskirchler Ludwig Simon ſagen: „Wiſſen Sie, wer ein Rebell iſt? Wer gegen den Status quo ankämpft; und wir ſind der Status quo!“ Voller Zorn hat daher geſtern der ſozialdemokratiſche Abgeordnete Quarck die Grundrechte in ihrer jetzigen Form einen ſchönen Salat genannt; er

hätte ſie auch Kraut und Rüben nennen können. Die Verhandlungen darüber ſind nach Berlin verlegt worden. Dort wird die anſcheinende oder ſcheinbare Regierungskriſe (der ſiameſiſche Drilling der regierenden Mehrheit hat nur noch zwei Köpfe, und die fletſchen die Zähne widereinander) zu vollem Ausbruch kommen oder, wie uns ſcheint, durch irgendein Kompromiß beendet werden, da augenblicklich die Roten ohne die Schwarzen und die Schwarzen ohne die Roten politiſch nicht leben können.

In Weimar iſt eine kleine Verlegenheitsſitzung dafür eingeſchoben worden. Das Haus verſagt, wie üblich, in der heutigen Beratung die Strafverfolgung einiger ſeiner ſouveränen Mitglieder, darunter des unabhängigen Abgeordneten Geyer-Sachſen, der durch Nötigung, unterſtützt von Pöbelmaſſen, die Freilaſſung des ruſſiſchen Staatsangehörigen und bolſchewiſtiſchen Aufrührers Jakob Schleifſtein in Leipzig Ende April erzwungen hat. Auch noch vier andere Abgeordnete, die dieſes oder jenes Gericht liebend gerne haben möchte, werden durch den parlamentariſchen Königsmantel gedeckt und der Gerechtigkeit nicht überantwortet. Nur wenn die Schergen zu Hindenburg und Ludendorff und Tirpitz kommen oder den Skagerrakſieger, Admiral Scheer, aus ſeinem Weimarer Ruheſitz zerren wollen, um dieſe und andere Führer der Nation an England auszuliefern, hat das Parlament nichts dagegen. Der Reſt der kurzen Sitzung wird von Wahlprüfungen ausgefüllt. Mitten während der Debatte darüber, ob die Abſtimmung in einem Kreiſe, in dem 58 000 Wähler durch Spartakiſten am Wählen verhindert wurden, gültig oder ungültig oder noch reparabel ſei, bezweifelt das Zentrum die Beſchlußfähigkeit des Hauſes. Es iſt allenfalls ein gutes Schock ſouveräner Deutſcher im Saal, mehr nicht, und man geht nervös ſchon um 12 Uhr mittags auseinander: die Grundrechte, das geht jedermann im Kopfe herum.

Als in der Paulskirche im September 1848 gerade der Satz „die Wiſſenſchaft und ihre Lehre ſind frei“ in den Grundrechten beſprochen wurde, krachte die nördliche Kirchentür unter den Axthieben der damaligen Unabhängigen zuſammen, derſelben Leute, die auf die „Souveränität“ der Demokratie und ihrer Vertreter pfiffen und ſogar zwei geheiligte Mitglieder des Hauſes, Lichnowsky und Auerswald, beſtialiſch ermordet hatten. Damals retteten preußiſche Soldaten das Parlament, die man nur noch nicht Noske-Garde nannte. In der Paulskirche wurde unentwegt weiter über die Verfaſſung verhandelt, aber gerade bei den „Grundrechten“ ging der Verſammlung der Atem aus und ſie verblich eines elenden Landſtreichertodes hinter ſchwäbiſchen Hecken. Die heutige Lage weiſt etliche beängſtigende Ähnlichkeiten auf, nur daß keine Monarchie mehr in Aufnahmeſtellung ſteht, ſobald das Parlament an der eigenen Unfähigkeit und dem Anſturm der neuen Außenrevolution zugrunde geht. Wenn dieſer letzte deutſche Souverän, der im Theater zu Weimar thront, die ſouveräne Nationalverſammlung, in eine wirkliche Kriſe gerät, die Mehrheit zerfallen ſieht, dann wird er, wenn durch nichts anderes, ſo doch ſchon durch die Lächerlichkeit getötet. Darum klebt, leimt, kittet man heute fieberhaft in Berlin mit allen Solokräften und gibt im Landestheater in Weimar nur eine kurze Matinee mit dritter Beſetzung und Statiſten.

Der Schrei nach Rente

Weimar, 14. Juli

Wer irgendetwas, entweder Ware oder Arbeit, in den Kriegsjahren frei verkaufen konnte, der „machte ſich geſund“.

Es haben nicht nur in den Privatkontoren der großen Industriewerke oder in den Ecken der Schieberkaffees die Kriegsgewinnler gesessen. Man braucht nur in den Rauchwarengeschäften nachzufragen, welche Menge teuerer Pelze an Arbeiterfrauen in dieser Zeit geliefert worden ist; oder die Statistik der Sparkassen nachzulesen; oder sich der jungen Lausbuben zu erinnern, die in Weinstuben den Prokuristen spielten. Jammervoll stand es nur um alle diejenigen, die nichts unter Preissteigerung an den Mann bringen konnten, sondern vertraglich zu den festen Bezügen der Friedensarbeit weiterarbeiteten: um die Beamten. Dann ebenso oder noch schlimmer um die kleinen Rentiers, die Invaliden, die Witwen mit Ruhegehalt.

Der Deutschen Nationalversammlung, die heute nach Weiterberatung der am Sonnabend angeschnittenen Wahlprüfungen sich mit der Erhöhung aller Renten, namentlich für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, befaßt, liest der Präsident Fehrenbach gehörig den Text. Etwa nach dem, irren wir nicht, Goetheschen Rezept: „Bilde, Künstler, rede nicht!“ Die Herren möchten sich etwas kürzer fassen und dafür etwas schneller abstimmen, sonst werde man mit dem Stoff überhaupt nicht mehr fertig. Die Mahnung verhallt. Es beginnt sogar alsbald ein Wettreden aller Fraktionen anläßlich einer sozialdemokratischen Interpellation, die den Schrei nach erhöhter Rente zum Ausdruck bringt. Es ist niemand im Hause und außer dem Hause, der nicht wüßte, daß die Renten unter den heutigen Lebensbedingungen völlig unzureichend sind, nicht nur für Kriegsbeschädigte und für Hinterbliebene von Gefallenen, sondern auch für Invaliditäts- und Altersrentner und sonstige Pensionäre vom Schlachtfelde der Friedensarbeit. Aber ebensowenig weiß jemand von heute auf morgen zu sagen, woher man die etwa erhöhten Bezüge nehmen soll. Selbst wenn wir an Stelle des Zauberlehrlings Erzberger, dem die Wasser bald bis an den Hals gehen werden,

einen Meiſter als Finanzmann hätten, könnte er nichts verſprechen, weil — noch niemand weiß, ob die Entente uns nicht überhaupt einen Strich durch unſer ganzes Rentenweſen macht. Nach dem Friedensvertrag, den die jetzt ſo munter interpellierenden Sozialdemokraten unterſchrieben haben, ſind unſere Feinde berechtigt, uns jede Zahlung an die eigenen Notleidenden zu verbieten, ehe wir nicht ſämtliche Penſionen für ihre, die feindlichen, Kriegsverletzten und Hinterbliebenen entrichtet haben. Davon ſpricht heute kein Menſch. Man fließt über von Wohlwollen für die Armen, und die ſchwarzrote Regierung verſpricht auch, ihr Möglichſtes zu tun; das iſt alles. Noch eine andere Tatſache erwähnt niemand. Es heißt immer, der Krieg und nicht die Revolution ſei an allem Unheil ſchuld. Schon da müßte man wenigſtens ſagen: der verlorene Krieg. Wenn wir durchgehalten hätten, ſtatt auf den Scheidemann-Erzberger-Frieden hinzutreiben, ſo ſtünde es anders um uns. Dazu kommt die ungeheuere Vergeudung der Reichsmittel durch die Revolution. Es iſt von der Regierung ſelber offen zugeſtanden worden, daß Heeresgut im Werte von über fünf Milliarden Mark in den erſten Umſturzmonaten ſpurlos verſchwunden iſt, ein Betrag, der, als Rente angelegt, die gute Verſorgung von rund 250 000 Kriegsbeſchädigten auf Lebenszeit ermöglicht hätte. Rechnet man das übrige erpreßte, geraubte, verſchleppte Geld der neuen Ära hinzu, ſo ergibt ein einfaches Diviſionsexempel, daß wir damit der ganzen Not unſerer Rentner hätten ſteuern können. Sie haben ihre Not alſo ausſchließlich den jetzt regierenden Herren zu verdanken, die zuerſt einen deutſchen Sieg untergruben und dann unſeren verfügbaren Beſitz verludern ließen. Es iſt elende Heuchelei, wenn jetzt die Sozialdemokratie für die Armen „eintritt“. Der Räuber vergießt Tränen und kondoliert ſeinem Opfer! Das iſt der verlogene revolutionäre Parlamentarismus in Reinkultur. Es täte not, daß die Millionen

betrogener Deutſchen damit wachgepeitſcht würden, nicht nur durch Zeitungen, die nicht in alle Hände gelangen, ſondern von Mund zu Mund, von einem Haus zum anderen, im Hinterhof, in den kargen Küchen, auf den Arbeitsſtätten.

Das gebefreudige Haus ſtimmt heute auch der Erhöhung der Alimente für natürliche Kinder zu. Ebenſo will es allen den in der Heimat, nicht im Kriegsdienſt angeſtellten Beamten der letzten fünf Jahre, die ſich bei Kohlrüben und ſonſtigem Erſatz durchgehungert haben, dieſe ſchweren Jahre für das Penſionsalter doppelt anrechnen, genau ſo wie den „wirklichen" Kriegsteilnehmern. Kleine Geſchenke erhalten die Freundſchaft. Sie verärgern manchmal auch den zuſchauenden Dritten. Hier handelt es ſich außerdem um das Verſprechen eines Geſchenks, deſſen Erfüllung wie alles andere davon abhängen wird, was die Feinde genehmigen. Die Nationalverſammlung hat uns ja völlig in ihre Hand gegeben. Der Schrei nach deutſcher Rente, der aus Frankreich kommt, wird den unſrigen überdröhnen.

Der Tag der Ziez

Weimar, 15. Juli

Der Genius Weimars iſt durch die bekannte Kranzſpende abgefunden; er hat keinerlei weitere Forderungen zu ſtellen. Ehern und ſtumm wenden Schiller und Goethe dem Nationaltheater den Rücken zu und ſchauen in entſchwundene Zeiten, in denen der Geiſt von Weimar nicht von Parvenüs umhuldigt, ſondern von allen Feinen und Guten gelebt wurde. Kein Hauch davon iſt in der Reichsredehalle mehr zu ſpüren. Es wäre ja auch ſonderbar, wenn eine Frau Ziez jetzt Goethe

zitieren und die Grundrechte und Grundpflichten der beiden Geſchlechter mit den Worten umſchreiben wollte:

> Kraft erwart' ich vom Mann; des Geſetzes Würde behaupt' er.
> Aber durch Anmut allein herrſchet und herrſche das Weib!

Anmut iſt — nach einer nicht ganz umfaſſenden Erklärung — die Schönheit in der Bewegung. Sie fehlt der Frau Zietz, neben manchem anderen, ſicher. Wenn man ihr muskulöſes breites Geſicht ohne Zucken als Sprechmaſchine dienen ſieht, aus der in harten Lauten immer wieder nur ein Stück Erfurter Programm hervorquillt, wenn man ihre kräftigen Arme ſtoßweiſe die Luft hämmern ſieht, als wolle ſie Hufeiſen ſchmieden, ſo hat man unbedingt den Eindruck, daß ein Mann einem gegenüberſteht, der nur in Ermangelung von Hoſen ſich in das lange Weibergewand geworfen hat. Auf keinen Fall vermag man ſich vorzuſtellen, daß dieſe Frau jemals ein ſanftes Kinderfräulein geweſen ſein kann, das ſogar einen Fröbelkurſus hinter ſich hat, wie in ihrer Lebensbeſchreibung im Parlamentsalmanach zu leſen ſteht. Die Damen der Geſellſchaft in Weimar, für die das Theater Theater geblieben iſt, beſtürmen einen um Karten, wenn ſie glauben, die Zietz werde ſprechen, denn ihrem wollüſtigen Schauder erſcheint dieſe Frau als eine wilde Petroleuſe, die man ebenſo lorgnettieren muß, wie es die Damen von Verſailles vor hundertunddreißig Jahren mit den erſten Weibern taten, die „zu Hyänen wurden". Eine Petroleuſe iſt Frau Zietz aber keinesfalls. Auch nicht der Hansnarr, für den ſie die Mehrheit der Kollegen in der Nationalverſammlung hält, die ihre Zwiſchenrufe nachäfften und im Chorus mit „Hier zieht's, Frau Zietz!" ſie ſchon manchmal zu übertäuben verſuchten, dadurch aber nur erreicht haben, daß ſie noch mehr aufgeſtachelt, in ihrem Tun beſtärkt und in ihrer Selbſtüberſchätzung, der alle Halbgebildeten ſowieſo leicht erliegen, geſteigert wird.

Nein, ſie iſt keine Petroleuſe. Sie iſt eine etwas beſchränkte Proletarierfrau, die von Mutter Natur eine übergroße Menge — um mit Weininger zu ſprechen — männliche Moleküle mitbekommen hat und in ihrem männlichen Amt als Parteiſekretär der Unabhängigen immer noch mehr verholzt iſt. Es fehlt ihr gelegentlich auch nicht an einem guten Einwurf in die Debatte. Es handelt ſich heute, wo ſie wieder zu Worte kommt, bei den in der Verfaſſung zu „verankernden“ Grundrechten des Deutſchen auch um die Grundrechte der Frau. Jahrzehntelang hat man die letzte Folgerung der demokratiſchen Entwicklung auf Grund der „Gleichheit alles deſſen, was Menſchenantlitz trägt“ nicht gezogen, die Frau nicht zur politiſchen Mitentſcheidung im Staate zugelaſſen, weil das Wahlrecht ein Korrelat der Wehrpflicht ſei. Das iſt alte germaniſche Auffaſſung. Im Thing ſitzt nur, wer wehrhaft iſt. Frau Zietz aber findet heute die geſchickte Wendung, daß mindeſtens die gleiche vaterländiſche Laſt wie der Heeresdienſt der Männer und im Jahrhundertdurchſchnitt mindeſtens ebenſo lebensgefährlich die Mutterſchaft der Frau ſei; das mache ſie gleichberechtigt, das zwinge zum Niederreißen auch der letzten Schranke. Der Einwurf, ſo durchſchlagend er im erſten Augenblick erſcheint, iſt freilich nur ein Blender. Frau Zietz beſtätigt damit doch gerade die Verſchiedenheit der Geſchlechter: der Mann wird nie Kinder kriegen, die Frau nie die Waffe tragen; auch nicht einmal das Steigerbeil in der Zwangsfeuerwehr, wie der Demokrat Dr. Luppe nebenbei erwähnt. Schützer des umfriedeten Heims iſt und bleibt der Mann, und nicht draußen, ſondern „drinnen waltet die züchtige Hausfrau“; hinaus ins feindliche Leben muß immer noch vorzugsweiſe der Mann.

Die ſoziale Entwicklung hat bei uns nun auch die Frau in den Daſeinskampf geſtellt, und insbeſondere der ſelbſtändigen erwerbstätigen Frau gönnt heute jede Partei das Wahlrecht.

Aber auch der Frau überhaupt, — weil der Mann verſagt hat. Wenn bei den alten Germanen die Männer geſchlagen zurückfluteten, der Feind bis an die Wagenburg drang, dann erhob ſich die Frau mit der Streitaxt in der Fauſt. An die Abſchaffung der ſtaatsbürgerlichen Rechte der Frau denkt heute kein Menſch mehr. Der Antrag der Unabhängigen aber, beide Geſchlechter in jeder Art gleichzuſtellen, wird von ſämtlichen bürgerlichen Parteien nach einer eindrucksvollen Rede auch der Zentrumsabgeordneten Frau Reuſch gegen die beiden ſozialiſtiſchen Fraktionen abgelehnt.

Dasſelbe Schickſal erlebt der Antrag, an Stelle der Verfaſſungsbeſtimmung, daß der Adel nicht mehr verliehen werden dürfe, die Abſchaffung auch des beſtehenden Adels zu erklären. Das „von“ iſt ja nur noch ein Teil des Namens, nichts weiter. Es gibt auch Nichtadelige mit ſolcher Vorſilbe: die vom Brühl, vom Hofe und andere. Graf Poſadowſky und Redner der übrigen Parteien erörtern das ruhig und leidenſchaftslos; der nicht roten Mehrheit des Hauſes iſt der ſozialiſtiſche Antrag, der nur ein ſinnloſes „écraſez l'infame“ iſt, einfach zu dumm. Frau Agnes, die Unabhängige, die auf einem der vier Schriftführerſitze neben dem Präſidenten thront, behauptet zwar entgegen allen Kollegen des Hochſitzes mit weiblichem Eigenſinn, ſie ſehe keine Mehrheit ſtehen, und erzwingt dadurch, da das Bureau nicht einig iſt, die Auszählung durch Hammelſprung. Da wird denn die Niederlage der ſozialiſtiſchen Parteien auch zahlenmäßig feſtgelegt. Das hat Frau Agnes nun ſchon zum drittenmal getan. Sie iſt kein Mann wie Frau Zietz. Sie klammert ſich an den Gedanken, ſie könne die Parteiſache retten, wenn ſie ein klares Exempel anzweifle; ſie wartet wie Nora „auf das Wunderbare“, ſie ſieht die Mehrheit nicht, weil ſie nicht ſehen will, und ſie hofft im ſtillen, daß ein Dutzend fehlender Roter plötzlich beim Hammelſprung noch zur Tür hereintreten und ein Dutzend Bürgerlicher plötz-

lich wegen Naſenblutens verſchwinden werde. Sie iſt faſt anmutig als weiblicher Trotzkopf.

Die neue Verfaſſung will übrigens nicht nur mit dem Adel, ſondern auch mit dem Titel- und Ordensweſen aufräumen. Daß die regierende Mehrheit dies in den Grundgeſetzen des Reiches feſtlegen will, zeugt von ihrer lächerlichen Angſt vor ſich ſelber. Eine bloße Verordnung würde ja genügen. Aber die regierende Mehrheit, die ſelber munter den Profeſſorentitel an ſozialiſtiſche Künſtler und Schriftſteller weiter verleiht, weiß, daß kein Republikanertum vor Eitelkeit ſchützt; ſie hat Angſt vor den Anſprüchen der eigenen Geſinnungstüchtigen und will ſich in der Verfaſſung verbarrikadieren. Dieſe Barrikade können heute die wenigen Anweſenden errichten. Steht ſie einmal in der Verfaſſung da, ſo iſt eine Zweidrittelmehrheit in einem zu zwei Dritteln beſetzten Hauſe nötig, um ſie wieder niederzureißen, alſo nahezu zweihundert Abgeordnete. Daher die Eiferſucht um die Grundrechte. Man will der Entwicklung Einhalt tun: es kann einmal auch andere Mehrheiten geben, aber die ſollen dann eine chineſiſche Mauer vorfinden.

Bei der Beratung des Grundrechtes der Staatsangehörigkeit erhält ein Oſtmärker, der Pfarrer Aßmann von der Deutſchen Volkspartei, die Gelegenheit, das Teſtament der verlorenen Deutſchen bei uns niederzulegen. Dieſer geborene Volksredner, deſſen Stimme wohl einen Rieſenzirkus noch ausfüllen würde, erzwingt auch hier Andacht. Er erbittet Erleichterung aller Scherereien für den Fall, daß nach zwei Jahren eine Anzahl Deutſcher aus dem Oſten ins Reich zurück wolle; die Mehrheit aber werde und müſſe zu polniſchen Untertanen werden, weil nur das enge Beiſammenbleiben der dortigen Deutſchen das Deutſchtum ihnen ſichern könne. Man lauſcht erſchüttert. Dann aber knarrt wieder die Parteimaſchine. Der Schluß des Tages gehört erneut der handfeſten

Frau Zietz, die mit einer Eindeutigkeit, die man sonst nur in vorgerückter Männergesellschaft findet, für die Beseitigung aller Zwangsmaßnahmen gegen Prostituierte eintritt. „Wenn du wissen willst, was sich ziemt, so frage nur bei edlen Männern an“ muß man wohl heute den alten Vers variieren. Die Männer, vor allem Fehrenbach und Kahl, fallen der Frau Zietz entsetzt ins Wort. Aber hart und unerbittlich reckt sie ihre Faust. Was wahr sei, sei doch wahr. Sie ist erstaunt über die Zimperlichkeit des anderen Geschlechts.

Immer noch mehr Grundrechte

Weimar, 16. Juli

Unter die Grundrechte des deutschen Volkes wollten die beiden sozialistischen Fraktionen gestern in die Verfassung das Recht der Straßendirnen aufnehmen, polizeilich nicht belästigt zu werden. Die gleichen Antragsteller wünschen heute für die Grundrechte einen weiteren neuen Paragraphen, der das Recht der Mörder festsetzt, daß sie der Todesstrafe nicht unterliegen. Zum dritten wird verlangt, daß als Grundrecht der unehelichen Mütter der Titel Frau genehmigt und jede Mutterschaft der Ehe gleichgestellt werde. Außerdem sträuben sich die roten Weltverbesserer gegen jede Filmzensur, so daß auch weiterhin wie in den bisherigen Monaten seit der Revolution übelweise der moralische Unrat über uns ausgegossen werden kann.

Das ist der Inhalt der heutigen ausgedehnten Debatten, die nachgerade den Eindruck machen, als wolle die vereinigte Sozialdemokratie bei dem Verfassungswerk Obstruktion treiben, bis ein neuer Putsch alles bisher Geschaffene über den Haufen wirft und die Diktatur des Proletariats unter Führung

der Unabhängigen bei uns einführt. Über den wichtigen Artikel 111 der Verfassung, der das Grundrecht des „civis germanus sum“ gegenüber dem Auslande festlegt, den Schutz des Reiches allen Reichsangehörigen zusichert, eine Auslieferung Deutscher an das Ausland verbietet, wird hinweggeglitten. Aber der neueingebrachte Artikel 113 a, der die Abschaffung der Todesstrafe verlangt, nimmt Stunden in Anspruch. Dieselben Leute, die am 9. November überall eine Razzia auf königstreue Offiziere unternahmen, um sie zu erschlagen, dieselben Leute, die im Januar und im März mit Maschinengewehren die Berliner Straßen entlang in das Publikum hineinschossen, dieselben Leute, die in München die bürgerlichen Geiseln abschlachteten, erklären die von der Staatsgewalt über Verbrechen verhängte Todesstrafe für eine Kulturschande. Sogar ein so eingefleischter Pazifist, wie es der demokratische Abgeordnete Haußmann ist, bestreitet da den Cohn und Genossen das moralische Recht zu ihrem Antrage. Die Redner der Rechten tun es, in der Form noch viel zu milde, ebenfalls. Mit einer nicht sehr großen bürgerlichen Mehrheit wird der § 113 a denn auch abgelehnt. Es scheint aber, daß diese Mehrheit sich schon darauf vorbereitet, den verlorenen Posten aufgeben zu müssen. Sie rechnet augenscheinlich damit, daß der Ausschuß, der unser Strafrecht umarbeitet, die Todesstrafe „dem Zeitgeiste entsprechend“ streichen wird. Gegen diesen Geist der Zeit, der nach Revolutionen mit ihrer völligen Nichtachtung des Menschenlebens sich stets in Sentimentalitäten ergeht, hat einst Wolfgang Menzel sein bestes Buch geschrieben. Darin steht ein Kapitel vom Eskamotieren des Bösen, ein Kapitel von der Abschaffung der Todesstrafe; wenn man das heute liest, so weiß man wieder einmal, daß die Weltgeschichte sich stets wiederholt, daß nur durch Namen und Jahreszahlen die Wellenberge und Wellentäler der Entwicklung sich unterscheiden.

Die ſkandalöſen Dinge, die ſich ſeit dem November auf der Flimmerleinwand breitmachen, nennt der unabhängige Abgeordnete Koenen ein Ergebnis der — kapitaliſtiſchen Wirtſchaftsweiſe. In dem nicht kapitaliſtiſchen, ſondern bolſchewiſtiſchen Rußland aber triumphiert doch auch nicht die Reinheit des Rouſſeauſchen Naturkindes; ſelbſt das letzte Bauerndorf dort iſt jetzt mit pornographiſchen Bildern und Schriften überſchwemmt. So iſt es überall. Die Wahrheit iſt, daß des Menſchen Tun böſe iſt von Jugend auf, alſo durch erbliche Belaſtung, nicht durch Erziehung und Umgebung; und daß der ſtarke bürgerliche Staat wenigſtens Schranken und Grenzen ſetzen konnte, während im revolutionären der Schmutz ungehemmt über alle niedergeriſſenen Dämme flutet. Es gibt eine gereizte Debatte zwiſchen Cohn und Haußmann, Cohn und Fehrenbach, dann wird der Zenſurparagraph in der alten Ausſchußfaſſung gerettet.

Von den Damen der Fraktion Cohn wird bei Beſprechung des Zenſurparagraphen noch einige Zurückhaltung beobachtet. Der Verfaſſungsabſchnitt über das Gemeinſchaftsleben aber ſieht ſie wieder auf dem Plan. Bei dem erſten Paragraphen des Abſchnittes, dem Paragraphen 118, der die Ehe als Grundlage des deutſchen Familienlebens unter den beſonderen Schutz der Verfaſſung ſtellt, kommt der Demokrat Dr. Luppe ihnen ſchon halbwegs entgegen, indem er Streichung der Worte „als Grundlage des deutſchen Familienlebens“ beantragt. Die Unabhängigen wollen aber für die Ehe gar keinen beſonderen Schutz, ſondern nur für die Mutterſchaft. Das uneheliche Kind ſoll nicht nur den Namen des Vaters, ſondern überhaupt alle Rechte der legitimen Kinder erhalten, ſomit doch wohl auch Unterhalt und Erziehung im Hauſe des Vaters ſelbſt. Soll die Mutter alſo auf die Gemeinſchaft mit ihrem Kinde verzichten? Oder ſoll es einen gemiſchten Haushalt wie beim Erzvater Abraham geben? Wie denkt man ſich ferner

das Zuſammenleben von Kind und Kegel? Das alles ſchiert Frau Ziez nicht, das alles macht Herrn Cohn keine Kopfſchmerzen, denn die Sache iſt längſt entſchieden, im Erfurter Programm feſtgelegt oder in Bebels Buch von der Frau angedeutet, alſo nur immer hinein damit in die Verfaſſung. Noch mehr hinein. Auch die völlig koſtenloſe ärztliche Behandlung und die ebenſo koſtenloſe Darreichung jeglicher Arznei für jeden Deutſchen ſoll, wie heute beantragt wird, in die Verfaſſung. Die Sozialiſten beider Fraktionen ſind noch lange nicht fertig. Das Grundrecht auf Opernhaus und Kempinski, auf Strandkorb und Nullſtundentag fehlt noch. Das Schlaraffenland muß aus dem Märchen ins Geſetzbuch. Frau Ziez wird fortan auf ihre tauſend Mark Monatsgehalt verzichten, damit das deutſche Volk koſtenlos ihre Reden genießen kann, und Herr Rechtsanwalt Cohn wird kein Honorar von uns verlangen, wenn wir ihn um unſere Vertretung in der Feſtſtellungsklage erſuchen, ob ſeine Partei dem Irrenhauſe entſprungen iſt oder nicht.

Vielrednerei

Weimar, 17. Juli

Mit einer kurzen Mittagspauſe dauert die Sitzung von halb zehn Uhr morgens bis halb acht Uhr abends. Wer zählt die Männer, nennt die Namen, die eifrig hier zu Worte kamen! Ganz ſummariſch tut es der Bericht, der „Einheitsbericht“, der allein nach Berlin telegraphiert wird, um den Draht nicht zu überlaſten, und in völlig gleicher Form den Zeitungen ſämtlicher Parteien zugeht. Je länger eine Sitzung dauert, deſto kürzer kommen im Bericht die einzelnen Redner weg;

zumal wenn dann wegen Papiermangels ihnen das wenige auch noch zuſammengeſtrichen wird. Nachher ſträuben ſich den Herren freilich die Haare, wenn ſie aus einer halbſtündigen Rede voll Geiſt und Gemüt höchſtens einen einzigen wahllos herausgegriffenen Satz in der Preſſe finden. Das ergibt natürlich Zerrbilder. Es kommt praktiſch auf ein völliges Aufhören der Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen heraus; was in den Blättern ſteht, das iſt naturgemäß weiter nichts als ein mangelhafter Protokollauszug, und die ſtenographiſchen Berichte, die einige Tage ſpäter im Buchhandel erſcheinen, kommen doch nur in die Bibliothek und in die Hände weniger Berufspolitiker. Auch der Vogelſchauer der einzelnen Zeitung, der über das Ganze ein paar zuſammenhängende Zeilen ſchreibt, iſt an den Raum gebunden. Je mehr die Abgeordneten alſo ſprechen, deſto mehr ſchweigen ſie ſich ſelber tot.

Noch einmal redet ihnen der Präſident heute launig ins Gewiſſen, aber alle Mühe iſt eitel. Dabei iſt durch die ſogenannten öffentlichen Reden in der Plenarſitzung doch nie mehr etwas an dem zu ändern, was die Fraktionen vorher über die Abſtimmung beſchloſſen haben, es ſei denn, daß eine Zufallsmehrheit eine Überraſchung bringt oder in Kleinigkeiten dem geſunden Menſchenverſtand nachgegeben wird, wenn ein Abgeordneter irgendeinen hahnebüchenen Unſinn geſchickt an den Pranger ſtellt. Heute erleben wir beides. Mit 138 gegen 133 Stimmen wird, weil die zur Ablehnung noch fehlenden paar Herren vielleicht gerade ſich einige Zigarren holten oder das letzte Brötchen frühſtückten oder an die Gattin, ach, die teure, einen Brief im Oberſtock ſchrieben, der rote Antrag zugunſten des Fräulein Mutter angenommen, die fortan in allen amtlichen Verzeichnungen als „Frau“, wenn auch in Klammer als ledige, geführt werden ſoll und mit dieſem Titel ſich dreiſt in die Reihe der ehrbaren

drängen darf. Es gibt natürlich Ausnahmefälle, wo es einem als Grauſamkeit gegen die ledige Mutter erſcheint, ſie zu brandmarken. Die grundſätzliche Verleihung des Titels Frau an alle Mütter aber, die mit Hilfe einiger Demokraten zum Mehrheitsbeſchluß geworden iſt, bedeutet doch ein Niederreißen ſchützender Schranken um die Ehe ſelbſt, wenn ſo auch die geſellſchaftlichen Unbequemlichkeiten der unehelichen Mutterſchaft aus dem Wege geräumt werden. Das zweite Beiſpiel, das einer Paragraphenänderung im letzten Augenblick, haben wir heute dem Profeſſor Kahl zu verdanken, auf deſſen Antrag in den Grundrechten des Deutſchen die Glaubens- und Gewiſſensfreiheit ſtehenbleiben, die „Gedankenfreiheit“ aber geſtrichen wird, weil es eine leere Phraſe iſt, dem Marquis Poſa Schillers nachgeplappert. Schon der Volksmund ſagt ja, daß Gedanken zollfrei ſind; der Staat kann ſie gar nicht kontrollieren und braucht ihnen die Freiheit auch nicht erſt zu ſchenken. Geſtrichen wird ferner, was feſtzuſtellen nicht ohne Reiz iſt, auf demokratiſchen Antrag die Formel, daß die Ehe „als Grundlage des deutſchen Familienlebens“ unter dem beſonderen Schutz der Verfaſſung ſtehe. Neu aufgenommen der Schutz für die Mutterſchaft ſchlechthin. Im übrigen werden faſt alle Grundrechte in dem Abſchnitt über das Gemeinſchaftsleben unverändert nach der Ausſchußfaſſung angenommen, die der Beamtenſchaft nach beſonders eingehender Debatte.

Der Abſchnitt über Religion und Religionsgeſellſchaften gibt den Sozialdemokraten die Gelegenheit, wider den Stachel zu löcken, obwohl es nicht ganz fair iſt, das Kompromiß, das man ſoeben erſt mit der mitregierenden ſchwarzen Bruderpartei geſchloſſen hat, gleich ſo ſchlecht zu machen. Verlockend genug mochte es ja freilich ſein, denn das Kompromiß, aus dem die ſtaatsfreie, aber nicht ſtaatsloſe Kirche hervorgegangen iſt, weiſt deutlich ſeinen Doppelurſprung auf;

es ist, als hätten ein alter Kirchenmaler und ein moderner Expressionist einander immer abwechselnd den Pinsel entrissen und sich abwechselnd auf der Leinwand verewigt. Von evangelischer Seite nimmt besonders eindrucksvoll der Paulskirchen-Pfarrer Veidt zu den neuen Arbeitsbedingungen Stellung, die die Kirche vorfindet, und er tut es in gläubigem Optimismus. Gerade jetzt in dieser Zeit. Als in einer ähnlichen Zeit vor mehr als hundert Jahren der Freiherr vom Stein innerlich völlig zusammengebrochen gewesen sei, da habe ihn eine Predigt Schleiermachers in der Dreifaltigkeitskirche zum erstenmal wieder aufgerichtet. So sei von dieser Stelle aus die Rettung des Vaterlandes ausgegangen.

Die verschacherte Jugend

Weimar, 18. Juli

In einer zittrig und greisenhaft gewordenen Gegenwart erwarten wir alles von der Jugend, von der Zukunft. „Noch werden deutsche Kinder von deutschen Müttern geboren; aus unseren Gebeinen wird uns einst der Rächer erstehen!“ so sprach am 12. Mai der Präsident der Nationalversammlung. Er ist mitsamt den Seinen vom Zentrum seither etwas vergeßlich geworden. Am 22. Juni wurde das Manneswort „Unannehmbar“ wie ein Streichhölzchen geknickt und weggeworfen. In den Tagen seither aber wurde um die Seele der heutigen und der noch ungeborenen künftigen deutschen Jugend geschachert, einigten sich Zentrum und Sozialdemokratie über die Beute. In dem Kompromiß über den Verfassungsabschnitt „Bildung und Schule“, das die beiden Parteien abgeschlossen und am heutigen 18. Juli angenommen

haben, iſt mit keinem Wort von vaterländiſch-deutſcher Erziehung die Rede. Dagegen wird Bildung „im Geiſte der Völkerverſöhnung“ nunmehr verfaſſungsmäßig feſtgelegt, — das iſt das Zugeſtändnis an die Sozialdemokratie, an die Internationale, das iſt die Verewigung des deutſchen Knechtsgedankens. Eingehandelt hat das Zentrum dafür die Erhaltung des Religionsunterrichts dort, wo die Erziehungsberechtigten es wünſchen, und die Erlaubnis zur Errichtung von konfeſſionellen Privatſchulen für die Minderheit in der Diaſpora. Die Gemeinde, die in den Wahlen wechſelnde Mehrheit der Gemeinde, beſtimmt den Charakter des Schulweſens, nicht das Geſetz für den ganzen Staat. Der Kulturkampf wird alſo in jedes Dorf getragen und eigentlich ſchon jetzt entſchieden. Wir werden im katholiſchen Deutſchland katholiſche, im proteſtantiſchen Deutſchland ſozialdemokratiſche Bildung haben. Alles, auch das neue Provinzialſtatut in Preußen, arbeitet auf dieſe Zerreißung hin. Die Schwarzen und die Roten teilen ſich in die deutſche Jugend und verſchütten die deutſche Zukunft. „Cuius regio eius religio.“ Wir ſind genau ſo weit wie nach dem Dreißigjährigen Kriege.

Das iſt der elende Erfolg; die Beweggründe beim Zentrum ſind freilich, von ſeinem Geſichtswinkel aus, die edelſten. Es iſt und bleibt eine konfeſſionelle Partei. Es denkt: „Was hülfe es dem Menſchen, ſo er die ganze Welt gewönne, und nähme doch Schaden an ſeiner Seele?“ Alſo dem Menſchen — dem katholiſchen Menſchen — rettet es die Seele; das deutſche Reich, unſere Welt, mögen wir dann verlieren, es liegt nichts daran. Und auf die evangeliſche Jugend ſtellt man der Sozialdemokratie ſeelenruhig und ſeelenroh den gewünſchten Wechſel aus.

Der Wechſel iſt ja ſchon im voraus eskomptiert. Die Sozialdemokratie hat die Morgenandacht für die Kinder abgeſchafft, hat zuerſt im Naſſauiſchen, dann anderswo das

Lernen und Singen des Liedes „Ich bin ein Preuße“ in den Schulen verboten, hat in mehreren Berliner Anſtalten im Geſchichtsunterricht an Stelle der Durchnahme unſerer Freiheits- und Einigungskriege die Beſprechung der Revolutionen von 1848 und 1918 geſetzt und hat hier und da die „Hindenburg-Schulen“ zu einem Namenswechſel veranlaßt, hat für Schüleraufſätze das Thema über „Die Vergehungen Wilhelms II.“ geſtellt und iſt bereits dabei, in den neuen Einheitsbüchern alles, was die Jugend zur Ehrfurcht vor Größe erzieht und damit zu eigener Größe, zu ſtreichen. Sie will jedem Schulkind zu ſeiner Erbauung ein Exemplar der republikaniſchen Verfaſſung in die Hand geben. Sie müßte — das heben heute bereits Beuermann (Deutſche Volkspartei) und Dr. Philipp (Deutſchnational) hervor — als Kommentar dazu auch einen Abdruck der Friedensbedingungen an die Heranwachſenden verteilen, denn dann erſt wäre es ein richtiger ſtaatsbürgerlicher Katechismus.

Aber daran denken die Verſchacherer unſerer deutſchen Jugend nicht. Die einen werden allenfalls dem Verfaſſungsexemplar eine katholiſche Moralkaſuiſtik beifügen, die anderen das Erfurter Programm. Da iſt der Demokrat Preuß mit ſeinen auf die Zerſchlagung Preußens gerichteten Plänen doch ein armſeliger Stümper geweſen. Er dachte nur an die Landkarte und an die Verwaltung, aber nicht an die Kinderſeele. So iſt es denn entſchieden. Und dennoch nehmen wir Fehrenbachs Wort vom 12. Mai wieder auf. Aus unſeren Gebeinen wird uns einſt der Rächer erſtehen! Die Jugend iſt ſtärker als die alten Feilſcher auf dem heutigen Sklavenmarkt. Wenn der Hammer der Trübſal das jetzige Geſchlecht zerſchlagen hat, wird ein neues deutſches Geſchlecht uns wieder zur Hoffnung emporführen.

Die Verabſchiedung der Königstreuen

Weimar, 19. Juli

In Amerika iſt jeder Beamte bis herunter zum Schutzmann von dem Ausfall der politiſchen Wahlen abhängig. Da er damit rechnen muß, eines ſchönen Tages, wenn die andere Partei geſiegt hat, brotlos dazuſtehen, ſo verſucht er natürlich nach Möglichkeit, ſich die Taſchen vollzuſtopfen, ſolange er noch an der Staatskrippe ſitzt. Das iſt die Haupturſache der Korruption in dem Dollarlande. In England haben wir ähnliche Zuſtände. Sogar die Damenämter des Hofes werden dort nur mit Zuſtimmung der gerade am Ruder befindlichen Partei vergeben, und ein beſonderer „maſter of patronage“ hat die Verteilung der Ämterbeute an die Parteigenoſſen unter ſich. Allmählich ſollen auch wir, die wir ſeit Friedrich Wilhelm I. an einen kenntnisreichen und rechtlichen Beamtenſtand gewöhnt ſind, ſtatt deſſen mit den Troßbuben der Partei beglückt werden. Dieſe Umwandlung iſt ſchon lebhaft im Gange, und zwar nicht nur etwa, wie Erzberger heute in der Nationalverſammlung ſcheinheilig erklärt, innerhalb der politiſchen, der Regierungsbeamtenſchaft allein. Auch techniſchen Betrieben werden Parteifunktionäre übergeordnet, ja ſogar in den Hallen der Kunſt gilt das Parteiprogramm als Einlaßkarte. So hat in Weimar ſofort nach dem Novemberumſturz der regierende Herr Baudert, von Beruf Strumpfwirker und auch ſonſt ein recht braver Menſch, den außerordentlich kunſt- und muſikverſtändigen Theaterintendanten v. Schirach durch den Schriftſteller Ernſt Levi-Hardt erſetzt, der allenfalls einen Hausſchlüſſel von einem Violinſchlüſſel unterſcheiden kann, und der ach ſo reiche Staat Sachſen-Weimar muß nun die Gehälter für beide bezahlen, denn Schirach hatte noch ſeinen

Vertrag. Man läßt ſich die Sache, wenn nur die eigenen Leute dafür an die Krippe kommen, gerne das Geld der Steuerzahler koſten. Die Regierung Erzberger-Bauer bringt alſo ein Geſetz ein, wonach ſämtlichen Regierungsbeamten im Reiche, die über 65 Jahre alt ſind, dann aber auch allen jüngeren, die nicht republikaniſch geſinnt ſind, nahegelegt wird, ſich jetzt penſionieren zu laſſen. Man verſpricht ihnen, wenn ſie ſo den Platz für andere freimachen, großmütig 10 v. H. Zuſchlag zu ihrem Ruhegehalt, und man wickelt ſie bis an den Hals in Phraſenwolle ein: Erzberger tut ſo, als handele die Regierung aus zarter Rückſichtnahme auf die Meinungsfreiheit, während ſie in der Tat nur das Recht der Beamten, lebenslänglich angeſtellt zu ſein, mit Füßen tritt. Auch tue, ſo meint er, eine Verjüngung des Beamtenkörpers dringend not. Wenn ſo etwas unter dem „alten Regime“, wo wir noch im Golde ſchwammen, geſagt worden wäre, ſo hätte ſich wilde Entrüſtung gegen das „Anſchwellen des Penſionsfonds“ geäußert. Heute aber, wo wir in ärgſten Finanznöten leben, kann man ungezählte Millionen der Steuerzahler hinauswerfen. Die Verſchleuderung der öffentlichen Gelder nimmt immer ungeheuerlichere Formen an. Sind die Beamten aber erſt einmal verabſchiedet, dann gewährleiſtet ihnen niemand, daß ſie das Ruhegehalt auch tatſächlich dauernd erhalten, denn da hat noch die Entente ein Wörtchen mitzuſprechen; und Herr Erzberger wird nötigenfalls lediglich bedauernd die Achſeln zucken und ſagen, an ihm läge es nicht.

Wie die Beamtenvorlage, ſo geht auch das Geſetz über die Entſchädigung der aktiven Offiziere, Unteroffiziere und Kapitulanten zur weiteren Behandlung nach der Beratung im Plenum an den Ausſchuß. Hier handelt es ſich freilich nicht um Vergrößerung der Staatskrippe, ſondern bereits um ihre Verkleinerung auf Befehl der Entente. Unſere geſamte deutſche Armee wird kleiner ſein als allein die franzöſiſche Be

ſatzung von Elſaß-Lothringen; von 51 Friedensdiviſionen kommen wir auf 7 herunter; an Stelle des Volksheeres behalten wir nur eine Leibgarde für die regierenden Reichsverderber. Es gehört zu der bitterſten Neige in unſerem Leidenskelch, jetzt zu ſehen, wie innerhalb des Offizierkorps auch die alte Kameradſchaft zum Henker geht und jedermann ſeine Ellenbogen benutzt, um zu den 4000 zu gehören, die eine Brotſtelle in dieſer Leibgarde finden ſollen, und nicht zu den nahezu 17 000, die nun noch penſioniert werden müſſen. Jede Schmach, die wir erlebt haben, wird tatſächlich noch überboten. Die Regierung ſagt, ſie wolle für das verkleinerte „Heer“ nur die tüchtigſten Offiziere zurückbehalten. Hört ſie nicht das Hohngelächter in der ganzen gebildeten Welt? Verſchwinden werden natürlich alle Königstreuen und, wir ſcheuen das Wort nicht, alle Charaktervollen. Man ſetzt ſie nicht glatt auf die Straße, denn ſie haben doch ihre wohlerworbenen Rechte, haben den Anſpruch darauf, ſo lange mit vollem Gehalt verbraucht zu werden, als ſie körperlich und geiſtig ihren Poſten ausfüllen. Nun entläßt man ſie mit einer in den erſten Jahren etwas aufgebeſſerten Penſion, und auch dieſe „Wohltat“ kommt nur den älteren zugute, die ſchon längere Zeit Offizier ſind. Der Abbruchsminiſter Reinhardt findet ſchöne Worte für die Pflichttreue der Ausgeſtoßenen, Worte, durch die auch die vaterländiſch denkenden Abgeordneten ſich zu Beifall einfangen laſſen, vergißt aber nicht die übliche Verbeugung vor dem neuen Regime, dem er dient. Es kann einem ſchlecht werden, wenn man dieſen ehemals königlich württembergiſchen Offizier, den Landsmann des Revolutionsgenerals Groener unſeligen Novembergedenkens, ſchmalzig von dem „kühnen Gedanken“ reden hört, daß das deutſche Volk jetzt „in freiheitlicher ſozialer Betätigung eine neue Höchſtleiſtung unter den Kulturvölkern aufſtellen will, an deren Spitze es ſich bisher in kriegeriſchen Leiſtungen befunden hatte“. Die Unab

hängigen ſind natürlich nicht einmal mit der Ausſchüttung der beantragten Bettelgroſchen an Offiziere und Kapitulanten einverſtanden. Zwiſchen ihnen und Noske entſpinnt ſich die gewöhnliche Unterhaltung im derbſten Beſchimpfen. Wenn der Reichswehrminiſter, dieſe an ſich kantige Figur eines ehemaligen Holzarbeiters von Hodlerſchem Zuſchnitt, das Wort ergreift, ſo fliegen die Späne, das iſt wahr. Er ſpricht von verbrecheriſchem Treiben, Gemeinheit, Niederträchtigkeit, niederträchtiger Schandwirtſchaft und Lüge, die Unabhängigen erwidern unter ungeheurem Lärm mit Mörder, Schwindler, Lump, unverſchämter Patron: kurz, es iſt ein Pandämonium neudeutſcher guter Sitte, in dem unſer altes Heer zu Grabe getrommelt und gepfiffen wird. Der alte Fritz ſpuckt verächtlich Sternſchnuppen vom Himmel; und der Große Kurfürſt, dem das heutige deutſche Volk Übelkeit erregt, will ſeine Aufnahme in den polniſchen Untertanenverband beantragen.

Bis zum Räteparagraphen

Weimar, 21. Juli

Im Parlament pflegen die Montagsſitzungen beſonders ſanft und ſchläfrig zu verlaufen. Es ſind nur kleine Grüppchen im Saale anweſend, der Beifall iſt dünn, der Widerſpruch iſt dünn, die meiſten Herren verdauen noch den Sonntag. Auch heute wird der letzte große Abſchnitt des Verfaſſungsentwurfs über das Wirtſchaftsleben, dem dann nur noch die Übergangsbeſtimmungen folgen, zunächſt in der bekannten Montagsmanier behandelt. Einmal wird ſogar die Aufforderung des amtierenden Vizepräſidenten Haußmann zu einer Abſtimmung überhört. Er muß den Unab

hängigen erſt wiederholt zuwinken, daß ſie doch für ihren eigenen Antrag ſich erheben möchten, bis ſie endlich aus ihren Träumen auffahren. Kein gellender Zwiſchenruf kommt von dem Platze der Frau Zietz, ſelbſt dann nicht, als der deutſchnationale Abgeordnete Dr. Philipp den Abſchnitt über das Wirtſchaftsleben einen „ruſſiſchen Salat mit Erfurter Aromatique“ nennt; und als ein Mehrheitsſozialiſt den eigentlich von ihm gemeinten Ausdruck Ochſe dadurch parlamentariſiert, daß er von der „rindsledernen Hirnrinde“ des unabhängigen Abgeordneten Henke ſpricht, gibt es auch nur kurzfriſtige Heiterkeit. Man iſt beinahe elegiſch geſtimmt. Das in 14 Artikeln geordnete neudeutſche Wirtſchaftsleben ſieht ja auch gar zu gerupft aus. Nachſätze heben die Vorderſätze wieder auf. Kurz gefaßt beiſpielsweiſe ſo: „Das Eigentum iſt heilig; aber der Staat kann es wegnehmen.“ Vom Wirtſchaftsleben iſt im übrigen in dem ganzen Abſchnitt ſehr wenig die Rede, vielmehr in der Hauptſache von den Grundrechten der Arbeiter. Hier haben Zentrum und Sozialdemokratie gemeinſam in ſozialen Richtlinien geſchwelgt. Hie und da verſucht die Oppoſition die fahrläſſige Arbeit bei der Zuſammenſtellung des Beſchlagnahme- und Sozialiſierungsprogramms zu verbeſſern. So warnt der Abgeordnete Dr. Becker (Deutſche Volkspartei) vor der glatten Auflöſung der Fideikommiſſe in § 152, da dies auch nationale Dotationen und gebundene Kunſtſchätze träfe, die dann ſehr bald an das Ausland verſilbert werden würden. Aber man will ſich nicht belehren laſſen, am allerwenigſten Montags. Die Debatte rieſelt weiter, ein Artikel nach dem andern wird angenommen. Hat bis hierher die Verfaſſung nur erkennen laſſen, daß wir in einer demokratiſchen Republik leben, ſo weiſt dieſer letzte Abſchnitt unverkennbar darauf hin, daß wir in eine ſozialiſtiſche Republik hineinwachſen.

Den Unabhängigen genügt auch das noch nicht, denn ſie

pfeifen auf Demokratie und Sozialismus und wünſchen einen Klaſſenſtaat aufzurichten, in dem die geſamte Gewalt nicht beim Volke liegt, auch nicht einmal bei den Arbeitern insgeſamt, ſondern nur bei einem ganz beſtimmten Teile des Proletariats, bei den kommuniſtiſch-bolſchewiſtiſch gerichteten Knallroten. Der Paragraph 162, der letzte des Abſchnitts über das Wirtſchaftsleben, enthält die Zugeſtändniſſe, die die ſchwarz-rote Mehrheit dem „Rätegedanken“ dieſer Leute gemacht hat. Das iſt noch nicht ganz das, was die Haaſe, Henke, Cohn ſich wünſchen. Aber es iſt doch ein neues Arbeiterparlament neben und vielleicht bald über dem Reichstag. Mit einigem Unbehagen wittern die Demokraten, für die am klarſten und beſten ihr rheiniſcher Arbeiterſekretär Erkelenz ſpricht, die Kirchhofsluft, die aus dem Räteparagraphen ſie anweht; die Räte können die Totengräber des Parlamentarismus werden. Aber Erkelenz beherzigt die Erklärung des achten Gebots und verſucht, alles zum Beſten zu kehren. Sicherlich zum Erſtaunen der breiteren Öffentlichkeit, ſoweit ſie von den ſtaatspolitiſchen Grundſätzen der Rechten nichts weiß, hält es der Abgeordnete Dr. v. Delbrück für möglich, daß der ruſſiſche, durchaus kulturzerſtörende Gedanke des Räteſyſtems, wenn er nur gründlich deutſch gefärbt wird, uns die Erlöſung von manchem Übel des heutigen Parlamentarismus bringen könnte; er plädiert für eine berufsſtändiſche Kammer. Es kommen nun nicht etwa nur die Macher des Geſetzes und einige wenige Kritiker rechts und links je einmal zu Wort, ſondern faſt jeder Anweſende ſcheint in die Annalen der Weltgeſchichte oder wenigſtens des ſtenographiſchen Berichts kommen zu wollen; der ſanfte Montag wächſt ſich zu der erſten Nachtſitzung dieſer Seſſion aus, und gegenwärtig, wo die Uhr bereits auf elf geht, liegen ſich die Generalſekretäre ſämtlicher Angeſtelltenverbände, die in der Nationalverſammlung vertreten ſind, in den Haaren. Das feſtſtehende Ergeb

nis — die Abſtimmung erfolgt morgen — wird dadurch wohl kaum beeinflußt. Die ſchwarz-rote Mehrheit hält durch und wird ihre ſchlechte Kompromißarbeit nicht am letzten Paragraphen ſcheitern laſſen. Aber gerade er wird der Gärungserreger ſein, der über kurz oder lang das ganze Verfaſſungswerk von innen her zur Zerſetzung bringt.

Erſt die Schande, dann die Angſt

Weimar, 22. Juli

Je mehr von dem geſetzgeberiſchen Stoff aufgearbeitet wird, deſto länger werden die Geſichter der Regierenden. Wenn man eines ſchönen Tages fertig iſt, was dann? Wenn die verfaſſunggebende Nationalverſammlung ſich der Neuwahl zum endgültigen Reichstag unterziehen muß, was dann? Keiner der politiſchen Einbrecher und Erbſchleicher vom 9. November, keiner der Volksverräter vom 22. Juni traut ſich mehr, dem Nachbarn gerade in die Augen zu ſehen. Man hat die große unberechenbare Sphinx, das Volk, vor ich, man hat keines der ewigen Menſchheitsrätſel löſen können, und nun zittert man vor dem Tatzenſchlag. Wie, wenn nun gar der rechtmäßige Herr des Landes aus der Fremde heimkehrte? Den Eintagsgötzen von heute ſchlottern die Knie.

Der Präſident dieſer Verſammlung, die das Deutſche Reich auf Abbruch an den Feind verkauft hat, ſteht offenſichtlich ſchon vor dem nervöſen Zuſammenbruch. Fehrenbach iſt als Geſchäftsführer bei weitem geſchickter als der hilflos ſtammelnde Haußmann, dieſes bemooſte Überbleibſel vormärzlicher Kleinſtaatdemokratie. Aber Fehrenbach wird — zu ſeiner Ehre wollen wir es annehmen — von einem böſen

Alb gedrückt, der ſeine eigenen Züge trägt und der nächtelang ſeine eigenen Worte vom 12. Mai wiederholt, die herrlich ſchönen Manneswortе auf der Berliner Einſpruchsverſammlung gegen den Schmachfrieden. Der Alb läßt ſich nicht abwälzen. Er krallt ſich in Fehrenbachs Schwurhand. Sie iſt nicht verdorrt, aber ſie hat das Zittern bekommen, und das merkt man an der ganzen Leitung der Verhandlungen.

Die heutige hat es zuerſt mit der Debatte und der Abſtimmung über den zurückgeſtellten Paragraphen 18 der Verfaſſung und die dazugehörigen Artikel zu tun, die eine Zerſchlagung Preußens ermöglichen, wenn eine geringe Mehrheit eines Landesteils und die einfache Mehrheit des Reichstags es wollen, und die demſelben Preußen, das vier Siebentel der deutſchen Bevölkerung umfaßt, nur zwei Fünftel der deutſchen Stimmen im Reichsrat zubilligen. Dem Reiche kann man nur über Preußens Leiche an den Kragen. Das wußten die Feinde; nicht von „Allemands“, ſondern nur von „Pruſſiens“ iſt bei den Franzoſen ſtets die Rede. Und nur die Entfernung der Hohenzollern hat Wilſon verlangt. Es iſt erſchütternd, daß der Preußenmehrheit der Nationalverſammlung heute der ſächſiſche Juſtizminiſter a. D. Dr. Heinze und der ſächſiſche Geſchichtslehrer Dr. Philipp erklären müſſen, was Deutſchland an Preußen hat. Die Hand Fehrenbachs, die zitternde Hand des Albgedrückten, taſtet immer wieder nach der Glocke. Dieſe Debatte darf nicht zu ſehr ausgedehnt werden, ſo verlangt es das böſe Gewiſſen der regierenden Mehrheit. Ein Schlußantrag wird eingebracht, man ſtimmt ab, nur eine Minderheit ſcheint ſich dafür zu erheben, aber ſchon erklärt der Präſident: „Das Bureau des Hauſes iſt darüber einig, daß die Mehrheit ſteht.“ Wer da ſteht, der ſehe zu, daß er nicht falle. Daß Fehrenbach das Bureau, nämlich die Schriftführer links und rechts von ihm, überhaupt befragt hätte, haben wir nicht geſehen. Nicht weniger als

zehn Abgeordnete beklagen ſich über die nervöſe Art dieſer Wortabſchneidung, darunter mehrere Mitglieder ſelbſt der Parteien, die den Schlußantrag eingebracht haben. Die Zerſtückelungsparagraphen aber werden angenommen. Das Zentrum hat heute ſchon ganz offen und ohne Scheu durch ſeinen Wortführer, den Kirchenrechtsprofeſſor Kaas aus Trier, von einem ſelbſtändigen Rheinland wie von einer unabänderlichen Tatſache ſprechen laſſen. Nur eine Sperrfriſt wird ausgemacht. Vor zwei Jahren nach Inkrafttreten der Verfaſſung darf, ſo ſteht es auf dem Papier, keine Abſplitterung erfolgen.

Zurückgeſtellt war auch der Paragraph 164 des Verfaſſungsentwurfs, wonach innerhalb der nächſten fünfzehn Jahre kein Mitglied eines bisherigen deutſchen Herrſcherhauſes zum Präſidenten der Republik gewählt werden dürfe. Dieſes Ausnahmegeſetz iſt ein geradezu lächerliches Angſtprodukt und ſchlägt aller Demokratie ins Geſicht. Glauben die Verfaſſer wirklich, durch dieſen Papierwall die Weltgeſchichte aufhalten zu können, wenn einſt eine überwältigende Mehrheit des deutſchen Volkes aus dem republikaniſchen Elend hinaus will? Glauben ſie wirklich, durch einen Paragraphen von 1919 erreichen zu können, daß bis 1934 die Revolutionsſchieber und Reichserbſchleicher vor dem Volksgericht bewahrt bleiben? Herr Cohn hat offenbar noch mehr Angſt als die Mehrheitsſozialiſten. Er beantragt ſtatt für fünfzehn Jahre gleich für immer alle Angehörigen deutſcher Fürſtengeſchlechter von dem paſſiven Wahlrecht in Deutſchland auszuſchließen, und ſeine Angſt ſteckt an: die Lex Agnes und Genoſſen wird angenommen. Der Ausſchließungsparagraph iſt nutzlos und töricht, da eine monarchiſche Mehrheit der Zukunft ihn ſelbſtverſtändlich ebenſo entfernen kann, wie eine republikaniſche ihn heute eingeſetzt hat; und um ſo törichter, als es ſich dann überhaupt nicht um Präſidentenſeſſel, ſondern um Wiedererrichtung von Thronen handeln wird. Aber das böſe Ge-

wiſſen verleitet eben zu den verzweifeltſten Sprüngen. Unſere Republikaner ſind ihrer Sache genau ſo ſicher wie Franz Moor ſeines erſchlichenen Erbrechts, als das Dach über ihm bereits brannte.

Die letzten Paragraphen der Verfaſſung werden mitſamt Übergangsbeſtimmungen angenommen, ein weſentlicher Teil der Arbeit dieſer Nationalverſammlung iſt geleiſtet. Nur an den Schluß nicht denken! Nur nicht daran denken! Die Mehrheit weiß, daß das deutſche Volk im Erwachen iſt, ſich gefeſſelt und entſtellt nach langer Bewußtloſigkeit vorfindet, die ſchwarz-rote Narkoſe verflucht und nun die Muskeln ſtrafft, um die Ketten zu ſprengen. Da wird denn noch ſchnell von den Zwergen, die den Rieſen überwältigt haben, von den Geſchäftspolitikern eine papierne Siegelmarke über die Feſſeln geklebt. Sie heißt: Weiterbeſtehen dieſer Nationalverſammlung. Die Oppoſition von links und von rechts ſtimmt allein dafür, daß bis ſpäteſtens zum 18. Januar ein rechtmäßiger Reichstag gewählt werden ſoll. Die Scheidemann-Erzberger-Mehrheit hat ſich gedreht und gewunden, bleibt bei dem Antrag aber ſitzen und lacht über die „Niederlage“ der Minderheit. Das Lachen klingt hohl. Die ſinnloſe Angſt vor der Abrechnung peitſcht die Nerven auf. Gerichtete barmen um Aufſchub. Auf ihren Stirnen flammen die Brandmarken des 9. November und des 22. Juni.

Programmreden

Weimar, 23. Juli

In unſerem politiſchen Leben hat ſich nichts geändert. Wir ſtecken nach wie vor im Sumpf, ziehen mühſam ein Bein

heraus, um mit dem anderen ebenſo tief zu verſinken, und das wiederholt ſich in ermüdender Gleichförmigkeit, während in der Ferne lockende Irrlichter tanzen: Demokratie, Sozialiſierung, Völkerbund, Räteſyſtem und wie ſie alle heißen mögen. Wir befinden uns dabei noch in der beſten Zeit unſerer Moorwanderung, in den Monaten der fühlbaren Erleichterung, des Billigerwerdens aller Waren; die Zentnerlaſt der „Wiedergutmachung“ ſoll uns ja erſt ſpäter auf die Schultern gewälzt werden.

Nichts geändert hat ſich auch in der politiſchen Führerſchaft der Nation, nur daß zeitweilig wegen eines kleinen Konjunkturgewinnes die bürgerlichen Demokraten nominell aus der Firma ausgetreten ſind. Noch immer leuchtet uns Erzbergers Antlitz. Noch immer hockt David wie ein verkümmerter kleiner Raubvogel auf der Miniſterbank. Lauter Bekannte ringsum. Nur hat der und jener ſich ablöſen laſſen. Ein paar neue Sozialdemokraten ſind in dieſen Wochen vom Parterre zum Hochſitz emporgeſtiegen, während die Abgelöſten umgekehrt ihren Abgeordnetenſitz wieder eingenommen oder mit den Erſparniſſen des Miniſtergehalts eine Spritztour in die Alpen angetreten haben. Das Programm aber iſt das alte geblieben. Geblieben iſt auch die alte Taktik, möglichſt oft die parlamentariſchen Geſchäfte — durch Programmreden aufzuhalten. Da ſie nichts Neues bringen können, keinerlei Veränderung der Lage oder der Richtlinien anzudeuten vermögen, ſo dienen ſie reinen Agitationszwecken Heute hat wieder ſolch eine rote Woche begonnen. Die regierende Mehrheit hat dabei den Vorteil, daß ſie mindeſtens doppelt ſo häufig zu Worte kommt wie ihre Gegner, denn ſie ſtellt Miniſter und Abgeordnete zum Turnier, die Gegenpartei nur Abgeordnete, und mit zweieinhalb Stunden nur ſozialdemokratiſcher Fanfaren wird an dieſem erſten Tage gleich ordentlich vorgelegt.

Äußerlich wird der Anſchein einer großen Staatsaktion erweckt. Auf dem roten Teppich der Regierungseſtrade wimmelt es von Kommiſſaren, der ganze Heerbann iſt aufgeboten. Draußen große Auffahrt der Regierungsautos, da die Talmipotentaten von heute die paar Minuten vom Schloß zum Landestheater ſcheuen. Und die ſogenannten Programmreden verbreitet der offiziöſe Telegraph im Wortlaut, und im Wortlaut bekommt ſie ſchon frühmorgens jeder Preſſevertreter, damit nur ja recht viel Raum in den Zeitungen dafür belegt werden kann. Die Reden ſind in einer Fraktionsſitzung der Sozialdemokraten durchgeſprochen und von der Fraktion genehmigt worden. Dann haben die Zentrumsmitglieder der Regierung ihr Amen dazu geſagt. Es ſind alſo reine Parteireden, nichts weiter. Nun aber ſoll der Erdball aufhorchen. Es iſt möglich, daß an der Pariſer Börſe, wo man ebenſogut Deutſch verſteht wie in der Burgſtraße zu Berlin, einiges aus dieſen Reden als guter Witz kolportiert werden wird. Auch mag Reuter vielleicht beiläufig ein paar der demütigſten Stellen zitieren. Die Wirkung aber iſt gleich Null. Die Zeiten, wo man im Auslande die Hand an die Ohren legte, wenn eine kaiſerlich deutſche Regierung ſprach, ſind dahin.

Der jetzt auf dem Stuhle Bismarcks ſitzt, der ehemalige Bureauvorſteher Bauer, macht einen ſehr biederen und ſympathiſchen Eindruck. Man freut ſich ſeiner behaglichen oſtpreußiſchen Mundart. Man denkt an die köſtliche Geſchichte vom Klempnermeiſter Kaddereit aus Inſterburg, der einen Handwerkerverein begründen wollte, wenn Bauer von „Politihkern“ ſpricht, die „Angtankte“ in „Verſalch“ erwähnt und dies oder jenes „bejrießt“. Man könnte ſtundenlang ſo zuhören, nur wird die Rechte ſtellenweiſe ſtörend heiter. Daß Bauer ihr mit ſtärkſter roter Phraſeologie zuleibe rückt, rührt ſie nicht im geringſten, denn er verdirbt die Kraftſtellen

durch ſein ſtockendes, mitunter faſt buchſtabierendes Ableſen, hat auch nicht das Alkoholikertemperament Scheidemanns, ſondern bleibt im Tone immer ruhig und breit und wiſcht ſich nur ſtändig den Schweiß von Stirn und Hals, bis zwei Taſchentücher verbraucht ſind. Aber wenn er ſagt, er verzichte darauf, die demokratiſchen Errungenſchaften der letzten acht Monate aufzuzählen, ſo platzt man aus. Und ein geradezu jubelndes „Sehr richtig!“ nach dem andern kommt von rechts, wenn er erklärt, jedes Handwerk ſetze eine Lehrzeit voraus, am allermeiſten das Regieren, das nicht in Volksverſammlungen zu erlernen ſei, und wir müßten wieder Reſpekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen. Spottet ſeiner ſelbſt, und weiß nicht wie, der gute Bauer. Im übrigen faßt er alles in der einen Rede zuſammen, was wir in dieſen Wochen in Dutzenden von Reden bereits gehört haben; man könnte ein Vermögen für den Nachweis ausloben, wo ſich ein einziger neuer Gedanke darin befände, und man verlöre keinen Groſchen. Wir müßten arbeiten, meint er zum Schluß. Die drakoniſchen Beſtimmungen Lenins gegen das Streiken oder den Arbeitszwang nach Budapeſter Muſter verwerfe die Reichsregierung. Da unſer einziges Zahlungsmittel aber die Arbeit ſei, müſſe der Staat die Erfüllung der Arbeitspflicht verlangen, die Nichterfüllung verhindern, ſagt er wenige Minuten ſpäter. So geht es den armen Programmrednern immer, wenn ihnen in der Fraktionsſitzung von verſchiedenen Seiten verſchiedene ſchöne Sätze diktiert werden.

Auf die auswärtige Politik geht er nur mit den Worten ein, daß ihr höchſtes Ziel unſere Beteiligung am Völkerbund und ſeine Ausgeſtaltung ſein müſſe. Da hatte man früher andere Ziele. Da ging es um die Größe und die Macht des Vaterlandes, um das Glück und den Wohlſtand ſeiner Bewohner. Das war einmal. Der neue Leiter unſerer Außenpolitik, der junge Mann aus Frankfurt am Main, Herr Müller,

weiß in seiner Rede auch nicht viel mehr hervorzubringen. Sie fällt nur besonders unangenehm durch die larmoyante Umschmeichelung des „armen“ französischen Volkes auf, das in diesem Kriege „am meisten gelitten“ habe. Man hört den jungen Mann gelangweilt und ohne Beifall und Widerspruch an.

Wir haben schon recht erfolglose Staatsmänner gehabt, besonders wenn sie Nichtfachleute in den auswärtigen Angelegenheiten waren: den Verwaltungsbeamten Bethmann Hollweg, den Pfarrer Ancillon, den Hauslehrer Bunsen. So etwas gab es also schon unter dem alten System. Den kühnsten Versuch erleben wir jetzt mit diesem Herrn Müller, in dessen Selbstbiographie im Parlamentsalmanach zu lesen steht, daß er seit seinem siebzehnten Lebensjahre der sozialdemokratischen Partei angehöre. Wenn die staatspolitische Verdummung schon so früh begonnen hat, muß man allerdings auf das Schlimmste gefaßt sein. Im übrigen haben wir ja keine Souveränität mehr. Unsere auswärtige Politik wird in Downing Street gemacht. Hinter den Worten auch eines genialen deutschen Politikers, wenn wir einen hätten, stünde keine Macht mehr und keine Möglichkeit. Da mögen die harmlosen Stilübungen des jungen Mannes, der alles von dem Erwachen „des Geistes wahrer Neutralität“ erhofft, im einzelnen von der kritischen Sonde verschont bleiben.

Interpellationen

Weimar, 24. Juli

Die Weltgeschichte, so hat ein moderner materialistischer Historiker trocken erklärt, ist der Kampf um die Futterplätze

und den Futteranteil. Der Parlamentarismus ist im kleinen dasselbe, nur daß wir hier Parteien statt der Völker haben. Die jetzige nationale Opposition ist da ungeheuer im Nachteil, weil sie das, was die anderen Fraktionen schon seit Jahrzehnten geübt haben, noch nicht so ganz erfaßt hat, das: „Ote toi que je m'y mette", das: Scher' dich weg, jetzt will ich dran! Der Trick, mit zwei inhaltlich ganz dürftigen Reden sich doch auf ganze Seiten aller deutschen Zeitungen zu setzen, ist den Sozialdemokraten Bauer und Müller gelungen. Damit haben sie die Opposition schon von vornherein sozusagen weggequetscht. Das einzige Mittel, das dieser übrigbleibt, um gelegentlich auch ausführlich zu Worte zu kommen, sich in der drängenden, schlagenden, stoßenden Parteiherde bemerkbar zu machen, sind da die förmlichen Anfragen, die Interpellationen.

Mit der Aussprache über die gestrigen Programmreden sind die förmlichen Anfragen der Rechten über Planwirtschaft und Landarbeiterstreik verbunden worden und werden heute begründet. Aber da versagt natürlich der offiziöse Apparat, der gestern so fieberhaft für die Verbreitung in der Presse arbeitete. Der Einheitsbericht aus Weimar bringt nur wenige Sätze selbst aus einer so wertvollen Praktikerrede, wie sie der aus der Hamburger Großkaufmannschaft stammende deutsche Volksparteiler Witthöft zum Thema der Planwirtschaft hält. Freilich, Wissell ist gegangen, die Planwirtschaft ist tot, es ist also eigentlich Leichenschändung, wenn man sie noch schlägt; aber dafür können die Interpellanten nicht. Sie haben ihre förmliche Anfrage rechtzeitig eingebracht, und nur die Regierung, die Parteiregierung, trägt an der Verschiebung auf den heutigen Tag die Schuld. Witthöft fordert überhaupt den Abbau auch der jetzigen Zwangswirtschaft und die Sprengung der Fesseln unseres Ausfuhrhandels. Wir haben, um nur ein Beispiel anzuführen, Millionen von fertigen Spaten

auf Lager, die bei uns überzählig sind und die das Ausland gerne kaufen möchte, aber die Ausfuhr werde durch behördliche Rückständigkeit unmöglich gemacht. Die Zwangswirtschaft beschäftige noch heute weit über 100 000 Beamte, verhindere aber nicht nur unser wirtschaftliches Emporkommen, sondern sei auch ein wahrer Herd der Korruption; in Berlin und an den Grenzen sei heute jeder Erlaubnisschein zu haben, wenn man ihn sich erkaufe oder erschiebe.

Vom Regierungstisch wird den Interpellanten eine im allgemeinen entgegenkommende, im einzelnen ausweichende Antwort erteilt. Bei der zweiten förmlichen Anfrage der beiden nationalen Parteien, der Interpellation über den Landarbeiterstreik, kommt es schon zu schärferen Auseinandersetzungen. Von den Deutschnationalen hat der Abgeordnete Behrens die Begründung übernommen, und das ist für ihn persönlich sicher kein leichtes Ding, da er selbst Führer einer Landarbeitergewerkschaft ist, seine Fraktionsgenossen aber zum großen Teil innerlich wohl mehr den Arbeitgebern in der Landwirtschaft recht geben. Behrens spricht in würdiger und vermittelnder Art. Im Grunde ist es nach unserer Meinung auf dem Lande eine reine Kleider- und Stiefelfrage und nicht eine große politische Bewegung, wenn auch unsere sozialdemokratische Regierung alles Mögliche getan hat, um die Arbeiter politisch aufzuputschen: geht die jetzt einsetzende Verbilligung so weit, daß der ländliche Tagelöhner wieder imstande ist, für seinen Barlohn sich und seine Familie mit Kleidung und Schuhwerk zu versehen und dabei noch anständigen Tabak für seine Pfeife zu erschwingen, dann ist der Friede auf dem Lande alsbald wiederhergestellt. Im übrigen sollte man das vielfach noch sehr gute Verhältnis zwischen Herr und Knecht nicht mit aller Gewalt stören. Die Sozialdemokratie denkt darüber freilich anders. Ihr Arbeitsminister Schlicke hält in Erwiderung der Interpellation wider

die „Agrarier“ nach urälteſtem Muſter eine ſchroffe Hetzrede, die die Leidenſchaften nur erhitzen kann.

Das iſt es eben, daß wir keine über den Volksgenoſſen ſtehende Regierung mehr haben, ſondern lediglich Parteibeamte auf Miniſterſtühlen. Sie kennen keine ſittliche, keine vaterländiſche Verantwortung, ſondern nur die vor der Partei. Gut iſt, was der Partei und ihren Angehörigen, darunter einem ſelber, nützt. Im übrigen ſteht man jenſeits von Gut und Böſe. Über dieſes Thema wird man morgen vielleicht einiges hören, wo der Abgeordnete v. Graefe, wie es heißt, Herrn Erzberger feſt anzupacken verſuchen will. Das iſt bei dieſem gut Eingefetteten ein ſchwieriges Unterfangen. Auf das Angebot einer Wette, daß Erzberger in einer eigenen Waſſerfallrede unter großen Schaumſpritzern glücklich entwiſchen wird, findet man kaum jemand, der auch nur einen Sechſer dagegen riskiert.

Der Reichsſchaumſchläger

Weimar, 25. Juli

Ein langer Tag im Landestheater zu Weimar, aber dafür auch eine Galavorſtellung für Tribüne und Parkett. Ein ruhiger und eleganter Fechter von der Rechten ſchlägt dem Vizekanzler Erzberger Schild und Feigenblatt weg, der aber verſchwindet alsbald in einer Wolke von Seifenblaſen und ſprudelt aus dieſer Wolke heraus mit der Zungengeläufigkeit eines Barbiers eine Leporello-Liſte herunter, unter der nicht nur die Rechte, ſondern auch unſere ehemaligen Fürſten und Heerführer und Staatsmänner moraliſch erliegen ſollen. Doch ach, ein Schauſpiel nur; was da im Bühnenglaſt in

ſinnverwirrender, faſt akrobatiſcher Geſchwindigkeit ſich vollzieht, wird doch von den Stenogrammen feſtgehalten, kann bei nüchternem Sonnenlicht nachgeprüft werden und wird dann den Geſchlagenen und ſein Gaukelſpiel enthüllt und nackend zeigen.

Der deutſchnationale Abgeordnete v. Graefe, von Beruf urſprünglich Offizier und Diplomat, einer der begabteſten Köpfe in dieſer Verſammlung, reizt die Maſſe ſchon durch ſeinen Namen. Sie weiß gar nicht, wie wenig Junker er iſt. Sie weiß nicht, daß er, der aus einer berühmten Medizinerfamilie ſtammt, die für ihre Verdienſte um die leidende Menſchheit geadelt wurde, in Mecklenburg Vorkämpfer einer modernen Verfaſſung und des allgemeinen Wahlrechts war. Wenn jemand vorurteilslos iſt, ſo iſt er es. Aber einen Erzverderber des Reiches kann er nicht auslaſſen. Schonungslos reißt er der Republik und ihren Männern ihre Hülle in Fetzen, kein Satz iſt ohne Begründung, jeder einzelne iſt unangreifbar. Mitunter gibt es ſtürmiſche Heiterkeit in allen Bänken. So bei der Verleſung folgender Zeitungsanzeige durch Graefe, die beſſer als vieles andere die heutige Regiererei illuſtriert:

„Zur Anleitung des neuen Gemeindevorſtehers wird eine in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung erfahrene Perſönlichkeit auf kürzere Zeit geſucht; Koſt und Wohnung frei, Gehalt nach Übereinkunft.“

Aber man müßte den großen Schaumſchläger Erzberger ſchlecht kennen, wenn man glaubte, er ließe ſich verblüffen. Er verdreht einfach jeden Satz. Wenn Graefe es gegeißelt hat, daß Ungelernte, die durch keinerlei Sachkenntnis beſchwert ſind, heute in alle Staatsämter eindringen, ſo antwortet Erzberger: „Den Hochmut und den Übermut, mit dem Herr v. Graefe von dem Drängen Minderbemittelter an die Futterkrippe ſprach, wird ihm das Volk nicht vergeſſen!“ So macht ſich Erzberger immer wieder einen Popanz zurecht

und ſchlägt dieſem Popanz den Seifenquaſt um die Ohren; mit ungeheurer Entrüſtung verwahrt er ſich beiſpielsweiſe gegen den Vorwurf, er habe in öſterreichiſchem Solde geſtanden, den ihm niemand gemacht hat. Nur das hat Graefe mit vollem Recht geſagt, daß Erzberger *ſo gehandelt* habe, *als ob er* von unſeren Feinden bezahlt würde. Entrüſtet wirft Erzberger ſich in ſeine Heldenbruſt. Die deutſchen Fürſten hätten ſich am 9. November ganz unmännlich benommen („Wer war es, der neulich aus Weimar ausriß?“ ruft hier Abgeordneter Dr. Heinze dazwiſchen und erregt dadurch den Zorn des tapferen Matthias), die deutſchen Feldherrn und Staatsmänner hätten das Reich ſchon vorher in den Abgrund geführt — „und wir haben unſer Volk vor einem Sedan bewahrt!“

Dann ſteigt endlich die große Seifenblaſe majeſtätiſch ſchillernd in die Lüfte: das ſogenannte Friedensangebot der Entente vom Auguſt 1917, das von allen Berufenen bei uns niemals als ein Friedensangebot angeſehen worden iſt, ſondern nur als ein plumper Verſuch, uns aufs Glatteis zu führen. Die „Enthüllung“ wirkt. Wilde Rufe erſchallen. Wer in dieſer Verſammlung weiß noch, daß Clemenceau erklärt hat, *niemals* habe die Entente uns ein Friedensangebot gemacht? Wer denkt noch daran, daß die *Vernichtung* Deutſchlands vom erſten bis zum letzten Tage das immer wieder ausgeſprochene Ziel unſerer Feinde war? Jetzt ſtellt Erzberger es ſo dar, als hätten wir damals einen Frieden mit Erhaltung nicht nur unſerer Landesgrenzen, ſondern ſogar mit beſonderen Garantien in Belgien erhalten können. Und niemand ruft „Elſaß-Lothringen!“ dazwiſchen. Der leitende franzöſiſche Staatsmann hat noch dieſer Tage geſagt, er habe 49 Jahre auf den Heimfall dieſer Provinzen gewartet. Er war auch im Auguſt vor zwei Jahren zu keinem Verzicht bereit. Aber Erzberger hat heute einen glänzenden

Abgang. Die Mehrheit im Parlament iſt wieder einmal glänzend eingeſeift.

Die Mehrheit im Volke aber wird bei den nächſten Wahlen beweiſen können, daß ſie nicht zu dieſen Dummen gehört. Jetzt mag Erzberger uns vorreden, der Krieg wäre ſchon im Herbſt 1914 verloren geweſen, und er habe als Reichsretter das erkannt, nachdem er kurz zuvor noch Überannexioniſt geweſen. Das iſt genau ſo unwahr, wie alles, was die Republik uns an Geſchichtsklitterung zu bieten wagt. Vor dem Marineausſchuß des Parlaments in Waſhington hat der Chef der amerikaniſchen Hochſeeflotte, Admiral Rodman, dienſtlich erklärt: „Hätte der Krieg ſechs Monate länger gedauert, ſo wären die Deutſchen Sieger geblieben.“ Und noch am 12. Januar dieſes Jahres hat Churchill, der frühere Chef der engliſchen Admiralität, geſchrieben: „Nur ein wenig mehr, und der Unterſeebootkrieg hätte uns alle durch Hunger zu unbedingter Übergabe gezwungen.“ Das iſt die Wahrheit. Daß unſer Sieg aber ſabotiert wurde, das haben wir nicht nur der Wühlerei der Sozialdemokratie im Heere ſeit Januar 1917 zu verdanken, ſondern vor allem einem Manne: Erzberger!

In jenem Jahre drangen zu uns an die Front zuerſt Gerüchte, dann Briefe aus der Heimat: Wir ſeien verloren. Man könne nicht alles ſagen, aber Erzberger habe es geſagt, vertraulich in Frankfurt am Main, und jetzt kurſiere die Gewißheit in ganz Deutſchland. Immer wieder berief man ſich auf Erzberger. Männer aller Parteien, Mütter, Gattinnen, Kinder erzählten von der Panik. Freunde aus neutralen Ländern fragten beſorgt bei uns an.

Das wurde uns im Felde zu dumm. Wir hatten nur eine einzige Antwort: wir ſchlugen den Feind. Noch im Sommer 1918 erfochten wir Siege, die beiſpiellos in der Weltgeſchichte daſtehen. Dann kam der Zuſammenbruch. Der Mann aber,

der an ihm die Schuld trägt, der daran ſchuld iſt, daß die Heimat verſagte, der verſucht jetzt ſeinen Hals aus der Schlinge zu ziehen.

Niedriger hängen!

Weimar, 26. Juli

Noch reiben ſich etliche, wenn wir das geſtrige Bild beibehalten wollen, den Seifenſchaum aus den Augen. Es pflegt ja immer einige Tage zu dauern, bis allen Verdutzten klargeworden iſt, wie wenig von einer Erzberger-Rede haltbar iſt. Die Regierenden wollen dieſe Zeit noch ſchnell ausnutzen. Sie bringen den Antrag ein, daß die Enthüllungsrede auf Reichskoſten im deutſchen Volke verbreitet werden ſolle. Das heißt natürlich auf Koſten aller Steuerzahler. Die Mehrheit iſt alſo ſchamlos genug, auch von den Millionen Deutſcher der nationalen Minderheit das Geld dafür einzuziehen, daß die Rede eines Parteigegners, die ſie beſchimpft und die von erweislichen Unwahrheiten ſtrotzt, in Rieſenauflagen gedruckt und verteilt wird. Wie gewaltig muß die Angſt von der im Volke aufdämmernden Erkenntnis ſein, daß man zu ſolchen Mitteln der Beeinfluſſung ſogar mit erpreßten Geldern greift! Dagegen war ja der ſogenannte Reptilienfonds Bismarcks beinahe ein Muſter politiſcher Reinlichkeit. Es iſt in der Öffentlichkeit wenig bekannt, wie ſehr ſich im Kriege gerade Erzbergers Reptilienzucht entwickelt hat. Er bot ſich ſofort im Auguſt 1914 als Fachmann für öffentliche Meinung im In- und Auslande der Regierung an, organiſierte den Betrieb unter Inanſpruchnahme von Herren des Auswärtigen und des Reichsmarineamts, erhielt Millionen von

Mark zu freier Verfügung und besoldete damit eine Anzahl von Federn aller Parteien. Viele der „nationalistischen“ oder „alldeutschen“ Artikel, die er jetzt als tief unsittlich brandmarkt, sind auf Erzbergers Bestellung geschrieben und untergebracht, aus öffentlichen Mitteln bezahlt worden. Viele wurden auch bezahlt, ohne abgedruckt zu werden, so daß eine große Erzberger-Klientel entstand, eine Leibgarde seiner Pensionäre; nebenbei gab es noch andere Vorteile, denn wer von Erzberger verpflichtet wurde, der war selbstverständlich „unabkömmlich“ für den Schützengraben und verblieb in sicherem Port.

Erzberger besaß also schon damals eine ungeheure Machtstellung in der Welt des bedruckten Papiers. Innerhalb seiner Partei, wo manch einer in dem Gefühl, sauber bleiben zu wollen, sich von ihm zurückgezogen hatte, war er trotzdem noch früher zum Alleinherrscher geworden, weil er die Presse der Partei beherrschte; die gewandt geschriebene Erzbergersche Leitartikel-Korrespondenz für katholische Blätter hatte sich schon vor Jahren durchgesetzt. Jetzt endlich hat dieser geschickteste aller Reklamechefs das Höchste erreicht, was in seiner Branche möglich ist: das ganze deutsche Volk muß es bezahlen, daß jedem einzelnen Reichsangehörigen eine der leichtfertigsten Reden Erzbergers amtlich zugänglich gemacht wird. Der Volksparteiler Dr. Hugo schlägt heute in außerordentlich maßvollen Ausführungen vor, daß man, wenn man der Wahrheit dienen wolle, wenigstens beide Seiten zu Worte kommen lassen solle, also auch Graefes Rede überall anschlagen müsse. Da wären wir schön dumm, denkt wohl Erzberger; der Mehrheit ist es nicht um Wahrheit zu tun, sondern um Niederknüppelung der Wahrheit, um ein brutales Sichdurchsetzen, um die Macht über alle Gemüter. Darin sehen die Leute ihre einzige Rettung. Hätten sie ein gutes Gewissen, so müßten sie der Anregung Hugos folgen und dem

deutſchen Volke, dem ſie doch bis zu den zwanzigjährigen jungen Mädchen herab politiſche Reife und Urteilskraft zuerkannt haben, das eigene Urteil über beide Reden ermöglichen. Das fällt ihnen nicht im Traume ein. Die republikaniſche Meinungsfreiheit beſteht im Mundtotmachen der Gegner.

Die geſtern ſo erregte Debatte iſt durch Dr. Hugo, der ein Gelöbnis zur Mitarbeit an der Geſetzgebung ablegt, in ein ruhigeres Fahrwaſſer gekommen, ſpielt ſich zumeiſt vor faſt leerem Hauſe ab. Nur das ſtets in alter Form erneute Wortgefecht zwiſchen Haaſe und Noske bringt den üblichen wüſten Skandal. Der radikale Bauernbündler Eiſenberger aus Bayern verbreitet demgegenüber faſt eine Atmoſphäre der Behaglichkeit im Hauſe, obwohl er manche brandrote Äußerung von ſich gibt; man wird durch die kleinen Treuherzigkeiten dieſes trachtechten Simpliziſſimus-Modells beſänftigt und erheitert. Nach einem welfiſchen Zwiſchenakt ſchließt der Tag mit einer meilenlangen Rede des Sozialdemokraten Wels und kehrt gleichzeitig zum Ausgangspunkt zurück: ſatt und weltzufrieden tritt Wels die „Erfolge“ Erzbergers breit, dieſes neuen Vorkämpfers der Sozialdemokratie, der ja auch ganz ihre Methoden übernommen hat. So wie früher die Leute Bebels und Singers, Scheidemanns und Liebknechts ihre Enthüllungen über Krupp und anderes, die ſich ſpäter als Schwindel erwieſen, auf allen Straßen ausbrüllen ließen, ſo arbeitet jetzt Erzberger. Der enthüllende Erzberger. Der enthüllte Erzberger. Es gibt Spekulanten in allerlei Dingen. Er aber hat ſich das einträglichſte erwählt. Er ſpekuliert auf die Dummheit. Zunächſt auf die im Parlament. Nun ſoll aber nach dem Parlament auch noch die geſamte Nation Herrn Erzbergers Meinungsfabrik zugeführt werden.

Kampf

Weimar, 28. Juli

Seit Kain den Abel erſchlug, ſeit dem älteſten Kampf, von dem die Überlieferung erzählt, hat es immer nur Sieg oder Niederlage gegeben, ſobald die Keule wuchtete. Manchmal ſind auch beide Gegner verröchelt. Aber niemals, ſoweit wir überhaupt die Weltgeſchichte kennen, hat es als Kriegsſchluß einen Verſtändigungsfrieden gegeben, ein Auseinandergehen beider ohne Buße des Beſiegten. Politiſche Gaukler reden ſeit vier Jahren unſerem Volke vor, wir hätten einen Verſtändigungsfrieden haben können. Es fehlt dafür jeder Nachweis. Er iſt ebenſo unmöglich, wie der Nachweis, daß es weiße Rappen oder ſchwarze Schimmel gäbe. Wir mußten ſiegen oder untergehen.

Das haben Ludendorff und Tirpitz, die der ſozialdemokratiſche Außenminiſter Müller heute die größten Verderber des deutſchen Volkes zu nennen wagt, gewußt. Das hat Hindenburg gewußt, der immer wieder davor warnen mußte, daß wir die Nerven verlören. Das haben alle nationalen Politiker gewußt, und zwar ſchon vor dem Kriege, während die Bethmann-Partei, ſchon damals von Völkerverſöhnung berauſcht, dem Chef der Operationsabteilung im Großen Generalſtab, Ludendorff, im Jahre 1912 die drei Armeekorps nicht bewilligen wollte, die uns dann an der Marne fehlten; und das iſt es, was zur Verlängerung des Krieges und ſchließlich zu ſeinem Verluſt geführt hat. Während des Krieges kam ein zweites hinzu, die Unterwühlung des Heeres durch die Sozialdemokratie, deren Revolution nicht erſt im November 1918, ſondern im Januar 1917 begonnen hatte, und die Unterwühlung der Heimat

durch den Allerweltsjournaliſten Erzberger, der ebenſo leichtfertig, wie er anfangs die Annexion der halben Welt gepredigt hatte, nun in das Gegenteil umſchlug und durch tauſend Kanäle, die ihm zur Verfügung ſtanden, das Giftgas der Mutloſigkeit über die deutſchen Gaue ſtrömen ließ.

Wenn jemand vor den Staatsgerichtshof gehört und nicht nur vor ihn, der ja nur moraliſch verurteilt, ſondern vor das Reichsgericht in Leipzig, das die Todesſtrafe über Landesverräter fällen kann, ſo ſind es Scheidemann und Erzberger.

Das iſt es, was jetzt zu ſagen nottut. Das iſt es, was auch ihr Gewiſſen unſeren Defaitiſten in die Ohren ſchreit, und nur in ihrer Angſt greifen ſie zur „Haltet den Dieb“-Taktik und verſuchen das deutſche Volk gegen diejenigen aufzuhetzen, die es zum Siege ſtatt zum Untergang führen wollten. Auch die Rede des Abgeordneten Schulz von den Deutſchnationalen iſt viel zu milde gegen unſere Reichsverderber, wird in Abwehrſtellung gehalten, wo die Weltgeſchichte Angriff erwartet. Alles draußen im Lande, was nicht zur regierenden Mehrheit gehört, nicht zu der Jammerpolitik von heute ſchwört, alles, was noch an deutſcher Größe hängt, das dürſtet nach Rechenſchaft in unſerem unſäglichen Elend. Das wiſſen die Leute, die ſich heute Miniſter nennen. Gleich ihrer dreie treten diesmal auf, um mit ihren neuen „Enthüllungen“ den Schrei der zugrundegerichteten Nation zu erſticken.

Aus den verleſenen engliſchen Aktenſtücken und Reden geht zweifelsfrei hervor, daß die Entente niemals an einen Verſtändigungsfrieden gedacht oder ihn uns gar angeboten hat. Sie hat lediglich, als der Papſt ſich um einen Frieden bemühte, verlangt, Deutſchland ſolle erklären, wie es über ſeine Buße und Wiedergutmachung denke, und zwar überall, nicht nur in Belgien. Sie hat auch den ſpaniſchen Vermittlungsverſuch, um den wir gebeten hatten, lediglich und ganz kurz damit beantwortet, daß ſie bereit ſei,

unſere Mitteilungen entgegenzunehmen. Sie hat durch den Mund des leitenden engliſchen Staatsmannes erklären laſſen, ſie laſſe ſich nicht durch uns zu Friedenserörterungen „verleiten“; nur wir ſollten auf dieſes Glatteis gehen und uns immer mehr ſchwächen, immer mehr vom Gedanken des Durchhaltens entwöhnen. Sie hat jede Annäherung ausdrücklich abgelehnt, weil „die Zeit für ſie arbeite“, und hat rückſichtslos alles auf Sieg eingeſtellt. Als der deutſche Reichstag ſeine Friedensreſolution gefaßt hatte, alſo im Juli 1917, erklärten die Engländer, jeglicher Verhandlung mit uns müſſe die Zurückziehung unſerer Truppen über den Rhein vorangehen.

Erzbergers Behauptung, uns ſei ein Verſtändigungsfrieden geboten, von der Regierung aber abgelehnt worden, iſt alſo erweislich unwahr.

Seine Behauptung, die deutſche Regierung habe das Angebot „vier Wochen lang einfach liegengelaſſen“, iſt es ebenfalls; es hat ſich nur um neunzehn Tage gehandelt, und dazwiſchen lagen der Kronrat und die dazu nötigen Vereinbarungen mit den führenden Männern.

Auch hat dieſelbe Regierung, der er leichtfertige Ablehnung der Friedensmöglichkeiten vorwirft, ſchon vor dem 5. September, an dem der Brief des Nunzius eintraf, von ſich aus in Madrid über den Frieden ſondieren laſſen.

Ein Vorwurf Erzbergers nach dem andern erweiſt ſich als unwahr, zum großen Teil durch die Schriftſtücke ſelbſt, die ſein Kollege Müller verlieſt, aber Erzberger nickt fortgeſetzt während der Verleſung, um dem Publikum zu ſuggerieren, jede ſeiner Behauptungen werde durch Müller beſtätigt. Er ſelber ſagt dies nachher auch noch. Er hält jeden Satz aufrecht, ein ungebrochener Mann, ein Mann mit eiſerner Stirn, von der jeder moraliſch vernichtende Schlag abprallt wie Erbſen von der Wand. Er, der mit ſeinem Herzog von Urach in Litauen hauſieren ging, er, der große Königmacher,

beſchimpft die deutſchen Fürſten, die in den Randſtaaten des Oſtens Familienpolitik getrieben hätten, während noch das Blut in Strömen floß. Er, dem der Nunzius in München mit Bezug auf den Friedensbriefwechſel, wie Erzberger ſelbſt am Freitag erzählte, geſagt haben ſoll: „Nun iſt Ihr armes Vaterland verloren!“, will von dem Inhalt der Briefe nichts gewußt haben. Er, unter deſſen ſtändigen Kaſſandrarufen ſeit 1917 unſer Volk nervös zuſammengebrochen iſt und ſeinen Siegeswillen, ſeinen Sieg, ſeine Gegenwart und Zukunft verloren hat, belfert gegen die nationalen Parteien, die an dem ganzen Unglück ſchuld ſeien.

Hier iſt kein Verſtändigungsfriede möglich, ebenſowenig wie zwiſchen Völkern im Kriege. Der Kampf muß durchgefochten werden. Der ſozialdemokratiſche Miniſter Bauer, der anſcheinend von Erzberger gelernt hat, ſtellt es ſo dar, als habe die Rechte dieſen inneren Streit begonnen. Er ſpekuliert auf das kurze Gedächtnis der Mitwelt. Er meint wohl, ſie wiſſe nicht mehr, daß die Nationalverſammlung gleich zu Beginn im Februar durch die wüſten Angriffe Davids, Eberts, Scheidemanns gegen das alte Syſtem, gegen die Monarchie, gegen die Rechte eingeleitet wurde. Kaum ein Tag iſt vergangen, an dem nicht während dieſer Seſſion von der „verbrecheriſchen“ Schuld unſerer Fürſten, Feldherrn, Staatsmänner und nationalen Politiker von der Regierungsbank aus geſprochen worden wäre.

Auch ein ehemaliger Miniſter, Gothein, deſſen Regentenfreude freilich nur ein kurzer Frühlingstraum war, paukt auf die Monarchie los. Man wird es ſich merken müſſen, was der Abgeordnete Gothein *als offizieller Fraktionsredner der demokratiſchen Partei* unter deren einmütigem und lebhaftem „Bravo“ heute geſagt hat:

„Die Erkenntnis der Schuld der Monarchie, nicht nur das Anerkennen des nun einmal durch die Revolution

Geschaffenen, macht uns zu den entschiedensten Verteidigern der neugeschaffenen republikanischen Staatsordnung."

Die „Enthüllungen", die Bauer heute beiträgt und die anscheinend in der nächsten Zeit nicht abreißen sollen, bringen keinerlei Mitteilung zu dem Thema, das Erzberger angeschlagen hat: von der schuldhaften Versäumnis der kaiserlichen Regierung. Sie enthalten lediglich Gutachten Hindenburgs und Ludendorffs über militärische und wirtschaftliche Notwendigkeiten in Belgien. Dergleichen Gutachten sind während des Krieges in Mengen auf unserer und feindlicher Seite verfaßt worden. Eines der bekanntesten stammt ja von Erzberger selbst, jenes Gutachten, in welchem er sogar die Besitznahme der englischen Kanalinseln für dringend notwendig erklärt. Im übrigen beteiligt sich Bauer so lebhaft wie nur möglich an Erzbergers Kampf — auch in Erzbergers Tonart. Die Szene wird zum Tribunal. Und die Herren Geschworenen, die Sozialdemokraten, verlieren vollkommen die Richterwürde und brüllen immer wieder die Rechte nieder.

Der Staatsgerichtshof kommt. Wie er beschaffen sein wird, hat uns der sozialdemokratische Antrag enthüllt: es wird ein im wesentlichen parlamentarischer Gerichtshof, mit allen Nachteilen einer Versammlung, die aus Berufspolitikern zusammengesetzt ist. Die Deutsche Volkspartei hat statt dessen den Antrag gestellt, es solle ein unparteiischer Gelehrtengerichtshof einberufen werden. Darüber spöttelt Minister David. Er wagt es, über „sogenannte Historiker" und ihre „naive Oberflächlichkeit" zu sprechen und sie für den Staatsgerichtshof abzulehnen, weil sonst Gefahr „tendenziöser Verzerrung" vorliege. Es soll eben nicht ein Kampf um die Wahrheit sein, sondern ein Machtkampf, eine Niederknüttelung der Wahrheit. Auch dieser Kampf muß durchgefochten werden,

ohne Verſtändigungsfrieden. Wer auf dem Platze bleibt, das kann man jetzt noch nicht wiſſen. Wird die Wahrheit erſchlagen, dann wird das deutſche Volk dafür büßen müſſen, daß es ſich ſolche Führer hat gefallen laſſen, wie wir ſie augenblicklich haben.

Nach dem Sturm

Weimar, 29. Juli

Bauer, der an der Spitze des republikaniſchen Miniſteriums ſitzt, hat geſtern mit biederem Augenaufſchlag erklärt, in der neuen Republik kämen nur die Tüchtigſten an die Spitze.

Dann hat er hinzugefügt, es ſei ſehr bedauerlich, daß ihm und ſeinen Kollegen ſeine Herkunft aus dem Arbeiterſtande vorgeworfen werde. Das hat kein Menſch getan. Außerdem iſt Bauer, der freilich ſelber nur die Volksſchule beſucht hat und dann Bureaugehilfe geworden iſt, doch als Sohn eines Gerichtsvollziehers geboren, ſtammt alſo aus Beamtenkreiſen. Die Herkunft der Miniſter ehren wir, nur als Miniſter ſchätzen wir ſie nicht. Über „Friedrich den Vorläufigen“, den jetzigen Reichspräſidenten Ebert, ſind an dieſer Stelle ſofort nach ſeiner Wahl die vollen Schalen des Hohnes ausgegoſſen worden. Aber nicht, weil er in ſeinem vorparlamentariſchen Leben Sattler und dann Gaſtwirt geweſen iſt. Wir würden den Hut vor ihm ziehen, wenn er ein tüchtiger Sattlermeiſter geworden oder ein braver Gaſtwirt geblieben wäre; aber daß dieſe Leute als blutige Dilettanten Diplomatie betreiben wollen, als Ungelernte jetzt ganz naiv in hohe Staatskunſt pfuſchen, das werfen wir ihnen vor. Kein Arbeiter wird ſich von einem Töpfer ein Paar Stiefel machen oder von einem

Buchbinder den Blinddarm operieren lassen, aber darin findet er nichts, daß jeder Mann von der Straße in Ministerstellungen gelangt, wo es sich doch um Wohl und Wehe des ganzen Volkes und um die schwierigsten Fragen von der Welt handelt, denen ein Mensch ohne Vorbildung hilflos gegenübersteht.

Die heutigen Minister können ja nicht einmal deutsch lesen. Natürlich, ablesen können sie; das tut ja auch Bauer ganz ordentlich, stolpert auch nur über wenige Fremdwörter. Aber sie verstehen nichts von dem Gelesenen. Wäre es sonst möglich, daß sie heute noch Erzberger Gefolgschaft leisten? Daß sie heute noch annehmen, wir hätten einen tatsächlich uns angebotenen Verständigungsfrieden abgeschlagen? Alles, was uns in diesen Tagen amtlich vorgelesen worden ist, war eine fortgesetzte Widerlegung Erzbergers. Da wir nun nicht annehmen wollen, daß Bauer und seine Kollegen gegen besseres Wissen den Schwindel fortsetzen, so bleibt nur die Schlußfolgerung, daß ihr Wissen nicht ausreicht.

Wir haben Minister, die zu dumm sind, um Aktenstücke lesen zu können. Diese Minister aber sollen imstande sein, das todkranke Deutschland zu retten.

Die schweren parlamentarischen Stürme dieser Tage schließen mit einem kurzen Nachgewitter. Als neue Tatsache gegen den Verständigungspolitiker Erzberger führt der Abgeordnete Rießer aus dem Jahre 1917 — wohlgemerkt 1917 — den Annexionspolitiker Erzberger an, der in jenem Jahre als Gutachter und Journalist für die Angliederung der französischen Erzbecken von Longwy und Briey an Deutschland eingetreten sei. Er bezog ja damals noch hohe Tantiemen als Aufsichtsratsmitglied von Thyssen; aus dem Annexionssaulus zu einem Verständigungspaulus ist er erst geworden, als das fette Pöstchen bei der Großindustrie sich zu verflüchtigen be-

gann. Aber, ſo meint Erzberger in ſeiner Antwort, es „brauche“ ſich ja gar nicht um Annexionen der Erzbecken gehandelt zu haben, es „könne“ ja, und ſeiner Erinnerung nach ſei es ſo, nur um wirtſchaftliche Abmachungen gegangen ſein. Nachtigall, ick hör dir loofen! Selbſt der Unabhängige Henke geſteht unter großer Heiterkeit heute zu, mit Erzberger könne man nur ſehr, ſehr vorſichtig verkehren.

An dieſer ſtaatsmänniſchen und privaten Vorſicht laſſen es die heutigen Miniſter jedenfalls fehlen; ſie gehen mit Erzberger durch dick und dünn, und ſie werden eines ſchönen Tages von ihm in der dickſten Tinte ſitzengelaſſen werden.

Augenblicklich ſind ſie noch auf Gedeih. und Verderb verbunden. Der Antrag über die Verbreitung der Miniſterreden auf Koſten aller Steuerzahler wird von der ſchwarz-roten Mehrheit angenommen, nur ſollen auch der engliſche Brief und die Michaeliſche Erläuterung hinzugefügt werden, aber ſelbſtverſtändlich nicht die Rede Graefes oder irgendwelcher anderer Abgeordneten der Rechten, die in dieſen Tagen Licht in die „Enthüllungen“ Erzbergers gebracht haben. Im Dunkeln iſt gut munkeln! Das angekündigte Weißbuch und die parlamentariſchen Stenogramme ſollen fortan, dieſe hoffentlich mit rückwirkender Kraft, zu beſonders billigen Preiſen dem Volke zur Verfügung geſtellt werden. Das iſt das nachträglich aufgepappte Feigenblatt; im übrigen wird die Schamloſigkeit Geſetz. Die Vorlage über den Staatsgerichtshof aber, die noch von dem deutſchnationalen Abgeordneten Landgerichtsdirektor Warmuth einer ſehr gründlichen abſprechenden Kritik unterzogen wird, wandert in den Ausſchuß, und dann atmet die ſchwarz-rote Mehrheit auf und beſchließt die ſechstägige Programmrederei und Enthüllerkomödie mit einem Vertrauensvotum für ihr Miniſterium Erzberger.

Eine perſönliche Bemerkung Graefes, die dieſer mit ſeiner

bekannten liebenswürdigen Schalkhaftigkeit anbringt, setzt zuletzt noch Herrn Erzberger so in den Sand, daß die Heiterkeit über das ganze Haus sich fortpflanzt. Erzberger habe gesagt, er hätte sich nur gegen die Angriffe Graefes wehren müssen. Nun habe Erzberger aber schon zwei Tage vor der Debatte in der gesamten Presse seine kommenden Enthüllungen verkünden lassen; und so klug und ahnungsvoll Erzberger auch sei, so habe er doch sicherlich nicht zwei Tage vorher wissen können, daß und wie Graefe ihn angreifen werde.

In der Nachmittagssitzung nimmt man die dritte Lesung der Verfassung vor. Den ganzen Tag über wird noch in Konventikeln, in der Ecke des Foyers und anderswo, an ihr geleimt, besonders am Paragraphen 18, während im Plenum Haußmann bereits einen Hymnus auf sie anstimmt, auf das weltgeschichtliche Werk von Weimar. Er macht es der Rechten zum Vorwurf, daß sie gegen die Verfassung im ganzen stimmen wolle. Hat er von überzeugten Monarchisten wirklich etwas anderes erwartet? Ein Zwischenruf, hart und scharf wie Peitschenhieb von der Rechten kommend, bringt ihn da aber ganz aus dem Text: „Haben nicht die Demokraten 1871 auch gegen die Reichsverfassung gestimmt?“ Haußmann ringt nach Worten. Ja, meint er schließlich, das sei aber ganz etwas anderes gewesen. Da sei die Verfassung eben nicht demokratisch genug gewesen. Na also. Dann darf man es denen, die ein starkes monarchisches Deutschland wiederersehnen, ebensowenig zumuten, daß sie für die Republik stimmen. Herr Haußmann scheint das nicht zu verstehen. Das liegt an der demokratischen Arterienverkalkung. Sein Parteigenosse Preuß gibt dem Verfassungswerk mit einem heiteren, einem nassen Auge auch seinen Segen, denn es ist doch nur noch ein ihm unterschobenes Kind.

Aber auch diese sonst so ruhige Nachmittagssitzung geht nicht ohne Tumult ab. In einem Zwischenspiel interpellieren die

Unabhängigen wegen der Spartakiſten im Ruhrgebiet, die in Schutzhaft ſitzen und jetzt durch „Hungerſtreik“ ihre Freilaſſung erzwingen wollen. Noske antwortet. Die Zietz kreiſcht. Schließlich bekommt ſie, was bei der ſchlechten Luft und nach dem Sechstagewerk Erzbergers kein Wunder iſt, Nervenzufälle. „Die armen Menſchen müſſen verhungern! Die armen Menſchen müſſen verhungern!“ Von müſſen iſt natürlich keine Rede, ſondern allenfalls von wollen. Aber Frau Zietz ſchreit und heult, und ſchließlich packt ſie ihren ganzen Kram von Akten, Zeitungen, Druckſachen zuſammen und ſchleudert ihn zwiſchen die Bänke, daß die Blätter nur ſo fliegen. Die Politik wirkt auf die ſanfte Frau Zietz wie Alkohol. Das heulende Elend iſt die Folge davon.

Paragraphengalopp

Weimar, 30. Juli

Der Präſident kommandiert eine Gruppe Freiübungen nach der anderen. Die Verſammlung rauſcht immer wieder auf und nieder. Da wir mitten in der Abſtimmung über alle Anträge dritter Leſung zu den 173 Paragraphen der Verfaſſung ſind, werden heute die ſtärkſten Anforderungen nicht an den Kehlkopf, ſondern an die Streckmuskeln und das Sitzfleiſch der Abgeordneten geſtellt. Die Paragraphen ſpringen bei der dritten Leſung ſo eilig vor wie die Ziffern einer Droſchkenuhr bei dritter Taxe; daher darf ſich kaum jemand aus dem Saale entfernen, man ſteht auf und ſetzt ſich in derſelben Regelmäßigkeit wie der Galeerenruderer. Die geiſtige Anſpannung iſt nicht mehr groß, aber in harter körperlicher Arbeit der entſprechenden Abſtimmungsorgane kommt man heute vom 1. bis zum 131. Artikel der Verfaſſung. Einzelne umſtrittene,

wie den Paragraphen 18, den Zerſtückelungsparagraphen, läßt man dabei aus. Das Leimen hinter den Kuliſſen iſt noch nicht beendet.

Noch vor der erſten Serie der Abſtimmungen hat die Minderheit ihre grundſätzliche Verwahrung eingelegt. Der ehemalige badiſche Staatsminiſter Dr. Düringer tut es für die Deutſchnationalen. In vollkommener Klarheit hören wir noch einmal ihr Bekenntnis zur Monarchie. Aus Achtung aber vor dem augenblicklichen Mehrheitswillen — Mehrheiten ſind Gott ſei Dank nicht ewig — werde man auch in der Republik ſeine ſtaatsbürgerliche Pflicht erfüllen. Düringer fügt noch aus ſpezifiſch ſüddeutſch-chriſtlicher Auffaſſung einiges hinzu. Er ſtellt die Frage aller Zeiten, warum wir ſo verhaßt ſeien im Ausland wie die wilden Tiere. Er meint, daran ſei der unchriſtliche Nietzſche mit ſeiner „blonden ſchweifenden Beſtie“ ſchuld. Ach nein. Nicht Nietzſche, ſondern die engliſche Propaganda. Und die ſtützt ſich nicht auf Zarathuſtra, ſondern auf Theodor Wolff und Thomas Theodor Heine, die jahrzehntelang Deutſchland als mittelalterlichen Gewaltſtaat, als Hort der finſterſten Reaktion, als Raubvogelneſt einer wüſten Soldateska in Wort und Bild dargeſtellt haben. Für die Deutſche Volkspartei begründet der Staatsminiſter a. D. Dr. Heinze die Geſamtablehnung der Verfaſſung in ſtraff zuſammengefaßter Darſtellung damit, daß dieſe Verfaſſung die ſtolzeſte Zeit der deutſchen Geſchichte, die von 1871, bewußt aus der Erinnerung zu ſtreichen ſich bemühe, an Stelle der lebendigen Organismen des Staatslebens den loſen Sandhaufen der Wähler ſetze und notgedrungen von der Parlamentsherrſchaft zur Parteiherrſchaft, von der Parteiherrſchaft zur Geldſackherrſchaft uns führen müſſe; an einem Verfaſſungsfeſt, bei dem die ſchwarz-weiß-rote Flagge niedergeholt werde, könne die Deutſche Volkspartei ſich nicht beteiligen.

Dazu kann Preuß nicht ſchweigen. Gerade bisher unter dem alten Syſtem, ſo meint er, hätten wir eine Parteiherrſchaft gehabt, und zwar die Herrſchaft einer Partei, der konſervativen. Durch Wiederholung wird dieſe Behauptung nicht wahrer; ſie iſt immer unwahr geweſen. Wer regiert, der muß ſtaatserhaltend regieren, alſo konſervativ; ſogar die heutige Sozialdemokratie gebraucht ja alle „reaktionären“ Mittel des alten Obrigkeitsſtaates, die ſie früher ſo heftig bekämpft hat, und ſtützt ſich dabei unbedenklich auf Bajonette. Aber regiert hat doch auch früher nicht die Rechte. Den legendären Zylinderhut des Herrn Spahn hat man ſicherlich häufiger im Reichskanzlerpalais geſehen als das agrariſche Filzhütchen des Herrn v. Heydebrand. Insbeſondere in den letzten Jahren kam der demokratiſch-klerikale Bethmann-Block allein in Frage, der als chineſiſche Mauer ſogar den Kaiſer umgab: trotz der Bemühungen des Kronprinzen und anderer hochgeſtellter Herren iſt es in der ganzen Kriegszeit den angeblich herrſchenden nationalen Parteien nicht möglich geweſen, auch nur einmal für einen ihrer Führer eine Audienz beim Kaiſer zu erlangen. So konnten ſie auch keine Warnung vor der Tätigkeit des Duumvirats Erzberger-Scheidemann anbringen, das uns dann richtig in den Sumpf geführt hat, in dem wir heute ſchon bis an den Hals verſunken ſind. Herr Preuß freilich weiß es beſſer. Er erzählt uns mit fettiger Stimme, wie mangelhaft es früher geweſen ſei und wie die Bismarckſche Verfaſſung jeden organiſchen Aufbau habe vermiſſen laſſen. Die alte Leier. Schon 1862 rief der Parteigenoſſe des Herrn Preuß, Virchow, im preußiſchen Abgeordnetenhauſe aus: „Der Miniſterpräſident Herr v. Bismarck hat keine Ahnung von nationaler Politik!“

Die alte Flagge wird alſo niedergeholt. Wir bekommen ſtatt ihrer zwei neue. Zu Lande ſoll die ſchwarz-rot-gelbe Barrikadenfahne von 1848 wehen, zur See aber ein Miſch-

ling, die ſchwarz-weiß-rote mit dem Novemberflecken in der oberen Ecke. Mit nur unweſentlichen Änderungen werden auch die übrigen Paragraphen angenommen. Daß die Ehe die Grundlage des Familienlebens ſei, dieſe urſprüngliche Faſſung des Paragraphen 118, wird durch das Zentrum wiederhergeſtellt. Auf demokratiſchen Antrag wird hinzugefügt: „Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung der Geſchlechter.“ Nix daitſch, magyar. Wir können uns vorſtellen, daß die Ehe auf der Anziehung der Geſchlechter beruht oder daß in der Ehe die Gleichberechtigung der Geſchlechter gilt; ſo aber, wie der Satz daſteht, iſt er blühender Unſinn. Er teilt dieſes betrübende Geſchick noch mit vielen anderen Artikeln der Verfaſſung. Trotzdem iſt der Staatskommiſſar Dr. Preuß ſo glücklich wie ein Berliner Kurfürſtendammer bei der Einweihung ſeiner neuen Wannſeevilla und hat den ganzen Verfaſſungsausſchuß auf heute abend zu einem Feſt geladen. Zum Siegesfeſt über Bismarck.

Der Abſchluß

Weimar, 31. Juli

Die Kuliſſenſchieber der Republik haben alle Hände voll zu tun. Es geht ihnen wie in der Operette dem Bürgermeiſter vor der Ankunft des erlauchten Gaſtes: „Jeſſas, jeſſas, das iſt ſchwer; wo kriegt man denn gleich Wildſchwein her?“ Da iſt erſtens eine ſchwarz-rot-gelbe Fahne zu beſorgen. Man läuft zum großherzoglichen Hofmarſchallamt und fragt, ob es nicht mit paſſendem Fahnentuch aushelfen könne, aber das Hofmarſchallamt hört auf dieſem Ohre ſchlecht. Man beſchafft die Fahne anderswoher. Da muß zweitens Volk her,

viel Volk, noch mehr Volk, damit man eine Anſprache loswird: „Mitbürger! Freunde! Römer! Hört mich an!“ Die Beſchaffung von Volk iſt ſchon einfacher. Man ſtelle eine Militärkapelle hin, dann ſammelt es ſich ſchon. In der Tat müſſen die Muſiker der freiwilligen Landesjäger vom frühen Nachmittag bis in den ſinkenden Abend auf dem Platze vor dem Theater ausharren, um das Publikum feſtzuhalten.

Derweil werden im Sitzungsſaal die Reſte der Verfaſſung aufgearbeitet. Der Verſtümmelungsparagraph wird in der Form Geſetz, daß nur drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, nicht drei Fünftel aller Wahlberechtigten, ſich für die Abſchneidung eines Landesteils auszuſprechen brauchen, damit ſie möglich wird. Bei dieſem neueſten Kompromiß hat man die Vertreter der Einzelſtaaten gar nicht mehr um ihre Meinung gefragt. Der Vertreter Preußens, Wolfgang Heine, ſtellt dies mit Achſelzucken feſt. Von der Auflöſung Preußens in ein Dutzend kleiner Republiken erwartet er lediglich eine außerordentliche Verteuerung der Verwaltung und bekennt unter großer Bewegung des Hauſes, daß das altpreußiſche Verwaltungsſyſtem das billigſte geweſen ſei, das es je in der Welt gegeben habe. Ihm geht alſo ſchon ein Dreierlicht auf. Es wird nicht lange dauern, dann tagt es wohl auch in anderen Köpfen. Bei der Annahme des neuen Schulkompromiſſes kommt durch den verfrühten Jubelruf eines Zentrumsmannes die Erleuchtung über das hohe Haus. Es iſt der Oberlehrer Hofmann aus Ludwigshafen, der erregt balzend erklärt, die Konfeſſionsſchule ſei das Ideal des Zentrums, und hier werde es als Eroberer vorgehen. Sicherlich wird es das. Die neue Verfaſſung ermöglicht ihm auch die Einſtellung von Jeſuiten als Lehrer. Die Einheitsſchule, die die Republik uns bringen wollte, hat ſich in Rauch aufgelöſt; wir bekommen ſtatt deſſen erſtens die Simultanſchule für Kinder aller Bekenntniſſe, zweitens die konfeſſionelle katholiſche Schule, drittens die

konfessionelle evangelische Schule, viertens für die Knallroten in Großstädten und Fabrikdörfern die gänzlich religionslose Schule. Daneben können aber unter bestimmten Bedingungen auch noch Baptisten, Adventisten, Antivivisektionisten und sonstige Gesinnungsgenossen zu ihrem Rechte kommen.

Für die Sozialdemokratie ist das keine reine Freude, obwohl auch ihr ein großer Teil unserer Jugend ausgeliefert wird. Noch weniger erbaut ist sie darüber, daß der Räteartikel in einer Form angenommen wird, die nicht ganz ihren Wünschen entspricht, dem Reichswirtschaftsrat nicht vollkommene Bundesratsrechte verleiht. Auch der von ihr in zweiter Lesung schnell noch mit der Maurerkelle hingeworfene Satz, daß Privatregale und Mutungen aufgehoben werden und an den Staat übergehen sollten, wird ihr von allen bürgerlichen Parteien gestrichen. Das Verdienst daran kann sich der alte Bergrat a. D. Gothein zuschreiben. Bei seinen eigenen demokratischen Parteigenossen ist er wegen der endlosen und einigermaßen veralteten Reden — er ist in seiner politischen Entwicklung etwa über die liberale Ära von 1873 noch nicht hinausgekommen — nicht sehr beliebt. Sie pflegen zu sagen: „Koffein ist anregend, Gotheïn ist einschläfernd.“ Aber diesmal hat er als Fachmann recht. Er sagt, die Herren Sozi hätten ja keine Ahnung davon, was sie da eigentlich verlangten. Mutungen nenne man das Antragschreiben eines Bodenschätze Suchenden um Verleihung des Schürfrechts. Wie wolle man die aufheben und dem Staate überweisen? Am ärgerlichsten für die Sozialdemokraten ist schließlich, daß der Artikel, der alle Angehörigen ehemals regierender Häuser in Deutschland für immer von dem passiven Wahlrecht zum Reichspräsidium ausschließt, auf Antrag der Deutschen Volkspartei wegfällt. Das war ein so schöner Reklameartikel für das Schaufenster. Billig und wertlos, aber glitzernd. Das

Zentrum und die Demokraten schämen sich, ein solches „Ausnahmegesetz“ in eine freistaatliche Verfassung hereinzunehmen, außerdem wissen sie ganz genau, daß, wenn einmal eine überwältigende Mehrheit bei uns einen Führer aus königlichem Geblüt an Stelle des jetzigen Landesvaters aus der Parteidestille verlangen sollte, sie auch diesen Paragraphen natürlich glatt mit dem Ärmel auswischen könnte. Das ist den Sozialdemokraten selbstverständlich ebenfalls klar. Aber draußen stehen unverständige Massen. Wie sag' ich's meinem Kinde? Der rote Sprecher, Abgeordneter Loebe-Breslau, tut es in der Form, daß er gegen den „bürgerlichen Block“ vom Leder zieht und — die Unabhängigen schreien ironisch: ‚Heil dir im Siegerkranz‘ — die Drohung ins Land hineinruft: „Die lebendige Entwicklung der Verhältnisse wird stärker sein als die papiernen Bestimmungen dieser Verfassung!“

So spricht der böse Zauberer am Tauftage der neugeborenen Verfassung mit lästerlichem Fluch. Aber als gute Feen erheben sich zwei Minister und reden sanft und lieblich. Bauer findet, daß wir heute zum ersten Male den Fuß wieder auf festen Boden setzen, wo die Fahne der neuen Republik am Maste dieses Hauses emporsteige. Notabene, sie steigt nach Sonnenuntergang empor. Und wie fest der Boden ist, auf dem wir stehen, das wird der nächste Generalstreik ja zeigen. Noch verwunderlicher ist es, was David über die Verfassung zu sagen weiß: daß wir durch sie zum freiesten Volk der Erde gemacht würden. Jetzt braucht man nur den Text des Friedensvertrages daneben zu halten und durchzustudieren, dann wissen wir ganz genau, wie frei wir sind.

Verfaſſung und Beamtenſtand

Weimar, 1. Auguſt

Am 11. April 1847 ſagte Friedrich Wilhelm IV. in ſeiner Thronrede vor dem vereinigten preußiſchen Landtag, man ſolle nur ja nicht glauben, daß die Einberufung des Landtages den Anfang einer Verfaſſung bedeute. „Kein Stück Papier ſoll ſich zwiſchen den Herrgott im Himmel und dieſes Land drängen wie eine zweite Vorſehung!“

Das wirkte wie ein Fanal. Nichts iſt ſo aufreizend geweſen, nichts hat die Maſſen ſo zum politiſchen Kampf getrieben. Bis in unſere Tage hinein hat die Demokratie die Worte des damaligen preußiſchen Königs als Läſterung dargeſtellt. Die Verfaſſung iſt Volkswille. Die Verfaſſung iſt die magna charta für Freiheit und Recht. Wer ſie, die lebenſpendende, zu einem Fetzen Papier macht, der zerſchlägt das Palladium des mündigen Volkes. Das iſt ſeit jeher der Gedankengang der Linken geweſen.

Und nun hat geſtern Loebe-Breslau, der Vorſitzende der ſozialdemokratiſchen Partei, mit genau der gleichen abſolutiſtiſchen Verachtung erklärt, die „papiernen“ Beſtimmungen der Verfaſſung müßten im Laufe der Entwicklung zerriſſen werden.

Damit hat die Partei den feſten Boden, den wir nach Bauers Wort angeblich nun unter den Füßen haben, unterminiert und jedes Verſprechen in der Verfaſſung, an das eine gläubige Menge ſich halten ſoll, wertlos gemacht. Nach wie vor ſteht alles im Belieben der Partei, wie vor ſiebzig Jahren im Belieben des Königs. Heute iſt die Verfaſſung ein enges Gedränge von Grundſätzen des Zentrums und der Sozialdemokratie. Morgen können vielleicht die Unabhängigen mitbe-

ſtimmender Faktor ſein und Stück um Stück aus der Verfaſſung herausſprengen. Sicher iſt nichts mehr, wenn nicht einmal die Verfaſſungsmacher ſelber Achtung vor ihrem Werke haben und es verleugnen. Insbeſondere die Werkleute des neuen Staates, die Beamten, ſehen nun ihre verbrieften Rechte verhöhnt. Was man ihnen bietet, das ſind ſchöne Worte, ſonſt nichts. Es iſt begreiflich, daß in einer Interpellation der Parteien der Rechten dieſe Beſorgniſſe heute zu lebhaftem Ausdruck kommen.

Die Antwort, die der ſozialdemokratiſche Innenminiſter David erteilt, iſt ſo fahrig wie die nervöſe Anpreiſung eines zahlungsunfähigen Geſchäfts, für das der Chef nach dummen Teilhabern ſucht. Er ſpricht von den glänzenden Ausſichten, die die Beamten in dem freien Volksſtaat hätten. Herrlichen Zeiten gingen ſie entgegen. Sie ſeien nicht mehr Objekt, ſondern Subjekt der Geſetzgebung. Sie dürften im Parlament frei und ungehindert opponieren. Sonderbar, höchſt ſonderbar. Als früher die agrariſchen „Kanalrebellen“ gerade wegen Opponierens ihrer Ämter entſetzt wurden, da jubelte die geſamte Linke. Sie iſt alſo doch wohl nicht grundſätzlich für die Freiheit der Oppoſition. Nicht einmal innerhalb der eigenen Partei. „Wer ſich nicht fügt, der fliegt!“ heißt es bei den Sozialdemokraten. In der Staatsverwaltung haben ſie es doch auch jetzt überall ſo gemacht und erprobte Beamte bisweilen ſogar durch übelbeleumdete Subjekte erſetzt, die nur den einen Vorzug hatten, aus den Reihen der eigenen Partei zu ſtammen. Auch ſind unter dem neuen Syſtem ſämtliche oberſten Stellungen dem Beamtentum genommen worden. Schon der Unterſtaatsſekretär, der Miniſter erſt recht, kommt aus der Partei, und der Beamte, der jahrzehntelang umſonſt gelernt und ſtudiert und gedient hat, darf ihn gehorſamſt umſchwänzeln. In der Hauptſache haben die Interpellanten gefragt, wie es mit der Sicherung des materiellen

Daſeins der Beamten ſtehe. Da weicht David aus wie der zungengeläufige Akquiſiteur, der die letzte Bilanz dem neuen Teilhaber vorlegen ſoll. Er ſei, ſo ſagt er, ganz einig mit dem Finanzminiſter darüber, daß etwas geſchehen müſſe. Zur Zeit ſei aber eine generelle Regelung leider nicht möglich; man müſſe erſt eine Statiſtik über den Beſtand an Beamten und über die Leiſtungsfähigkeit von Reich und Ländern aufſtellen.

Welch eine Heuchelei! Der mittlere Beamte bei der Reichspoſt bekommt heute 4500 Mark Jahresgehalt, der Arbeiter bei der Reichspoſt 6300 Mark Jahreslohn, und wir haben nichts davon gehört, daß mangelnde Statiſtiken da die ſofortige Lohnerhöhung verhindert hätten. Wir haben Profeſſoren mit 4200 Mark Einkommen und Berliner Müllkutſcher mit 9300 Mark. Solch ein Müllkutſcher wird von dem Profeſſor vor dem Hauſe dabei betroffen, wie er ein Stück Spickaal verzehrt. „Guten Appetit," ſagt er freundlich, „ſehen Sie, ſo etwas kann ich mir nicht leiſten." Der Müllkutſcher aber kaut weiter und erwidert trocken: „Ja, da hätten Sie eben etwas Ordentliches lernen müſſen!" Wir haben Forſtaſſeſſoren, die noch im Alter von 40 Jahren vom Staate keinen Pfennig erhalten. Ein gelernter Dechiffreur im Auswärtigen Amt bekommt, wenn er eine ganze Nacht hindurch Dienſt getan hat, die fürſtliche Zulage von 2 Mark. Aber „unſer" Fritz Ebert kann täglich, jawohl täglich, 1652 Mark und 25 Pfennige auf Reichskoſten verzehren. Herr Erzberger beſchimpft die Großinduſtrie, nachdem er ſich an ihr vollgeſogen, und bezieht als ſchwerreicher Mann doch noch 64 000 Mark Miniſtergehalt. Für ihn, den ehemaligen Volksſchullehrer, iſt das heute nur eine Lappalie, denn eine einzige Wochenrechnung ſeiner Familie in dem vornehmen Schweizer Hotel geht ſchon hoch in die Tauſende; aber wenn ein richtiger Volksſchullehrer, der ſeinen Beruf treu verſieht und nicht zum parlamentariſchen Maulaufreißer wird,

45 Dienſtjahre hinter ſich hat, ſo kann er von ſeiner Penſion ſich kaum ein Pfeifchen anſtändigen Tabak leiſten. So ſehen Theorie und Praxis im neuen Deutſchland aus, wenn ſie aufeinandertreffen. David ſagt den Beamten, heute trüge jeder den Marſchallſtab im Torniſter. Noch einmal: welch eine Heuchelei! Der Marſchallſtab iſt für die Geſinnungsgenoſſen, die nichts gelernt zu haben brauchen; für den Beamten iſt der Krückſtock gut genug.

Der Sozialdemokratie, aber auch den Rednern der anderen Parteien, iſt die heutige Interpellation der Rechten erſichtlich peinlich. Selbſtverſtändlich ſchießen ſie auch den uralten brüchigen und ſtumpfen Bolzen ab, daß es ſich nur um eine parteipolitiſche Aktion bei dieſer formalen Anfrage handle. Selbſt wenn es ſo wäre: Wird nicht heute alles zur Partei gepreßt? Auch unſer früher über den Parteien ſtehendes Beamtentum wird ſich wandeln müſſen. Es wird *den* Parteien zufallen, die ſo ſchnell und ſo energiſch als nur möglich — das jetzige Parteiregiment vom Throne ſtoßen.

Man hat es durch die Verfaſſung nach allen Seiten verſteift und geſichert. Die Oberbonzen haben ſich ſozuſagen mit dem Hoſenboden auf dem Thron feſtnähen laſſen. Aber ſiehe da, es iſt nur Papierſtoff; Herr Loebe hat's geſagt.

Wie lange noch?

Weimar, 2. Auguſt

Die Erörterung in der Nationalverſammlung über die „Enthüllungen" Erzbergers iſt abgeſchloſſen. Wir haben dazu aber noch ein nicht unwichtiges Nachwort zu ſprechen.

Von Kriegsbeginn an hatte Erzberger die Beeinfluſſung der öffentlichen Meinung im In- und Auslande „zugunſten Deutſchlands" in ſeine Hand genommen und dazu eine runde

Anzahl von Millionen Mark vom Reiche zur Verfügung erhalten, wofür er sich mehr oder weniger einflußreiche Leute und mehr oder weniger geschickte Federn kaufte; er durfte reisen, wohin er wollte, er durfte reklamieren, wen er wollte, und sein Stempel und seine Unterschrift genügten laut Verfügung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, um jeden Brief ungefährdet ins Ausland gelangen zu lassen. Nun kam im Sommer 1917 für Erzberger der psychologische Moment, wo dieser vor Eitelkeit schier platzende geschäftige Politiker die Wahl hatte, ob er nach wie vor im Dienste der deutschen Regierung und im sehr gut bezahlten Dienste unserer Schwerindustrie weiterarbeiten oder sich auf die Seite Karls des Treubrüchigen von Österreich schlagen und dessen Politik betreiben sollte, die in einem Schmachfrieden für Deutschland und in einem Gewinstfrieden für die Habsburger durch Angliederung Polens ihr Ziel sah. Erzbergers Stellung als Aufsichtsrat bei Thyssen war bereits wacklig geworden; da war die Wahl nicht mehr schwer; wir bekamen den „Verständigungspolitiker" Erzberger.

In Biberach und sonstwo hielt er Reden, die derart waren, daß unsere militärischen Behörden (seitdem ist er ihr Feind) die Weiterverbreitung der Reden verbieten mußten, weil eine Gefährdung des Reiches vorliege; und gleichzeitig warnten sie Herrn Erzberger, statt ihn, was richtiger gewesen wäre, einfach zu verhaften, vor weiteren derartigen Reden, da er sonst belangt würde.

Das schor den Listenreichen und Allgewaltigen wenig. Er verbreitete fortan das Gift, nachdem ihm Deutschland verstopft war, im Auslande. Den Wortlaut seiner Rede, die er am 23. September in Ulm gehalten hatte, ließ er durch den Holländer van Blankensteyn dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zugehen, der sie mit Vergnügen in seiner Nummer vom Dienstag, dem 9. Oktober 1917, verwertete. Darin findet sich die Enthüllung, daß Österreich vollkommen kriegsmüde

ſei und Schluß machen müſſe; daß wir in Deutſchland hungerten; daß die Entente militäriſch beſſer ſtünde als wir, da ſie ja durch Wegnahme unſerer Kolonien und durch Vordringen in Meſopotamien viel mehr erobert habe als wir; daß die Antwort Wilſons (in der unſer Schuldbekenntnis und unſer Wiedergutmachen in jeder Beziehung gefordert wurde) noch ſehr günſtig für uns ſei; und daß wir ſchleunigſt die belgiſchen Wünſche der Feinde zu erfüllen bereit ſeien.

Die Redaktion des „Nieuwe Rotterdamſche Courant“ bemerkte dazu: „Das Belangreichſte in der Rede iſt vielleicht die Erklärung, daß die Regierung vollſtändig in den Händen der Friedenspartei iſt. In jedem Falle ſind dieſe Erklärungen des augenblicklich einflußreichſten Mitgliedes des Reichstages von mehr als gewöhnlicher Bedeutung.“

Für die Entente ging aus den Mitteilungen des holländiſchen Blattes vom 9. Oktober 1917 hervor, daß der „einflußreichſte“ Mann Deutſchlands Sache für verloren gab; dazu hatte ſie als Beleg die ebenfalls von ihm ſtammenden Enthüllungen über die politiſche Lage in Öſterreich, die alſo er ſelber verraten hat, während er in der Nationalverſammlung in Weimar noch anzudeuten wagte, es könne wohl die Oberſte Heeresleitung geweſen ſein, die die Wiener Stimmungen durch die „Rheiniſch-Weſtfäliſche Zeitung“ in die Öffentlichkeit gebracht habe. Dieſer Verrat Erzbergers hat jede Möglichkeit eines Verſtändigungsfriedens, falls ſie überhaupt beſtand, zertrümmert. Wenige Tage nach dem Verrat konnte der franzöſiſche Miniſterpräſident auf der Führerkonferenz der Alliierten erklären, die geſunkene Stimmung innerhalb der Entente habe ſich wieder gehoben, man habe nun Nachrichten, die den Endſieg verbürgten. Die Friedensreſolution des Reichstages vom Juli 1917 galt nun erſt recht als Zeichen von Angſt und Schwäche. Erzbergers Wichtigtuerei und Eitelkeit, die die

Verbreitung seiner Reden, die in Deutschland als gefährlich verboten war, im Auslande durchgedrückt hatte, ist also daran schuld, daß die Entente durchhielt; und was von seinen Reden und Unterredungen in Deutschland bekannt wurde, das trug dazu bei, unser Volk mutlos zu machen, die Front durch Heimatbriefe ebenfalls anzustecken und so unsere Niederlage unabwendbar werden zu lassen.

Fast eine Million deutscher Toter, die seitdem gefallen sind, verklagen Erzberger.

Fast fünf Millionen Deutscher, die ihrem Mutterlande durch den Schmachfrieden entrissen sind, verdanken dies Erzberger.

Sechzig Millionen Deutscher kommen mit Kindern und Kindeskindern durch diesen einen Mann und seine Leichtfertigkeit, mit der er Staatsmännern und Feldherren ins Handwerk pfuschte, in äußerstes Elend.

Ganze Generationen können in harter Fron nicht wieder erarbeiten, was er verschleudert hat.

Wir fragen die Regierung, die immer noch dieselbe Bank mit ihm teilt, wann sie diesen Mann der irdischen Gerechtigkeit auszuliefern gedenkt oder ob sie mitschuldig werden will! Zur Ehre der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, mit der wir sonst nichts gemein haben, sei es gesagt: durch sie ist während des Krieges keinerlei Verrat nach dem Auslande hin betrieben worden. Wie lange will sie sich noch von ihrem Vizekanzler Erzberger führen lassen?

Die zweite Kriegsabgabe

Weimar, 7. August

Da wären wir also wieder beisammen. Der bequeme Salonwagen hat die letzten Nachzügler der Regierung, Braun und

David und andere Regierungsmänner, hergerollt, aber ſelbſt da haben dieſe Schwerarbeiter keine Ruhe gehabt. Ein Kino-Operateur war in den Zug beſtellt und mußte die welthiſtoriſchen Minuten, wo ſie das Regierungsgewerbe im Umherziehen betrieben, für kommende Geſchlechter kurbeln. Wir nähern uns im Fluge den Gewohnheiten aus der abſolutiſtiſchen Zeit des Sonnenkönigs Ludwigs XIV. Nächſtens wird wohl das Lever der parlamentariſchen Unterſtaatsſekretäre als Staatsaktion gefilmt werden.

Alſo da wären wir wieder beiſammen. Auch der Fettfleck auf dem roten Tuch des Regierungspodiums, der Reichsminiſter Erzberger, iſt immer noch auf ſeinem Platze; man ſollte ihn eigentlich nicht mehr kritiſieren, denn etwas beſſeres könnte ſich die Oppoſition gar nicht wünſchen als die Belaſtung der Regierung durch ihn noch bei den nächſten Wahlen. In der Ecke der Unabhängigen ſieht man heute ein neues Geſicht. Ein unſcheinbarer Mann ſitzt da. Man glaubt es kaum, daß es Eichhorn iſt, der polizeilich Langgeſuchte, den die Regierung Ebert-Haaſe-Scheidemann einſt zum Polizeipräſidenten von Berlin ernannt hat. Als er von dort verſchwand, fand man ein von ihm beſtelltes Sauerſtoffgebläſe zum Geldſchrankknacken in ſeinem Amtszimmer. Jetzt iſt er als Abgeordneter immun, unangreifbar. Dieſe Immunität mochte vor Menſchenaltern, wo das freie Wort noch des Schutzes gegenüber einer halb abſolutiſtiſchen Regierung bedurfte, am Platze ſein; heute iſt ſie die größte Sinnloſigkeit des allein regierenden ganz ſouveränen Parlamentarismus.

Auf der Tagesordnung ſteht die nochmalige Kriegsabgabe von Mehreinkommen und Vermögenszuwachs. Es ſpricht für die allgemeine Opferfreudigkeit, daß beide Geſetze, obwohl die geſtaffelte Abgabe bis zu 70 v. H. gehen ſoll, in zweiter Leſung ſozuſagen im Handumdrehen, in noch nicht

ganz drei Stunden, erledigt werden. Es ginge ſchneller noch, wenn nicht die Sozialdemokraten aus agitatoriſchem Bedürfnis zu verſchiedenen Paragraphen neue Anträge eingebracht hätten. Sie haben gar keine Diſziplin als Regierungspartei. Sie wollen bei den nächſten Wahlen damit paradieren, daß das geſamte Bürgertum „nur“ bis zu 70 v. H. beim Wegbeſteuern gegangen ſei, während ſie auf 80 v. H. beantragt hätten. Das iſt eine ſehr billige, aber erfolgreiche Methode. Wären 100 v. H. vorgeſchlagen, alſo die vollkommene Konfiskation, ſo würden ſie 110 v. H. fordern. Von verſchiedenen bürgerlichen Seiten wird darauf hingewieſen, daß man im Begriffe ſei, die Henne zu ſchlachten, die die goldenen Eier lege; die Geſetze träfen nicht nur die Kriegsgewinnler und Schieber, ſondern auch die ehrliche Arbeit, und die vorgeſchlagene Staffelung ſei ſchon das äußerſte, was man ſich leiſten dürfe, um nicht die Volkswirtſchaft zu ruinieren. Die Sozialdemokraten antworten mit den alten Gemeinplätzen aus der Volksverſammlung.

Man drängt zu ſchnellem Schluſſe nicht nur aus Opferfreudigkeit, ſondern auch aus Rückſicht auf das Weimarer Publikum, das heute von der ſozialdemokratiſchen Partei auf neun Uhr abends zu einer Verfaſſungsfeier in das Landestheater geladen iſt; und vorher müſſen doch noch die Scheuerfrauen ans Werk. Jedermann hat heute abend freien Zutritt. Prolog, Feſtrede, Muſik, es iſt alles da, und ſogar hervorragende Muſik unter Leitung des Hofkapellmeiſters Dr. Peter Rabe. Die Feſtrede hält der ſozialdemokratiſche Innenminiſter David, die Muſik folgt mit der fünften Symphonie in C-Moll von Beethoven. Dem Publikum geht es alſo ſo wie den kleinen Kindern: wenn man zuerſt den Lebertran geſchluckt hat, kriegt man zur Erholung etwas himmliſch Süßes hinterdrein.

Die große Unordnung

Weimar, 8. August

Von Davids Harfe ist am gestrigen Festabend kein wilder Rachepsalm gegen die Feinde der Sozialdemokratie erklungen. Es gab eine friedliche Stunde staatsbürgerlichen Unterrichts, eine für den Parteimann immerhin maßvolle Erklärung des Verfassungswerkes. So konnte das Volk von Weimar unbeschwerten Sinnes Bach und Beethoven lauschen. Fast kommt einem da das Haus heute wieder entweiht vor, wo man aus dem Traumreich in die jämmerliche Gegenwart zurückgeführt wird.

Die kleinen Anfragen, die auf der Tagesordnung stehen, werden von Woche zu Woche mehr zu einer Sammlung von Notschreien, von Anklagematerial gegen die seit dem Novemberumsturz bei uns vorherrschende Unordnung. Da stöhnt einer über den elenden Betrieb im Post- und Fernsprechwesen, ein anderer über Eisenbahnzüge voll schimmelnden Roggenmehles, ein dritter über die vom Reiche hilflos verlassenen Ostmarkflüchtlinge, ein vierter über große Ungerechtigkeiten bei der Zuteilung von Leim oder Zement oder anderen Dingen; mehrere unter den siebzehn heutigen Anfragen aber befassen sich mit noch etwas viel Kitzligerem, mit der immer noch bestehenden Nebenregierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland. Diese maßen sich vielfach nicht nur behördliche Kontrollbefugnis, sondern zeitweilig sogar diktatorische Rechte im Wirtschaftsleben an, treten alle gesetzlichen Bestimmungen mit Füßen und besorgen sich durch Zwangsauflagen die Mittel zu gutem Leben. Es ist ganz lehrreich, daß der demokratische Abgeordnete Schiffer heute durch einen Fraktionsgenossen eine kleine Anfrage verlesen läßt, in der um Auskunft über die von den

Räten ungesetzlich verbrauchten Mittel ersucht wird. Als im Februar der deutschnationale Abgeordnete Graf Posadowsky in einer Rede die gleiche Anfrage stellte, zuckte der damalige Finanzminister Schiffer die Achseln und erwiderte burschikos: „Ja, das möchte ich auch gerne wissen!“ Eine tatsächliche Antwort erfolgte nicht. Heute, nach fast einem halben Jahre, entdeckt aber derselbe demokratische Parlamentarier plötzlich die vaterländische Notwendigkeit, in die Verwirtschaftung öffentlicher Gelder seinerseits hineinzuleuchten.

Er erhält vom Regierungstisch ausführliche Antwort. Danach ist von vielen Arbeiter- und Soldatenräten eine Abrechnung überhaupt nicht zu erlangen; manche dieser Reichsregenten sind auch spurlos verschwunden. Aus den von anderen eingereichten Belegen aber geht hervor, daß nur ein winziger Bruchteil der Gelder zu sachlichen Ausgaben gedient hat, das weitaus meiste für persönliche Entlohnung und ein Teil für parteipolitische Zwecke verbraucht ist. Das Reich, dessen Kasse das Geld mitunter einfach erpreßt oder geraubt wurde, hat, soweit man es übersehen kann, rund hundert Millionen Mark hergeben müssen, die Einzelstaaten und Gemeinden wohl noch viel mehr, und auch zahlreiche Private haben für die Sektgelage der kleinen örtlichen Gewalthaber geblutet. Die Hauptsache wird dabei noch vergessen. Vom Heereseigentum sind Bestände im Werte von über fünftausend Millionen Mark verschleudert, an belgische, polnische, deutsche Schieber verkauft worden, großenteils auch auf Befehl und zugunsten von Arbeiter- und Soldatenräten. Das alles wird nun wieder durch Steuern von uns eingetrieben. Eine weitere kleine Anfrage wäre nötig: Zu welcher Partei gehören alle diese Räte? Unseres Wissens sind sie so gut wie samt und sonders Sozialdemokraten.

Leute aus der gleichen Schicht sind ja heute auch vielfach Ministerialbeamte und verewigen auch dort die Unordnung,

indem sie — wir hier in Weimar können das häufig genug feststellen — den Post- und Telegraphen- und Fernsprechbetrieb mit ihren Privatangelegenheiten auf Staatskosten so belasten, daß der gewöhnliche Sterbliche nur noch mit dreifacher Taxe „dringend“ heran kann. Wir meinen nicht die fünfzigpfündige Hamsterkiste, die ein Minister als angebliche „Akten“ portofrei nach Hause geschickt hat, sondern vor allem die zahllosen „Dienstgespräche“ mit Frau und Kind und Kegel, die von hier aus geführt werden. An allen diesen Dingen sind nun wirklich weder Ludendorff noch die Alldeutschen noch die Schwerindustrie schuld; und wenn im Deutschen Reiche, dem früheren Musterlande der Zucht und Ordnung, allmählich mittelamerikanische Zustände einreißen, so wird man doch wohl sagen dürfen, das wäre vor dem 9. November nicht denkbar gewesen.

Die große Hoffnung, die demgegenüber immer wieder vor uns aufgepflanzt wird, heißt: die sozialisierte Wirtschaft im Zukunftsstaate. Mehr als eine Hoffnung ist das nicht. Der Schatzminister Mayer entwirft heute ein lockendes Bild von den Ergebnissen, die die verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft haben wird. Mayer spricht wie einst Stephan. Ein kluger, organisatorisch veranlagter Kopf. Wir aber meinen, wenn irgendeine Sozialisierung wirklich einmal Erfolg haben sollte, dann wird die Entente die Ernte einheimsen. Die deutsche Republik hat ihr in dem Friedensvertrag ja jede Vollmacht dazu gegeben.

Reichsdraht

Weimar, 9. August

Der Freiballonsport ist schon heute durch die vielen Hochspannungsleitungen bedroht. Die Überlandzentralen mehren

ſich. Auch das Landſchaftsbild wird dadurch verſchandelt, und wo die Natur noch wildprächtig ſich uns zeigt, wie an den Imatra-Stromſchnellen, da entſteht ein Elektrizitätswerk und zerſtört den ganzen Zauber. Aber es hilft nichts. Wir werden über kurz oder lang nur noch einige Naturſchutzparks beſitzen, in die man wird gehen müſſen, wenn man überhaupt noch ſeinen Goethe verſtehen will. Alles andere aber wird überdrahtet, um elektriſche Kraft, die ſchon heute von ihrem Erzeugungsort aus 250 Kilometer weit geſchickt werden kann, bis in den kleinſten Weiler und bis zum letzten Flickſchuſter hinzubringen. So meinen die Utopiſten. Mag ſein, daß ſie in ferner Zukunft Recht bekommen. Vorerſt wird aber auch das Reich auf unrentablen Kraftverſand ſich kaum einlaſſen, alſo keinesfalls eine Leitung um Hunderttauſende von Mark bis zu dem einſamen Flickſchuſter bauen. Freilich die Elektriſierung aller Eiſenbahnen werden wir wohl noch erleben. Es iſt ganz ſelbſtverſtändlich, daß eine ſolche Angelegenheit vom Reiche in die Hand genommen wird, und die Vorarbeiten zu der ſogenannten „Sozialiſierung der Elektrizitätswirtſchaft“, die uns von der gegenwärtigen Regierung als Neueſtes-Allerneueſtes angeprieſen wird, liegen ſchon um mehr als ein Jahrzehnt zurück.

Der Unabhängige Koenen hat ganz recht, wenn er in der heutigen Debatte über das Geſetz erklärt, man ſolle doch, wo es ſich einfach um eine Art Monopol oder um eine Art Verſtaatlichung handle, nicht von Sozialiſierung ſprechen. Oder — ſo fügen wir hinzu — wenn man das eine Sozialiſierung nennt, ſo war ſchon Fürſt Bismarck, der unſer Eiſenbahnweſen verſtaatlichte, der größte Sozialiſt. Nur hat er das in einer Zeit des wirtſchaftlichen Aufſchwungs getan, während die heutige Regierung für ihre Pläne den allerungünſtigſten Zeitpunkt ſich ausgeſucht hat, wo es an „Draht“ für die Überdrahtung fehlt. Daher findet ſie unbedingtes

Lob für die Vorlage, der im übrigen grundſätzlich alle Parteien zuſtimmen, nur bei den Mehrheitsſozialiſten. Die Redner aller bürgerlichen Fraktionen bezweifeln, ſoſehr ſie die kommende wirtſchaftliche Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Kraftverſandes einſehen, den finanziellen Erfolg der Maßregel in unſerer Zeit der furchtbarſten Teuerung. Das Reich, das heute viel leichtherziger Milliarden ausgibt als früher Millionen, ſtellt eine Milliarde Mark für den elektriſchen Reichsdraht zur Verfügung. Aber nicht nur der Fachmann der Deutſchen Volkspartei, Geheimrat Weidtmann, ſondern auch Abgeordnete anderer Fraktionen finden, daß ungezählte Milliarden notwendig ſein würden; und auch dann ſei die Rentabilität noch ſehr zweifelhaft, da Staatsbetriebe immer teurer arbeiten als private, wie man an den Saargruben und anderen Unternehmungen ſähe. Am wenigſten entzückt von dem Geſetze iſt die demokratiſche Partei, deren Wortführer Dr.-Ing. Wieland die Schwächen des überhaſteten Entwurfes darſtellt und ſtatt des alleinigen Staatsunternehmens, das die beſtehenden Überlandzentralen aufkaufen müßte, eine gemiſchtwirtſchaftliche Geſellſchaft empfiehlt, in welche gegen Gewährung von Aktien die verſchiedenen Elektrizitätswerke des Reiches, der Gemeinden, der Privatgeſellſchaften eingebracht werden ſollten. In einem Ausſchuß von 28 Mitgliedern, an den die Vorlage verwieſen wird, kann man ſich weiter darüber unterhalten. Da wird denn auch praktiſche Arbeit geleiſtet werden, während heute noch der Sozialdemokratie, wie aus der Rede ihres Abgeordneten Kahmann hervorgeht, der gelernter Mechaniker und Gemeindeälteſter in Potſchappel iſt, nur an der agitatoriſchen Wirkung etwas liegt: Seht, wie ſchnell und wie gewaltig wir den Kapitalismus ſozialiſieren!

Unter dem ſogenannten alten Syſtem hat man das alles ſchon gekannt, hat man das Poſtregal und die Staatseiſen-

bahn eingeführt, die der Allgemeinheit einen ſicheren Betrieb und große Überſchüſſe einbrachten. Auch die Überdrahtung Deutſchlands von Reichs oder von Staats wegen wäre erfolgt. Derartige gemeinwirtſchaftliche Unternehmungen fanden nur früher den ärgſten Widerſtand bei der Linken unſerer Parlamente. Gegen die Sozialiſierung unſerer Arbeiterverſicherung haben ſelbſt die Sozialdemokraten geſtimmt; und es iſt eine wenig bekannte Tatſache, daß Bismarck ſchon 1869 die erſte Arbeiterſchutzkonferenz einberufen wollte, damit aber an dem Widerſtande des Handelsminiſters Itzenplitz und der übrigen Liberalen ſcheiterte. Die Bedeutung, welche die „weiße Kohle“, die Elektrizität, für uns haben wird, war der alten Regierung genau ſo klar wie der heutigen. Aber daß wir nun nach Durchbringung des neuen Geſetzes der ſchwarzen Kohle entraten und fabelhaft billig im Zukunftsſtaate elektriſch fahren, dreſchen, heizen, kochen, bügeln könnten, darüber lächelt ſkeptiſch — nur in der Nationalverſammlung bleibt man ernſt — ſchon jede Hausfrau, die in unſeren Tagen die Preisſteigerung des elektriſchen Lichtes von Monat zu Monat erlebt.

Wucherbodenſteuer und Rauchnotopfer

Weimar, 11. Auguſt

Wenn die große Verteilung allen Beſitzes unter alle wirklich vorgenommen würde, ſo käme auf jeden einzelnen Deutſchen ſchließlich ein Vermögen von nur 843 Mark, hat Eugen Richter in ſeiner Kritik des ſozialiſtiſchen Zukunftsſtaates geſchrieben. Die Ziffer würde heute etwas anders ausſehen. In der Sache aber behielte der alte demokratiſche Führer recht. Was er zum Ausdruck bringen wollte, war, daß die großen

Vermögen nur ein winziges Fettauge auf der riesigen Wassersuppe sind. Schöpft man es ab, um es in Portionen zu zerlegen, so hat so recht niemand etwas davon. Wir brauchen die Vermögen, damit sie unsere gesamte Volkswirtschaft beleben. Von den Steuern aber gilt dasselbe wie von dem Umsatz des Kaufmanns: die Masse muß es bringen. Wird im Laden eine einzelne Ware mit einem ungeheuerlichen Preise ausgezeichnet, so bleibt sie unverkäuflich, aber der kleine Aufschlag auf sämtliche Massenartikel bringt Geld. Das ist so ein Stückchen Lebensweisheit, das sich gegenüber aller Steuertaktik der Parteien immer wieder durchsetzt. Mit sozialistischer Moral ist da wenig zu machen. So müssen denn auch die heute Regierenden sich zur Billigung der indirekten Steuern bequemen, die die breite Masse des Volkes treffen, denn anders kann man nicht regieren.

Wir stehen erst am Anfang einer langen Reihe von Steuerschöpfungen, die zuletzt doch darauf hinauskommen müssen, daß die Steuern erarbeitet werden. Geld oder Besitz ist aufgespeicherte Arbeit früherer Geschlechter. Damit ist sehr schnell aufgeräumt, denn dieser Vorrat ist im Vergleich zur laufenden täglichen Arbeit ganz winzig. Man kann, um unter allen Umständen sozial zu erscheinen, die sogenannten starken Schultern enorm belasten, beispielsweise den vermaledeiten Hausbesitzer, aber aus der von seinen Einwohnern erarbeiteten Miete wird das doch wieder getragen. Es bleibt dabei: neue Steuern bedeuten neue Arbeit für das ganze Volk. Die Steuern für die Entente stehen dabei noch gar nicht auf der Tagesordnung. Beginnt über Jahr und Tag deren Erpressung, dann werden wir vom Sechsstundentag nicht mehr reden, sondern den Zwölfstundentag bekommen.

Vorerst wird wahllos jeder erreichbare Gegenstand, jedes Geschäft, jede Tätigkeit besteuert. Das neue Grunderwerbsteuergesetz, das heute in zweiter Lesung beraten wird, sieht

ganz gewaltige Abgaben vor. In dem kraſſeſten Fall, den wir einmal anführen wollen, nämlich dem, daß ein Händler zu Parzellierungszwecken ein Gut erwirbt, das zu zwei Dritteln ſeines Wertes mit Hypotheken belaſtet iſt, würde bei dem Verkauf eine Steuer von 24 vom Hundert deſſen, was der Vorbeſitzer ſein Eigen nennt, fällig ſein. In dem gelindeſten Fall aber, wenn der Boden ſchuldenfrei und kein Händler der Erwerber iſt, ſind es immerhin noch 6 vom Hundert. Es iſt ſehr fraglich, ob ſolche Anſpannung das gewünſchte Ziel erreicht oder nicht vielmehr dazu führt, daß der Immobilienbeſitzwechſel ſich überhaupt ſehr einſchränkt, ſo ſehr einſchränkt, daß das finanzielle Mehrergebnis für den Staat gleich null iſt. Die Bodengeſellſchaften werden auf die „Erſchließung“ neuen Geländes nun wohl vielfach verzichten müſſen, vielleicht auf ihre ganze Tätigkeit. Mit den ſogenannten Luxusſteuern hat man es ja ſchon häufig genug erlebt. Sind ſie allzu hoch, ſo hört der Luxus auf oder wendet ſich anderen Dingen zu, und der Fiskus hat das Nachſehen. Damit ſind aber dann gleichzeitig alle die Exiſtenzen ruiniert, die von der Herſtellung der Luxusware gelebt haben.

Die andere Steuer, die heute ebenfalls ihre zweite Leſung durchmacht, iſt die auf den Tabak und die Tabakerzeugniſſe. Alle Parteien laſſen erklären, daß ſie nur mit ſchwerem Herzen daran gingen. Aber es iſt unbedingt erforderlich, daß das große Rauchnotopfer auf dem Altar des Vaterlandes verkohlt oder — wenn wir das ſchiefe Bild der Abgeordneten gebrauchen wollen — daß der Tabak blutet. Das berühmte Pfeifchen des armen Mannes, für das einſt Eugen Richter in Wort und Bild gegen die böſe Rechte gekämpft hat, findet heute nur noch bei den Deutſchnationalen einen Verteidiger, aber ſie ſind in der Minderheit. Die hochbezifferte Banderole kommt fortan auch um die Zigarrenkiſte, die Stummelpfeife mit Uckermärker Füllung ſteigt in die vornehmſten Kreiſe

empor, Zigaretten aber werden ſich nur noch Berliner Müllkutſcher und andere Schwerverdiener leiſten können. Wer im Felde geſehen hat, wie das Stimulans des Rauchens immer wieder Mehrleiſtungen auch aus ermüdeten Truppen herausgeholt hat, der kann es ſich denken, wieviel Energieverluſt für unſer Volk die neue Verteuerung des Rauchens bedeuten wird, wieviel Verluſt auch an ſtaatsbürgerlicher Zufriedenheit und leichter Lenkbarkeit. Aber es wird eben überall mit der Steuerzange zugepackt. Man will 450 Millionen Mark im Jahre von den Rauchern neu einziehen. Wenn das glücken will, muß es uns ſehr gut gehen, denn wenn es uns ſchlecht geht, hört das Rauchen auf; auch da gibt es ſchließlich eine Grenze der Erſchwinglichkeit, und weder Kriegsgewinnler noch Revolutionsgewinnler werden ewig daſein.

Das Herz iſt den Abgeordneten der Mehrheit wirklich bedrückt. Sie müſſen für Dinge ſtimmen, die gar nicht im Parteiprogramm ſtehen, und ihnen wird ganz flau, wenn ſie an kommende Wahlverſammlungen denken, wo man ſie vielleicht fragen wird, wann denn endlich das verſprochene goldene Zeitalter komme. Schon heute ſind ſie nervös und trauen einander nicht über den Weg. In einer langen Geſchäftsordnungsdebatte kommt es zwiſchen den Schickſalsgenoſſen von heute, den roten und ſchwarzen Nutznießern der Revolution, zu ſpitzigen Anzweiflungen, ob ſie das Rennen auch „durchſtehen“ würden, für direkte und für indirekte Steuern, nicht nur für eine von beiden Sorten. Erzberger verſpricht beides reichlich. Er iſt bei vortrefflicher Laune.

Hypnoſe

Weimar, 12. Auguſt

Seit mehreren Tagen wird man an der Auffahrt zum Landestheater vom Publikum mit der Frage beſtürmt, ob

Erzberger endlich reden werde. An der Börse für Eintrittskarten zur Nationalversammlung notiert man nämlich verschiedene Preise je nach den voraussichtlichen Rednern in der Sitzung. Am meisten „gefragt“ war lange Zeit hindurch die Ziez. Jetzt ist in dem großen Popularitätsrennen Erzberger ihr schon an die Gurten gekommen und wird, wenn wir bei der Rennsprache bleiben wollen, ihr bald die Hufe zeigen. Es ist eine Art Kitzel, der an solchen Tagen die Leute zur Nationalversammlung treibt. Jedermann, wohl auch Erzberger selbst, weiß es, daß es nicht nur in der Burschenschafterbewegung „Unbedingte“ gab, die zu jeder Tat bereit waren, sondern daß auch heute manches Gehirn wie ein Kohlenmeiler glüht. Die Landesjäger waren schon drauf und dran, Erzberger zu hängen, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß irgendein Fanatiker einmal den Versuch mit mehr Erfolg wiederholt. Da ist es denn — nicht wahr, gnädige Frau — fabelhaft interessant, wenn man diesen Mann vorher hat reden hören oder, wenn man nicht zuhört, durch das Opernglas sich mindestens seinen Hals angesehen hat.

Die Rede Erzbergers zum Reichsnotopfer und den übrigen großen Steuern ist heute fällig. Man erledigt vorher schnell durch Annahme das Zündholzmonopol und die Spielkartensteuer. Ganz zu Anfang aber gibt der Außenmüller Antwort auf eine kleine Anfrage Graefes, wie es um die Rücksendung unserer deutschen Kriegsgefangenen stünde. Eine lange Antwort mit Verlesung zahlreicher deutscher Eingaben, die den Eifer der Regierung in der Sache erweisen sollen. Wer etwas anderes behauptet, der ist schamlos, sagt Herr Müller. Nur gemach! Eifer bezeigt auch der dumme August beim Teppichrollen im Zirkus, aber in der Tat hilft er nicht dabei, sondern hindert nur; und wir sind so schamlos, zu behaupten, daß die Regierung, die durch ihren Waffenstillstand das ganze Unglück unserer armen Gefangenen überhaupt angerichtet

hat, durch ihre vielen Eingaben nur den Schein erweckt, als täte sie etwas. Warum setzt sie, die ja eine so große Praxis in „flammenden“ Aufrufen hat, nicht die gesamte Welt damit in Brand? Herr Erzberger hat doch während des Krieges mit den vielen vom Reiche ihm in blanco zur Verfügung gestellten Millionen angeblich eine riesenhafte Organisation zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Auslande geschaffen; da soll er sie doch einmal knarren lassen. Es ist geradezu kindisch, wenn uns vorerzählt wird, die deutsche Regierung habe gar keine anderen Mittel, die Herausgabe unserer Gefangenen zu beschleunigen, als die üblichen wehleidigen Bettelbriefe an Clemenceau. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Aber es scheint wirklich, daß unsere neuen Regenten schon damit zufrieden sind, daß man für den sozialdemokratischen Minister Hoffmann in München seinen Sohn und für den Zentrumsminister Erzberger seinen Freund Hölzle losgebettelt hat. Das ist das Bakschisch, das die Entente unseren Hochmögenden zuwirft, weil sie im übrigen mit ihren Diensten außerordentlich zufrieden sein kann. Unsere übrigen Gefangenen aber, die schon seit Monaten zu Hause sein könnten, wird die Entente frühestens in diesem Herbst entlassen, nachdem sie die Ernte in Frankreich und Belgien und England eingebracht haben.

Wer heute auf die Tribüne der Nationalversammlung gelangt ist, der hat Glück, denn er erlebt jenen „anderen“ Erzberger, der zuerst als Benjamin des Reichstags durch seine Fixigkeit und Auffassungsgabe das Zentrum fasziniert hat und nun der Sozialdemokratie unentbehrlich geworden ist. Eine in ihrem gemeinverständlichen Aufbau glänzende, ungemein volkstümliche Rede über Finanzen und Wirtschaft und Steuern hält die Hörer in Bann. Schon sind zwei Stunden der Rede nach allem übrigen herum. Die Luft in dem Theater fängt an entsetzlich zu werden. Den Leuten im dritten

Rang ſtehen die Schweißperlen auf der Stirn, aber ſie harren aus: noch niemals haben ſie einen mit ſolch journaliſtiſcher Gewandtheit zuſammengeſtellten klaren Vortrag über die an ſich ſo ſchwierigen Themen gehört.

Im Grunde iſt man über das Zahlenmüſſen ja einig. Inſofern hat Erzberger es leichter als alle ſeine Vorgänger im Kaiſerreich. Aber es hat etwas beſonders Beruhigendes, nun auch zu erfahren, warum und zu welchem Ende alles geſchieht, und Erzbergers Optimismus iſt von einer derartig hypnotiſchen Kraft, daß man die Heilwirkung dieſer Rede, die ſich übrigens von üblen Angriffen klugerweiſe freihält, ruhig durch Plakatieren erproben könnte. Die furchtbarſten Zahlen, wie die unſerer ſchwebenden Schuld, die allein 76 Milliarden beträgt, ungerechnet die Kriegsanleihen, ungerechnet die Wiedergutmachung, werden ganz zahm. Der große Hypnotiſeur regiert ſie alle. Es iſt jammerſchade, daß dieſe Begabung juſt in einen Menſchen gefahren iſt, dem es ſo ſehr an Charakter gebricht; jammerſchade, daß er ſelbſt heute ſich von ſeiner alten Leichtfertigkeit nicht ganz freimachen kann und wieder Behauptungen aufſtellt, die in ihrer Fixigkeit verblüffen, in ihrer Richtigkeit verſagen. Er beweiſt uns haarklein, daß die Entente an das Reichsnotopfer nie heran könne. Mit derſelben Beſtimmtheit hat er einſt bewieſen, daß die Entente uns nie die Handelsflotte nehmen könne. Es klingt ſehr einleuchtend, wenn er ſagt, im Grunde ſei das Reichsnotopfer nur die Annullierung eines Teils der Kriegsanleihe, das Reich ziehe Schuldtitel als Steuer ein und vernichte ſie; und an dieſem Papierhaufen von Darlehnskaſſenſcheinen, Anleihetalons, Schatzanweiſungen liege unſeren Feinden gar nichts, denn ſolche an ſich wertloſen Papiere könnten wir ihnen nach Belieben in Maſſen drucken; nein, die Entente wolle Gold, wolle Waren, wolle Arbeit von uns. Mit Verlaub: was abgeliefert werden ſoll, das ſind nicht nur

Papierhaufen, ſondern Vermögenswerte. Zum Teil werden ſogar auf 30 Jahre dieſe Forderungen des Reiches hypothekariſch auf den Beſitz eingetragen; zum Teil erfolgt die Zahlung in Induſtriewerten und Bankaktien. Alles das iſt vor dem Zugriff der Feinde nur ſolange ſicher, als wir — Erzberger lieſt es ſelber aus dem Friedensvertrage vor — die Bedingungen des Vertrages erfüllen. Sie ſind aber unerfüllbar. Und was ſagt der Friedensvertrag ſonſt noch? § 248: „Der geſamte Beſitz und alle Einnahmequellen des Deutſchen Reiches haften an erſter Stelle für die Wiedergutmachungskoſten und alle ſonſtigen Laſten aus dem Friedensvertrage.“ § 244, Anm. 12b: „Alle Einkünfte Deutſchlands einſchließlich der für die Tilgung ſeiner inneren Anleihen beſtimmten werden vorzugsweiſe für die Wiedergutmachungsſchuld verwendet.“ Das weiß Erzberger doch! Es iſt ihm ebenſo bekannt, daß wir „bis an die Grenze unſerer Leiſtungsfähigkeit“ viele Menſchenalter lang ausgepreßt werden ſollen. Aus der Hypnoſe der geſchickten Miniſterrede werden wir bald erweckt werden; und dann iſt Heulen und Zähneklappen.

Dann wird auch wieder und immer wieder die Frage geſtellt werden: warum war das nötig? Und die Antwort wird lauten: weil der Scheidemann-Erzberger-Friede uns dazu zwang, weil wir von den Reichsverderbern ſeit 1917 einem Unterwerfungsfrieden zugetrieben wurden. Durch ſie haben wir den Krieg verloren, durch ſie ſind wir zu Fronarbeitern geworden, durch ſie ſind Millionen Deutſcher unnütz gefallen, durch ſie müſſen 800 000 deutſche Kriegsgefangene noch in Banden bleiben. Das iſt der Kernpunkt der Sache. Hier ſteckt Erzbergers Kopf in der Schlinge, und daher gebärdete er ſich in den abgelaufenen Wochen ſo wild und verſuchte die Wahrheit totzuſchlagen. Wenn er heute ſagt, bis in Strumpf und Strohſack werde der Steuerexekutor uns

leuchten, so ist das nur eine verhältnismäßig erträgliche Folge des ganzen Schadens, den er und seine roten Bundesbrüder angerichtet haben. Wir sind nicht steuerscheu. Wir meinen sogar, daß nichts uns wieder so zur Wiedergenesung aus dem Taumel von 1918 bringen kann, als Jahrzehnte voll bitterster Not; auch zur Genesung von dem hypnotischen Rausch, in den der fingergewandte Erzberger uns heute zu versetzen versucht.

Nur keine Millionäre!

Weimar, 13. August

Des trockenen Tons ist sie nun satt. Die Sozialdemokratie möchte wieder ihr altes saftiges Tönchen aus der Zeit, wo sie noch nicht zu regieren brauchte, erschallen lassen. Es ist gräßlich, sich immer zusammennehmen zu müssen; man beneidet die Unabhängigen um ihre agitatorische Freiheit, um ihren lieben, vertrauten Sauherdenton. Schon der Meister vom Stuhl, Herr Bauer, fühlt sich an seinen Redetagen höchst ungemütlich, wenn er, um die Bedeutung der Stunde zu kennzeichnen, einen schwarzen Gehrock und knallgelbe Stiefel anzieht. Noch viel schwerer ist es, geistig sich zu maskieren, das ungewohnte Handwerk positiver Mitarbeit am Staate zu treiben. Die nötigen und richtigen Steuern werden von den bürgerlichen Parteien doch bewilligt werden, sagt sich jetzt die Sozialdemokratie. Also kann man sich schon einmal ganz unverantwortlich gehen lassen, sich einmal wieder rein demagogisch austoben. So versteigt sich denn ihr heutiger Debatteredner zum Steuerprogramm, Braun, zu dem lapidaren Satze: „Millionäre darf es künftig in Deutschland überhaupt nicht mehr geben!“

Lebhafter Beifall bei den Genoſſen. Blitzſchnell überlegt ſich jeder, wie trefflich dieſes Wort für die Wiederkäuer in allen Volksverſammlungen geeignet iſt. Die Sozialdemokratie iſt wieder einmal oben. Sie hat gegen die indirekten Steuern, gegen dieſe Belaſtung der „breiten Maſſe“ gewettert, und ſie hat's dem Kapitalismus wieder einmal ordentlich gegeben.

Bei den Zulukaffern gibt es auch keine Millionäre. Na alſo.

Die roten Weltumformer kommen gar nicht auf den Gedanken, daß wir Reichtum züchten müſſen, wenn wir Kultur haben wollen. Wir brauchen einen ſtändigen Aufſtieg durch Arbeit zu beſcheidenem Beſitz, durch Beſitz zu Vermögen, und wenn dies durch Konfiskation grundſätzlich verhindert wird, ſo hört auch jeder Fortſchritt auf. Materiell wie geiſtig. Unſer Arbeiter wird dann zum Kuli.

Bei den bürgerlichen Parteien, einſchließlich der Oppoſition, findet das Steuerprogramm kaum eine ernſtliche Ausſtellung. Für die Ausführungen des Staatsminiſters a. D. Becker-Heſſen kann Erzberger ſogar ſeinen Dank ausſprechen, wobei er ihm freilich die Worte im Munde verdreht. Becker hat nicht etwa geſagt, wir ſollten in der Öffentlichkeit nicht von der Möglichkeit ſprechen, daß die Entente das Reichsnotopfer nehme, ſondern nur auseinandergeſetzt, daß ſie rechtlich dazu nicht befugt ſei. Das iſt etwas ganz anderes. Dr. Becker denkt nicht daran, der nationalen Preſſe Schweigen über alle für Erzberger peinlichen Themen zu empfehlen.

Erzberger iſt in dieſem Saale des Beifalls ſtets ſicher. Er findet zwiſchen ſachlich nicht ungeſchickten und vernünftigen Darlegungen, die der Sozialdemokratie höchſt gleichgültig ſind, immer noch Zeit dazu, den Genoſſen ein Kußhändchen zuzuwerfen. Aufſtieg des Tüchtigen. Jeder bewährte mittlere Beamte kann Präſident im Landesfinanzamt werden. Oder auch jemand aus dem Publikum. Bitte ſehr. Und die Be-

ſteuerung der Vermögen könne vom Plenum ja noch verſchärft werden. Bitte ſehr. Schon heute behält jemand, der im Laufe der letzten fünf Jahre ein Vermögen von 500 000 Mark erworben hat, nach der Verſteuerung nur noch 156 180 Mark davon. „Das iſt noch viel zu viel“, rufen die Roten. Erzberger verbeugt ſich. In der Tat: nur keine Millionäre!

Den deutſchnationalen Wortführer Kraut-Stuttgart, der aber auch nur einige ganz ſanfte Einwände gegen die Finanzpolitik von heute gemacht hat, greift Erzberger in ſeiner Erwiderung heftig an. Noch heftiger die Rechte überhaupt. Und ganz beſonders derb den Abgeordneten Dr. Traub, denn dieſen Volksredner fürchtet er bei weitem mehr als die Staatsmänner und Leiſetreter.

In dieſem Augenblick glimmt es in den halbgeſchloſſenen Lidern des Präſidenten Fehrenbach auf. Er iſt auf den Mann dreſſiert. Wenn ſein Matthias mit irgend jemand Streit bekommt, ſo hat es dieſer Jemand mit Fehrenbach zu tun. Traub wehrt ſich gegen Erzberger mit Zwiſchenrufen. Da ſpringt Fehrenbach ihm durch ein Verbot jeden Zwiſchenrufs an die Kehle. Nun bekommt Erzberger neuen Mut — „ſtoßt zu, Herr Doktor, ich pariere!“ — und wird unerhört ausfallend gegen Traub, ſpricht von glatter Unwahrheit, von Lüge, von frecher Erfindung, von Dreiſtigkeit, knattert ein Maſchinengewehrfeuer von Beleidigungen. Aber Fehrenbach iſt ſchon wieder in Lethargie zurückgeſunken; kein Ordnungsruf erſchallt.

Der Bericht bringt über dieſe Szene nichts, denn die Berichterſtatter oben im dritten Rang verzeichnen nur noch Außergewöhnliches. Dieſe Amtsführung Fehrenbachs aber iſt man nachgerade gewohnt geworden. Erzberger iſt dreifach immuniſiert: durch ſein Mandat, durch ſeine moraliſche Rhinozeroshaut und durch Freund Fehrenbach.

Versickernde Debatten

Weimar, 14. August

Wenn der Haas' und der Swinegel um die Wette laufen, so gewinnt natürlich der Swinegel; das wissen wir schon aus der Fabel. Aber man sieht sich so was doch gerne an. Auch heute triumphiert Erzberger am Ziel über die Opposition; er hat wieder einmal alle übers Ohr gehauen. Selbst Herr Henke, der Unabhängige, schmunzelt in ästhetischem Genuß über den Vielgewandten und meint, wenn er so fortmache, würden ihm die Unabhängigen einen Platz in ihrer Partei freihalten. Dieses Lob verdankt er nicht nur der Art seiner Polemik, sondern auch seiner Anbiederung nach links. Er hat von den „namenlosen Leiden" der Arbeitermassen in den Industriezentren gesprochen, die während des Krieges „gerade nur noch wie ein Tier" hätten vegetieren können. Wir kennen aber keine Tiere, die Spickaal und Gänsebraten essen, wie unsere Kriegsarbeiter.

Die Sitzung hat das beiläufige Ergebnis, daß die eingebrachten Steuergesetze und die Postvorlagen den Ausschüssen überwiesen werden, aber ausgefüllt ist sie im wesentlichen durch das Schauspiel des alten Wettkampfes zwischen Erzberger und der Rechten. Mumm und Mittelmann halten gute Reden, ehrsam und tapfer. Aber im Grunde ist das alles so sinnlos. Der Kugelrunde ist ihnen in seiner Unverfrorenheit doch über. Seine Taktik ist immer unverändert. Über Unwiderlegliches, über sozusagen Vernichtendes turnt er hinweg, packt mitten im Purzelbaum einen gleichgültigen Satz des Gegners, dreht ihn um und stößt ein Siegesgeheul aus. Mumm weist dem Reichsfinanzminister nach, daß er seine berühmte, auf Kosten aller Steuerzahler jetzt verbreitete Rede,

die im ganzen und einzelnen eine einzige Unwahrheit ist, auch noch im Stenogramm nachträglich gefälscht habe. Das rührt Herrn Erzberger nicht im geringsten. Er geht darauf gar nicht ein. Er verkündet triumphierend, daß er fester sitze, denn je, und daß er seine Enthüllerrede bis in das letzte deutsche Haus bringen werde. In tiefem Ernst stellt Mittelmann fest, welch nationales Unglück Erzberger für uns sei, wie die Integrität unserer Beamtenschaft, wie unser Kredit und unser Ansehen in der Welt durch ihn leiden. Der Mann mit der eisernen Stirn aber erwidert, das Unglück bestehe im Gegenteil darin, daß man ihm, Erzberger, 1917 nicht Folge gegeben habe, sonst stünde es besser um das deutsche Volk; leider sei er damals der Militärdiktatur gegenüber machtlos gewesen. Er voltigiert eben über alles hinweg, was Michaelis und Wedell und Hindenburg, was die amtlichen Stellen in Rom und London und Paris über diese Epoche richtiggestellt haben, und wenn man ihm erklärt: „Also Sie sagen die Unwahrheit!“, so erwidert er womöglich: „Das freut mich, daß Sie einsehen, wie sehr ich im Recht bin!“ Seine Gegner apostrophieren ihn, er aber spricht an ihnen vorbei zur Galerie, zum Publikum, zur Masse. Es ist ihm ganz gleichgültig, was ihm nachgewiesen wird. Er denkt als skrupelloser Journalist und Meinungsmacher nur an die Wirkung draußen. Er bleibt an seinem Platze, bis eines schönen Tages wie ein Naturereignis das Gericht über ihn kommt.

Über die Steuern selbst ist heute in der versickernden Debatte so gut wie gar nicht mehr gesprochen worden. Fast noch mehr über einen Artikel Traubs in seinen „Eisernen Blättern“. Darin ist auch ein Dr. Victor Naumann als Erzbergers Günstling und als Zwischenträger zwischen ihm und dem Hause Parma erwähnt. Das war offenbar eine falsche Information. Auf diese Nebensächlichkeit stürzt sich nicht nur Erzberger, sondern auch der „Herr Minister Naumann“ er-

ſcheint am Rednerpult. Die Geſchichte wird zum reinen Kolportageroman. Dieſer Naumann ſteht in keinem Staatshandbuch. Er war ſchon als Korpsſtudent anders als die Kommilitonen, wurde dann, wie es heißt, Mönch, Schauſpieler, Theateragent, Preſſedezernent, Geſandter in partibus infidelium. Ein moderner Odyſſeus, ein amüſanter Plauderer, in ſeiner Art — in einer ganz demokratiſch-ſozialdemokratiſchen Umgebung — auch ein deutſcher Patriot. Nur hätte man vor dem November 1918 ſeinesgleichen wohl kaum am Regierungstiſch geſehen.

Das Geſpenſt

Weimar, 15. Auguſt

In jedem Hauſe iſt ein Skelett, ſagt ein engliſches Sprichwort.

Man kann es vergeſſen. Man kann fröhlich und guter Dinge ſein oder kann einander zur Kurzweil die Schädel zerſchlagen. Aber plötzlich ſtöhnt der Wind, irgendwo klappern Knochen, und das Geſpenſt ſchlürft über die Teppiche.

Auch über den roten Bodenbelag im Hauſe der Nationalverſammlung. Monate hindurch iſt es ferngeblieben. Man hatte andere Dinge zu tun. Die Regierung, die vergeblich uns einzureden verſucht, ſie werde von der Rechten provoziert, hat gleich zu Beginn, im Februar, wochenlang nichts anderes im Sinne gehabt, als Parteireden über das fluchwürdige alte Syſtem zu halten, den „Haſardeur“ Ludendorff anzupöbeln, das Niewiederkommen der Monarchie auszurufen. Sie hat, gedrängt von ihrem ſchlechten Gewiſſen, dann wochenlang ein Scherbengericht über die angeblichen Frie-

densverderber abgehalten, damit ſie ſelber, der Siegverderber, nicht vor dem Richterſtuhl des Volkes zu erſcheinen brauchte. Schließlich hat Erzberger, als die Vergewaltigung der Wahrheit mißlang, ſich zur Friſtung der nutzloſen Polemik auf irgendwelche Zeitſchriftenartikel irgendeines Abgeordneten geſtürzt, in denen irgendwelche Irrtümer über irgendeinen namenloſen neuen Regierungsmann enthalten ſein ſollen. Da kommt nun der Spätſommerwind gefahren. Das Geſpenſt iſt da.

Kalkweiß wächſt es empor: der nächſte Winter!

Nicht jener Winter, der pausbäckigen Buben und Mädchen eine Luſt iſt, nicht der Winter mit der traulichen Lampe und den kniſternden Bratäpfeln. Nein, der Nachtwinter, der Notwinter, wo alle Verſäumniſſe dieſer gewiſſenloſen Regierung ſich zu dem großen Leichentuch für uns zuſammenweben werden. Dreimalhunderttauſend entlaſſene Reichswehrſoldaten werden auf den Arbeitsmarkt geſtoßen, achtmalhunderttauſend entlaſſene Kriegsgefangene wollen Brot, vier Millionen Arbeiter verlieren ihren Verdienſt: es iſt keine Kohle da für Herd und Ofen, keine Kohle für den Betrieb der Fabriken. Spartakus ſchnellt empor. Die Entente verlangt gleichzeitig das Ihrige. Sie verlangt als regelmäßigen Tribut die Ablieferung eines großen Teiles von unſerem Jahresertrag an Kohlen. Wir aber haben weiter nichts, als plakatierte Miniſterreden voll Polemik gegen das alte Syſtem.

Die Kohleninterpellation der beiden Parteien der Rechten wird von Geheimrat Hugenberg begründet, dem früheren Generaldirektor von Krupp. Kein einziges Wort der Anklage gegen die Regierung kommt aus ſeinem Munde. Nichts könnte den furchtbaren Ernſt ſinnfälliger machen. Nur Zahl reiht ſich an Zahl, Tatſache an Tatſache. Wenn er wollte, könnte Hugenberg den Ruf dieſer Regierung, die Monate vertändelt und verzettelt hat, vernichten. Er gibt aber nur

photographiſch getreue Momentbilder unſerer Lage und richtet dann die förmliche Anfrage an die Regierung: was gedenke ſie zu tun?

Der Reichswirtſchaftsminiſter, der Sozialdemokrat Schmidt, ſtarrt ratlos auf das Geſpenſt.

Er hatte in ſeiner Hilfloſigkeit gehofft, Hugenberg ſelber werde angeben, wie man es machen müſſe. Er geſteht das auch offen. Er ſelber weiß nichts. Er antwortet auch gar nicht auf die Frage, was die Regierung zu tun gedenke, ſondern ſtellt nur feſt, daß wir uns tatſächlich in einer höchſt betrüblichen Lage befänden. Die Regierung unterſucht, ob es möglich ſei, mehr Arbeiter ins Ruhrkohlengebiet zu locken; ſie appelliert in der großen Not an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter; ſie hofft, daß ſie ſich beſinnen und freiwillig mehr Kohle fördern würden; im übrigen ſehe ſie „mit Entſetzen“ dem kommenden Winter entgegen und ſei für jede Anregung dankbar, die die Kohlennot behebe.

Wohl noch nie hat man in irgendeinem Parlament der Welt ſolches Bekenntnis der vollkommenen Unfähigkeit aus dem Munde einer Regierung gehört. Das einzige, was ſie tun will, iſt Einſtellung des Perſonenverkehrs der Eiſenbahn. Das iſt Augenverblendung und weiter nichts, denn dieſer Verkehr ſpielt prozentual überhaupt keine Rolle.

Der Redner der Deutſchen Volkspartei, der Generaldirektor von Deutſch-Luxemburg, Voegler, fühlt menſchliches Erbarmen mit dieſer Regierung in ihrem Niederbruch. Er gibt ihr den guten Rat, etwas mehr arbeiten zu laſſen, und wie man das praktiſch einrichten und den Bergleuten plauſibel machen könne. Etwa Wiedereinführung der Achtſtundenſchicht, dafür aber jeden zweiten Sonnabend frei. Der Wirtſchaftsminiſter hört gierig hin. Die ganze Regierung lebt ja nur von dem bißchen poſitiver Mitarbeit der Leute des alten Syſtems; ſie hätte ja ohne Oelbrück und Kahl

ſogar ihre Verfaſſung ebenſowenig zuſtandegebracht, wie das Parlament der Paulskirche ſeinerzeit die ſeinige.

Der Reſt der Debatte wird, abgeſehen von einer gewerkſchaftlich ſehr forſchen Zentrumsrede, zu einem großen Hadern zwiſchen Unabhängigen und Sozialdemokraten. Beide aber ſtimmen in der Forderung Hues überein: „Nur kein Druck, kein Zwang, ſondern gutes Zureden und vor allem gutes Eſſen.“

Damit iſt das Geſpenſt nicht zu ſcheuchen. Das weiße Skelett wird im Salonwagen der Regierung von Weimar mit nach Berlin überſiedeln. Im Winter ſchüttelt es ſeine Knochen über dem ganzen Reich.

Auf der Suche

Weimar, 16. Auguſt

Der Parlamentarismus hat gejungt. Das Junge heißt Reichsrat und darf beſichtigt werden, denn es ſteht in der Verfaſſung, daß die Reichsratsſitzungen öffentlich ſind. Die Fruchtbarkeit des Parlamentarismus iſt ganz außerordentlich, aber es iſt immer dieſelbe Chauſſeemiſchung: ob Gemeinderat oder Kreistag oder Provinziallandtag oder Landesverſammlung oder Nationalverſammlung oder Reichsrat, überall finden wir in der Republik nach demſelben Wahlrecht dieſelben Parteiverhältniſſe und dieſelben Parteireden.

Das iſt ſchon faſt naturwidrig, dieſe Gleichförmigkeit. Die Natur läßt das Mannigfaltige erſtehen, die Maſchine erzeugt dagegen den Einheitstyp, arbeitet nach der Schablone. Über ſechs öffentliche Parlamente wird fortan jede Provinzzeitung zu berichten haben, über ſechs Stätten derſelben Geiſtloſigkeit. Dabei rechnen wir noch nicht einmal die andere Gruppe von Parlamenten mit, die erſt im Erſtehen

begriffen ist, die der Betriebsräte mit der obersten Spitze im Reichswirtschaftsrat.

Das Vielgestaltige der früheren Zeit fällt bei diesen Schablonenparlamenten weg. Die gleichen aus der Volksversammlung gesiebten Diätenhelden überall. Man mag gegen das frühere Preußische Herrenhaus sagen was man will: es war doch der Platz, auf dem auch unsere geistig Großen versammelt zu sehen waren, nicht nur die Großen der Krone; Gelehrte wie Harnack und Slaby neben Feldherren wie Haeseler und Goltz, dazu die Kirchenfürsten wie Kopp und Dryander, und in der Oberbürgermeisterfraktion unsere besten Verwaltungsmänner mit Adickes an der Spitze. Es ist sehr fraglich, ob der neue Reichsrat an Intelligenzen den alten Bundesrat erreicht, und ganz zweifellos, daß er die Höhe des ehemaligen Herrenhauses nicht erreicht.

Durch das Wolff-Bureau war verkündet worden, daß der Reichsrat heute seine erste öffentliche Sitzung abhalte. Nun wollte man sich natürlich das neue Parlamentjunge ansehen, sein erstes Blinzeln in die Welt, sein erstes Quäken miterleben, vor allem auch feststellen, wer alles in der Eile als preußischer Provinzialvertreter dahinein delegiert war. Man wurde ins sogenannte Fürstenhaus gewiesen, wo sonst der Weimarische Landtag haust. Alles dunkel. Man ging ins Schloß, nachdem man verschiedene Behörden antelephoniert hatte. Nichts da. Schließlich strömten die Vertreter der Presse dort zusammen, wo endlich der Schlupfwinkel ausgemacht war, im dritten Stock des Landestheaters vor den Ausschußsälen, um da zu erfahren, der Reichsrat habe seine heutige Sitzung — ausnahmsweise für vertraulich erklärt. Wie es scheint, ist in der Wochenstube noch nicht alles in Ordnung.

Von den Sitzungen des alten Bundesrats unter Bismarcks Leitung hat uns schon manch einzelstaatlicher Minister in seinen Erinnerungen allerlei erzählt. Der neue Reichsrat wird

wohl weniger feſſelnden Stoff bieten. Der Seſſel ſelbſt, auf dem Bismarck ſaß, iſt, als im neuen Reichstagsgebäude der Bundesratsſaal auch neue Möbel bekam, in das Fraktionszimmer der Sozialdemokratie geraten. Paul Singer ſaß jahrelang darauf.

Während der vergeblich aufgeſuchte Reichsrat, wie es heißt, heute das Friedensermächtigungsgeſetz und die Betriebsrätevorlage beſpricht, wird in der Nationalverſammlung in dritter Leſung das ganze bisher vorgelegte Steuerbündel angenommen, mitſamt den Strafbeſtimmungen wider die Kapitalflucht. Es geht in der Sitzung heute merkwürdig geſittet zu, obwohl die Zietz und der Erzberger anweſend ſind. In großer Einmütigkeit erklärt man ſich für alles das, was den Steuerzahlern die Augen übergehen laſſen wird. Es wird wirklich nicht nur in das bisher uneinſehbare Bankbuch und Schließfach, ſondern auch bis in Strumpf und Strohſack gegriffen, das Papiergeldhamſtern ſo gut wie unmöglich gemacht, außerdem jedermann, der über 10 000 Mark jährlich einnimmt, zu genauer Buchführung behufs gefälliger Einſicht für die Steuerbeamten gezwungen, während dies bisher nur der Kaufmann nötig hatte.

Mit jugendlichem Eifer ſtürmt der Goldſucher Erzberger voran; das artige Sümmchen von vielen Zehntauſenden, das die Familie Erzberger in dem Schweizer Luxushotel in St. Moritz läßt, iſt zwar nicht mehr wiederzukriegen, und auch noch viele andere Zehntauſende von Mark werden wohl noch ſchleunigſt verpraßt werden, obwohl der Finanzminiſter Erzberger bei ſeiner Antrittsrede am 8. Juli gegen die „ſchrankenloſe Genußſucht“ ſo ſchön geſprochen hat, aber manches wird man doch faſſen können. Beſonders, wenn man fortan jeden zweiten Deutſchen zum Steuerbeamten ernennt und mit der Beaufſichtigung ſeines Nächſten betraut. Die Geſchichte wird ungeheuer billig und einfach. Unſer Reichsfinanzminiſter iſt ein Tauſendſaſſa.

Frauen im Parlament

Weimar, 17. Auguſt

Männer machen Geſchichte. Männer machen Geſetze. Das war immer ſo und — das iſt auch noch ſo. Trotz des aktiven und paſſiven Wahlrechts der Frau, die heute drei Dutzend Vertreterinnen in der Deutſchen Nationalverſammlung hat. Wenn wir auf die ſechs Monate Weimar zurückblicken und uns vorſtellen, es ſeien keine Frauen dabeigeweſen, wäre da wirklich eine Lücke fühlbar? Die Frauen ſelbſt werden das nicht zu behaupten wagen. Daß es einzelne gibt und ſtets gegeben hat, die keinem Manne an politiſcher Intelligenz nachſtehen, wußte man ſchon vorher. Aber man könnte ſämtliche in Weimar gehaltenen Frauenreden ſtreichen, und niemand würde den Mangel merken.

Meiſt ſind es überdies keine Reden geweſen, ſondern Aufſätze. Am gewählteſten, nicht nur in ihrer Kleidung, ſondern auch in ihrer Sprache, iſt die demokratiſche Frau Dr. Bäumer. Eigentlich Fräulein Dr. Bäumer. Aber den weiblichen Abgeordneten wollte man ja ebenſo wie den unehelichen Müttern durchaus den Frauentitel zuerkennen. Die Suffragetten unter ihnen, bei den Bürgerlichen links Dr. Bäumer, bei den Bürgerlichen rechts Dr. Schirmacher, legen Wert darauf; die liebe Behm dagegen, die trotz grauen Scheitels ſo urwüchſig friſche, bleibt gerne das Fräulein. Die gewählte Sprache von Frau Dr. Bäumer iſt wie ein laues Bad, angenehm, aber nicht herzhaft. Ihre Rede iſt meiſt ein Drumherumgerede, reicht an die Sachlichkeit eines beliebigen männlichen Abgeordneten gleichviel welchen Standes nicht heran, ähnelt allenfalls den Reden Naumanns, die im Augenblick bezaubern und nach vierzehn Tagen Makulatur ſind.

Dabei kann die Bäumer was. In der Debatte in der Volksverſammlung ſteht ſie ihren Mann. Während der Wahlbewegung hat ſie in Sachſen-Weimar manchen männlichen Gegner von rechts in den Sand geſetzt, daß es nur ſo knirſchte.

In ihrer Nähe ſitzen weniger auffallende Weſen. Die Frauen des Zentrums haben alleſamt etwas Mütterliches an ſich. Der Begriff Charitas iſt von ihrer Erſcheinung untrennbar. Sie haben ſich am meiſten um eine interfraktionelle Einigung in der Gefangenenfrage bemüht. Politiſch aber ſind ſie zumeiſt unmündig und ſchauen fragend den Nachbar Pfarrer an.

Hoch im zweiten Parkett bei der Deutſchen Volkspartei ſieht man Frau Mende, die etwas beſitzt, was für die Politik ungemein wertvoll iſt: Abſtand zu den deutſchen Dingen. Sie iſt wohl über ein Jahrzehnt in Frankreich, in England, in Rumänien geweſen, hat den weiten Blick des Auslanddeutſchen und beſondere Kenntniſſe der Geſchichte des Parlamentarismus, iſt daher innerhalb ihrer Fraktion auch die ſchärfſte Vertreterin einer taktiſch energiſcheren Oppoſition gegen die regierende Mehrheit. Leider iſt aber ihr Verſtand durchdringender, als im Plenum ihre Stimme. Darunter leiden überhaupt die meiſten weiblichen Abgeordneten; man verſteht ſie ſchlecht, die Unruhe im Hauſe wächſt, und nun verſteht man ſie erſt recht nicht.

Auf die äußerſte Rechte hat ſich die radikalſte Frauenrechtlerin geſchlagen, Dr. Käte Schirmacher, die beſte Kennerin franzöſiſchen Geiſtes, franzöſiſcher Art, franzöſiſcher Politik. Ihre Kolleginnen zeigen mit Fingern auf ſie, wenn ſie einmal im Foyer erſcheint. „Der Hut!“ „Das Kleid!“ Ihr Kapothütchen legt ſie faſt nie ab. Ihr arſenikgrünes Kleid ſteht auch in keinem Modejournal. Ein ſolches Gewand nennt man entweder Hängerkleid oder Reformkleid, je nach dem Alter der Trägerin; es iſt wohl das typiſche Frauen-

rechtlerkoſtüm. Auch die Parlamentarierinnen bleiben meiſt Frauen und legen mehr Wert auf äußere Dinge, als gerade Dr. Käte Schirmacher. Ich erzähle einer Abgeordneten, ich hätte ſie neulich da oder da geſehen. „Iſt nicht wahr.“ „Doch!“ „So? Was hatte ich denn für einen Hut auf?“ Du liebe Güte, das weiß ich freilich nicht mehr. Der Mann ſieht das Geſicht an. Die Frau die Toilette. Das iſt der ewige Unterſchied. Wer nun mit Dr. Käte Schirmacher näher bekannt wird, dem tun die loſen Bemerkungen der Kolleginnen weh, denn ſie iſt ein Prachtmenſch. Kurz, knapp, klar in jeder Bemerkung, in ihrer Konzentration auf das Entſcheidende irgendeiner Sache ein Vorbild für jeden Mann, dabei von lodernder deutſcher Geſinnung. In dem Maasſchen Parlamentsalmanach haben die Abgeordneten neben ihrem Lebensabriß auch ihr Lebensziel angeben ſollen. Da findet man viel langes und ſeichtes Geſchwafel. Beſonders das Wort „Menſchheit“ hat es manchem angetan. Für die hat jeder kleine Spießer ſein Programm fertig. Als ob es politiſch eine Menſchheit überhaupt gäbe! Es gibt ebenſowenig eine Menſchheit, als eine Tierheit oder eine Baumheit. Es gibt nur einzelne Völker. Das hat Dr. Käte Schirmacher offenbar klar erkannt. Ihr Lebensziel ſetzt ſie mit den wenigen prachtvoll monumentalen Worten hin: „Preußen-Deutſchland wieder zu Macht und Anſehen zu verhelfen.“

Bei den bürgerlichen Parteien haben insgeſamt 18 Frauen, bei den beiden ſozialdemokratiſchen auch 18 ein Mandat, und es iſt bezeichnend, daß, ſoweit ich feſtſtellen konnte, von den Sozialiſtinnen nur zwei unverheiratet, von den Bürgerlichen nur zwei verheiratet ſind. Bei der Sozialdemokratie iſt die politiſche Frau eben die Mitkämpferin ihres Mannes. Im Bürgertum iſt ſie heute noch vielfach Kämpferin gegen den Mann.

Der in der Nationalverſammlung am häufigſten gehörte Frauenname iſt der einer Abgeordneten der äußerſten Linken,

weil er mit dem ersten Buchstaben des Alphabets anfängt. Alle Anträge der Unabhängigen kommen von „Frau Agnes und Genossen“. Frau Lore Agnes selbst geht nicht so schlafrockmäßig angezogen, wie meist etwa ihre Fraktionskollegin Zietz, sondern macht einen einfach-adretten und blitzsauberen Eindruck. Als sie jünger war, mag sie oft den Vers gehört haben: „Von allen Mädchen so blink und so blank gefällt mir am besten die Lore.“ Manchmal ist sie in ihrem Nichtsehenwollen der sonnenklarsten Dinge die Verzweiflung der Kollegen im Bureau. Im übrigen macht sie nie die Zietzschen Kreischorgien mit.

Die besten Frauen sind die, von denen man nicht spricht, pflegt man zu sagen. Das stimmt nicht immer. Hier in Weimar aber wohl, nur in einem ganz anderen Sinne. Man spricht von der oder jener Frau Abgeordneten. Man spricht kaum je von der Frau des oder jenes Abgeordneten. Und doch, — gerade die Gattinnen sind es, die Geschichte machen. Wie Antäus von der Erde immer neue Kraft im Kampfe empfing, so holt sich der Mann in dem zermürbenden parlamentarischen Leben immer wieder Stärkung bei seiner Frau. Ob es sich da um die Fürstin Bismarck handelt, die ihr „Ottochen“ hegte und pflegte, oder um irgendeine kleine Jüdin, deren Mann das Reich unterminiert, ist ganz gleich. Es ist rührend, das zu beobachten, etwa zu sehen, wie selbst Cohn und Wurm mit ihren Frauen jeden Schritt besprechen, um von den vielen ähnlichen Ehekameradschaften bei bürgerlichen Parteien gar nicht erst zu reden.

Der Schöpferische, Zeugende, Gesetzgebende bleibt immer der Mann. Aber er ist ein Nichts, wenn das Weib aus seinem Leben gestrichen wird. Nehmt dem Parlament die Frauen — ich selber empfehle das nicht einmal —, so ist noch nichts verloren. Nehmt sie Goethe, Wagner, Bismarck, und die Welt ist entgöttert.

Abhalfterung

Weimar, 18. August

Dem „Mann auf der Straße“ wird alles bewilligt, denn vor ihm allein hat die Regierung Angſt. So kommt es, daß auch Zuhälter Arbeitsloſenunterſtützung erhalten. Wir andern müſſen dafür die Steuern bezahlen. Weit weniger, aber immerhin noch einigermaßen, ſorgt die Regierung für die Beamten. Am rückſichtsloſeſten wird mit den Angehörigen der Wehrmacht, Offizieren und Kapitulanten, umgeſprungen. Da der Heeresdienſt demnächſt ſtillgelegt wird und bis auf eine kleine Polizeitruppe alles auseinanderläuft, braucht man vor ihm nämlich keine Furcht mehr zu haben.

Nun hält auch Noske die Zeit für gekommen, wo er, der bisher bei der großen Maſſe der Roten in ſchwerem Verruf ſtak, ſich wieder in die Bierehrlichkeit zurückpauken kann. Die militärfreundliche Maske iſt nicht mehr nötig. Die nationalen Zeitungen, die für die wohlerworbenen Rechte der Offiziere und gegen die einſeitige Auflöſung des Staátsvertrages mit ihnen eingetreten ſind, nennt Noske heute „direkt nichtswürdig“. Noch vor wenigen Monaten aber wäre man ohne ſie verloren geweſen. Den großen Erfolg ihrer Werbeanzeigen ſah man gerne. Den jungen Offizieren, die um Weiterdienen in den Freiwilligenkorps angefleht wurden, verſprach man alles mögliche. Heute aber ſetzt man ſie alle, ſoweit ſie nicht vor länger als fünf Jahren eingetreten ſind — das ſind nahezu 10 000 Mann — einfach auf die Straße und gibt denen, die bis zu 10 Dienſtjahren hinter ſich haben, auch nur eine karge Abfindung mit auf den neuen Lebensweg in das Ungewiſſe. Unter dem Beifall der Genoſſen leugnet Noske, daß man irgendeine Dankespflicht ihnen gegenüber habe,

obwohl gerade er in den Zeiten der Not überströmende Dankesworte für sie hatte. Davon ist ja aber gar nicht die Rede. Die Offiziere verlangen keinen Dank, sondern ihr Recht. Der Staat ist einen Vertrag mit ihnen eingegangen, darf sie nur dann mit Pension entlassen, wenn sie dienstunfähig geworden sind, und nun bricht er den Vertrag. Wer das, wie Abgeordneter v. Graefe, klar hervorhebt, der wird von Noske parteipolitischer Propaganda bezichtigt. Das ist die gewöhnliche Taktik. Die Sozialdemokratie tut alles aus reiner Nächstenliebe, aus Gerechtigkeitssinn, aus sozialem Verantwortungsgefühl heraus, wenn aber die nationalen Parteien für irgendeinen Stand eintreten, so ist es allemal Stimmenfang, auch dann, wenn sie, wie diesmal bei dem Entschädigungsgesetz für Offiziere und Kapitulanten, lediglich die Wiederherstellung der alten Regierungsvorlage verlangen, die erst im Ausschuß von den Regierungsparteien selbst zu ungunsten der entlassenen Heeresangehörigen verändert worden ist. Schönes Wetter heute, sehr schönes Wetter. Noske strahlt. Er braucht seine Stimme gar nicht anzustrengen. Es ist das erstemal seit Februar, daß er in der Nationalversammlung reden kann, ohne daß die Unabhängigen gegen ihn tumultuieren. Er und Erzberger versprechen bramsig, sie würden in Einzelfällen zur Milderung von Härten den Leutnants besondere Gnadenzuweisungen bewilligen. Da handelte der monarchische Staat doch vornehmer; als durch das Branntweinsteuergesetz eine große Zahl von Arbeitern zu einem Berufswechsel gezwungen wurde, gab es keine Almosen, forderte man auch nicht, wie jetzt bei den Offizieren, ein behördliches Armutszeugnis, sondern man zahlte wortlos die volle Entschädigung.

In dem uralten Soldatenliede, das aus dem Herzen der friderizianischen Grenadiere heraus gedichtet ist, heißt es: „Potz Mohrenelement, wer kriegt so prompt wie der Preuße

ſein Traktament.“ Heute iſt es anders; man hat umſonſt gearbeitet und nicht einmal pour le Roi de Pruſſe, ſondern für die Glücksritter der Revolution. Die Nationalverſammlung nimmt die Vorlage in der Ausſchußfaſſung ohne weſentliche Änderung an. Danach auch das Beamtenpenſionierungsgeſetz, das Raum für roten Nachwuchs ſchaffen ſoll.

Vor der Verabſchiedung dieſer Geſetze hat Erzberger ſich für einmalige außerordentliche Ausgaben, die im einzelnen niemand kennt, neun Milliarden Mark bewilligen laſſen. Schnell, ſchnell, ſagt er, ſonſt müſſe er den Staatsbankerott anſagen. So hat er es ſchon beim Friedensſchluß gemacht. Schnell, ſchnell, ſonſt wird in den nächſten Stunden Berlin bombardiert. Gegen dieſe Überſchüttung mit Geſetzen, gegen die Überhaſtung bei ihrer Annahme ſpricht Hugenberg ein bitterernſtes Wort. Zur Verhinderung des nachgerade irrſinnigen Treibens — man hört ja in dieſem Zirkus ſtändig Erzbergers Peitſche knallen — macht die Rechte einen ſchüchternen Verſuch, durch Anzweiflung der Beſchlußfähigkeit zu obſtruieren. Sie iſt aber darauf noch nicht geſchult. Der Präſident hat bereits, da er in ſolchen Fällen von jugendlicher Gelenkigkeit iſt, zur Abſtimmung aufgefordert, und die Anzweiflung kommt zu ſpät. Bei dieſem Präſidenten nützt es nichts, wenn man ſeine Abſichten vorher deutlich zu erkennen gibt und ſich dann rechtzeitig ſtill durch Handaufheben zu Worte meldet. Man muß brüllen. Schon vorzeitig brüllen. Dieſer Fehrenbach, der in den allerletzten Tagen ſich ein wenig zurückhaltender benommen hat, iſt heute wieder ganz der Einpeitſcher ſeiner Mehrheit. Obwohl er Anträge ohne jede Kritik entgegenzunehmen und zur Abſtimmung zu bringen hat, kann er es ſich nicht verſagen, der Rechten zuzurufen, durch die Begründung des Antrages werde die Annahme dem Hauſe ſicher ſehr ſchwer. Der alte Ruf der Unparteilichkeit unſerer parlamentariſchen Präſidenten —

Fehrenbach ist freilich Rechtsanwalt, also Parteivertreter von Beruf — wird vollkommen ruiniert. Es wird bei seinem Verhalten noch soweit kommen, daß man sich demnächst sagen wird: in dem oder jenem Hause könne man keinen Besuch machen; da verkehrten ja Minister, Parlamentspräsidenten und ähnliche Leute.

Gesetzgebungs-Hypertrophie

Weimar, 19. August

Das Parlament befindet sich in einem Zustand, den die Ärzte als „dysämische Verfettung" bezeichnen würden. Hochrot und kurzatmig sitzt der Abgeordnete da, stiert vor sich hin, versteht nichts mehr und wird trotzdem mit Gesetzen genudelt, genudelt vom Morgen bis zum Abend. Eine Stichprobe für einige Tage hat ergeben, daß man täglich $6\frac{1}{2}$ Pfund bedruckten Papiers vorgelegt bekommt. Die Reichsabgabeordnung allein hat 449 Paragraphen. Es ist physisch ausgeschlossen, dies alles auch nur zu schlucken, geschweige denn zu verdauen. Einige wenige Parlamentarier verschaffen sich einen Überblick über einzelne Teile und reden dazu. Die Masse stimmt besinnungslos ab. Um ein Haar wäre jüngst in einem Gesetz ein vollkommener Unsinn angenommen worden, weil im Druck eine Zeile ausgefallen war und niemand von der Regierung, niemand von der Mehrheit es gemerkt hatte; erst ein Mitglied der Rechten verhinderte, als es zufällig darauf stieß, in zuvorkommender Art die Blamage. Es geht dem Parlament schließlich so, wie einst dem Abteilungskommandeur eines Feldartillerieregiments in Mainz, der apathisch alles unterschrieb, was ihm vorgelegt wurde, darunter eines Tages auch folgendes Schriftstück: „Ich er-

kläre mich für tot und ernenne meinen Adjutanten, Leutnant Höckner, zu meinem Universalerben."

Erzberger ist als Nudelmeister unerbittlich. Er stopft, er schiebt, er drängt. Hie und da gibt es freilich noch Leute, die nicht nur den offenen Mund hinhalten. Der preußische Finanzminister Dr. Südekum und manche seiner Kollegen aus den übrigen Bundesstaaten erkennen voll Bitterkeit, was die Finanzgesetze bedeuten: eine völlige Entrechtung der Einzelstaaten. Die Reichsabgabeordnung, die in der Hauptsache und ohne erhebliche Änderung heute angenommen wird, muß dazu führen, daß das Reich der einzige Vermögensverwalter — fast möchte man sagen, Konkursverwalter — aller Deutschen wird. Einen Teil der Einnahmen gibt es den Ländern und Gemeinden ab. Deren Kulturarbeit ist von diesen Prozenten abhängig. Das Reich bestimmt also, weil es die Hand auf den Geldbeutel aller legt, über das innerste Dasein auch der Länder und Gemeinden und läßt ihnen außerordentlich wenig Eigenleben, denn es braucht den größten Teil der Mittel für sich selbst oder vielmehr zur Abführung an die Entente. Becker und Delbrück machen Bedenken geltend. Aber ein Paragraph nach dem anderen wird gestopft und heruntergewürgt. Auf die leichtfertige Art, wie Erzberger das Nudelgeschäft betreibt, weist der Demokrat Blunck, der Hamburger Rechtsanwalt, beiläufig hin. Bei seinem Drängen, daß er unbedingt bis morgen seine Finanzgesetze und seine neun Milliarden bewilligt erhalten müsse, habe der Minister offenbar nur gemeint, daß er ohne sie keine Deckung für seine Ausgaben hätte. Statt dessen habe er gesagt: ohne sie käme der Staatsbankerott. Draußen im Lande, auch im Auslande, verstehe man darunter etwas ganz anderes. Eine solche Äußerung könne das Vertrauen zu unseren Finanzen vollkommen erschüttern; zu einer Gesundung aber gehöre in erster Linie Vertrauen.

Um 10 Uhr früh hat man heute angefangen; und auf 10 Uhr abends geht die Uhr beim Schluß. Erzberger, der — das muß der Neid ihm lassen — bewundernswert frisch bleibt, da er ja nicht durch Unterernährung geschwächt ist, hat seine Augen und Ohren überall. Sein Fraktionskollege, der alte Weißbart Herold, hält noch in später Stunde eine lange Rede, ohne zu merken, daß alles laut stöhnt, daß Rufe des Unwillens laut werden und daß diejenigen, die nicht rufen, es nur deshalb nicht tun, weil sie nicht mehr die Kraft dazu aufbringen. Da schickt Erzberger einen Abgeordneten aus, der soll Herrn Herold den Mund stopfen. Dann einen zweiten Kollegen. Schließlich eilt er selber leichtfüßig ins Parkett und bläst den Zapfenstreich. Auch der Präsident Fehrenbach scheint von der allgemeinen Mattigkeit zur Strecke gebracht zu sein. Er kann nichts mehr zur Abkürzung der Debatte tun. Redner kommen und gehen, Paragraphen schwirren, Vorlagen werden Gesetze. Nicht nur die Reichsabgabeordnung, sondern auch die Postgebühren, die Tabaksteuer, das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, bei dem den weiblichen Abgeordneten sämtlicher Fraktionen von den männlichen Gesetzgebern galant der Vortritt gelassen wird. Dazu eine Erklärung des Ministerpräsidenten über die polnische Frage, dazu ein Scheffel voll kleiner Anfragen; der Schrei nach Ferien wird allmählich elementar.

Auf dem Wege zur Verlumpung

Weimar, 20. August

In der guten alten Zeit war es höchst unpopulär, für neue Steuern zu stimmen. In der Wahlbewegung wurde von den

Parteien der Linken ſtets jeder gebrandmarkt, der die Belaſtung des Volkes vermehrt habe. Heute macht man ſich bei denſelben Parteien dann unpopulär, wenn man nicht Milliarden über Milliarden Steuern der Volkswirtſchaft entzieht. Ohne Wimperzucken, ohne Prüfung, mit vierter Geſchwindigkeit. „Hab' ich doch meine Freude dran!“, ſagt Mephiſto. Nein, Wurm. Die in zweiter und dritter Leſung angenommene Erbſchaftsſteuer, deren Sätze in beſtimmten Fällen mit 35 vom Hundert anfangen und bis 90 vom Hundert gehen, begrüßt der Unabhängige Wurm als erſten Schritt zur gründlichen Sozialiſierung des Eigentums. Die weiteren und „entſcheidenden“ Schritte würden von neuen Körperſchaften getan werden, die hoffentlich recht bald an die Stelle der Nationalverſammlung träten. Ward ſolcher Hohn ſchon je erhört? Der Kommunismus zieht ſein Fallbeil empor, das die Nationalverſammlung geſchliffen hat. „Gut gemacht,“ ſagt er ihr, „nun leg dich mal drunter!“

Die Mitglieder der Rechten, die ja ſoviel ehemalige Beamte zählt, die die ſogenannte poſitive Mitarbeit nicht laſſen können, wollten urſprünglich für die Erbſchaftsſteuer ſtimmen. Des Dienſtes ewig gleichgeſtellte Uhr erhält ſie im Geleiſe, und ſie haben ihre Weiche noch nicht umgeſtellt. Sie ſind noch immer nicht Oppoſition, ſondern Appoſition der regierenden Mehrheit. Aber die Änderung der Vorlage im Ausſchuß, die aus Wahlrückſichten erfolgte Erhöhung der Steuerſätze bis an die Grenze der Konfiskation hat die nationalen Parteien zur Beſinnung gebracht. Sie wollen, wie ſie erklären, ſich nicht zum Mitſchuldigen des Zuſammenbruchs, zu Schrittmachern der Kommuniſten machen. Sie ſtimmen gegen das Geſetz.

Dieſes Geſetz bedeutet eine weitere Etappe auf dem Wege zu unſerer Verlumpung. Die Freude am Schaffen im Gedanken an die Kinder wird ertötet. Über-

haupt der Drang zu wirtſchaftlichem und techniſchem Fortſchritt. Wer etwas erarbeitet, dem wird es durch irgendeine der neuen Steuern genommen.

Den Demokraten und Sozialdemokraten iſt nicht ganz geheuer, trotz alledem. Die Parteien der Steuereintreiber und Beſitzräuber werden es bei den nächſten Wahlen ſchwer haben. Aber man muß auch aus einer ſchlechten Konjunktur etwas herausholen können. Demokraten und Sozialdemokraten ſchmieden ſofort die zweckentſprechenden Schlagworte für die Wahlflugblätter. Es handle ſich nur um 450 Mark Unterſchied bei den Sätzen der Regierungsvorlage und denen des Ausſchuſſes, ſagt zweimal der demokratiſche Abgeordnete Blunck. Das iſt natürlich ein Einzelfall bei einer beſtimmten Vermögenshöhe im ganzen Tarif. Aber wie ſchön, wenn man nachher in Volksverſammlungen hinausſchmettern kann, um lumpiger 450 Mark willen, die die Kapitaliſten der Rechten krampfhaft im Portemonnaie hielten, hätten ſie das Vaterland in ſeiner Not im Stich gelaſſen! Der Sozialdemokrat Katzenſtein verrät noch mehr aus der Stiliſtik der nächſten Wahlen. Alſo die Kreiſe, ſagt er, die bereitgeweſen ſeien, Gut und Blut — der anderen zu opfern, ſtellten ſich ſchützend vor die großen Vermögen. Spiegelberg, ich kenne dich! Die Kreiſe, aus denen Herr Katzenſtein ſtammt, haben nicht allzuviel Blut im Kriege vergoſſen. Sie gehören ja nicht zur evangeliſchen oder zur katholiſchen, ſondern zur unabkömmlichen Konfeſſion. Auch ihr Gut haben dieſe Kreiſe während des Krieges nicht gerade geopfert. Seit den Zeiten der Pharaonen verſtehen ſie es, wenn ein Land unter Peſtilenz und Heuſchrecken oder unter Krieg und Kohlrüben ſeufzt, ihr Gold und Silber durch das Rote Meer davonzutragen.

Zu kurzer Mittagspauſe leert das Theater ſich ſchnell. Wenige Minuten ſpäter hört man eine wundervolle Tonflut daherrauſchen. Irgend jemand ſpielt die große Orgel.

Was denn los ſei, fragen die Leute draußen. Eine kirchliche Feier natürlich. Herr Katzenſtein will ſich taufen laſſen. Der Seniorenkonvent ſoll beſtimmen, ob evangeliſch oder katholiſch. Oder jemand übt auf der Orgel für die morgige Krönungsfeier des Herrn Ebert. Es ſoll die Matthias-Paſſion geſpielt werden.

Am Nachmittag werden die neun Milliarden für die Ausgaben der nächſten Monate bewilligt. Das iſt aber nur eine Kleinigkeit. Bewilligt werden Herrn Erzberger auch die geſetzlichen Kampfmittel der Staatsgewalt, mit denen Beſitztümer im Werte von Hunderten von Milliarden Mark, die an die Entente abzuführen ſind, aus dem deutſchen Volke herausgepeitſcht werden können. Noch iſt der Friede von unſeren Feinden nicht ratifiziert. Aber ſchon ſteht Erzberger dienernd da und hat ſein Enteignungsgeſetz fertig. Es gibt keinerlei Beſitz im ganzen Lande, der dem Zugriff des Reiches danach entzogen bliebe. Nach dem Wortlaut der Vorlage kann die letzte Kuh, die einzige Nähmaſchine enteignet werden; und zwar nicht gegen „volle“, ſondern gegen „angemeſſene“ Entſchädigung. Zunächſt werden freilich andere Dinge der Entente lieber ſein: unſere Wälder, unſer Grundbeſitz, unſere Bergwerke, unſere Fabriken. Das Reich aber macht ſich zum Büttel. Jetzt erſt wird der Scheidemann-Erzberger-Friede wie das furchtbare Bild von Saïs enthüllt. Man bricht davor zuſammen. Aus dem wohlhabenden, glücklichen Deutſchland wird im Laufe eines einzigen Menſchenalters eine Ententekolonie, bewohnt von einer zerlumpten hoffnungsloſen Bevölkerung in feindlichem Frondienſt.

Wen dann die Menge als Urheber des namenloſen Elends anſieht, der wird einſt totgeſchlagen wie ein toller Hund. Das wiſſen die Erzberger, Scheidemann und Genoſſen, dieſe Siegverderber, Kriegsverlängerer, Friedensvernichter. Sie kämpfen um ihr Leben. Du oder ich, heißt es jetzt. Her mit

dem Staatsgerichtshof! Die Wahrheit muß totgeſchlagen werden, ſonſt iſt ihr eigenes Leben keinen Pfifferling mehr wert. Ein parlamentariſcher Unterſuchungsausſchuß, in dem nur 5 Mitglieder der beiden Fraktionen der Rechten, dagegen 23 der übrigen Parteien ſitzen, wird heute gleich zuſammengeſetzt, der ſoll die „Schuldigen“ an den Staatsgerichtshof überweiſen. Das iſt die offene Gewalt: Erzberger triumphans. Das iſt auch der Tiefſtand unſerer moraliſchen Verlumpung. Der Abgeordnete Dr. Sinzheimer hält die Einführungsrede für die Mehrheit und empfiehlt den Staatsgerichtshof. Ein Rechtsanwalt der eleganten Sorte. Er ſpricht nie innerhalb der Redekanzel, ſondern lehnt ſich außen an ſie, damit ſeine Bügelfalten zur Wirkung kommen. Wie er ſeine Rede hält, wie er mit den beweglichen Fingern den Knoten ſtändig ſchürzt und knüpft und wieder entwirrt, das muß man geſehen haben, da genügt das Hören alleine nicht. Der Gegenberichterſtatter iſt, ſo muß es ſein, ein Germane, der deutſchnationale Landgerichtsdirektor Warmuth, der der ernſten Frage mit Ernſt in ſeiner fleißigen Studie zu Leibe geht und nicht in der ſpieleriſchen Art des Vorredners; wiederum ſtehen, wie ſo oft auch im Gerichtsſaal, zwei Raſſen widereinander. Ganz wundervolle Ausführungen, gleich groß vom Standpunkte des vaterländiſch denkenden Deutſchen wie auch von dem des gelehrten Profeſſors der Rechte, gibt zu dem Thema der Wortführer der Deutſchen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Graf zu Dohna. Man wird gut tun, ſeine Worte im Stenogramm ſich kommen zu laſſen, um an der Hand dieſer Rede erkennen zu können, welch ein Attentat hier vollführt wird.

Bevor über den Staatsgerichtshof beraten wird, ſind dem Abgeordneten Erzberger die Vollmachten zur Ausplünderung des deutſchen Volkes zugunſten der Entente erteilt worden. Der Abgeordnete Hugenberg, der als ehemaliger Geheimer

Finanzrat ein Mann von Fach iſt, gibt eine eingehende und ſehr ſcharfe Kritik der Erzbergerſchen Vorſchläge. Der Miniſter antwortet. In ſeiner bekannten Art. Unſere Leiſtungen, meint er, ſeien im Frieden genau umſchrieben. Nur 140 000 Milchkühe hätten wir abzuliefern, alſo ſtehe doch nicht jede Kuh in Gefahr. Ebenſowenig jede Maſchine. Es ſeien doch nur 30 vom Hundert unſeres Beſtandes an Maſchinen verlangt. Herr Hugenberg habe alſo maßlos übertrieben. Von der Rechten kommen Zwiſchenrufe. Es handele ſich nur um „vorläufige“ Forderungen der Entente, und was weiter verlangt werde, das wiſſe man heute noch gar nicht. Erzberger verwahrt ſich wütend gegen dieſe Zwiſchenrufe. Die beiden auf Gedeih und Verderb verbundenen Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, wiſſen genau, was auf dem Spiele ſteht. Es geht nicht an, daß die Wahrheit, wenn auch nur durch Zwiſchenrufe, in die Öffentlichkeit gelangt. Und ſo greift man denn zum letzten äußerſten Mittel.

Eine Knüppelgarde von Sozialdemokraten wandert von links nach rechts hinüber und baut ſich neben den Deutſchnationalen auf. Es ſind lauter kaum bekannte Leute; keinen von ihnen hat man je im Hauſe reden hören, aber ſie ſtehen mit über der Bruſt gekreuzten Armen da, wie zu einer Gruppenaufnahme des Stemmklubs Bizeps. Jeder Zuruf, der von der Rechten erſchallt, wird durch laute Schimpfworte, „Lump“, „Verbrecher“, von der Knüppelgarde begleitet. Es hat minutenlang den Anſchein, als werde ſchon hier in der Nationalverſammlung ein „Staatsgerichtshof“ konſtituiert, der mit der Fauſt die großen Fragen der Weltgeſchichte entſcheidet. Nur dem Umſtand, daß der deutſchnationale Abgeordnete Richter, der Gutsbeſitzer aus Oſtpreußen, an der Ecke ſitzt, verdanken wir es, daß die Knüppelgarde ſich noch zurückhält. Er hat nämlich Handſchuhnummer 9½ und hat gerade vierzehn Tage Erntearbeit hinter ſich.

Der Eid

Weimar, 21. Auguſt

In ſeiner bekannten Leutſeligkeit wünſchte der Herr Reichspräſident Ebert, um einer zahlreicheren Menge ſeines geliebten Volkes das Feſt zu gönnen, daß ſeine Vereidigung auf die Verfaſſung in Berlin vorgenommen werde. Die geſamte Regierung war derſelben Meinung. Aber die ſozialdemokratiſche Fraktion nicht; und auf die ſozialdemokratiſche Fraktion kommt es an. Sie ließ „Eberten“ ſagen, es werde in Weimar geſchworen, fertig. Wie es bei ſolchen Gelegenheiten zu geſchehen pflegt, überzeugte ſich nun auch die Regierung ſamt dem Herrn Reichspräſidenten ſehr ſchnell, daß der feierliche Schlußakt in der Tat für Weimar das einzig Richtige ſei.

Der Morgen des denkwürdigen Tages gehört dem patriotiſchen Straßenhandel. Das iſt auch früher bei Kaiſerparaden und Monarchenbeſuchen ſo geweſen.

Nur werden diesmal nicht Fähnchen feilgeboten, ſondern Bilder des neuen Landesvaters und ſeines Wehrminiſters Noske. Der Verlag Ullſtein überſchüttet Weimar damit. Jedermann kauft ſich die dieswöchentliche „Berliner Illuſtrierte Zeitung“, auf deren Titelſeite die hochmögenden Herren prangen, ſchlicht republikaniſch in Badehoſe. Die feſtliche Stimmung auf den Straßen wächſt zuſehends. Dafür hat der demokratiſche Verlag mit feinem Takte geſorgt.

Im Parlament wird noch gearbeitet. Das Betriebsrätegeſetz, über das bei ſeiner zweiten Leſung noch einiges zu ſagen ſein wird, macht die erſte Leſung durch und geht an den Ausſchuß. Dann wird geſtellt, gerückt, geſchmückt. Am Nachmittag iſt alles zur Feier bereit.

Vereidigung!

Einſt ging uns das Wort durch Mark und Bein. Ich habe vor langen Jahren, Aug' in Auge gegenüber dem König, den Treueid geſchworen, und dieſer Eid ſteht noch wie ein Speerſchaft da und iſt nicht geſplittert. Heute aber gilt die Mark nur noch 19 Pfennige, und ein Eid keinen Sechſer.

Als es ſich darum handelte, ob Sozialdemokraten in das preußiſche Abgeordnetenhaus eintreten könnten, da ſie doch dort vereidigt würden, meinte Bebel: „Über dieſen Zwirnsfaden werden wir nicht ſtolpern!“

Als Scheidemann in das Miniſterium eintrat, wußte er, daß er vorſchriftsgemäß auf den Monarchen vereidigt werden müßte. Trotzdem trat er ein mit Verrat im Herzen. Bald darauf kam der Verrat in der Tat.

Aus den Splittern von hunderttauſend gebrochenen Eiden wurde Eberts Thron gezimmert. Der neue Reichspräſident kann alſo unbeſorgt ſchwören, denn der Eid iſt längſt von ſeinen eigenen Leuten entwertet, und kann ruhig darauf ſchlafen, auch wenn das heutige Krönungsmahl ihm nicht die nötige Bettſchwere bringt.

Eine Ehrenkompagnie in weißen Paradebeinkleidern iſt vor dem Theater aufmarſchiert. Das Auto des Präſidenten kommt — „Achtung! Präſentiert das Gewehr!“ — und rollt ſeitwärts achtlos vorbei. Da läßt der Hauptmann, obwohl die Kompagnie für die ganze Zeit der Vereidigung herbefohlen iſt, Gewehr über nehmen und abmarſchieren. Nur die Muſik bleibt da, damit Volk dableibe. Sie hat bei Eberts Nahen nicht den Präſentiermarſch geſpielt, aber auch nicht die Marſeillaiſe, ſondern: „Ich ſchieß' den Hirſch im wilden Forſt.“

Feierlich wird derweil Herr Friedrich Ebert in den Saal geleitet, wo die Großen ſeiner Krone ihn im Bratenrock erwarten. Neben dieſem Präſidenten ſieht Erzberger geradezu

apollinisch schlank aus. Das Haus weist große Lücken auf, nur Sozialdemokratie und Zentrum sind fast vollzählig da. Die Deutsche Volkspartei hat nur ein paar Herren als Beobachtungsposten geschickt. Die Deutschnationalen fehlen demonstrativ; einzig und allein Herr v. Graefe ist zu sehen, aber nur als Chronist seiner „Mecklenburger Warte“ bei den Berichterstattern auf der Galerie. Die Feier selbst, von Orgelklang — Krönungsfest in Rheims — eingeleitet und geschlossen, ist sonst prunklos und doch festlich und nicht ohne Würde. Das wollen wir gern feststellen. Es gibt zwar ein paar peinliche Augenblicke im Zeremoniell, denn man hat die Eidesformel für Ebert nicht gleich zur Hand, und Seine Exzellenz tritt eine ganze Weile verlegen von einem Fuß auf den andern, denn auswendig kann er die paar Sätze nicht sagen; aber das ist nicht schlimm, er wird in seine Würde noch hineinwachsen und die längsten Rauscherschen Festreden, immer mit einem Uhlandzitat, zu memorieren wissen.

Also Ebert beschwört die Verfassung. Man fragt sich im stillen, was länger halten wird, der Schwur oder die Verfassung.

Dann machen die drei süddeutschen Herren, der badische Zentrumsmann Fehrenbach, der badische Sozialdemokrat Ebert, der schwäbische Demokrat Payer, die nötige Beweihräucherung. Die große Brille und das Blättchen in der Brusttasche hat Ebert nicht vergessen; es geht alles gut. Kein Preuße spricht. Preußen ist zerfetzt im Osten und im Westen, Preußen hat die schwerste Blutrechnung zu bezahlen, Preußen soll noch weiter zerstückelt werden. In der Führung Deutschlands hat es schon längst abgedankt, und es ist mehr als ein Zufall, daß die drei Süddeutschen heute die Regie führen.

Die Reden halten sich von Verletzung der Andersdenkenden nicht frei. Auch an diesem Festtage wird Parteipolitik gemacht.

Noch einmal, und diesmal ganz leutselig mit „Ihr“ und „Euch“, spricht der Landesvater vom Balkon aus zu dem Volk draußen auf dem Platz vor dem Theater. Man empfindet das als eine störende Unterbrechung der Musik. Gleichgültig und ohne jede Kundgebung wird zugehört. Payer und einige andere Abgeordnete sind hinuntergelaufen und schicken wenigstens für ihre Person ein dünnes Bravo hinauf. Dann rettet die Musik die peinliche Situation. Sie spielt: „Deutschland, Deutschland über Alles“, und die Buben und Mädchen unten singen tapfer mit.

Der neue Herr ist aber nun auch vor allem Volk in Eid und Pflicht genommen. Er wird treu an der Verfassung und den Befehlen der sozialdemokratischen Fraktion festhalten. Oder nur an diesen? In der Verfassung stehen viele Dinge, die er nicht halten kann, so die Gewährleistung des Eigentums, das durch das Beschlagnahmegesetz bereits vogelfrei geworden ist.

Im Artikel 41 der von ihm beschworenen Verfassung heißt es: „Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt.“ Ebert ist aber nur von seinen Getreuen in der Nationalversammlung gekürt, der Sozialdemokratie, der Demokratie, dem Zentrum; seine erste Tat müßte also, wenn er den Verfassungseid halten will, darin bestehen, daß er abdankt und die endgültige Präsidentenwahl durch Volksabstimmung anberaumt. Er wird sich aber wohl beherrschen können, trotz des soeben geleisteten Schwures, daß er die Verfassung „gewissenhaft erfüllen“ werde.

Und im Artikel 112 der Verfassung steht geschrieben: „Kein Deutscher darf einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung überliefert werden.“

Ehe der gallische Hahn dreimal kräht, hat Friedrich Ebert seinen Eid gebrochen.

Mit weißer Weſte

Weimar, 22. Auguſt

Einer der wenigen Deutſchen, die nicht in Viertelpfunden dachten, ſondern in Kontinenten, war Karl Peters, der uns Oſtafrika gab. Wir haben ihn in die Wüſte hinausgeſtoßen. Denn auf ſeiner weißen Weſte war ein kleiner Blutfleck.

Die damals am lauteſten gröhlten, die Sozialdemokraten und das Zentrum, handeln heute ganz anders. Unter dem parlamentariſchen Syſtem darf man ruhig bemakelt ſein. In Breslau iſt ein wegen Unterſchlagung Vorbeſtrafter erſt dieſer Tage Polizeipräſident geworden. Im Weimarer Parlament aber herrſcht der Vizekanzler Erzberger, deſſen Valuta als Mann von Wort noch unter dem deutſchen Papiergeld notiert. Nicht nur im Inlande, bis in die Kreiſe ſeiner eigenen Parteigenoſſen hinein, ſondern auch in den fremden Staaten. Deswegen flieht der Schlaf ihn nicht. Er weiß, vielleicht als der einzige, was parlamentariſches Syſtem bedeutet: ſiegreiche Korruption. Iſt nicht Clemenceau ein bezahlter übler Panamiſt geweſen? Und doch ward er zum Herrn über Frankreich.

Es kommt auf die Eiſenſtirn mehr an, als auf die Untadeligkeit. Mit dieſer Eiſenſtirn hat Erzberger vollends Breſche in das bröckelnde Mauerwerk Deutſchlands geſchlagen. Nicht der vorige November, ſondern das halbe Jahr Weimar hat uns erſt die eigentliche Revolution gebracht. Nach Monarchie und Heer und Staat iſt jetzt auch die deutſche Wirtſchaft ruiniert. Von dem Kriege hätten wir uns erholen können. Die Erzbergerſche Sozialiſierung allen

deutſchen Beſitzes und die Räteregierung aller deutſchen Betriebe würgt uns aber zu Tode.

Das iſt das eigentliche Werk von Weimar. Die Verfaſſung, die als Großtat geprieſen wird, iſt demgegenüber kaum von Bedeutung. Ein Verein, der ſeit November 1918 bereits beſteht, hat ſich Satzungen gegeben. Daraus ſollte man nicht viel Weſens machen.

Nach außen hin wird das freilich gefeiert, denn alles Formale, alles Methodiſche beſticht deutſche Augen. Wenn man mit Paragraphen gefüttert wird, kann man im übrigen ruhig hungern. An dem „großen Werk“ mitgearbeitet zu haben, iſt ein Stolz der Beteiligten. Bei dem Krönungsmahl Eberts am geſtrigen Abend, deſſen redneriſche Unkoſten wieder drei Süddeutſche der drei regierenden Parteien beſtritten, wurde ſogar die Rechte um ihrer Mitarbeit willen belobt.

Das iſt bitter, ſehr bitter.

Dieſelben Leute, die in ihrer Schildbürgerei ein Dorf anzünden, um eine Katze zur Strecke zu bringen, und das Deutſche Reich zerſtören, um das „alte Syſtem“ unter den Trümmern zu begraben, freuen ſich der willkommenen Hilfe. Je dümmer und je unanſtändiger ſie ſelber ſind, deſto mehr feixen ſie über die kluge und anſtändige Oppoſition. In der ſitzen lauter Männer mit weißer Weſte. Es gibt ſogar Leute unter ihnen, die das geſtrige Fernbleiben der Deutſchnationalen von der Schwurkomödie für taktlos erklären. Sie wiſſen nicht mehr, wie die Sozialdemokratie jahrzehntelang gegen jedes Kaiſerhoch demonſtriert und die wüſteſten Szenen im Reichstage aufgeführt hat. Die Wüſtheit iſt nicht nötig, aber derſelbe Wille zum Siege, mit allen erfolgreichen Mitteln: man muß den Feind mit ſeinen eigenen Waffen ſchlagen, ſtatt für ihn an ſeinem Werke „poſitiv mitzuarbeiten“. Sonſt bildet ſich über kurz oder lang eine neue radikale Partei der Rechten, eine Partei

der „Unbedingten“, und die Arbeit der bisherigen monarchischen Parteien ist verloren. Es ist Sorge um sie und nicht Kritiksucht, die mich das am Ausgang von Weimar feststellen läßt.

Früher ist von der sozialdemokratischen Opposition das Privatleben der herrschenden Klassen stets mit der Blendlaterne abgeleuchtet worden. Dasselbe jetzt gegenüber den Prassern aus dem Weimarer Schloß zu tun sind wir aber viel zu vornehm.

Wir haben immer noch nicht genug von dem Gegner gelernt. Wir ziehen uns die weiße Weste prall und sind zufrieden. Dann kann man aber nicht, was wir in Weimar allmählich begriffen haben sollten, Kanalräumer werden. Und so verkommen wir denn unter dem gehäuften Unrat der Revolution, bis vielleicht einst ein Herkules an den Augiasstall herangeht, nachdem wir selber längst darin verdorben und gestorben sind.

Ich wünschte, ich erlebte diesen Herkules noch.

Vorerst glauben wir, wunder was erreicht zu haben, wenn einer der Reichsverderber von der Bühne abtritt. So ist Scheidemann in den Alpenkulissen verschwunden und hat sich zweieinhalb Monate lang dort im Stile der Kriegs- und Revolutionsgewinnler erholt, nachdem ihm die Reichskasse für seine Mühewaltung bis zum Juli rund 50 000 Mark ausbezahlt hat; so wird auch Erzberger, wenn die Nationalversammlung im Herbst die Schlinge auch der letzten Finanzgesetze an unserem Galgen geknüpft hat, sein Amt aufgeben und eine kleine Badereise an das Meer der Vergessenheit antreten, wie es unter dem Parlamentarismus so Brauch ist. Das erhält körperlich und politisch gesund.

Dieses gelegentliche Verschwinden der Reichsverderber braucht uns keinen Jubel zu entlocken, denn ihr System wird durch den Wechsel der Akteure nicht berührt; es ist wie im

Wetterhäuschen, wo die beiden Männlein gehen und kommen, aber es ſind immer dieſelben, und ſie ſtehen feſt auf ihrer Drehbühne.

Das ganze fluchwürdige Syſtem muß von dem deutſchen Volke geſteinigt werden. Aber ſelbſtverſtändlich empfehlen auch wir keine Reſtauration „im Heugabelſinne der Gewalt“. Sie ſoll eine natürliche Folge der unermüdlichen Aufklärungsarbeit ſein, der wir uns ohne Rückſicht auf Schmutzſpritzer zu unterziehen haben. Eines Tages können wir dann, ganz ohne Blutvergießen, zu den heute Regierenden — wie Vater Wrangel, als er mit ſeinen Truppen einmarſchiert war, zu der Berliner Bürgerwehr — ſprechen: „Nanu verduftet!“

Die Angſt vor dem weißen Terror, vor der blutigen Gegenrevolution, die in Scheidemanns Träumen ſpukt, iſt eitel. Eines Tages ziehen wir uns die weiße Weſte aus, ſtreifen die Ärmel hoch, und die Novemberleute verſchwinden lautlos, weil ſie — keine Gefolgſchaft mehr haben. Nur iſt inzwiſchen leider alles, was die Monarchie in arbeitreichen Jahrhunderten geſchaffen hat, zerſtört worden; aber dieſe Zerſtörung iſt für unſer betörtes Volk nötig, damit ihm in ſeinem Elend die Augen aufgehen, damit es geheilt wird. Dann erſt können wir an den Wiederaufbau herangehen. Und in das gereinigte und wieder wohnliche Haus wird das Volk im Triumphzug den deutſchen Kaiſer heimholen.

Anzeigen-Anhang

Von demſelben Verfaſſer erſchien im
„Verlag Politik“, Berlin W. 56:

Schafft ein Heer!

Von

Major Stein

Preis M. 2.50

Vielleicht das Köſtlichſte, was wir Soldaten in die Hände, in die Köpfe, in die Herzen der Jüngeren geben können, das iſt die Schrift „Schafft ein Heer!“ von Major Stein, eine Broſchüre, die vielleicht auch der kommende Geſchichtsſchreiber, der Deutſchlands Erhebung von tiefſtem Fall einſt zu ſchildern hat, nicht übergehen wird. Es iſt eine meſſerſcharfe Anklageſchrift, voll handfeſten Materials für Gebildete und Volksredner; ſo ſchafft ſie Klarheit und Wahrheit über die Zeit vom Juli bis zum November 1918 und darüber hinaus bis in die jüngſten Tage. Sie hat etwas Aufpeitſchendes; ſie weckt alle Schlafmützen. Aber der prachtvolle Fluß der aufbauenden Gedanken iſt doch das Schönſte an der Schrift. Nicht oft haben wir von gedruckten Worten einen ſo ſtarken Eindruck empfangen. Deutſches Offiziersblatt.

Ähnliche Urteile in der „Tägl. Rundſchau“, „Deutſch. Ztg.“, „Deutſch. Tagesztg.“, „Kreuzzeitung“ u. a. Blätt.

Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin

Freiheit

Roman von Hans Wilhelm

1.—20. Tausend. Vornehm gebunden M. 8.50

Der Roman ist ein heller Heroldsruf jungdeutschen Sturms und Dranges. Mit entseeltem Literatentum und vertrockneter Wissenschaft kämpfend, schafft sich der Held ein eigenes Weltbild, das der Zukunft, und wird zu einem Führer der Erwachenden. Schöpferische Lebenserhöhung statt des unversönlichen Forschertums, Kraft und Güte der Seele, durch den Geist gebändigt und verklärt, an Stelle des alles verhöhnenden Intellekts, Aufhebung der Schranken zwischen Leben und Kunst, das sind einige der Ergebnisse, zu denen der Roman gelangt. Das Buch ist ein Werk der Jugend. Niemand wird dies richtende, fördernde, aufbauende Buch ohne Ergriffenheit aus den Händen legen.

Jeder Leser wird ein Verkünder sein!

Stockprügel und Gavotten

Rokokonovellen
von Friedrich v. Lettow-Vorbeck

Mit Zeichnungen von Christa v. Lettow-Vorbeck

In Halbleder M. 30.— In Halbwd. M. 8.—

Das Bezeichnende und Fesselnde an diesen Novellen ist das Verhältnis der Form zum Gehalt. Sie wahren mit bedeutender und stellenweise fast gelehrter Geschicklichkeit den Ton des achtzehnten Jahrhunderts. Sie sind anmutig, zierlich, schelmisch und selbst im Grauenhaften noch von maßvoller Gehaltenheit. Aber sie verkörpern deutsches Rokoko, das heißt, der Anmut gesellt sich Frische, der Zierlichkeit Derbheit, der Schelmerei handfester Humor, und im Ernsten wie im Heitern offenbart sich der deutsche Drang zu unbestechlicher Wahrhaftigkeit. Der Band enthält vier Geschichten, die mit Ausnahme der ersten eine fröhliche Stimmung atmen. Man liest mit Behagen und grüßt den Verfasser als einen Dichter, der die Herzen seiner Menschen bis in die letzten Winkel kennt und in der Welt, in der sie atmen, als seiner eigenen zu Hause ist. — Sehr fein wird das ganz im Geschmack der Zeit gedruckte Buch von ungemein stimmungsvollen, im Ton des Textes mitschwingenden Rokokozeichnungen begleitet.

Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin

Jürnjakob Swehn
Der Amerikafahrer

Von Joh. Gillhoff

111.—120. Tausend — Fein geb. M. 11.50

Das Buch bringt den Lebenslauf eines Deutsch-Amerikaners. Als Dienstknecht wanderte er, der Sohn eines mecklenburgischen Tagelöhners, nach drüben. Als Großfarmer vertauschte er den Pflug mit der Feder, fand Gefallen am Buchstabenmalen und berichtete seinem alten Lehrer über sein Leben und Wirken. In diesen seinen Briefen ward viel verhaltene, gesammelte Kraft offenbar. Wenn der lange amerikanische Winter Fenz und Farm mit Schnee verbaute, da saß er und schrieb mit breit hingequetschter Feder Seite um Seite und Bogen um Bogen, bis der Acker wieder nach dem Pfluge schrie. — Die deutsche Presse urteilte über das Werk:

Es ist ein Buch, das den Preis einer Meisterleistung verdient.

Von Prof. H. E. Linde-Walther, illustr. Ausgabe.

In Halbiwd. M. 15.— In Halbleder M. 30.—

Australische Skizzen

Von Stefan v. Kotze

6.—9. Tausend — Geb. M. 8.50

Vergnügte Aufzeichnungen eines Weltenbummlers, Anekdoten, Bilder, Komisches und Tragisches aus dem australischen Busch. Beschreibungen von Erlebnissen im Stile von Mark Twain, meisterhafte Skizzen aus dem Süden, aus der Steppe, aus Städten, Bergwerken, Farmen. Daneben wertvolle Aufschlüsse über die Kultur und die Einwohner dieses fernen Landes. Alle tagebuchartig vermerkt, unter dem ersten Eindruck geschrieben, daher voll Temperament und Lebendigkeit. Ein brillantes Erzählertalent weiß hier aus Steinen Saft zu drücken, das sterile Australien mit humorvollen Skizzen zu befruchten.

Verlag der Täglichen Rundſchau, Berlin

Die Gedichte des Properz

Deutſche Nachdichtung von Paul Mahn

Mit umfaſſender Einleitung über das Leben der Zeit

In ital. Pergament gebunden M. 8.50

3. Auflage

Wie tief Paul Mahn ſich in die römiſche Dichtung hineingelebt hat, davon geben die Einleitungskapitel glänzendes Zeugnis. Die Vorgänger werden gänzlich in Schatten geſtellt durch dieſe ungemein gründliche und feinfühlige Nachdichtung ... Die Hauptſache iſt die wundervolle Treffſicherheit in Wiedergabe der Stimmung, der Gedankenfolge und des Ausdrucks all der mannigfaltigen Gemütswallungen, die uns dieſer heißblütige Römer in ſeinen Liedern hinterlaſſen hat. Jetzt erſt haben wir einen deutſchen Properz, alſo auch eine Bereicherung unſerer Literatur und eine Ergänzung zum Werke Goethes!

Geh. Rat Prof. Alfred Bieſe im „Deutſchen Philologenblatt".

Kamerad Petrenz

Ausgewählte Blätter von Adolf Petrenz

Herausgegeben von Friedrich Huſſong

Gebunden M. 8.50

Ein Buch voller Laune, Farbe und ſpielenden Humors. Raſcher Witz und ſchwerer Ernſt. Lachen und Pathos. In allem und über allem die Perſönlichkeit eines prächtigen deutſchen Menſchen, der zuletzt mit ſeinem Blut und Leben für ſein Lachen und ſein Pathos einſtand. — „... Das funkelt und glitzert wie in einem Juwelierladen, aber niemals iſt der Witz um des Witzes willen herbeigequält, er ſtäubt ihn bei jeder Bewegung vom Ärmel, wie der Bäcker das Mehl. Dabei ein ‚Journaliſt', der ſich wieder begeiſtern kann. Das macht, er iſt ein Dichter. Eine Miſchung von Lichtenberg und Liliencron mit einem Schuß Ulrich Hutten ..."

Velhagen & Klaſings Monatshefte.